



18. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 19. Januar 2006

Mitteilungen der Präsidentin1775

1 Nachwahl und Vereidigung eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen

Wahlvorschlag von
 zwei Dritteln
 der Mitglieder des Landtags
 Drucksache 14/1035.....1775

2 Aktuelle Stunde

Thema: **Blockadehaltung der Landesregierung gegen Zukunftsprojekte im Ruhrgebiet beenden**

Antrag
 der Fraktion der SPD
 gemäß § 90 Abs. 2 Gescho1776

Thomas Eiskirch (SPD)1776
 Hendrik Wüst (CDU)1778
 Horst Becker (GRÜNE)1780
 Ralf Witzel (FDP)1782
 Ministerin Christa Thoben1784
 1793
 Michael Groschek (SPD)1786
 Manfred Kuhmichel (CDU)1788
 Barbara Steffens (GRÜNE)1790
 Dietmar Brockes (FDP)1791
 Ralf Jäger (SPD)1791

3 Nordrhein-Westfalen erhält das modernste Bildungssystem Deutschlands – Novellierung des Schulgesetzes unverzichtbar

Antrag
 der Fraktion der CDU und
 der Fraktion der FDP
 Drucksache 14/1024

In Verbindung damit:

Den Weg frei machen für ein wirklich modernes und international anschlussfähiges Schulsystem in NRW – das Eckpunktepapier der Landesregierung unverzüglich zurückziehen!

Antrag
 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Drucksache 14/1031 1793

Bernhard Recker (CDU) 1793
 Sigrid Beer (GRÜNE) 1795
 Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 1798
 1815
 Ute Schäfer (SPD) 1799
 1812
 Minister Armin Laschet 1801
 Sören Link (SPD) 1804
 Klaus Kaiser (CDU) 1806
 Ralf Witzel (FDP) 1807
 1811
 Ministerpräsident Dr. J. Rüttgers 1808
 Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 1810
 1815
 Helmut Stahl (CDU) 1814

Ergebnis 1815

4 Elternrechte bewahren

Antrag
 der Fraktion der SPD
 Drucksache 14/1016 1815

Renate Hendricks (SPD) 1815
 Michael Solf (CDU) 1817
 Sigrid Beer (GRÜNE) 1818
 Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 1819
 Minister Armin Laschet 1820

Ergebnis 1822

5 Antrag auf Behandlung einer Volksinitiative gemäß Artikel 67a Landesverfassung NRW

Drucksache 14/612

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses

Drucksache 14/1034.....1823

Peter Biesenbach (CDU).....1823
1835

Wolfram Kuschke (SPD)1824
1834

Oliver Keymis (GRÜNE).....1827
Christian Lindner (FDP).....1829
Minister Dr. Ingo Wolf.....1831
1834

Dietmar Brockes (FDP)1833
Johannes Remmel (GRÜNE)
(zur GeschO)1834

Ergebnis.....1836

6 „Rauchwarnmelder-Bonus“ in der Gebäudeversicherung

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1026

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1081.....1836

Horst Becker (GRÜNE)1837
Bernd Schulte (CDU).....1838
Monika Ruff-Händelkes (SPD)1838
Christof Rasche (FDP)1839
Minister Oliver Wittke1840

Ergebnis.....1841

7 Kulturelle Bildung in den Schulen stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/878

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1077.....1842

Michael Solf (CDU).....1842
Angela Freimuth (FDP).....1843
Claudia Nell-Paul (SPD)1843
Oliver Keymis (GRÜNE)1844
Minister Armin Laschet1846

Ergebnis.....1847

8 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften über die Organisation der Polizei

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/929

erste Lesung1847

Minister Dr. Ingo Wolf1847
1856
1862

Dr. Karsten Rudolph (SPD)1849
Werner Lohn (CDU).....1851
1859

Monika Düker (GRÜNE)1853
1861

Horst Engel (FDP)1855
Hannelore Kraft (SPD).....1858
Ralf Jäger (SPD).....1862

Ergebnis.....1864

9 Kleinstaaterei beim Flughafenausbau in NRW stoppen – Subventionslöcher schließen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10291864

Ergebnis.....1864

10 Erfolgsmodell „Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)“ fortsetzen und weiterentwickeln!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10271864

Reiner Priggen (GRÜNE)1864
Hubertus Fehring (CDU).....1865
André Stinka (SPD)1866

Holger Ellerbrock (FDP)1867
Ministerin Christa Thoben1868

Ergebnis.....1869

11 Flüssiggas als Chance für mehr Versorgungssicherheit und Wettbewerb im Gasmarkt

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1028.....1869

Ergebnis.....1869

Nächste Sitzung.....1870

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
(bis 10:30 Uhr)

Ministerin Barbara Sommer

Minister Eckhard Uhlenberg

Minister Oliver Wittke
(11:00 bis 12:15 Uhr)

Theo Kruse (CDU)

Josef Wilp (CDU)

Inge Howe (SPD)

Reinhard Jung (SPD)
(ab 13:00 Uhr)

Annegret Krauskopf (SPD)

Gabriele Sikora (SPD)

Stefanie Wiegand (SPD)
(ab 15:30 Uhr)

Beginn: 10:05 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, 18. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich neun Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Auch heute haben wir ein Geburtstagskind unter uns. Ihren **Geburtstag** feiert heute Frau Elisabeth Veldhues. Herzlichen Glückwunsch, Frau Kollegin, auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

1 Nachwahl und Vereidigung eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen

Wahlvorschlag
von zwei Dritteln
der Mitglieder des Landtags
Drucksache 14/1035

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit Schreiben vom 17. Oktober 2005 mitgeteilt, dass Prof. Dr. Tettinger, Wahlmitglied des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen, im September verstorben ist und gemäß § 4 Abs. 5 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Dezember 1989 sein Vertreter, Herr Prof. Dr. Rüdiger Breuer, kraft Amtes an seine Stelle getreten ist.

Für Prof. Dr. Rüdiger Breuer ist nunmehr ein Vertreter beziehungsweise eine Vertreterin zu bestellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Drucksache 14/1035 liegt Ihnen ein gemeinsamer Wahlvorschlag von Mitgliedern des Landtags aus allen Fraktionen vor.

Bevor ich mit der Wahl beginne, möchte ich auf einige relevante Gesetzesbestimmungen hinweisen und gleichzeitig die eingeteilten Schriftführer bitten, ihre Position einzunehmen.

Nach § 2 des Verfassungsgerichtshofgesetzes setzt sich der Verfassungsgerichtshof zusammen

aus drei Mitgliedern kraft Amtes, und zwar dem Präsidenten des Oberverwaltungsgerichtes sowie den beiden lebensältesten Präsidenten der Oberlandesgerichte des Landes, die ich heute hier als Gäste bei uns begrüßen darf, nämlich Herrn Gero Debusmann und Herrn Johannes Riedel.

Weitere Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes werden vom Landtag auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Die noch andauernde Amtszeit hat am 12. Mai 2000 begonnen und wird am 11. Mai 2006 enden, sodass dann eine Neuwahl aller Mitglieder erforderlich sein wird. Heute ist, wie bereits ausgeführt, ein stellvertretendes Mitglied neu zu wählen.

Der mit Drucksache 14/1035 vorgelegte Wahlvorschlag der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen erfüllt die in § 4 Abs. 2 des Verfassungsgerichtshofgesetzes enthaltenen Voraussetzungen für einen gemeinsamen Wahlvorschlag, da er von 173 Mitgliedern, also von mehr als zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages, unterschrieben ist.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes müssen sich auch die stellvertretenden Mitglieder bereit erklärt haben, Mitglied des Verfassungsgerichtshofs zu werden. Diese schriftliche Erklärung von Frau Prof. Dr. Dauner-Lieb, die ich ebenfalls herzlich begrüße, liegt mir vor.

Zum Wahlvorgang weise ich auf § 4 Abs. 1 des Gesetzes hin, wonach die Wahlmitglieder, aber auch ihre Vertreter, in geheimer Wahl ohne Aussprache gewählt werden. Ich darf Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, nun bitten, nach Namensaufruf an den Tisch unterhalb des Rednerpults zu treten und sich dort den Stimmzettel aushändigen zu lassen.

Ich bitte, den Stimmzettel ordnungsgemäß auszufüllen und nur die im Wahlpult ausliegenden Kopierstifte zu benutzen. Eine anderweitige Kennzeichnung gewährleistet nicht die Geheimhaltung der Wahl, da möglicherweise in einem solchen Fall ein Wahlberechtigter anhand des Stimmzettels identifiziert werden könnte. Leere oder doppelt gekennzeichnete Stimmzettel gelten als ungültige Stimmen.

Ich eröffne nunmehr die Wahl und bitte die Schriftführerin, Frau Monheim, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Ich bitte nun die Damen und Herren Schriftführer, ihre Stimmzettel abzuholen, soweit dies noch nicht geschehen ist.

Haben alle Mitglieder des Hauses ihre Wahlzettel abgegeben? – Das scheint der Fall zu sein.

Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Stimmen auszuzählen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das **Ergebnis** der Wahl bekannt. Es sind 173 Stimmen abgegeben worden. Mit Ja haben 170 Mitglieder des Landtages gestimmt, mit Nein haben zwei Mitglieder des Landtages gestimmt, und es gab eine Stimmenthaltung.

Meine Damen und Herren, nach dem vorliegenden Ergebnis hat damit Frau Prof. Dr. Dauner-Lieb die nach dem Gesetz erforderliche Stimmenmehrheit erreicht; 125 Stimmen wären nötig gewesen. Ich bitte nun Frau Dauner-Lieb zu mir, damit ich sie vereidigen kann.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich bitte Sie, die Schwurhand zu heben und mir den nach Artikel 80 der Landesverfassung vorgesehenen Amtseid nachzusprechen:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Dauner-Lieb, Sie haben den nach Artikel 80 der Landesverfassung vorgesehenen Amtseid geleistet. Für die restliche Amtszeit wünsche ich Ihnen viel Erfolg. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

2 Aktuelle Stunde

Thema: **Blockadehaltung der Landesregierung gegen Zukunftsprojekte im Ruhrgebiet beenden**

Antrag
der Fraktion der SPD
gemäß § 90 Abs. 2 Gescho

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 16. Januar 2006 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden SPD-Fraktion dem Abgeordneten Eiskirch das Wort. – Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Thomas Eiskirch (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP benachteiligen das Ruhrgebiet. Sie interessieren sich nicht wirklich für die Strukturen und für die Menschen im Revier.

(Ralf Witzel [FDP]: Unverschämte!)

Die haben Sie ja schließlich auch nicht gewählt. Damit will ich Ihnen kein wissentliches Abstrafen unterstellen, sondern es ist pures Desinteresse, das Sie an den Tag legen. In Ihren Fraktionen gibt es keine wahrnehmbare Stimme des Ruhrgebiets, und in der Regierung ist auf die Statthalterin des Münsterlandes im Ruhrgebiet, wie Frau Ministerin Thoben ja selbst in Kreisen der Revier-CDU betitelt wird, nicht zu bauen.

(Ralf Witzel [FDP]: Welche Arroganz!)

Sie zweifeln daran, dass das Ruhrgebiet zum Wohle der Entwicklung des gesamten Landes, aber insbesondere der im Ruhrgebiet lebenden Menschen besonderer Unterstützung bedarf.

Die Gestaltung des Strukturwandels im Ruhrgebiet ist aber nicht nur eine historische Verpflichtung, sondern auch eine notwendige und lohnende Investition in ein zukunftsfestes Nordrhein-Westfalen. Eine Abkopplung des Ruhrgebiets von der wirtschaftlichen Entwicklung und die damit verbundene Perspektivlosigkeit sind den dort lebenden Menschen nicht zumutbar und für das soziale, gesellschaftliche Miteinander wie für den wirtschaftlichen Stellenwert NRWs schädlich. Ein erneutes Aufholen würde nur teurer, meine Damen und Herren. Ihnen scheint das jedoch gleichgültig zu sein.

Die CDU/FDP-Landesregierung entzieht dem Ruhrgebiet nun die Unterstützung bei seinen Anstrengungen, den Abstand gegenüber anderen Regionen unseres Landes zu verringern. Ich werde Ihnen drei konkrete Beispiele dafür benennen, bei denen Sie das Ruhrgebiet wissentlich und willentlich benachteiligen.

Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, wir haben Ihnen in der Plenardebatte am 9. November 2005 bereits prophezeit, dass Sie

die Ruhrgebiets-Universitäten mit der viel zu schnellen Anhebung der Kappungsgrenzen bei der leistungsorientierten Mittelverteilung unverhältnismäßig stark belasten und sie somit in ihrer wichtigen strukturpolitischen Bedeutung beeinträchtigen.

Nichts gegen Leistungsorientierung; aber man muss sich auf die Anpassungszeiträume verlassen können. Wer schon allein aufgrund der Zusammensetzung der Studierendenschaft schlechtere Startbedingungen hat, muss unter Kenntnis der Parameter diese Bedingungen verändern dürfen; sonst hat er schon verloren, bevor er gestartet ist.

Bei Ihnen hat man keine Anpassungschancen. Und das Ergebnis ist, meine Damen und Herren: 1,9 Millionen € weniger für die Uni Bochum und 1,7 Millionen € weniger für die Uni Duisburg-Essen.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Dafür werden aber jeweils 1,8 Millionen € mehr Mittel nach Münster und Köln geschickt. Das Ruhrgebiet sagt Danke, Herr Pinkwart.

(Beifall von der SPD)

Aber damit nicht genug! Richtig deutlich wird der Unterschied zwischen Ihren Sonntagsreden und der schwarz-gelben Realität bei den EU-Ziel-2-Mitteln und dem Grundstücksfonds des Landes NRW. Dort gaukeln Sie den Menschen Unterstützung vor, während Sie ihnen den Teppich unter den Füßen wegziehen. Sie erzählen den Menschen: Na klar, wir holen auch 2006 jeden Euro aus Brüssel, den wir für NRW bekommen können; nur den Landesanteil der Kofinanzierung müssen wir leider um 20 % kürzen.

Frau Thoben, ein kleiner Exkurs an dieser Stelle: Wenn Sie sich an dem von Ihrem Ministerkollegen Laumann im Rahmen der Debatte um die Krankenhausinvestitionen geforderten Umgang mit Verpflichtungsermächtigungen orientierten, bedeutet der im Haushaltsausschuss vom Finanzministerium genannte Landeskofinanzierungsanteil für 2006 eine Kürzung um über 56 % der für 2006 vorgesehenen Mittel. Das ist eine Kürzung um fast 31 Millionen €. Wir reden nicht von 20 %, sondern von 56 % Kürzung.

Mit den darauf entfallenden EU-Mitteln fehlen im Ruhrgebiet zur Unterstützung seiner wirtschaftlichen Entwicklung damit gut 60 Millionen € – allein in 2006, meine Damen und Herren. Dabei ist die von Ihnen selber initiierte Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung im zweiten Nachtragshaushalt

2005 noch nicht einmal berücksichtigt. Dann wird das Ganze noch viel extremer.

Hören Sie also auf, den Menschen etwas von Gleichbehandlung zu erzählen und davon, alle müssten 20 % sparen. Das stimmt einfach nicht.

Frau Thoben, aber Sie haben ja gute Vorschläge, wer die Kofinanzierungslücke schließen soll. Sie sagen: Dieses Geld akquirieren wir bei anderen. – Das mag im Zusammenspiel mit der Bundesagentur für Arbeit im Ministerium von Herrn Laumann noch ansatzweise funktionieren. Schon beim Einzelplan des Wirtschaftsministeriums – bei Ihnen selbst, Frau Thoben – muss man aber sagen: „Gut gebrüllt, Bettvorleger“; denn als solcher werden Sie bei dieser Nummer landen.

(Beifall von der SPD)

Sie sagen: Dann müssen eben die Kommunen über ihren eh schon zu leistenden Anteil hinaus eintreten. – Sie verraten uns sicherlich, welche Kommune im Ziel-2-Fördergebiet dazu in der Lage ist. Es gibt ja Gründe, warum man Ziel-2-Fördergebiet ist. Zumindest meines Wissens waren übervolle kommunale Kassen bei dieser Einordnung kein Kriterium.

Meine Damen und Herren, über alle Ministerien sind im laufenden Förderzeitraum mit Nachlauffrist noch ca. 460 Millionen € an EU-Mitteln zur Förderung von Entwicklung und Struktur zu nutzen. Bei Beibehaltung der Politik von Schwarz-Gelb geht eine Menge davon zurück nach Brüssel. Das Ruhrgebiet sagt Danke, Frau Thoben.

Dann kommt Minister Wittke und denkt, jetzt müsse er aber nachlegen. Er kommt zu folgendem Schluss: Ich beerdige den mehr als 25 Jahre alten Grundstücksfonds des Landes NRW noch im Laufe des Jahres 2006. – Der Grundstücksfonds des Landes, verwaltet durch die LEG, dient der Nutzbarmachung von Brachflächen, darunter sind viele Projekten an der Route der Industriekultur. Meine Damen und Herren, Brachflächen sind doch Pfunde, mit denen das Ruhrgebiet im Rahmen des Wettbewerbs der Regionen um möglichst gute Standortbedingungen für Neuansiedlung und Betriebsvergrößerung wuchern kann. Auch für Verbindung von Forschung, Entwicklung und Kleinserienproduktion sind Siedlungsflächen von besonderer Bedeutung.

In der Vergangenheit speiste sich der Fonds aus Miet-, Pacht- und Verkaufserlösen der dann meist aufbereiteten Flächen und einem Landeszuschuss, einer Ausgabeermächtigung, dem sogenannten Stammhaushalt. Daraus wurden die Eigentümerpflichten – zum Beispiel die Verkehrssi-

cherung – erfüllt, Betriebskostenzuschüsse – zum Beispiel bei der Zeche Zollverein in Essen oder der Jahrhunderthalle in Bochum – getragen und vor allem Kofinanzierungsanteile für Fördermittel – zum Beispiel für die EU-Mittel für das Phoenix-Gelände in Dortmund – erbracht.

Die Erlöse betrugen 2004 ca. 14 Millionen € und 2005 nur noch knapp 10 Millionen €. Die CDU/FDP-Landesregierung kalkuliert für 2006 laut Auskunft des Finanzministeriums im Haushaltsausschuss aber mit 17,5 Millionen €. Welch wundersame Vermehrung in Anbetracht der Situation auf dem Grundstücksmarkt! Und die schwarz-gelbe Landesregierung stellt diese 17,5 Millionen € nur als Erlöse in den Haushalt ein, weil bei Mindererlösen auch nur entsprechend weniger ausgegeben werden darf. Der Stammhaushalt, die Ausgabeermächtigung, wird hingegen komplett gestrichen.

Damit wird die Aufgabenerledigung unmöglich, und es wird nur noch ein Resteverkauf stattfinden können. Man nimmt dem Grundstücksfonds die Substanz und zehrt ihn auf. An die Kofinanzierung neuer, von der EU geförderter Projekte ist nicht mehr zu denken.

Die haushalterische Reduktion – und dies bei den sehr positiv geschätzten Erlösen – beträgt übrigens nicht 20 %, sondern 33 %. Bei einer Erlöserwartung, wie sie im Jahr 2005 Realität war, beträgt die Reduktion fast 15 Millionen € oder 61 % – 61 %, nicht 20 %, meine Damen und Herren – und das alles zuzüglich nicht mehr abrufbarer EU-Mittel.

Dieser Ausverkauf der Flächen im Ruhrgebiet macht den Fonds platt und nimmt uns wichtige Entwicklungschancen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Thomas Eiskirch (SPD): Ich komme auch zum Schluss. – Danke, Herr Wittke! Zu der Summe dessen, was Sie bezogen auf das Ruhrgebiet tun und was Sie unterlassen, kann ich nur Folgendes sagen – lassen Sie es mich mit Worten aus dem Ruhrgebietsfußball sagen –: Sie ziehen der Entwicklung im Ruhrgebiet und den dort lebenden Menschen die Pinne weg. – In Übersetzung: Die schwarz-gelbe Landesregierung zieht ...

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, Sie müssen jetzt zum Ende kommen.

Thomas Eiskirch (SPD): ... dem Ruhrgebiet die Beine weg. Sie will dem Ruhrgebiet die Standfestigkeit und Standhaftigkeit nehmen.

(Beifall von der SPD)

Deshalb werden nicht nur wir ...

Vizepräsident Edgar Moron: Wenn ich Sie darum bitten darf, Herr Abgeordneter!

Thomas Eiskirch (SPD): Deshalb werden nicht nur wir, sondern vor allem die Menschen im Revier der Landesregierung die – lassen Sie es mich in Anlehnung an die rüttgersche Imagekampagne sagen – rote Karte für ihre unglaubliche Simulation von Ruhrgebietsnähe zeigen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, Ihr Satz ist jetzt verflücht lang.

Thomas Eiskirch (SPD): Am Ende des langen Tages schaden Sie mit dieser Politik nicht nur dem Revier. Sie schaden dem ganzen Land. Nordrhein-Westfalen sagt dann nur nicht mehr Danke, Herr Rüttgers.

(Minister Karl-Josef Laumann: Es lebe die freie Rede!)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Eiskirch hat die Zeit erheblich überzogen. Bei den nachfolgenden Rednern werde ich also auch ein bisschen großzügiger sein. Ich habe aber schon die herzliche Bitte, nicht die Redezeit zu überziehen, sondern lieber etwas zu streichen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, jetzt spricht für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Wüst.

Hendrik Wüst (CDU): Verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Eiskirch, der Antrag war schwach.

(Beifall von CDU und FDP)

Das haben wir alle gelesen. Aber dass er so schwach ist, dass Sie nicht einmal ein einziges Wort zum Thema O.Vision verlieren, das hat selbst Ihr eigener schlechter Antrag nicht verdient.

Herr Eiskirch hat gerade das getan, was in dieser Woche wirklich nicht zu erwarten war. Er hat das

Erbe von Johannes Rau mit Füßen getreten. Er hat versucht, das Land zu spalten.

(Beifall von der FDP)

Er hat es nicht besonders gut gemacht. Deswegen besteht keine Gefahr. Aber da muss man sich wirklich fragen, ob das die neue SPD in der Opposition ist, wenn Sie hier so auftreten.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich wundere mich sowieso über die Rednerliste, auf die ich gerade einmal einen Blick geworfen habe, und frage mich, warum nicht Dieckmann und Behrens reden. Wenn ich das richtig sehe, sind die zwei Herren nicht einmal im Hause. Das sind nämlich die einzigen beiden in Ihren Reihen, die zu dem Thema Ihres Antrags, zum Thema O.Vision, überhaupt Ahnung haben.

(Zuruf von der SPD: Unverschämtheit!)

Deswegen kann ich auch sagen: Die zwei hatten Recht, als sie ziemlich genau vor einem Jahr, am 25. Januar 2005, im Kabinett gegen das Projekt O.Vision gestimmt haben. Deswegen ist es wahrscheinlich auch folgerichtig, dass sie heute abgetaucht sind und nicht hier reden dürfen.

(Beifall von der CDU)

Durchgesetzt haben sich nämlich bei Ihnen diejenigen, die weiterhin auf große Leuchtturmprojekte zum Wohle des Strukturwandels gesetzt haben.

Meine Damen und Herren, das Projekt O.Vision, das ja Inhalt Ihres Antrags war – vielleicht lesen Sie ihn noch einmal –, basierte von Anfang an auf Mondzahlen, auf unrealistischen Finanzierungsgrundlagen. 460.000 Besucher sollten jedes Jahr kommen, 15 Jahre am Stück. Dann müssen Sie jedes Jahr 35 Mal die Arena in Oberhausen pickenackevoll machen bis zum allerletzten Platz. Die Besucher müssen in einer strukturschwachen Region im Schnitt 11,50 € zahlen, 460.000 Mal im Jahr, 15 Jahre am Stück. Das ist völlig naiv.

Das wird nur noch dadurch übertroffen, dass man glaubt, bis 2008 mit der Kiste fertig zu sein und das Ding eröffnet zu haben. Nur so wäre die Knete aus Brüssel, 25 Millionen €, auch geflossen.

Das alles findet statt im Umfeld der Stadt Oberhausen, die so pleite ist wie eine Stadt nur pleite sein kann. Ich komme selber aus einer kleinen Kommune, die auch nicht besonders gut dasteht. Aber als ich die Zahlen aus Oberhausen gesehen habe, hat es mir die Schuhe ausgezogen: Der geplanter Fehlbetrag für dieses Jahr 2006 beträgt 506,4 Millionen €, Stand der Kassenkredite 770 Millionen €. Die laufenden Ausgaben der Stadt Ober-

hausen werden zu fast 100 % über Kassenkredite bezahlt.

Ein völliger Haushaltsausgleich ist für das Jahr 2025 geplant. 2025! Vielleicht wird mir die Dimension nur deshalb so offenbar, weil ich noch so jung bin. Das mag ja sein. Aber stellen Sie sich einmal vor, am heutigen Tag wird ein Kind geboren. Im Jahr 2025 hat das Mädchen oder der Junge einen Führerschein, einen Gesellenbrief oder Abitur. Bis 2025 sollen die Finanzen der Stadt Oberhausen wieder in Ordnung sein.

Wenn dann die blumig ausgemalten positiven Effekte des Themas O.Vision eintreffen, Gott, welch ein Wunder, dann klappt es vielleicht schon 2024. Das ist doch völlig absurd.

(Beifall von CDU und FDP)

Hinzu kommen noch die Effekte des geplatzten Musicals „Tabaluga“. Hier noch von finanziellen Spielräumen für andere Projekte zu reden, ist völlig daneben.

Deshalb haben Sie sich gemeinsam mit Ihren Oberhausener Genossen für den städtischen Finanzanteil ja auch etwas schön Trickreiches überlegt. Da hat die Stadt Oberhausen ihre Stadtwerke Stoag, Stadtwerke Oberhausen AG. Prima Geschichte! Die hat nämlich noch ein paar RWE-Aktien. Davon sollte dann – so war die tolldreiste Idee – ein Päckchen genommen und verkauft werden, was den städtischen Zuschussbedarf an die Stoag hätte verringern können. Prima – zumindest kurzzeitig über einige Jahre, denn RWE-Aktien sind ja nicht unendlich verfügbar. Dann muss man also für einige Jahre weniger Zuschuss von der Stadt an die Stadtwerke zahlen. Von Einnahmen zu sprechen wäre nun wahrlich verfehlt.

Jetzt kommt der Clou: Aufgrund dieses reduzierten Zuschussbedarfs der Stadt an die Stadtwerke tut man so, als wäre das eine zusätzliche Einnahme und macht daraus eine fiktive Zuführung an den Vermögenshaushalt.

Erstens. Die Reduktion eines Zuschusses ist keine Einnahme. Das kapiert, glaube ich, jeder, selbst wenn er kein besonders großer Rechtsgelehrter ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Zweitens. Wenn man das einmal außen vor lässt und glaubt, es sei eine Einnahme, wenn es sie denn gäbe, dann müsste sie zur Reduzierung des Fehlbetrags eingesetzt und dürfte nicht rechtswid-

rig dem Verwaltungshaushalt entzogen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

In der privaten Wirtschaft wäre das ein Insolvenzverbrechen. Dieses ganze Konstrukt ist rechtswidrig bis ins Mark. Ihr ehemaliger Innenminister Behrens hat das von Anfang an gewusst.

Wackelige Leuchttürme, windige Finanzierungen und versenkte Millionenbeträge haben in der SPD-Hochburg Oberhausen schon Tradition und sind Anlass von gleich zwei Untersuchungsausschüssen hier gewesen. Dort gibt es jede Menge gescheiterte Projekte. In der Heinz-Schleußer-Marina liegt bis heute nicht ein einziges Boot vor Anker. Eine Pleite! Das Projekt Homeworld ist gescheitert. 200 Millionen € müssen beim Projekt Seaworld demnächst an einen privaten Investor zugesprochen werden. Zwei weitere Pleiten! Die Landesgartenschau Olga wurde groß angekündigt und ist dann ausgefallen. Eine Pleite! Und dann gibt es natürlich noch HDO, das größte Subventionsgrab in der Filmgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen,

(Beifall von CDU und FDP)

Symbol für Filz und Vetternwirtschaft. Eine Megapleite!

Hier nicht noch eine weitere einstürzende Leuchtturmnummer dranzuhängen, war richtig und alternativlos. Deswegen hat es dieses Kabinett auch nicht getan, so wie Behrens und Dieckmann es auch nicht getan hätten, wenn sie denn hätten entscheiden dürfen.

Die Verfilzung der Oberhausener Genossen mit Ihnen, mit der Landes-SPD, in der Vergangenheit hat am laufenden Band dazu geführt, dass Gespür, Vernunft und Verantwortung ausgeschaltet wurden. Sie haben den Menschen vorgegaukelt, dass steuerfinanzierte Leuchttürme den Strukturwandel nachholen können, den Sie gemeinsam verpennt und teilweise gebremst haben. Mit dieser Angstkampagne haben Sie sich am Ruhrgebiet versündigt. Dieser Versuch einer Angstkampagne zeigt nichts anderes als Ihre eigene Angst.

Schauen Sie sich doch Ihre eigenen Wahlergebnisse der letzten zehn bis 15 Jahre im Ruhrgebiet einmal an. Die gehen steil nach unten. Ihnen blutet Ihre ehemalige Herzkammer aus, und Sie versuchen verzweifelt, das zu verhindern. Mit solchen schwachen Anträgen und so einer windigen Oppositionsstrategie wird das nichts, und das ist gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht in der Tat um O.Vision, es geht aber auch um Verlässlichkeit, Planbarkeit, Berechenbarkeit. Ich glaube, dass eine neue Landesregierung bei Zusagen einer alten Landesregierung sehr gute Gründe haben muss, wenn sie diesen abweicht.

(Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Sie haben nicht zugehört!)

– Es gab de facto eine Zusage, weil das Projekt selbstverständlich nach Brüssel durchgereicht worden ist und de facto damit angemeldet war, unabhängig davon, dass später noch eine Endentscheidung fallen sollte. Ich habe sehr wohl zugehört.

(Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Stimmt nicht!)

– Sie können ja gleich darauf eingehen, Herr Kollege.

Tatsache ist, dass das jetzt begründet wird mit einer Haushaltslage in Oberhausen, die in der Tat – ich würde das unterschreiben – desaströs ist. Aber es ist nicht die einzige Kommune, bei der die Haushaltslage desaströs ist. Wenn Sie Ihre eigenen Argumente zu Ende denken – Sie müssen sich an diesem Widerspruch ein Stück weit messen lassen –, dann bedeutet das: Keine Kommune mit einem Haushaltssicherungskonzept kann noch in ähnliche Projekte investieren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe gestern sehr genau zur Kenntnis genommen, was Frau Thoben auf meine Anfrage geantwortet hat. Ich habe gefragt: Wenn das der Maßstab ist, heißt das dann, dass Sie bei anderen Kommunen – im Ruhrgebiet ist so gut wie jede Kommune im Haushaltssicherungskonzept, wenn nicht gar im Nothaushalt – diesen Maßstab ebenfalls anwenden wollen? Es ist geantwortet worden, das wolle man von Einzelfall zu Einzelfall prüfen. Meine Damen und Herren, das ist keine Verlässlichkeit, sondern es ist ein Stück weit Willkür.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der nächste Punkt, mit dem Sie sich überhaupt nicht auseinander setzen ...

(Minister Dr. Helmut Linssen: Aber wenn es ein Scheißprojekt ist, dann ist das doch klar!)

– Scheißprojekte? Habe ich das von der Regierungsbank richtig gehört? Interessante Kommentierung.

(Ralf Jäger [SPD]: Wer war das denn?)

Herr Minister, man kann sich durchaus – das würde ich konzidieren – über das Oberhausener Projekt in der Sache streiten. Allerdings finde ich diese Kommentierung vor dem Hintergrund dessen, was ich gerade versuche, Ihnen sachlich ein Stück weit vorzuhalten, völlig unangemessen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich möchte noch einmal auf die Sache zurückkommen. Die Frau Ministerin hat ausgeführt, das wolle man im Einzelfall entscheiden. Jetzt müssen wir uns ansehen: Was ist dieser Einzelfall? Was bedeutet das? Das bedeutet doch, dass wir bei dem Auslaufen der Bindungen – im Jahre 2006 müssen die Anträge gestellt sein – erstens tatsächlich bewilligungsreife Projekte brauchen. Die müssten dann da sein; die haben Sie uns aber nicht genannt, sondern Sie haben gesagt, das wollten Sie uns erst alles sagen, wenn es so weit wäre.

(Ministerin Christa Thoben: Richtig!)

Zweitens müssten die nach Ihrer eigenen Logik, wenn Sie nicht willkürlich sein wollen, tatsächlich den gleichen Gesichtspunkten des Haushaltssicherungskonzeptes entsprechen.

Wenn Sie sagen, das würden Sie im Einzelfall prüfen, ist das zu wenig, denn Sie vermischen offensichtlich zwei Ebenen. Sie vermischen die vorgeäußerte und vorgegebene Sachebene des Haushaltssicherungskonzeptes mit einer Ebene, wo Sie im Inhalt offensichtlich andere Entscheidungen anlegen. Dann sagen Sie das auch.

Es ist natürlich ganz spannend, dass zum Beispiel der Städtebauminister offensichtlich an dieser Entscheidung überhaupt nicht beteiligt ist, dass er sich sprachlos zurücklehnt und in dieser Angelegenheit keine Rolle spielt.

(Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Ist nicht zuständig!)

Wenn Sie also in der Sache und nicht über dieses vermeintlich objektive Kriterium entscheiden, dann möchten wir Ihre Kriterien kennen. Dieses Haus hat ein Recht darauf, von Ihnen gesagt zu bekommen, warum Sie sich nicht weiterhin verlässlich und vertrauensvoll an die alten Vorgaben halten, sondern sie auflösen.

Meine Damen und Herren, die Städtebauförderung hat nachgewiesen, dass aus solchen Projek-

ten – mögen Sie sie auch in Zweifel ziehen – ein Multiplikatoreffekt für den Arbeitsmarkt und für die Investitionen zu erzielen ist. Der wird im Allgemeinen ungefähr mit dem Faktor 8 berechnet. Das heißt, in Oberhausen wären es 400 Millionen € gewesen, die als Investitionseffekt und Arbeitsmarkteffekt zum Tragen gekommen wären.

Ich finde es geradezu lächerlich, Herr Wüst, wenn Sie bei einer Verschuldung von 500 Millionen €, die Sie richtig beschrieben und richtig kritisiert haben, den Eigenanteil der Kommune Oberhausen, der 10 Millionen € beträgt, zum haushaltspolitischen K.o.-Kriterium machen, um am Ende eine solche Folgewirkung zu riskieren.

Sie hätten die Größe haben müssen zu sagen: Wir haben das Projekt in der Vergangenheit nicht gewollt, aber wir setzen es fort, weil wir in Nordrhein-Westfalen verlässliche Wirtschaftspolitik, verlässliche Strukturpolitik machen, und wir sehen ein, dass 10 Millionen €, die die Stadt vor dem Hintergrund dessen, was sie an Schulden hat, investiert, eine vernachlässigbare Größe im Verhältnis zu dem Multiplikatoreffekt ist, der am Ende erzielt wird.

Ich sage Ihnen voraus, dass Sie angesichts der wolkigen Erklärungen der Wirtschaftsministerin in der Fragestunde am gestrigen Tag Ihre Ankündigungen, dass kein einziger Cent EU-Mittel verloren gehen wird, nicht erfüllen werden. Und ich sage Ihnen voraus, dass Sie Ihr eigenes Kriterium – wenn wir am Ende sehen, dass Sie teilweise Mittel zu anderen Kommunen umgeswitcht haben – in Bezug auf die Haushaltssicherungskonzepte an anderer Stelle verletzt haben.

Zusammengefasst: An dem Projekt kann man Kritik üben. Das Projekt hätte man nicht unbedingt genau so fördern müssen. Es ist auch reduziert worden. Die alte Landesregierung hat es – wenn ich es richtig im Kopf habe – von 137 Millionen € auf 50 Millionen € reduziert. Aber Sie können nicht hingehen, vermeintlich objektive Kriterien vortauschen und letztlich in der Sache entscheiden, ohne geklärt zu haben, was mit den EU-Fördermitteln passiert, wie wir sie für das Land Nordrhein-Westfalen und für das Ruhrgebiet erhalten und ob Sie auch nur ansatzweise objektiv gehandelt haben. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte den Einstieg mit dem Thema O.Vision wählen, aber, Herr Eiskirch, nach der Präsentation, die Sie uns geboten haben, ist eine Klarstellung zu Beginn notwendig.

Ich selber bin ein Kind des Ruhrgebiets, dort aufgewachsen, habe den Kindergarten besucht, die Schule besucht, studiert und dort gearbeitet.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Weil ich mein ganzes Leben in der Region verbracht habe, sage ich Ihnen: Ich lasse mir von Ihnen nicht unterstellen, dass es mir egal ist, wie sich diese Region zukünftig entwickelt.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Nomen est omen bei O.Vision. Das Projekt ist hochgradig risikobehaftet; es birgt die Gefahr der weiteren Verschwendung von Steuermitteln. Deshalb hat Ihnen mein Kollege Hendrik Wüst völlig zu Recht dargestellt, welche großen Vorbehalte bei nicht wenigen Mitgliedern des alten rot-grünen Kabinetts bereits vorhanden waren. Die Entscheidung, die die schwarz-gelbe Landesregierung in den letzten Tagen getroffen hat, ist eine verantwortungsvolle Entscheidung im Sinne des Steuerzahlers und auch im Sinne der Region.

Es ist schon ein dreister Versuch, über diese Symboldebatte hier von dem Versagen von Rot-Grün in der Förderung des Ruhrgebietes in den letzten Jahren abzulenken.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Hat er eigentlich noch eine andere Schallplatte drauf?)

Die Wahrheit ist: Rot-Grün hat den Menschen im Ruhrgebiet zu lange das Blaue vom Himmel und das Schwarze aus der Erde versprochen. Einzelne Leuchttürme sollten den Schatten über dem sonstigen Revier verschleiern. Die Nachhaltigkeit Ihrer Strohfeuereffekte war aber gleich null. Wir werden dies ändern, indem wir zukünftig helle Köpfe und nicht dunkle Schächte fördern.

(Unruhe bei der SPD)

Die Erblast von fast 40 Jahren sozialdemokratischer Verantwortung könnte desaströser kaum sein. All die Stichworte, die in den letzten Jahren für NRW im negativen Sinne galten, gelten in besonderer Weise für die Probleme des Ruhrgebiets: Pleitewelle, zu wenig Selbstständige, Massenarbeitslosigkeit – allein die letzte Legislaturperiode plus 80.000 Arbeitslose –,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Im Bericht von Frau Thoben liest sich das aber ganz anders!)

Bildungsdesaster, Perspektivlosigkeit für die Jugend – all das haben Sie hinterlassen. Deshalb werden Sie ehrlicherweise hier nicht sagen können: Die Strukturprobleme des Ruhrgebiets, die unbestrittenermaßen vorhanden sind, sind das Resultat von sechs Monaten Schwarz-Gelb. Ich glaube, das wäre unehrlich. Vielmehr resultieren sie aus mehr als 40 Jahren SPD-Herrschaft.

(Beifall von der FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Lesen Sie einmal den Wirtschaftsförderungsbericht!)

Sie haben die letzten Jahre Ankündigungspolitik betrieben. Was haben Sie den Menschen alles versprochen: Sie haben einen Metrorapid in Aussicht gestellt, jahrelang hier im Landtag diskutiert und sind damit gescheitert. Sie haben 55 Millionen € bei HDO in der naiven Annahme verbrannt, wir könnten aus einem traditionellen Industriekern mal eben schnell ein zweites Hollywood machen.

(Dr. Michael Vesper [GRÜNE]: Was ist denn mit dem Tunnel im Ruhrgebiet?)

Genau diese Symbolpolitik, die Sie die letzten Jahre betrieben haben, hat eines nicht bewirkt, nämlich eine nachhaltige Strukturverbesserung, auf die man zukunftsorientiert aufbauen kann, meine Damen und Herren.

(Hannelore Kraft [SPD]: Schauen Sie sich einmal die Zahlen im Bericht von Frau Thoben an, Herr Witzel!)

Deshalb sage ich Ihnen: Die FDP-Landtagsfraktion bekennt sich sehr wohl zu einem starken Industriestandort Ruhr. Wir wollen dort moderne Kraftwerke, wettbewerbsfähige Industriearbeitsplätze, und wir wissen, dass wir dies mit neuen Technologien, mit Forschungsförderung kombinieren müssen, damit sich die Standorte dann auch im Wettbewerb behaupten.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das haben wir im Ruhrgebiet bisher nicht?)

Minister Pinkwart hatte gestern die Konsequenzen aus der RWI-Technologiestudie dargestellt und Ihnen attestiert, dass wir nämlich durch die Unterlassung von Zukunftsfähigkeit, durch das Unterlassen eines frühzeitigen Umsteuern in modernen Strukturwandel

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So ein Quatsch!)

Jahre in der Entwicklung hinterherhinken. Ansonsten stünden wir heute anders da.

Dies gilt in besonderer Weise für Ihre Politik, die zulasten der jungen Generation geht. Nordrhein-Westfalen insgesamt weist im Bundesländervergleich große Defizite im Bildungsbereich auf. Das werden wir gleich noch diskutieren. Wir stehen abgeschlagen am Ende der bundesweiten Bildungsbundesliga. Es gibt aber wahrscheinlich in Nordrhein-Westfalen auch nach all den Ergebnissen, die Sie in Ihrer damaligen Amtszeit, in der Amtszeit von Rot-Grün, präsentiert haben, keine Region des Landes, die so große Bildungsdefizite hat wie viele Standorte im Ruhrgebiet.

Deshalb leiten wir nun endlich die Umsteuerung ein. Wir setzen die parlamentarischen Initiativen der FDP-Landtagsfraktion aus der 13. Legislaturperiode um, die Sie abgelehnt haben, unter anderem die, bei der Bildung mit der Gießkannenförderung aufzuhören und lieber gezielt den Gartenschlauch in die Winkel zu halten, wo es besonderer Unterstützung bedarf. Wir sind die erste Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, die damit anfängt, in der Mittelzuweisung für Schulen bewusst und gezielt besondere Problemlagen von Standorten in Rechnung zu stellen, um damit mehr Förderung für diejenigen zu ermöglichen, die dies auch benötigen.

(Beifall von der FDP)

Deshalb werden wir vor allem auch zum Wohle des Ruhrgebiets bei unserer Bildungsoffensive, die wir mit der neuen Koalition starten und die, wenn Sie sich die Entwicklung in allen anderen Bundesländern anschauen, eine Dimension hat, die bundesweit vorbildlich ist, dafür sorgen, dass sich insbesondere im Ruhrgebiet die Strukturen verbessern, damit sich auf Dauer nachhaltig etwas verändert und nicht nur einzelne Leuchttürme in die Landschaft gestellt werden.

Wir werden dort einen Wettbewerbsprozess in Gang setzen, Einrichtungen im schulischen Bereich, aber auch im Hochschulbereich mit dem Hochschulfreiheitsgesetz entfesseln. Wir werden Ihre Grenzen der Schulbezirke einreißen,

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

damit eine moderne Wettbewerbslandschaft von Schule entsteht und die Chance besteht, sich endlich bei den Bildungsergebnissen denen aus den internationalen Vergleichen anzunähern, die besser sind.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie sollten den Mund nicht so voll nehmen! – Zuruf von der SPD: Keine Ahnung!)

Wir werden selbstverständlich die Chance auch als solche begreifen, die sich durch die Umstrukturierung und Neuausrichtung der EU-Förderung ergibt, damit nachhaltige, dauerhafte Innovationsprozesse einsetzen und nicht weiter losgelöst von jeder Sinnhaftigkeit einfach Millionenbeträge für Strohfeuereffekte verbrannt werden.

(Horst Becker [GRÜNE]: Nur Visionen und Schulwitzel!)

Wir werden einem Ausbau der Infrastruktur offen gegenüberstehen. Wir unterstützen den Weiterbau der A 52, den Sie viele Jahre blockiert haben,

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Ist nicht wahr!)

damit eine leistungsfähige Nord-Süd-Verbindung im Ruhrgebiet entsteht und damit der Standort als solcher gestärkt wird. Wir sind die erste Landesregierung, die in dem Umfang eigene planungsrechtliche Kompetenzen in die Region vergibt, weil wir nämlich den Menschen vor Ort zutrauen, dass sie einen wichtigen eigenen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten, wenn man sie zukünftig nur lässt.

(Beifall von FDP und CDU)

Deshalb wird der Regionalverband Ruhr weitgehende Planungskompetenzen bekommen, woran in der Vergangenheit unter Ihrer Verantwortung nicht zu denken war.

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Uns als neuer Koalition liegt die Regionalentwicklung, anders als das hier von der SPD unehrlicherweise behauptet wurde, sehr am Herzen. Uns liegt daran, dass wir hier einen großen Schritt in Richtung Zukunft machen, aber wir sind uns auch dessen bewusst, dass Symbolpolitik allein nicht ausreicht, sondern dass wir nachhaltige Effekte benötigen. Jede Studie, die sich mit dem Innovationsklima und der Technologiepolitik beschäftigt, führt zu dem Ergebnis, dass wir heute entschieden weiter wären, wenn Sie, als Sie die letzten Jahre und Jahrzehnte in der Verantwortung waren, mutige Schritte des Umsteuerns nicht in dem Maße unterlassen hätten.

Deshalb gilt für uns als neue Koalition: Wir brechen auf in eine neue Epoche der Ruhrförderung,

(Heiterkeit von Horst Becker [GRÜNE])

indem wir die Menschen selber zu mehr Freiheit befähigen,

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

sie unterstützen bei dem Prozess, in moderne Bereiche umzusteigen, ...

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, kommen Sie dann bitte jetzt auch langsam zum Schluss?

Ralf Witzel (FDP): ... weil wir eines nicht fortsetzen werden: Ihre Politik, bei der Sie Zukunft verschenkt haben,

(Horst Becker [GRÜNE]: Eine Witzel-Epoche!)

Millionen verbrannt haben und im Ergebnis damit gescheitert sind. Wir stehen für eine moderne Ausrichtung der Ruhrgebietsförderung und werden diesen Kurs – darauf können Sie sich verlassen – konsequent fortsetzen. – Vielen Dank.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Landesregierung spricht jetzt Wirtschaftsministerin Thoben.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für das Ruhrgebiet braucht man Herz und Verstand.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn mir jemand wie Herr Eiskirch – ich führe das einmal darauf zurück, dass er ganz frisch im Parlament ist – unterstellt, ich sei als Vertreterin des Münsterlandes hier, dann weiß er wohl nicht, dass der gesamte Emscher-Lippe-Raum zum Kammerbezirk Münster gehört. Soviel zu der Zeit, in der ich in Münster gearbeitet habe.

Dann ist ihm ganz offenkundig auch entgangen ...

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir wollen hier nicht Ihre Biografie hören!)

– Die erzähle ich auch nicht; da müssen Sie keine Sorge haben. Aber so wie Sie an irgendwelchen Stellen, an denen es Ihnen gefällt, über Ihre katholische Herkunft sprechen, darf ich einen Hinweis machen, wenn mich jemand so pauschal angreift.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist doch auch kein Zufall – vielleicht –, dass ich auch den Übergang des KVR zum RVR ein halbes Jahr mit gestalten durfte. Damals habe ich übrigens auch von der SPD recht große Zustimmung erfahren.

Frau Steffens, auf Ihre Frage kann ich Ihnen Folgendes antworten: Einen Tag nach der Kabinettsbefassung ist die Stadt Oberhausen offiziell vom Referatsleiter telefonisch unterrichtet worden, unter anderem mit dem Hinweis darauf, dass das

rechtsverbindliche Ablehnungsschreiben selbstverständlich in den Fristen verfasst werden muss. Da muss als erstes das Kabinettsprotokoll unterzeichnet werden, und danach werden wir tätig.

(Ralf Jäger [SPD]: So hoch angesiedelt! Beim Referatsleiter sogar!)

Die Opposition irrt. O.Vision ist kein Zukunftsprojekt. Wir wollen keine ungedeckten Schecks auf Projekte ausstellen, die nicht vernünftig durchgeplant sind. Wir wollen Abschied nehmen von Leuchttürmen, die häufig zu Wunderkerzen mutieren.

O.Vision ist nicht zu verantworten. Das gilt nicht nur, wie Sie das so gerne darstellen, im Hinblick auf die Haushaltssituation der Stadt Oberhausen, sondern auch im Hinblick auf die unsichere Wirtschaftlichkeit des Vorhabens: die erheblichen Finanzierungsrisiken aufgrund des zu knappen Zeitplans des Vorhabens. Jeder von uns weiß, dass solche Entertainment-Center besonderen Risiken unterliegen, zum Beispiel vor dem Hintergrund sich rasch ändernder Verbraucherpräferenzen sowie veränderter Marktsituationen aufgrund neuer Konkurrenzangebote.

Wir alle kennen unter anderem den Fall Space-Center Bremen. Ich darf noch einmal die Fakten dieser traurigen Geschichte in Erinnerung rufen: Zu Beginn des Jahres 2004 wurde dieses hoffnungsvolle Entertainment-Projekt in Bremen eröffnet, im September desselben Jahres wegen mangelnden Besucherzustroms bereits wieder geschlossen. Nicht einmal ein ganzes Jahr hat der Betrieb durchgehalten.

Ein zweites Argument war für die Landesregierung aber mindestens genauso wichtig:

Dem Vorhaben O.Vision ist die Zeit weggelaufen – und zwar die Zeit, in der Sie regiert haben. Dadurch, dass das Projekt bei der Europäischen Kommission unter dem Gesichtspunkt möglicher Wettbewerbsverzerrungen geprüft wird und vor einer Entscheidung der Kommission nicht begonnen werden kann, wurde der Realisierungszeitplan immer enger.

Ursprünglich sollte die Realisierung dieses Vorhabens ca. dreieinhalb Jahre in Anspruch nehmen. Auch das verkleinerte Projekt sieht einen Zeitplan von knapp drei Jahren vor. Da aber spätestens Ende 2008 das Vorhaben nicht nur beendet, sondern auch komplett im Rahmen des Ziel-2-Programms bei der Kommission abgerechnet sein muss, beinhaltet der Realisierungsplan nach

Ansicht der Landesregierung heute schon viel zu große Risiken.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Noch ist nicht klar, wann und wie die Kommission über dieses Wettbewerbsverfahren entscheidet. Wenn das Vorhaben dann nicht mehr rechtzeitig fertig gestellt werden kann, müssten das Land und die Stadt die ausfallenden Fördermittel der EU in Höhe von ca. 25 Millionen € aufbringen. Ein solches Risiko ist weder für den Landeshaushalt noch für den Haushalt der Stadt Oberhausen vertretbar.

(Beifall von CDU und FDP)

O.Vision gibt Oberhausen keine Zukunft. Man muss sich einmal vergegenwärtigen, dass die Stadt Oberhausen nicht nur eine Stadt mit Haushaltsproblemen ist: Oberhausen ist langjährige Haushaltssicherungskommune und befindet sich in vorläufiger Haushaltswirtschaft ohne rechtsgültige Haushaltssatzung infolge eines nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzeptes.

Der Stand der Investitionsschulden betrug zum 31. Dezember 2004 389,5 Millionen €. Der Fehlbetrag des Verwaltungshaushaltes 2004 betrug 376,6 Millionen € mit einer Unterdeckungsquote von 47,8 %. In dieser Situation in ein Projekt mit so vielen Risiken und von dieser Größenordnung hineinzugehen, ist vollkommen unverantwortlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie sehen also: Es gab mehrere gute Gründe, für dieses Projekt keine Förderzusage zu geben – Gründe, die, wie wir alle wissen, bereits in der alten Landesregierung zu intensiven Diskussionen geführt haben.

Völlig unzutreffend ist es, aus der Ablehnung einer Förderung von O.Vision durch das Land auf eine Blockadehaltung gegenüber dem Ruhrgebiet zu schließen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: So ein Quatsch aber auch! – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Das Gegenteil ist der Fall:

Erstens. Im laufenden Ziel-2-Programm, Frau Kraft, sind bisher ca. 1,34 Milliarden € für insgesamt 2.600 Vorhaben – überwiegend zugunsten des Ruhrgebiets – bewilligt worden.

(Hannelore Kraft [SPD]: Richtig! Das ist auch die Gebietskulisse!)

– Bitte? Ja, Sie fragen mich doch pausenlos in Kleinen Anfragen und wollen es noch einmal ge-

nauer wissen. Ich muss ja schon fast Leute einstellen, um die alle zu beantworten.

Zweitens. Allein im vergangenen Jahr setzte die Landesregierung ca. 270 Millionen € im Rahmen des Ziel-2-Programms zugunsten des Ruhrgebiets ein.

Und, Herr Witzel, auch zu Ihnen: Allein im letzten Monat – ich glaube, seitdem hat sich die Haushaltssituation der Ruhrgebietsgemeinden nicht verändert – wurden konkret 94 Vorhaben bewilligt mit einem Fördervolumen von 178 Millionen €, mit denen Gesamtinvestitionen von 280 Millionen € zugunsten des Ruhrgebiets angestoßen werden.

Ich möchte nur einige wichtige Vorhaben nennen: die Propylen-Pipeline im Ruhrgebiet, das Großvorhaben Phoenix West in Dortmund, vierter Bauabschnitt, die MST-Factory in Dortmund, dritter Bauabschnitt, die Entwicklung der Industriebrache Sudamin zum Gewerbegebiet Logport 2 in Duisburg

(Zuruf von der SPD)

– ich sage nur, wann die Bewilligungen ausgesprochen worden sind, damit Sie endlich mit Ihrer Legendenbildung aufhören –,

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Sie reden von Legendenbildung?)

die Wiedernutzbarmachung der Industriebrache Babcock-Gelände Voerde, die Durchführung eines Businessplanwettbewerbs Medizinwirtschaft im Ruhrgebiet, die Errichtung eines Kompetenzzentrums Chemie in Marl, im Rahmen des Zukunftswettbewerbs Ruhr 18 neue FuE-Vorhaben privater Unternehmen in Kooperation mit Forschungseinrichtungen.

Ich könnte diese Liste fortführen. Sie belegt eindeutig, dass die Landesregierung ihre Verantwortung für das Ruhrgebiet wahrnimmt und für eine zügige Umsetzung des Ziel-2-Programms sorgt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir konzentrieren uns dabei auch weiterhin auf die Entwicklung erfolgreicher Kompetenzfelder wie die Mikrostrukturtechnik, Life-Science, Gesundheitswirtschaft sowie Logistik.

Eine Ablehnung von O.Vision bedeutet auch keinesfalls, dass das Land die Entwicklung der Gesundheitswirtschaft im Ruhrgebiet nicht weiter verfolgen will.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Ministerin, darf ich Sie an die Redezeit erinnern.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Ja. Aber ich brauche mehr.

Vizepräsident Edgar Moron: Sie brauchen mehr?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Das Gegenteil ist der Fall. Nur wollen wir eine langfristig angelegte, seriöse Entwicklung und kein Projekt, das als Investitionsruine mit unabsehbaren Folgen endet.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Die Vielzahl der im letzten Jahr gebilligten Vorhaben zeigt auch, dass trotz der engen Spielräume in den öffentlichen Haushalten bei Land und Kommunen eine ausreichende Mobilisierung von Kofinanzierungsmitteln möglich war. Es ist uns gelungen, stärker als in der Vergangenheit andere Fachprogramme, zum Beispiel die Städtebauförderung oder das Opel-Programm, zur Kofinanzierung heranzuziehen.

Diesen Weg werden wir auch für 2006 beschreiten. Wir werden auch in 2006 noch ausreichend Finanzierungsmöglichkeiten für qualitativ hervorragende Vorhaben zur Verfügung stellen können. Wir werden gemeinsam mit den Akteuren im Ruhrgebiet daran arbeiten – daran sollten auch Sie ein Interesse haben, auch wenn es in veränderter Konstellation schwer fällt –, dass die Strukturfondsmittel ausgeschöpft werden.

Damit dies gelingt, hat die Landesregierung unter anderem bei der Europäischen Kommission beantragt, dass für das laufende Programm auch private Drittmittel zur Kofinanzierung zugelassen werden. Für die künftige Förderperiode wird sich die Landesregierung weiter dafür einsetzen, dass die Einbeziehung von privaten Mitteln zulässig bleibt. Hierbei wird es wesentlich auf das Europäische Parlament ankommen. Ich habe deshalb alle Europaparlamentarier aus NRW gebeten, sich dafür einzusetzen.

Auch im neuen Ziel-2-Programm ab 2007 wird das Ruhrgebiet wieder einen Schwerpunkt der Förderung bilden. Die nach wie vor bestehenden strukturellen Schwächen im Ruhrgebiet wird die Landesregierung bei ihrer Förderpolitik ab 2007 natürlich berücksichtigen. Aber auch für das Ruhrgebiet wird zukünftig gelten, dass die Erreichung der Lissabon-Ziele und die Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit in der Förderpolitik des Landes – übrigens auch der EU – höchste Priorität haben.

Die Landesregierung wird deshalb auch die Möglichkeit nutzen, das Thema Innovation über das Ruhrgebiet hinaus

(Ralf Jäger [SPD]: Aha!)

– über das Ruhrgebiet hinaus! – landesweit zu einem Förderschwerpunkt zu machen. Die Mittel hierfür sollen möglichst im Wettbewerb um die besten Ideen und Projekte vergeben werden. Hiervon verspreche ich mir zukünftig eine höhere Projektqualität.

Ich habe bei diesen Wettbewerbsverfahren übrigens keine Sorge um das Ruhrgebiet. Ich gehe davon aus, dass das Ruhrgebiet auf der Basis der bisher erarbeiteten Kompetenzen und Stärken bei diesen Wettbewerben sehr gute Chancen für die Einwerbung von zusätzlichen Projektmitteln hat. Ich traue dem Ruhrgebiet etwas zu! Und ich rate jedem verantwortlich Handelnden im Ruhrgebiet, sich auch selbst etwas zuzutrauen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die bisherige Resonanz aus dem Ruhrgebiet auf diese ersten Überlegungen der Landesregierung enthält jedenfalls viel Zustimmung. Und auch der eine oder andere aus Ihren Reihen, wenn er nicht hier spricht, sondern man sich unter vier Augen mit ihm unterhält, sagt: Das wurde aber auch Zeit! –

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Genau so ist das!)

Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Groschek.

Michael Groschek (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Witzel hat wohl Witze gemacht: Herr Kollege Witzel, wer das Tunnelbauprojekt zu Schilda als politische Landmarke des Ruhrgebietes propagiert,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

den kann man in dieser Arena doch nicht als ersten Diskussionspartner begrüßen. Alles andere war Wahlkampfretorik und ansonsten ohne viel Inhalt.

Was mich allerdings viel mehr erstaunt hat als der Gruß aus Borken ans Ruhrgebiet war die Einlassung der Frau Ministerin gerade. Es ist schon erstaunlich, dass sich eine Nachfolgerin mit einer

anderen politischen Färbung so sehr mit den Schulterstücken der Vorgängerregierung rühmt, wie Sie es gerade getan haben, liebe Frau Thoben.

(Beifall von der SPD)

Wir fragen uns allerdings: Wo bleibt denn eine originär eigene Initiative, ein originär eigenes Projekt, ein originär eigener Beitrag zum Strukturwandel? Der Ministerpräsident hat ja eine Regierungserklärung abgegeben und angekündigt: Wir schaffen eine Zukunftsinitiative Ruhrgebiet. – Außer Pustekuchen bislang nichts gewesen!

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das war eine Buchhalterrede!)

Wenn Sie das Space-Center in Bremen anführen, dann sollten Sie nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Das Space-Center in Bremen, das großkoalitionär verabschiedet wurde, ist ein aufgeblasenes Einkaufszentrum mit einer Achterbahn. Das hat mit dem Projekt O.Vision überhaupt nichts zu tun, Frau Thoben, und ist fachlich überhaupt nicht damit zu vergleichen.

(Beifall von der SPD)

Zu den EU-Mitteln – darauf komme ich gleich ausführlich zurück, aber ein Hinweis schon jetzt –: Es ist in Wirklichkeit skandalös, dass Sie jetzt händelnd nach Möglichkeiten suchen müssen, um nicht Millionen an Brüsseler Investitionshilfe auf Halde legen zu müssen, weil Sie kein Alternativprojekt haben. Denn im genehmigungsfähigen Haushalt gibt es kein Alternativprojekt, bei dem dieses Geld investiert werden könnte. Deshalb droht in NRW zum ersten Mal, dass wir Strukturhilfemittel zurückgeben müssen. Ein Stück aus dem Tollhaus!

(Beifall von der SPD)

Jetzt zum Anspruch und zur Wirklichkeit der schwarz-gelben Landesregierung und ihrer Strukturpolitik: Im eigenen Koalitionsvertrag formulieren Sie: Wir setzen Schwerpunkte im Ruhrgebiet in der Gesundheitswirtschaft. – Welches Projekt wenn nicht O.Vision wäre ein solches Innovationsprojekt?

Die IHK, der Deutsche Gewerkschaftsbund, Professor Lehner, Gutachter, das Wirtschaftsministerium des Landes und potenzielle Investoren – ein Drittel der Fläche war optioniert – sagen Ja zu O.Vision. Frau Thoben, Sie haben selbst als Ministerin Ja zu O.Vision gesagt. Bis zum Schluss haben Sie dem Oberbürgermeister gegenüber gesagt: Ja, das ist ein Zukunftsprojekt, das nur noch von der Finanzierung abhängt, Herr Ober-

bürgermeister. Heute tun Sie so, als ob die Finanzierung eine Marginalie sei.

Sie haben doch dazu beigetragen, dass das Projekt finanziell abgespeckt und auf einen Eigenanteil von 10 Millionen € reduziert wurde.

(Zuruf von der FDP)

Was der Stadt jetzt an Rückzahlungen droht, ist ein Vielfaches dieser Summe. Also macht es finanzpolitisch überhaupt keinen Sinn, was Sie hier erzählt haben.

(Beifall von der SPD)

Machtpolitisch allerdings macht es Sinn. Ideologisch macht es Sinn, weil die rote Hochburg die Region war, in der sich der Abschreckungseffekt der neuen Regierung besonders ausgeprägt hat. Das Ergebnis der Bundestagswahl vier Monate nach der Landtagswahl war eindeutig: 26,5 % im Ruhrgebiet für Sie, 50 % für uns. – Das ist das wahre Motiv hinter Ihrer Perspektive, ...

(Beifall von der SPD)

... dieses Projekt und andere abzuwürgen.

Apropos Ruhrgebietspartei: Wir wundern uns, wo der sehr sympathische Herr Lammert bleibt. Als Mensch ist er sympathisch. Als Regionalpolitiker im RVR ist er nichts als ein schweigender Sitzriese, meine Damen und Herren. Wo ist der Chef der Ruhr-CDU?

(Beifall von der SPD)

Frau Thoben, hoch wohldotierte Übergangspräsidentin KVR, RVR, ...

(Ministerin Christa Thoben: Was haben Sie gesagt?)

– Hoch wohldotierte Übergangspräsidentin.

(Ministerin Christa Thoben: Eine Frechheit!)

– Warum? Das ist doch völlig in Ordnung!

(Ministerin Christa Thoben: Eine Frechheit! Eine Unverschämtheit!)

– Nein, das ist völlig in Ordnung, völlig in Ordnung!

(Zuruf von Ministerin Christa Thoben)

– Nein, nur dass Sie beim Neujahrsempfang der Kreishandwerkerschaft in Bochum gesagt haben, die sollten sehen, wie sie damit fertig werden, jetzt hätten sie ihre Projekte und sollten als RVR gucken, wie sie damit klarkämen, ist eben kein Ausdruck von Loyalität und Solidarität mit dem Ver-

band, die eigentlich notwendig gewesen wäre, Frau Thoben.

(Beifall von der SPD)

Oliver Wittke, auch ein Ruhrgebietspolitiker mit CDU-Färbung, beklagt in der „WAZ“ am 13. diesen Monats lauthals das Sanierungsproblem, den Sanierungsfall Ruhrgebiet. Was ist denn sein Beitrag zur Problemlösung? – Sein Beitrag zur Problemlösung besteht in der Schirmherrschaft über die größte öffentliche Bauruine im Ruhrgebiet, das Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen. Das ist ein Millionensteuergroschengrab: 20 Millionen € ansteigend ohne Ende!

(Beifall von der SPD)

Sie wollen nicht nur nichts fürs Ruhrgebiet tun, Sie können es auch nicht. Schlafmützigkeit ist auch ein politisches Vergehen. Bei Ihnen geht der Winterschlaf in die Frühjahrsmüdigkeit über.

(Beifall von der SPD)

Beispiele dazu:

(Zuruf von der CDU)

Die Neuordnung der EU-Kommission für Strukturmittel 2007/2013 hat festgelegt:

Ziel 1 – Ostdeutschland – darf über PPP-Mittel kompensieren, statt kommunale Mittel einsetzen zu müssen.

Ziel 2 – Westdeutschland – darf dies nicht. – Jetzt sagt Frau Thoben, sie habe sich an alle Europa-abgeordneten gewandt. Mit welchem Erfolg denn?

(Zuruf von Ministerin Christa Thoben)

Ihr werter Kollege Pieper hat das doch in Ihre Fraktion eingebracht. Die EVP-Fraktion hat beschlossen: Njet, ist nicht, es wird nicht geändert. Deshalb gibt es jetzt wieder eine Demarkationslinie bei den Förderrichtlinien. Ostdeutschland darf privat kompensieren, Westdeutschland nicht.

Aber keine Sorge: Wir haben gehandelt, während Sie weiterschlafen. Wir haben Steinbrück angeschrieben.

(Helmut Stahl [CDU]: Schlichtes Kammerrecht, was Sie hier machen! Kammerrecht!)

Er wird im Europäischen Rat das umsetzen, was Sie mit Ihrer EVP nicht geregelt bekommen.

(Beifall von der SPD)

Wir lassen das Ruhrgebiet nämlich nicht hängen.

(Beifall von der SPD)

Zweites praktisches Beispiel: Sie haben heute schon in Gestalt von Herrn Wittke verkündet: Nicht mehr die Leuchttürme werden die Förderschwerpunkte 2007 bis 2013 mit EU-Mitteln sein, sondern Städtebau, Stadtteilentwicklung und Wohnumfeldverbesserung. Realität ist, dass die Stichworte „sozialer Wohnungsbau“ oder „Modernisierung von Wohnungen“ bei den Förderrichtlinien dieser EU-Strukturfonds überhaupt nicht vorkommen.

(Zuruf von der FDP: Stimmt doch gar nicht!)

Sie haben verschlafen, dieses Entwicklungsziel einzubringen. Woher wollen Sie das Geld für Stadtteilentwicklung und Wohnumfeldverbesserung nehmen? Pustekuchen! Sie haben zehn Jahre verloren, wenn es nach Ihnen geht!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege!

Michael Groschek (SPD): Letztes Beispiel, weil es so wahrhaftig ist, Herr Präsident: die Regionalbeihilfen.

Ihr Eigenlob lautet, Sie seien die Mittelstandsparteien. Realität ist: Ohne dass Herr Breuer oder sonst wer protestiert hätte, werden die Regionalbeihilfen für kleine und mittelständische Unternehmen von 50 % in der Vergangenheit unter Rot-Grün auf 40 % unter Schwarz-Gelb gekürzt. Aber wie sagte Dr. Brockes gestern: Der Mittelstand braucht keine Förderprogramme. Der Mittelstand braucht Freiheit. Der Mittelstand wird sich für diese Freiheit bedanken, bei der er finanziell in die Röhre guckt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Groschek. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Abgeordneter Kuhmichel.

Manfred Kuhmichel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Groschek, mit keiner Silbe Ihres Beitrags haben Sie den Menschen im Ruhrgebiet gedient.

(Beifall von CDU und FDP)

Das war völlig am Thema vorbei. Ich komme gleich noch darauf zurück.

Mit allem Ernst: Meine Damen und Herren von der SPD, war das die große „Pott-Verschörung“, wie es in einer Zeitung getitelt war? – Beileibe nicht. Glauben Sie wirklich, dass Millionen von Ruhrgebietslern, von Männern und Frauen aus dieser Region, heute vor dem Fernseher oder vor den Ra-

diogeräten gesessen haben, um zu erleben, wie die SPD das Ruhrgebiet vor der Verelendung und vor der Blockade rettet? – Das wird nicht der Fall gewesen sein!

(Hannelore Kraft [SPD]: Das ist überhaupt nicht unser Job!)

Ich darf ausdrücklich meinem Kollegen Wüst und Ministerin Thoben für ihre sachbezogenen Beiträge danken.

(Beifall von CDU und FDP)

Diese waren auf eine positive Zukunft des Ruhrgebiets gerichtet.

Die Aktion, die Sie heute gestartet haben, ist misslungen und in sich zusammengefallen. Es war ein misslungener Kraftakt, Frau Kollegin.

Nehmen Sie einfach zur Kenntnis, dass das Ruhrgebiet nicht mehr Ihr Eigentum ist. Diese Zeiten sind vorbei. Das wird es auch nicht mehr sein. Das Ruhrgebiet gehört sich selbst und seinen Menschen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Diese Show glaubt Ihnen keiner. Wissen Sie, was Ruhrgebietler zu dem sagen würden, was Sie hier veranstalten: Watt soll datt? – Nichts anderes. Es geht am Thema vorbei. Hören Sie doch endlich einmal auf, die Leute im Ruhrgebiet durch das zu verdummen, was Sie oftmals völlig ungesichert daher sagen. Die Leute im Ruhrgebiet sind es leid, wie Sie über Jahrzehnte hinweg mit Ihnen Politik betrieben haben.

Nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis: Auch im Ruhrgebiet ist die Aufklärung angekommen. Die Leute sind im Internet, sie bewegen sich global, sie lesen Zeitungen. Sie wägen ab und kümmern sich gelegentlich auch um das, was hier passiert. Sie hören sehr gut zu.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Ich nenne Ihnen einmal drei Beispiele, was die Leute im Ruhrgebiet genau wissen. Sie wissen nämlich, dass Sie einen Haushalt des Landes vor die Wand gefahren haben. Schlimmer ging es gar nicht. 39 Jahre haben Sie hier regiert und dem Ruhrgebiet nichts Besonderes angedeihen lassen.

(Unruhe und Zurufe von der SPD)

Sie haben in den letzten Jahren mit Leuchttürmen operiert, die nichts gebracht und am Ende nur zu noch weiterer Verschuldung beigetragen haben. Wir setzen auf solide, durchfinanzierte Projekte. Sonst ist das nicht zu vertreten.

Wenn Sie, Frau Kraft – vielleicht hören Sie noch einmal kurz zu –, sich in Neujahrsreden vor die Leute stellen, um damit zu werben, dass Sie gegen einen nicht verfassungskonformen Haushalt klagen, dann noch Beifall erwarten und der Beifall ausbleibt, dann mögen Sie daran erkennen, dass die Leute wissen, dass sich hier jemand zum Richter aufspielt, der selbst am Zustandekommen dieser Misere maßgeblich beteiligt war.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die Leute im Ruhrgebiet wissen auch ein Zweites. Das lesen sie gerne, weil die Menschen in der Regel auch positive Nachrichten brauchen. Man will nicht immer, dass alles schlechtgeredet wird.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wer hat denn dieses Land schlechtgeredet! – Zurufe von der SPD)

Auch die Region will nicht, dass Sie sagen, dass sie im Elend lebt. Das stimmt nämlich nicht.

Wir konnten gestern im „Pressespiegel“ lesen – ich denke, Sie haben sich auch gefreut –: „NRW-Wirtschaft holt auf“ – das gilt auch fürs Ruhrgebiet –, „NRW-Wirtschaft im Aufschwung“, „Nordrhein-Westfalen findet wieder Anschluss“. „Die bittere Jahre für NRW sind vorbei“ sagt der „Bonner Generalanzeiger“. „In NRW mehr Wachstum“ – das freut Sie doch hoffentlich „Stärkstes Wachstum seit Jahren“. Nehmen Sie das doch bitte zur Kenntnis, um zu wissen, dass von Ihrer Verelendungsstrategie nichts mehr übrig bleibt.

Und die Leute im Ruhrgebiet wissen auch ein Drittes: Da hat nämlich der Ministerpräsident dieses Landes am 13. Juli eine Regierungserklärung abgegeben. Erstmals, soweit ich mich erinnere – vielleicht können Sie das gleich anders darstellen; ich glaube allerdings nicht, dass Sie das schaffen –, hat ein Ministerpräsident eine ganze Passage, nämlich die Seiten 14 und 15, dem Ruhrgebiet gewidmet. Sie werden das alles gelesen haben, vielleicht sich darüber geärgert haben. Aber das ist die Perspektive für das Ruhrgebiet.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wir haben gehandelt und nicht geredet! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich will es jetzt gar nicht im Einzelnen vortragen; Sie haben das vorliegen. Es geht um die Seiten 13 und 14: Kulturregion, Wissenschaftsregion, Gesundheit. Dabei haben Sie längst gemerkt, dass wir all das machen, was wir vorher gesagt haben. Auch das wird Stück für Stück umgesetzt – zum Wohl der Zukunft des Ruhrgebietes und sei-

ner Menschen. Hören Sie damit auf, diese Region schlechtzureden!

(Ralf Jäger [SPD]: Glauben Sie das, was Sie da reden? – Weitere Zurufe von der SPD)

Freuen Sie sich mit uns, wenn es jetzt besser wird. Denn NRW kommt wieder!

Dann habe ich noch etwas in der Presselandschaft gelesen. Eine Zeitung sprach davon, dass sich das Ruhrgebiet seit Jahrzehnten gelegentlich benachteiligt sieht, übrigens auch durch Ihre Politik. Da wurde dann erwähnt, dass auch als eine Art Benachteiligung empfunden wird, dass Schalke 04 immer noch kein Deutscher Meister ist. Das empfinde ich auch so. Aber die letzte Meisterschaft von Schalke 04 war im Jahre 1958. Da regierte Franz Meyers, und jetzt regiert Jürgen Rüttgers.

Ich bin sicher: Auch wenn die Schalker sich noch einige Jahre Zeit nehmen – die nächste Meisterschale bekommen wir unter der Regierung Jürgen Rüttgers. – Meine Damen und Herren, herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kuhmichel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Steffens.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kuhmichel, wenn Sie es schaffen, dass Schalke gewinnt, dann stimmen wir an der Stelle auch ein Loblied auf die Landesregierung an. Ich glaube allerdings, dass Sie dazu am allerwenigsten beitragen können.

Frau Thoben, ich möchte mich bei Ihnen herzlich bedanken, dass Sie die Frage von gestern, ob die Bewilligung erteilt ist oder nicht, beantwortet haben. Ich finde aber schon erstaunlich, dass eine Kommune über ein so bedeutendes Projekt von einem Referatsleiter informiert wird und es bis heute nicht gelungen ist, die nötigen Schritte einzuleiten, damit das auch auf offiziellem Weg nach Oberhausen kommt. Wenn das Ihre Art von Verfahrensbeschleunigung ist, dann wird Nordrhein-Westfalen bald anders aussehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Bei solchen Sachen hat es das bei uns nicht gegeben.

Zu dem konkreten Projekt O.Vision, das Sie jetzt abgelehnt haben: In der Vergangenheit gab es das eine oder andere an Diskussionen darüber,

ob es sinnvoll ist, genau an dem Standort ein solches Gesundheitscluster einzurichten, ja oder nein. Darüber kann man streiten. Es lag allerdings eine Reihe von Stellungnahmen und Gutachten vor – vom IAT, vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsförderung –, die alle gesagt haben: Der Standort, das Projekt sind erfolgversprechend, extrem erfolgversprechend.

Der Ministerpräsident hat im Wahlkampf gerade der Gesundheitswirtschaft verkündet: Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze! Von daher wäre das etwas gewesen, was wirklich zueinander gepasst hätte. Von daher stellt sich mir schon die Frage: Was gibt es denn bei Ihnen für neue Erkenntnisse, dass an dem Standort das Projekt nicht erfolgversprechend ist?

Gerade eine solches erfolgversprechendes Projekt brauchen wir für das Ruhrgebiet, brauchen wir für Oberhausen und brauchen wir auch für die Gesundheitswirtschaft. 10 Millionen € Planungskosten in den Sand zu setzen, obwohl es ein erfolgversprechendes Projekt ist, finde ich schon mehr als gewagt. Von daher würde ich Sie bitten, einmal zu sagen, welche neuen Erkenntnisse, Gutachten und Studien, wie auch immer, Sie dazu haben.

Der zweite Punkt: Sie haben von Beihilfeprüfung, Problemen und Risiko gesprochen. Genau das war der Grund, warum man die hohe Summe für das Projekt heruntergesetzt hat: damit genau diese Risiken bei dem Projekt in dem Umfang nicht vorhanden sind.

Eine weitere Frage, die ich auch gestern schon einmal angesprochen habe, lautet: Welche Projekte sind das denn? Ist wirklich sichergestellt, dass das Geld dem Ruhrgebiet erhalten bleibt? Sie sagen vollmundig: Alles kein Problem. Wir haben genug. – Aber all das, was Sie in das Projekt einbeziehen, muss bis 2006 abgeschlossen sein, muss auf jeden Fall mit Blick auf die Finanzstärke der Kommunen klar sein, muss in der Planungsphase fortgeschritten sein. All das trifft doch auf die ganzen anderen Projekte, die auf der Liste stehen, auch nicht zu.

Das heißt, ich sehe kein einziges Projekt, auf das das Geld mal eben übertragen werden kann, damit für das Ruhrgebiet ein erfolgreiches Projekt kommt.

Sie haben gestern gesagt: Ich kann nicht sagen, welches Projekt es sein wird, aber wir haben welche. – Ja, Sie müssen das aber einem Parlament gegenüber sagen können. Das sind doch keine Geheimnisse, die da eingereicht worden sind. Es geht um Projekte, die beantragt worden sind.

Wenn Sie den Mund so voll nehmen und sagen, das Geld gehe nicht verloren, dann können Sie auch sagen, welche Projekte dafür in Frage kommen.

Mir zwingt sich der Eindruck auf, dass dahinter eine ganz andere Intention steht, nämlich zu kaschieren, dass Sie nicht wissen, wie Sie die Enden bei Ihrem Haushalt zusammengebunden bekommen, deswegen auf Kosten des Ruhrgebiets sparen und dann den Landesanteil in Höhe von 20 Millionen € einstecken wollen, wobei das Ruhrgebiet leer ausgeht. Ich glaube, dass es am Ende so sein wird.

Frau Thoben, man kann ja sagen: alles mit Herz und Verstand. Aber „Herz“ bedeutet auch: Man muss dem Ruhrgebiet wirklich helfen. Man muss erfolgversprechende Projekte aufgreifen. Ich befürchte aber, dass das, was Sie hier gerade machen, das Gegenteil dessen ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Steffens. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Brockes.

(Zuruf von Dr. Michael Vesper [GRÜNE])

Dietmar Brockes (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Oppositionsfraktionen! Jetzt nehmen Sie doch bitte endlich einmal zur Kenntnis, dass Ihre bisherige Politik „Man muss nur genug Geld nehmen und dieses in die Gegend schmeißen, dann wird schon irgendetwas daraus werden“ gescheitert ist.

(Widerspruch von der SPD – Hannelore Kraft [SPD]: Das kann nur einer sagen, der nicht aus dem Ruhrgebiet ist!)

– Frau Kraft, schauen Sie sich Ihre Bilanz der Förderpolitik an. Die ist sehr ernüchternd.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Keine Ahnung und große Sprüche!)

Meine Damen und Herren, es ist weder gelungen, den Strukturwandel in den Zielregionen im Ruhrgebiet voranzubringen noch die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet zu senken. Um das feststellen zu können, braucht man sich nur die Zahlen anzuschauen:

Im Durchschnitt waren im Jahr 2000 im Ruhrgebiet 270.000 Menschen ohne Arbeit. Trotz der ganzen Fördermilliarden, die in die Region geflossen sind, lagen wir 2005 im Durchschnitt bei 351.000 Menschen ohne Arbeit. Das ist Ihre Bi-

lanz, das sind die Fakten. Das zeigt ja wohl, dass Ihre Politik hier völlig verfehlt war.

Meine Damen und Herren, wir setzen dagegen insbesondere auf kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere auf Existenzgründungen. Ziel ist die konsequente Schließung der Gründungs- und Mittelstandslücke vor allem im Ruhrgebiet. Bei Unternehmen dieser Größenordnung entstehen deutlich mehr und deutlich schneller Arbeitsplätze als in Konzernen und Großprojekten wie zum Beispiel bei O.Vision. Dabei geht es unter anderem um die Verbesserung des Marktzugangs, der Finanzierungsbedingungen, der Stärkung des Wachstumspotenzials und der Kooperationsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen.

Meine Damen und Herren, wir setzen auf Innovation und Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft. Im Vordergrund stehen bei uns die Verbesserung der technologischen Infrastruktur, des Wissenstransfers, Aus- und Weiterbildung, innovative Dienstleistungen sowie die Stärkung von Forschung und Entwicklung in einzelnen Unternehmen und Unternehmensverbünden. Unterstützt werden bei uns auch Verbesserungen bei der Ressourcen- und Energieeffizienz sowie bei Energie- und Umwelttechnologien. Und, meine Damen und Herren, wir setzen auch beachtliche Mittel gerade für die Stadterneuerung ein. Das ist auch ein wichtiger Punkt bei der kommenden Förderperiode der Ziel-2-Mittel.

Meine Damen und Herren, ich fasse das kurz zusammen: Wir setzen nicht wie Sie auf weitere Luftschlösser, sondern auf die Menschen im Revier, die etwas wagen, etwas riskieren, in kleine und mittlere Unternehmen investieren. Diese haben unsere volle Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockes. – Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Jäger gemeldet. Er hat jetzt das Wort.

Ralf Jäger (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Thoben, dieses Parlament besteht aus frei gewählten Abgeordneten des Landes Nordrhein-Westfalen. Hier werden die 18 Millionen Nordrhein-Westfalen repräsentiert. Jeder, egal welcher Fraktion angehörend, hat es als Vertreter des Volkes des Landes Nordrhein-Westfalen verdient, von dieser Landesregierung, von jeman-

dem, der nicht einmal gewählt, sondern nur ernannt ist, mit Respekt behandelt zu werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Frau Thoben, ich erwarte von Ihnen zukünftig, dass Sie etwas mehr Kinderstube gegenüber diesem Parlament walten lassen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von CDU und FDP – Minister Dr. Helmut Linsen: Unverschämtheit!)

Ich darf mit dem eigentlichen Thema der Aktuellen Stunde beginnen. Die Landeswirtschaftsministerin heißt Thoben und erklärt: Die Landesregierung unterstützt dieses Revier. – Tatsächlich ist gerade ein Projekt, das 7.000 Arbeitsplätze in Oberhausen gründen sollte, gekippt worden mit der feigen Behauptung, dass Oberhausen den Eigenanteil nicht erbringen könnte. Tatsächlich haben Sie aber – das ist heute klar geworden – nicht den Mut besessen zu sagen: Wir wollen das Geld in andere Regionen dieses Landes bringen.

Die Wirtschaftsministerin des Landes Nordrhein-Westfalen heißt Thoben und sagt: Wir unterstützen das Revier. – Tatsächlich ist sie nicht in der Lage zu erklären, wie die 40 Millionen € frei werdenden Mittel aus dem Projekt O.Vision im Ruhrgebiet angewandt werden sollen.

Diese Wirtschaftsministerin heißt Thoben und erklärt: Die Landesregierung unterstützt das Revier. – Tatsächlich sollte seit dem 1. Januar 2006 die „Route der Industriekultur“ vertraglich abgesichert beim RVR stattfinden. Der Landschaftspark Nord, die Zeche Zollverein, die Jahrhunderthalle in Bochum sind seitdem finanziell im Unklaren gelassen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Wo sind die Arbeitsplätze?)

Die Wirtschaftsministerin des Landes Nordrhein-Westfalen heißt Thoben und erklärt: Die Landesregierung unterstützt das Revier. Zugleich erklärt Sie, dass zukünftig 60 Millionen € weniger an Ziel-2-Mitteln in das Revier fließen werden.

Frau Ministerin Thoben erklärt: Die Landesregierung unterstützt das Revier. – Tatsächlich verteilt sie das Geld mit der Gießkanne im Land, statt dem Revier punktuell zu helfen.

Um es deutlich zu sagen: Ich bin ein Vertreter dieser Region, die das Land mit Kohle und Stahl reich gemacht hat, die eine unglaubliche Kraft, unglaubliche Ressourcen und, wie ich glaube, auch Perspektiven hat. Wir im Revier erleben einen Strukturwandel, der bedeutet, dass zu einem

bestimmten Zeitpunkt relativ kurzfristig Menschen mit einer gewissen Qualifikation hunderttausendfach ihre Arbeit verlieren, dass im Rahmen dieses Strukturwandels erst später an anderer Stelle für andere Menschen mit einer anderen Qualifikation neue Arbeitsplätze entstehen werden. Dieser Strukturwandel dauert eine Generation. Es ist die Aufgabe der Landespolitik, diesen Strukturwandel solidarisch zu begleiten, damit diese Region die Chance hat, sich wieder aufzubauen.

(Beifall von der SPD)

An Ihre Adresse, Herr Brockes: Es waren die Sozialdemokraten, die dafür gesorgt haben, dass in diesem Strukturwandel nicht Manchester entstanden ist, dass keine sozialen Brüche entstanden sind.

(Beifall von der SPD)

Es war Johannes Rau gegen den Widerstand von FDP und CDU, der dafür gesorgt hat, dass wir über Sozialpläne keine Massenarbeitslosigkeit im Revier bekommen. Das ist unser Verdienst, den wir uns nicht kaputtreden lassen.

(Beifall von der SPD – Dietmar Brockes [FDP]: 1 Million Arbeitslose, das ist Ihr Verdienst!)

Außerdem ist festzustellen, dass diese Landesregierung bei der Förderung des Reviers kein Ziel und kein Konzept hat und das herunterbetet, was wir an Maßnahmen, an Projekten, an Zukunft in dieser Region veranlasst haben. Sie, Frau Thoben, simulieren hier die Unterstützung, und tatsächlich wollen Sie, dass die Fördermittel des Reviers, das, was wir bisher zur Verfügung hatten, in andere Regionen fließen.

Ich fordere Sie auf, Frau Thoben – Sie haben gerade Ihre Redezeit überzogen –, zu der konkreten Frage, ob Sie zum Revier stehen oder nicht

(Minister Dr. Helmut Linsen: Wau, wau!)

– gleich sind Sie noch einmal dran –, sehr deziert Auskunft zu erteilen: Was sagt die Landesregierung zum Eisernen Rhein? Sind Sie dafür, dass die Region Duisburg als Logistikscherpunkt in der Konkurrenz zum belgischen und niederländischen Nachbarn eine Chance hat, oder beugen Sie sich den Widerständen des linken Niederrheins?

(Beifall von der SPD)

Frau Thoben, heute haben Sie die Chance, glasklar zu erklären: Stehen Sie solidarisch zu den

Bedürfnissen dieses Reviers, oder knicken Sie parteipolitisch ein? – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Jäger. – Für die Landesregierung hat noch einmal Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Behaupten Sie nicht etwas von der Landesregierung! Ich bin sehr einverstanden, wenn Sie uns an unseren Taten messen. Aber mit den Behauptungen und Frechheiten, die Sie hier vortragen, kommen Sie bei mir nicht durch.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

– Ich meinte nicht Sie. Sie können sich beruhigen.

(Weitere Zurufe von der SPD – Hannelore Kraft [SPD]: Seine Kinderstube ist besser!)

– Ja, zu Herrn Groschek komme ich gleich noch, Frau Kraft. – Ich bin auch sehr einverstanden, wenn Sie, Frau Steffens, sehr kritisch abfragen: Wann kommen denn die nächsten Bewilligungen? Aber Regierungshandeln ist Handeln, und ich werde keine Anträge, die nicht auf Durchführbarkeit und Finanzierbarkeit geprüft sind, der Öffentlichkeit vortragen und damit Enttäuschung vorprogrammieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir entscheiden, und dann werden Sie zeitnah unterrichtet.

Das Projekt O.Vision ist verschleppt worden, aber nicht von uns. Das wissen Sie doch. Warum behaupten Sie hier das Gegenteil?

(Ralf Jäger [SPD]: Weil das Gegenteil richtig ist!)

Warum sind denn die Fristen immer kürzer geworden, sodass man sie nicht mehr verantworten kann?

(Zuruf von Michael Groschek [SPD])

– Herr Groschek, ich bin auch ganz artig; ich versuche es zumindest. – Mir fiel zur Bezahlung im RVR und KVR noch ein anderer Fall ein. Darum sollten Sie sich kümmern!

(Beifall von CDU und FDP – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das war aber schwach!)

Ich habe mich an einer Stelle vertan. Deshalb will ich das gerne korrigieren. Ich habe, was die

Rückzahlungsverpflichtung angeht, einen zu hohen Betrag genannt. Ich habe wohl 95 gesagt. Der Betrag ist aber 25.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Genau!)

Nur, damit Sie es wissen.

Es ist auch nach der Rückzahlungsverpflichtung gefragt worden. Sie beträgt etwas über 9 Millionen €. Darüber sind wir in sachlich sehr guten Gesprächen mit der Stadt. Das werden wir solide machen.

Schließlich zu der Anmerkung, die nächste Runde der Strukturmittel würde den sozialen Wohnungsbau nicht mehr kennen. Die, die sich bei Ihnen mit Zusammenhängen auskennen – die wird es wohl auch geben –, wissen, dass die Multiplikatoreffekte bei Städtebauförderung und Stadtentwicklung deutlich größer sind als im engen Bereich des Wohnungsbaus. Und Stadtentwicklung und Städtebauförderung bleiben Förderschwerpunkte. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

3 Nordrhein-Westfalen erhält das modernste Bildungssystem Deutschlands – Novellierung des Schulgesetzes unverzichtbar

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1024

In Verbindung damit:

Den Weg frei machen für ein wirklich modernes und international anschlussfähiges Schulsystem in NRW – das Eckpunktepapier der Landesregierung unverzüglich zurückziehen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1031

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende CDU-Fraktion dem Abgeordneten Recker das Wort. Bitte schön.

Bernhard Recker (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns

gewiss alle einig: Die Zukunft unseres Landes hängt im Wesentlichen von der Qualifikation seiner Menschen ab. Fest steht auch: Die Grundlage der Zukunftschancen dieser Menschen wird überwiegend in der Schule gelegt. Für diese Rahmenbedingungen sind wir verantwortlich. Wenn wir ganz objektiv ein Fazit ziehen, unter anderem durch Timss und Pisa bestätigt, so ist das Ergebnis nach 39 Jahren roter beziehungsweise rot-grüner Bildungspolitik verheerend.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

In keinem anderen Bundesland hängen Bildungschancen so von der sozialen Herkunft ab wie hier. Rot-Grün hat zugelassen, dass viele Jugendliche unsere Schulen verlassen haben, ohne ordentlich lesen, schreiben, rechnen zu können.

(Beifall von der FDP)

Sie haben zugelassen, dass in den Vergleichen die durchschnittlichen Leistungen weit hinter dem zurückbleiben, was junge Menschen zu leisten in der Lage sind, wenn sie entsprechende Förderung bekommen. Sie haben zugelassen, dass viele Talente ungenutzt blieben, weil sie nicht unterstützt wurden.

All das bestätigt die Forderung: Wir brauchen dringend einen schulpolitischen Neuanfang in Nordrhein-Westfalen, und wir als Fraktion sind froh und stolz darüber, dass wir mit dieser Regierung endlich ein Gesetz auf den Weg bringen, das die Zukunftschancen der jungen Menschen in unserem Lande nachhaltig verbessern wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Hier findet ein grundlegender Paradigmenwechsel statt, der Abschied nimmt von jahrzehntelanger Träumerei von Einheitsschule und davon, dass man Begriffe wie Leistung und Erziehung viele Jahre zur Tabuzone erklärt hatte. Dieses Gesetz garantiert endlich die individuelle Förderung in einem begabungsgerechten Schulsystem. Wir vertrauen den Menschen, wir vertrauen den Schulen und gewähren ihnen ein Höchstmaß an Freiheit in einem geregelten Wettbewerb um die besten pädagogischen Konzepte. Wir überlassen die Detailsteuerung den Schulen, die auf dieser Basis ihre Profilbildung eigenverantwortlich entwickeln können.

Wir sind im Wahlkampf mit der Zusage angetreten, eine grundlegende und zukunftsweisende Bildungsreform auf den Weg zu bringen. Wir haben den Menschen klar gesagt, was wir tun werden, und wir sind dazu von den Bürgern gewählt und beauftragt worden. Sie, meine Damen und

Herren – das nur zur Erinnerung –, sind abge wählt worden. Nehmen Sie das bitte auch einmal so zur Kenntnis!

(Beifall von CDU und FDP)

Wir setzen genau das um, was wir vor der Wahl gesagt haben – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Hier geht es letztlich auch um Glaubwürdigkeit in Politik und Glaubwürdigkeit von Politik. Wir werden wesentliche Eckpunkte der Bildungspolitik neu gestalten:

Wir sorgen dafür, dass Kinder zwei Jahre vor der Einschulung auf ihre Sprachfähigkeit getestet werden und vor allen Dingen entsprechende Förderung erhalten.

Wir sorgen dafür, dass Kinder zukünftig früher eingeschult werden können.

Wir sorgen dafür, dass die offene Ganztagsgrundschule durch eine erhöhte Lehrerzuweisung eine andere Qualität erhält.

Wir sorgen dafür, dass in unserem Schulsystem die Durchlässigkeit nach oben positiv festgeschrieben wird,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

und das, Frau Löhrmann, in fast jedem Schuljahr.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ach du meine Güte!)

Wir sorgen dafür, dass die individuelle Förderung im Schulgesetz festgeschrieben wird.

(Zurufe von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir sorgen dafür, dass die Hauptschule gestärkt und die gymnasiale Oberstufe endlich reformiert werden. Wir sorgen letztlich dafür, dass alle Schulen mehr Eigenverantwortlichkeit bekommen.

Und fest steht: Wir werden die Qualitätsentwicklung und Profilbildung der Schulen zügig vorantreiben. Wir geben eine Antwort auf die demographische Entwicklung, und wir stärken die Rechte der Lehrerinnen und Lehrer.

Aber, meine Damen und Herren, wir sagen vor allem konkret, wie wir diese Ziele erreichen. Es sind zukunftsweisende Maßnahmen. Damit schaffen wir einen Quantensprung, weil eine grundlegende Bildungsreform für uns kein reines Lippenbekenntnis ist, sondern weil wir den Worten eben auch Taten folgen lassen werden. Wir sprechen nicht nur von individueller Förderung – wir schaffen auch die notwendigen Rahmenbedingungen. Wir machen keine Reform der Reform wegen.

Meine Damen und Herren, dass es 39 Jahre Bildungspolitik nicht verhindert haben, dass wir weit

abgeschlagen hinter anderen Ländern rangieren, dass 25 % der jungen Menschen nicht ausbildungsfähig sind und dass wir Gettoschulen in unserem Lande haben, bedeutet, dass es kein „Weiter so!“ mehr geben darf. Das wäre unverantwortlich. Es muss vielmehr gehandelt werden. Es müssen andere Wege gegangen werden. Und genau das tun wir.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Aber in die falsche Richtung!)

Ich sage aber auch: Eine Bildungsreform, wie wir sie hier im Eckpunktepapier vorgestellt haben, ist nur zu schaffen, wenn alle Beteiligten mit einbezogen werden. Eine solche Reform ist nur dann zu schaffen, wenn wir solidarischer werden und erkennen, dass Bildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

Wer allerdings angesichts der desaströsen Pisa-Ergebnisse so tut, als könne man eine Bildungsreform auf Begriffe wie Selektion, Ungerechtigkeit, Wahl der Schulleiter oder Einzugsbezirke beschränken, der hat nicht begriffen, dass es hier um einen Bewusstseinswandel in der Bildungspolitik geht. Wir als Koalitionsfraktionen wollen, dass Leistung und Leistungsbereitschaft wieder zu einem Markenzeichen werden.

Meine Damen und Herren, Leistung und Erziehung sind etwas Gutes, aber unter Rot-Grün im Bereich Schule leider viele Jahre tabu gewesen.

Weil eben jedes Kind anders ist, wollen wir allen Kindern gerechte Bildungschancen geben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: In Schubladen stecken!)

Darum werden wir ein gerechtes und auf Leistung ausgerichtetes Schulsystem schaffen. Darum wollen wir alle Schülerinnen und Schüler zu dem für sie höchstmöglichen Abschluss führen. Allerdings räumen wir auch ein, dass nicht jeder das Abitur schaffen wird. Daher besteht ein, großes Ziel der Reformen darin, dass wir nicht nur Studierfähigkeit, sondern vor allem Ausbildungsfähigkeit durch das Vermitteln von Grundfertigkeiten ermöglichen.

Meine Damen und Herren, es ist ein Skandal, dass in der Vergangenheit 25 % der jungen Menschen nicht ausbildungsfähig waren und damit in Perspektivlosigkeit entlassen wurden. Das wird es mit diesem neuen Gesetz nicht mehr geben. Denn unsere Qualitätsoffensive Hauptschule gibt auch diesen jungen Menschen endlich eine Perspektive.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden das, was wir im Schulgesetz angekündigt haben, mit drei zentralen Aussagen umsetzen:

Erstens. Wir geben den Schulen mehr Freiheit und gleichzeitig mehr Verantwortung.

Zweitens. Wir ermöglichen mehr individuelle Förderung.

Drittens. Wir garantieren mehr und verlässlichen guten Unterricht.

Meine Damen und Herren, es wird allerdings keine Schnellschüsse geben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ach!)

Sagen, was man tut, und tun, was man sagt – das schafft Vertrauen, und das schafft Verlässlichkeit. Wir als CDU stehen für diese Verlässlichkeit. Wir werden der Landesregierung jede Unterstützung zukommen lassen. Denn wir wollen mit dieser Landesregierung das modernste Bildungssystem in Deutschland schaffen, und wir werden es gemeinsam mit der Landesregierung und den am Schulleben Beteiligten auf den Weg bringen, und zwar sehr zügig, meine Damen und Herren.

Das ist unsere Botschaft heute. Ich bitte um Unterstützung unseres wichtigen Anliegens. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Klimakatastrophe!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Recker. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was sich seit dem Bekanntwerden der Eckpunkte zur Schulgesetznovellierung in Nordrhein-Westfalen abspielt, hat schon etwas von der Titanic-Story.

So, wie die Titanic von ihren Erbauern in überheblicher Weise als unsinkbar gepriesen wurde, so preisen Sie Ihre Eckpunkte als Meilenstein für das modernste Bildungssystem Deutschlands.

(Ralf Witzel [FDP]: Das sind sie auch!)

Das zeugt nicht nur von fachlicher Inkompetenz,

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Sören Link [SPD]: Hören Sie gut zu, Herr Witzel! Damit waren Sie gemeint!)

sondern hier sind schon die ersten Parallelen zur Titanic-Geschichte offensichtlich: Die Titanic ist

untergegangen, und Sie sind schon mittendrin, mit Ihren Eckpunkten unterzugehen.

(Michael Solf [CDU]: Ihre Titanic ist schon untergegangen!)

Die Mitglieder Ihrer Fraktionen schwimmen doch auf jedem Fachforum und geraten systematisch mit ihren Eckpunkten in einen Abwärtsstrudel. Sie werden vom Fachpublikum ausgepiffen und mit Rufen wie „Aufhören, aufhören!“ bedacht. Selbst sehr zurückhaltende und höfliche Wissenschaftler äußern sich entsetzt ob der fachlichen Leerstellen.

Meine Damen und Herren, Titanic-Qualitäten hat in der Tat auch die Anhörung in der letzten Woche zu einem der landesweit diskutierten Eckpunkte, nämlich der Aufhebung der Grundschulbezirke aufgezeigt. Das war der erste Eisberg, in den Sie Ihren Schulgesetzdampfer in vollem Lauf gerammt haben. Und weitere Eisberge treiben doch schon auf Sie zu und sind auf direktem Kollisionskurs.

Der Elternvertreter hat den erbitterten Widerstand gegen die geplanten Übergangsregelungen zur weiterführenden Schule in der letzten Woche von diesem Platz aus angekündigt.

Prof. Twardy – ein sehr höflicher und netter Professor für Wirtschaftspädagogik an der Universität zu Köln – hat in der Anhörung auf eine lockere, griffige Formel gebracht, was er von ihren Plänen hält: geistiger Tiefflug, gepaart mit operativer Hektik.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Heiterkeit bei GRÜNEN und SPD)

Das, was sich die schwarz-gelbe Koalition in der Anhörung als Breitseite des Widerstandes auch von den von Ihnen selbst geladenen Expertinnen und Experten eingefangen hat, war mehr als bemerkenswert. Und damit ist Ihr erster Eckpunkt schon einmal komplett versenkt worden.

Während der Eckpunktedampfer mit Wasser voll läuft und unaufhaltsam absäuft, spielen die schwarz-gelben bildungspolitischen Sprecher den Part der Bordkapelle auf der Titanic,

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Aber schräg!)

die sich und anderen noch unmittelbar vor dem Untergang mit flotten Liedern einen wunderschönen Abend vorgegaukelt haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die in der Anhörung vertretenen Verbände müssen sich auf den Arm genommen gefühlt haben,

als sie die Presseerklärungen von Frau Pieper-von Heiden mit abenteuerlichen Uminterpretationen der Beiträge der Experten und leider auch die von Herrn Kaiser lasen. Aber inzwischen wissen wir ja, nach welchem Muster Sie solche Anhörungen in der neuen Koalition mit Mut zur Selbstbestimmung inszenieren und durchführen. Das sagt uns ja die Landesregierung, Herr Rüttgers, mit Ihrer Konzeption zur Image-Kampagne, mit dem Sie Ihr Image aufpolieren wollen, doch sehr deutlich: „Glaubwürdig simulierte Bürgerbeteiligung“ heißt die Zauberformel.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das gilt offensichtlich auch für die Anhörung in der letzten Woche zur Zukunft der Grundschuleinzugsbezirke, wenn sich besonders die FDP brüstet: Alles in der Eckpunkteplanung wird genauso durchgezogen – egal, was die kommunalen Spitzenverbände vorbringen, egal, was schulfachlich vorgetragen wird, egal, was die Eltern sagen, die mit ihrem differenzierten Beitrag eben auch nicht von Ihnen vereinnahmt werden können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich frage Sie: Wer gibt eigentlich in der Koalition den Ton an, gegen die kommunalen Spitzenverbände, gegen die kommunalpolitische Vereinigung der CDU? Wer sagt, wo es lang geht, CDU-Fraktion oder FDP-Fraktion? Haben Herr Stahl und Herr Biesenbach eigentlich schon die Ehrenmitgliedschaft bei der FDP verliehen bekommen, weil sie permanent ihren eigenen kommunalpolitischen Vertretern in den Rücken fallen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Die FDP darf schon vorab siegessicher verkünden: „Hier wird nichts verändert.“

Meine Damen und Herren, der kommunalpolitische Sachverstand in der CDU-Fraktion und zutreffende fachliche Bedenken scheinen offensichtlich keinerlei Bedeutung zu haben. Dagegen wird die FDP mit ihrer marktradikalen Wettbewerbsideologie wie ein Tamagotchi künstlich gepäppelt. Herr Stahl und Herr Biesenbach, die Schläge stecken andere ein, nämlich die, die sich in den Kommunen und auf vielen Veranstaltungen dem sachkundigen Publikum stellen müssen und da ausgepiffen werden.

Dass Sie in Ihrem Antrag, wie der Ministerpräsident es kurz vor der Jahreswende allen Ernstes auch getan hat und was den Expertinnen und Experten die Haare zu Berge stehen lässt, Ihr Bildungssystem als modernstes Bildungssystem Deutschlands bezeichnen, ist megapeinlich. Es ist peinlich, wenn Sie Ihre Eckpunkte auf einem Beg-

riff aufbauen, der fachlich, sozial- und gesellschaftspolitisch und auch unter volkswirtschaftlichen Aspekten überholt und abwegig ist wie kaum ein anderer, nämlich „begabungsgerechtes Schulsystem“.

Sie glauben offensichtlich, dass Sie, wenn Sie ein bisschen Bildungslyrik aufgeschrieben haben, Ihre Pflichten erfüllt hätten. Es reicht nicht, „individuelle Förderung“ hinzuschreiben und Kinder dann schon mit neun Jahren in Kategorien einzuteilen. Was hat das mit individueller Förderung zu tun, Kinder in Einheits-Schubladen zu sortieren?

Durchlässigkeit – auch von Ihnen bemüht. Was ist daran durchlässig, das Gymnasium von den anderen Bildungsgängen im Jahrgangs- und damit dem curricularen Verlauf abzukoppeln und dann zu sagen – Herr Recker, das treibt mir die Tränen in die Augen –, in der SEK I könnten Kinder jetzt jedes Jahr nach oben „aufsteigen“.

(Beifall von den GRÜNEN)

An dieser Stelle tritt dann auch deutlich noch einmal Ihre Grundhaltung zu Tage, in höhere und niedere Bildung einzuteilen und einem Großteil der Kinder von vornherein die kognitive Leistungsfähigkeit abzusprechen. Die Lernfreude treiben Sie ihnen dann hinterher auch noch aus. Das hat nichts, aber auch gar nichts mit dem skandinavischen Denken zu tun, das jedes Kind mit Bildungsoptimismus betrachtet, Lernwillen und Lernfreude und Lernfähigkeit voraussetzt und gerade dadurch auch entwickelt und fördert.

Ihre völlige Fehlorientierung kann man gerade in dieser Frage an der Problematik der Hauptschule erkennen. Im gerade veröffentlichten „LBS-Kinderbarometer“ können Sie es noch einmal nachlesen: Kinder erleben die Hauptschule als benachteiligende Schulform und möchten höher qualifizierende Abschlüsse erreichen.

(Bernhard Recker [CDU]: In Ihrer Hauptschule!)

Fragen Sie einmal bei Ihren Parteikollegen und -kolleginnen in Hamburg und etlichen anderen Bundesländern nach! Die Hauptschule hat keine Zukunft, weil sie ihren Schülern und Schülerinnen keine Zukunft bieten kann. Da können sich die Kollegien noch so mühen. Die Hamburger CDU ist deshalb gerade dabei, die Hauptschule abzuschaffen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nein, meine Damen und Herren, Ihr Eckpunktepapier ist nicht zielführend. Es ist nicht zielführend, um soziale Ausleseprozesse und Bildungs-

armut abzubauen, die Lernpotentiale aller Jugendlichen zu entwickeln, die Durchlässigkeit im System zu erhöhen, Lernbarrieren abzubauen.

Meine Damen und Herren, weil Sie immer noch nicht begriffen haben, dass der konstruktiv-produktive und wertschätzende Umgang mit Heterogenität der Schlüssel zur Leistungsentwicklung ist – und nicht die vermeintlich homogene Lerngruppe –, sind Ihre Vorstellungen auch nicht zielführend, um mehr und höher qualifizierte Abschlüsse zu erreichen. Sie sind auch nicht zielführend, um in den Schulen pädagogische Souveränität zu entwickeln und die demokratische Kultur in den Schulen zu stärken. Und sie sind schon gar nicht zielführend, um den Herausforderungen der demographischen Entwicklung zu begegnen. Das gilt sowohl für die volkswirtschaftlichen Herausforderungen, für die wir alle Potenziale in der Gesellschaft brauchen, wie auch für die kommunalen Entwicklungsaufgaben.

Sie nehmen den Kommunen und den Schulen die Möglichkeiten, kooperative und integrative pädagogische und organisatorische Verbundlösungen über alle Schulformen hinweg zu entwickeln,

(Bernhard Recker [CDU]: Quatsch!)

um den Erwerb höherwertiger Abschlüsse vor Ort zu sichern. Was Sie uns bieten, Herr Recker, ist Quark. Und was passiert mit Quark, je weiter Sie ihn auswalzen und darauf herumreiten? Dazu lege ich Ihnen das weise Goethe-Wort ans Herz: Getretener Quark wird breit, nicht stark.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich fordere Sie auf: Ziehen Sie die Eckpunkte zurück und lassen Sie uns endlich gemeinsam an der Entwicklung des Schulsystems nach skandinavischem Vorbild arbeiten, so wie es auch der Experte von McKinsey, den Sie ja bestellt hatten, in der Anhörung vorgeschlagen hat!

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Sie können sich dann den ganzen Ärger vom Hals halten.

Also: Lehrerprofessionalität stärken im Umgang mit Heterogenität, ein multiprofessionelles Unterstützungssystem etablieren, damit individuelle Förderung gelingt und länger gemeinsam und voneinander gelernt werden kann, damit Chancengleichheit und Leistung entwickelt werden, konsequente kommunale und regionale Steuerung, pädagogische Souveränität und Selbstständigkeit der Schulen auf dem Weg zu einer breiten qualitativ hohen Grundbildung und zu mehr hochwertigen Abschlüssen – das ist ein international

anschlussfähiges Schulsystem. Ihre Eckpunkte taugen dafür nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Pieper-von Heiden, FDP-Fraktion, das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Beer, das Eckpunktepapier der Landesregierung ist und bleibt ein Meilenstein zur Qualitätsverbesserung an unseren Schulen und eine hervorragende Grundlage zur Novellierung des Schulgesetzes.

(Beifall von der CDU)

Es ist ein klares Bekenntnis zum gegliederten Schulwesen in Nordrhein-Westfalen und nimmt so bereits im Ansatz Rücksicht auf unterschiedliche Begabungen, denen man auch mit unterschiedlichen Pädagogiken begegnen muss. Es schreibt die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler fest und macht es erstmals in diesem Land zur Pflicht, sich auch um Hochbegabte an unseren Schulen zu kümmern. Wir werden auch die sonderpädagogische Förderung in den nächsten Jahren weiterentwickeln.

Das Eckpunktepapier trifft in bisher nicht gekannter Eindeutigkeit notwendige Regelungen der Landesebene zur Verbesserung von Unterrichtsqualität, zur Vermeidung von Unterrichtsausfall, zur Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen und gibt den Schulen dennoch Raum zur Entwicklung eines eigenen, besonderen Profils. Besondere Profile sollen auch allen, die dies wünschen, zugänglich sein und nicht von der Zufälligkeit des Wohnsitzes abhängen.

Wir ignorieren nicht den großen Lerneifer, die Lernleichtigkeit und Neugier jüngerer Kinder und ziehen deshalb schrittweise das Einschulungsalter vor.

Wir nehmen erstmals das tatsächliche Lern- und Leistungspotenzial eines Schülers dauerhaft über die gesamte Schulzeit in den Blick und überprüfen durch die Klassenkonferenz in jedem Jahr, ob einem Schüler aufgrund guter Leistungen und besonderer Entwicklungsschritte die Empfehlung ausgesprochen werden kann, in eine höhere Schulform zu wechseln.

Wir werden die Schulaufsicht sinnvollerweise wieder schulformbezogen gestalten und sie intelligent weiterentwickeln, damit sie dauerhaft eine wertvolle Unterstützungs- und Beratungsfunktion für unsere Schulen wahrnehmen kann.

Wir geben der einzelnen Schule mehr Freiheit, die gleichzeitig Verantwortung bedeutet. Die Schule selbst entscheidet in Zukunft über ihren Schulleiter: Eltern, Schüler und Lehrer gemeinsam.

(Sören Link [SPD]: Welche Schüler?)

Wir sehen Schüler und Eltern übrigens als eine Einheit und nicht als konkurrierende Personengruppen bei der Vertretung in den Schulgremien. Deswegen heben wir die Drittelparität auf. Es ist angemessen, dass in Schulentscheidungen Eltern und Schüler gemeinsam genauso viele Stimmen auf sich vereinen wie das Lehrerkollegium und nicht zwei Drittel.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Abgeordnete, darf ich Sie kurz unterbrechen? Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Link?

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Ich möchte meine Ausführungen zunächst fortführen. Ich denke, er hat gleich noch Gelegenheit, selbst zu sprechen.

Nur so können doch Entscheidungen auf Augenhöhe getroffen werden. Schulleitung und Lehrerkollegium können sich nur dann tatsächlich verantwortlich für ihre Schule fühlen, wenn sie nicht am Gängelband einer eventuell zufälligen Zweidrittelmehrheit hängen. Verantwortung tragen, aber nichts zu sagen haben – das funktioniert nirgendwo im Leben.

Die Grünen beklagen in ihrem eigenen Antrag dreist – so, als wären sie nicht mit der SPD verantwortlich –, dass in keinem anderen Flächenland der Bildungserfolg so stark vom Sozialstatus der Eltern abhängt wie in Nordrhein-Westfalen. Dies trifft leider zu, meine Damen und Herren. Aber Sie selbst haben doch verhindert, dass sich hieran etwas zum Positiven wenden konnte.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben in der Bildungspolitik krass versagt. Wer über Jahre und Jahrzehnte zwar den Anspruch erhoben hat, sich insbesondere für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern einzusetzen, dabei aber nicht davon abzubringen war, dies nur auf dem Wege der allgemeinen Nivellierung erreichen zu wollen, der hat sich an allen Talenten unseres Landes schuldig gemacht und im Prinzip das Recht verwirkt, bei geeigneten Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung an unseren Schulen überhaupt ernsthaft mitzureden.

(Beifall von FDP und CDU)

Fordern und fördern ist die Maßgabe, wenn es darum geht, Kinder zu den Abschlüssen und zu den Anforderungsprofilen der unterschiedlichen Schulformen sicher hinzuführen. Sie dagegen haben über Jahre und Jahrzehnte auf individuelle Förderung verzichtet und stattdessen die Abschlüsse nivelliert und zu den Schülern transportiert. So wollten Sie zwar viele bequem erreichen, aber leider nicht über die Qualität.

Das Schulgesetz der neuen Regierungsmehrheit auf der Basis der vorliegenden Eckpunkte ist dagegen die beste Voraussetzung für einen Qualitätsschub an unseren Schulen. Und es gewährleistet gleich zu Beginn der Schulzeit eines jeden Kindes vor allem eines: Chancengerechtigkeit für alle am Start – Chancengerechtigkeit durch frühzeitige Feststellung der Sprachkompetenz zwei Jahre vor der Einschulung und verpflichtende vorschulische Sprachförderung, sofern Defizite festgestellt werden, damit fehlende Sprachkenntnisse nicht wie bisher Unterrichtsbarrieren darstellen. Sprache ist die Voraussetzung für Teilhabe, für Integration, für Erfolg. Sie wollten das über viele Jahre nicht wahrhaben. – Danke.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Schäfer, SPD-Fraktion, das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Recker, Sie reden gerne über die 39 Jahre, die wir in Nordrhein-Westfalen angeblich versäumt haben, und über die Dinge, die hier alle schief gelaufen seien.

(Zurufe von CDU und FDP)

Herr Recker, Sie müssen mit Ihren Kollegen in der Fraktion einmal zur Kenntnis nehmen – und der Ministerpräsident sollte auch sehr darauf achten –, dass Sie innerhalb von nur sieben Monaten ein derartiges Chaos in der Bildungspolitik des Landes angerichtet haben,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

dass ich mir nicht hätte vorstellen können, dass Ihnen das in einer so kurzen Zeit gelingt.

(Bernhard Recker [CDU]: Wo leben Sie denn?)

Wir erinnern uns noch an die Diskussion um die Zwergschulen und das Drama, das wir in diesem Zusammenhang mit dem Ministerpräsidenten erlebt haben. Jetzt sollten diese Eckpunkte der rich-

tige Befreiungsschlag werden, damit im Rahmen der Bildungspolitik tatsächlich mal ein Aufschlag kommt.

Nun soll das modernste Bildungssystem in Deutschland entwickelt werden. Ich denke, daran glauben ungefähr 100 Leute, nämlich die Mitglieder der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion und noch ein paar mehr. Aber gehen Sie einmal in das Land hinaus und sprechen Sie mit den Menschen! Dann werden Sie merken, welche Stimmung dort herrscht und wie man Ihre Eckpunkte bezeichnet.

(Beifall von der SPD)

Das ist ein Rückschritt in die Pädagogik der 50er-Jahre. Deutlich wurde das ...

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Kollegin, ich muss Sie ganz kurz unterbrechen. Einer dieser 100 Leute hat um eine Zwischenfrage gebeten, nämlich der Abgeordnete Ellerbrock.

Ute Schäfer (SPD): Nein. Ich möchte jetzt auch erst meine Ausführungen zu Ende bringen, Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Okay. Danke.

Ute Schäfer (SPD): Ganz deutlich wurde das – Frau Beer hat es eben schon angesprochen – bei der Anhörung zu der Abschaffung der Schulbezirke, die wir letzte Woche hatten. Was ist passiert? Annähernd alle Sachverständigen haben sich gegen die Pläne der Landesregierung ausgesprochen. Das hat dazu geführt, dass die CDU-Kolleginnen und -Kollegen den Saal verlassen haben und Herr Kaiser zum Schluss noch ganz alleine da war. Ich sage an dieser Stelle: Klaus allein zu Haus. – So sah das hier tatsächlich aus.

(Beifall von der SPD)

Das war der Eckpunkt Nr. 22, den Frau Beer ja eben schon als versenkt bezeichnet hat.

Jetzt kommen wir zum nächsten Eckpunkt, und zwar Nr. 7. Dort droht Ihnen nämlich das nächste Ungemach. Es geht um die verbindlicheren Grundschulgutachten. Auch da sage ich Ihnen – wir diskutieren das nachher noch einmal –: Die Eltern in Nordrhein-Westfalen lassen sich einfach nicht für dumm verkaufen

(Bernhard Recker [CDU]: Wie ist das denn in Bayern oder Sachsen?)

und lassen sich auch nicht bevormunden. Das müssen Sie irgendwann einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der SPD)

Ich bin also sicher, dass Nr. 7 auch versenkt wird.

Jetzt kommen wir zum Eckpunkt Nr. 5. Dieser Punkt ist auch nicht wirklich der Knaller. Dort geht es nämlich darum, dass unsere Kinder mit fünf Jahren in die Schule kommen sollen. Gehen Sie einmal in die Verbände; sprechen Sie einmal mit Experten und mit Sachverständigen. Die sagen Ihnen sofort: Das ist das falsche Signal. Sie können nicht mit einem Einheitsbrei strukturelle Veränderungen vornehmen, sondern müssen flexibel auf jedes Kind eingehen und nach flexiblen Lösungen suchen.

Dafür brauchen Sie jedoch keine Veränderung des Gesetzes. Das geht nämlich jetzt schon. Also lassen Sie es doch auch dabei bewenden und verunsichern Sie nicht die ganze Landschaft! Aber – durchaus machtbesoffen, wie Sie sind, denken Sie tatsächlich, Sie bauen jetzt das modernste Bildungssystem.

Aber dann müssten Sie wenigstens die Rechnung mit dem Finanzminister auch noch einmal aufmachen. Er ist ja jetzt in dieser Debatte nicht dabei. Bei der Diskussion um die vorgezogene Einschulung wurde ja deutlich, dass es da scheinbar im Kabinett noch Gesprächsbedarf gibt. Das war ja ein ziemliches Hin und Her, bis der Ministerpräsident dann im Rahmen einer Telefonaktion ein Machtwort sprechen musste und wir jetzt also wissen, dass das tatsächlich vorgezogen wird.

Sprechen Sie mit dem Finanzminister auch noch einmal über die 4.000 zusätzlichen Lehrerstellen! 1.000 haben Sie ja im vergangenen Jahr geschaffen. Das sind übrigens 1.000 Rüttgerlinge. So werden die neuerdings bezeichnet, habe ich mir sagen lassen.

Aber wie geht es jetzt weiter? In Ihrem Antrag heißt es: „Für 2006 sind weitere zusätzliche Lehrereinstellungen geplant.“ Was heißt das eigentlich? Sind das neue Lehrerstellen? Oder sind das zusätzliche Lehrereinstellungen, die man aufgrund von Nachbesetzungen vorhandener Stellen vornehmen muss? Sie äußern sich nicht deutlich. Wir finden keine Zahl mehr. Vermutlich konnten also auch Sie die Pressemitteilungen des Finanzministers und der Schulministerin nicht sauber verstehen, wir auch nicht. Wir warten einmal ab, wie sich das weiterentwickelt.

Auch zu den anderen Vorhaben, die Sie in Ihren Eckpunkten vollmundig ankündigen, sagen Sie

zum finanziellen Bedarf kein einziges Wort. Wir wissen, dass die Schulzeitverkürzung bis zum Abitur etwas kosten wird. Das kostet Lehrerstellen, weil die Unterrichtszeit in der Sekundarstufe I ausgeweitet werden muss.

Bleibt es dabei – das ist meine Frage an diese Landesregierung –, dass die Unterrichtszeit in der kompletten Sekundarstufe I ausgeweitet wird, um die Durchlässigkeit zu verbessern, wie wir es in der vergangenen Legislaturperiode bereits beschlossen hatten? Das kostet nämlich dann, wenn man die Unterrichtszeit in der Hauptschule, in der Realschule und entsprechend in der Sekundarstufe I in der Gesamtschule und am Gymnasium ausweitet, 3.700 Lehrerstellen. Dazu hat noch kein Mensch hier ein Wort gesagt. Wie machen Sie das dann eigentlich? Oder müssen diese Ressourcen eventuell aus dem System heraus erwirtschaftet werden?

Ich finde, es wird Zeit, dass Sie das klären. Denn Sie wollen dieses Schulgesetz ja im August dieses Jahres noch in Kraft treten lassen.

Ich möchte noch etwas zum Antrag sagen, den ich übrigens wirklich als einen bildungspolitischen Offenbarungseid empfinde. In den Reihen der Koalitionsfraktionen kleben Sie nämlich an diesen Eckpunkten der Regierung wie eine Fliege am Fliegenfänger, weil Sie noch nicht einmal in der Lage sind, mit diesen Eckpunkten reflexiv umzugehen. Beim Abschreiben dieser Eckpunkte in Ihren Antrag machen Sie alles sogar noch schlimmer. Ich möchte noch einmal zwei Punkte aufgreifen, nämlich Punkt 16 und Punkt 12.

In Punkt 16 geht es um die Selbstständigkeit von Schulen. In Ihrem Antrag verkümmern die selbstständigen Schulen zu drei Spiegelstrichen, nämlich: Der Schulleiter oder die Schulleiterin wird Dienstvorgesetzter. Die Schulkonferenz soll dieselben wählen. Und: Die Beteiligung von Schülern bei der Mitsprache in der Schulkonferenz wird abgeschafft. Das ist Ihr Verständnis von selbstständiger und eigenverantwortlicher Schule. Na, herzlichen Dank!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Außerdem ist im gesamten Antrag mit keinem Wort von der Weiterentwicklung von gutem Unterricht und von der Qualitätsentwicklung im Unterricht die Rede. Das ist aber doch die entscheidende Grundlage für individuelle Förderung, die wir uns alle im System verbessert wünschen. Über Bildungsregionen reden Sie gar nicht erst.

Dann sagen Sie in Punkt 12, Sie wollen die Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen stärken,

indem Sie ihre disziplinarischen Rechte ausbauen und indem Lehrer auch zukünftig Beamte bleiben sollen. Donnerwetter! Das ist Ihre Vorstellung von der Stärkung von Lehrerinnen und Lehrern? Meine Vorstellung geht dahin, diese durch qualifizierte Fortbildungsangebote zu stärken.

(Beifall von der SPD)

Aber das für Fortbildung zuständige Landesinstitut in Soest zerschlagen Sie ja. Sie sind ja gerade dabei, dieses Institut zu zerschlagen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Zu Recht, Frau Schäfer!)

Abschließend möchte ich noch einen Punkt ansprechen, den ich wirklich ganz entlarvend finde. Wir diskutieren heute über einen Antrag von CDU und FDP. Sie wollen, dass wir den Antrag überweisen, im Schulausschuss darüber beraten und dann beschließen, dass auf der Basis dieses Antrags die Landesregierung einen Gesetzentwurf machen soll. Das sollen wir heute an den Schulausschuss überweisen. Heute ist Donnerstag. Nach meinen Informationen haben Sie am Dienstag in der CDU-Fraktion schon über einen vorhandenen Gesetzentwurf diskutiert.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Ich finde dieses Verfahren mehr als lächerlich.

(Beifall von der SPD)

Packen Sie das schnell wieder ein, und fangen Sie noch einmal von vorne an, damit Sie nicht sämtliches Porzellan zerschlagen! – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Bernhard Recker [CDU]: Das stimmt doch einfach nicht!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Laschet das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf für die Landesregierung zu diesem Thema sprechen, da, wie Sie wissen, die Schulministerin aus persönlichen Gründen heute nicht hier sein kann. Ich werde anhand ihres Manuskriptes und der Überlegungen der gesamten Landesregierung ...

(Zurufe von der SPD)

– Ich finde, hierbei gibt es keinen Grund, lustig zu sein oder Zwischenbemerkungen zu machen. – Ich werde Ihnen das, was wir in der gesamten

Landesregierung erörtern, als Linie dieser neuen Schulpolitik vortragen.

Wir befinden uns am Anfang des Jahres 2006. Seit dem Ende von 39 Jahren roter und zuletzt rot-grüner Bildungspolitik – auch wenn das heute bei Ihnen etwas distanzierter klang – ist erst ein gutes halbes Jahr vergangen.

Die neue Landesregierung hat seitdem unter Hochdruck für die bildungspolitische Wende in Nordrhein-Westfalen gearbeitet. Eine ganz zentrale Bedeutung für diese Wende hat die Novellierung des vom alten Landtag mit der Mehrheit von SPD und Grünen kurz vor Ende der letzten Legislaturperiode beschlossenen Schulgesetzes.

Schon damals hatten die damaligen Oppositions- und heutigen Regierungsfractionen erklärt, dass das zur Beschlussfassung anstehende Schulgesetz nicht den Anforderungen an ein zukunftsfähiges Bildungssystem entspricht. Der Kollege Recker hat das in seiner Rede eben sehr deutlich gemacht. Das mag jetzt hier zwar kontrovers sein. Hier wird es unterschiedliche Modelle geben. Das Modell, das jetzt die Mehrheit hat, ausgestattet mit dem Votum der Wählerinnen und Wähler, ist exakt das, was wir vor der Wahl angekündigt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb werden wir uns auch durch all die viele Aufregung, die Sie jetzt zu erzeugen versuchen, nicht davon abhalten lassen. Wenn wir jetzt nicht so handelten, wäre dies Wählerbetrug. Denn die Wähler erwarten von uns, dass wir das jetzt umsetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben gehandelt und stellen uns nun mit den Eckpunkten, die wir am 13. Dezember beschlossen haben, der bildungspolitischen Diskussion.

Der Referentenentwurf zur Einleitung der Verbändeanhörung wird in allernächster Zeit vorgelegt werden. Wir werden uns in dem zielstrebigem und gleichzeitig diskursbereiten Umsteuern des Bildungssystems in Nordrhein-Westfalen nicht beirren lassen. Frau Schäfer, das wird eines der modernsten Bildungssysteme, die wir in Deutschland haben. Das ist unsere Ambition.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Sie mögen das karikieren, unsere Ambition ist klar formuliert.

Es fällt auf, Frau Kollegin Beer, dass die Grünen seit einem halben Jahr in all ihren Stellungnahmen Defizite in unserem Schulsystem entdecken, beklagen. Ihr Vergleich von Titanic, Tamagotchi

und Quark und von allem, was Sie dort hineingemischt haben, hat einzelne Defizite aufgezeigt, die nicht entstanden sind, weil am 13. Dezember Eckpunkte formuliert waren, sondern diese Defizite sind vorhanden, weil die Politik der letzten Jahre falsch war.

(Beifall von CDU und FDP)

Vieles von dem ist sehr berechtigt, nur lassen wir Ihnen nicht durchgehen, dass Sie jetzt die Verantwortung allein auf die SPD abschieben, indem Sie immer die Defizite benennen. Das sind für die letzten zehn Jahre auch Ihre Defizite, und so sollten Sie die Debatte führen!

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Bernhard Recker [CDU])

Die Politik der Landesregierung setzt auf eine begabungsgerechte, individuelle Förderung von Kindern in einem leistungsstärkeren, gegliederten, durchlässigen Schulsystem. Gerechtigkeit in der Schule heißt, jedem einzelnen Kind gerecht zu werden. Eine begabungsgerechte Schule ist daher eine Schule, die individuell fördert.

Soziale Gerechtigkeit setzt ebenfalls eine bessere Förderung von Kindern voraus, auch von Kindern, die zu Hause nicht die Grundlagen vermittelt bekommen, die sie für eine erfolgreiche Bildungskarriere benötigen. Sie brauchen mehr und frühere Hilfe. Deshalb mache ich mit Frau Kollegin Sommer den Übergang aus den Kindertagesstätten in die Grundschulen, eine frühkindliche Bildung schon vor der Schule, zu einem Thema, um die Bildungschancen, die Bildungskarrieren auch der Kinder zu fördern, die von zu Hause diesen Background nicht haben.

(Beifall von der CDU)

Wir dürfen sie nicht alleine lassen. Die Pisa-Ergebnisse sind in der Tat ernüchternd.

Jede Fraktion besetzt ihre Sprecher so, wie sie es für klug hält – aber dass derjenige, der für diese Bildungsergebnisse als Person verantwortlich ist, jetzt erklärt, es sei alles falsch, was wir jetzt verbessern, ist eine absurde Situation. Frau Schäfer, jeder Kritikpunkt, den Sie hier benennen, fällt deshalb auf Sie zurück.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass das Kind von Arbeitern fünffach schwächere Bildungschancen hat als das Kind von Akademikern. Das ist doch Ihr Ergebnis und nicht unser Ergebnis!

(Beifall von CDU und FDP)

Ich sage ein Zweites aus Integrationsgesichtspunkten dazu. Die Pisa-Ergebnisse sind auch so, weil Kinder aus Zuwandererfamilien in diesem Bundesland schlechtere Bildungschancen als in jedem anderen Bundesland haben. Deshalb setzen wir bei der Sprachförderung an. Wir reden nicht darüber, sondern wir machen im vierten Lebensjahr Sprachstandsfeststellungen. Die Kinder werden zwei Jahre in den Kindertagesstätten gefördert, damit, wenn sie in die Schule kommen, sie die gleichen Chancen haben wie diejenigen, die die deutsche Sprache von Geburt an sprechen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Schäfer?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Schäfer.

Ute Schäfer (SPD): Herr Minister Laschet, wenn Sie sagen, Sie wollen die Bildungschancen verbessern, warum bleiben Sie dann dabei, die Grundschulgutachten verbindlich zu machen?

(Zurufe von der CDU: Ah! – Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Themawechsel, unangenehm!)

– Es ist immer so schön; machen Sie noch ein bisschen weiter! – Warum lassen Sie die verbindlichen Grundschulgutachten weiter durchlaufen, obwohl man nach empirischen Untersuchungen weiß, dass rund 40 % dieser Gutachten nicht genau die Kindesentwicklung treffen?

(Widerspruch von der CDU)

– Entschuldigung, aber das haben Professoren gesagt, das habe ich mir nicht ausgedacht. Die Kinder werden sowohl über- als auch unterschätzt. Würden Sie das als bessere Bildungschance bezeichnen?

(Beifall von der SPD)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Man kann das geschickt machen und auch durchsichtig machen. Ich habe gerade über Pisa und die Ergebnisse Ihrer Schulpolitik gesprochen. Sie greifen jetzt irgendeinen Eckpunkt heraus, nämlich den zu Grundschulgutachten.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

– Liebe Frau Schäfer, dazu werde ich Ihnen gleich etwas sagen. Aber Sie versuchen, von dem Thema abzulenken, das uns beschäftigt.

(Beifall von CDU und FDP)

Dass Kinder aus bildungsfernen Schichten schlechtere Chancen haben, bekommen Sie doch nicht mit dem Hinweis auf das Gutachten aufgehoben. Ich komme gleich auf dieses Thema zurück.

Ich nenne ein zweites Argument, weshalb wir das machen. Erstens ist es unsozial, wenn Kinder diese Chance nicht haben und in diesem Bundesland schlechter abschneiden als in jedem anderen.

(Beifall von der CDU)

Zweitens können wir es uns aus Sicht der demographischen Entwicklung – deshalb braucht man kein soziales Gewissen zu haben; es ist von der Nüchternheit geboten – nicht mehr leisten, dass ganze Jahrgänge von Schülern ihre Potenziale nicht nutzen.

(Ute Schäfer [SPD]: Richtig!)

Wie ist denn die Entwicklung? Sie kommen in die Grundschule, sprechen schon die Sprache nicht, sind dann auch schlechter in Fächern wie Mathematik.

(Beifall von der CDU)

Ihr Weg in die weiterführende Schule ist vorgegeben. Sie haben erneut Erfahrungen mit dem Scheitern und haben auch auf dem Arbeitsmarkt keine Chance. Das können wir uns für Tausende von Kindern in diesem Land aufgrund der Demographie nicht mehr leisten. Eine älter werdende Gesellschaft braucht gut ausgebildete Schüler.

(Beifall von CDU und FDP)

Individuelle Förderung und soziale Gerechtigkeit setzen eine bessere frühere Förderung voraus. Ich habe über die Sprachbiographie gesprochen, die wir vom vierten Lebensjahr an gemeinsam mit den Grundschulen so fortschreiben wollen, dass das, was im vierten Lebensjahr festgestellt und gefördert worden ist, in der Schule mit der gleichen Systematik fortgeführt werden soll. Wir werden den Grundschulen mit besonders schwierigen Standortbedingungen neben den vorhandenen sozialpädagogischen Fachkräften zusätzliche Lehrer für individuelle Förderung zur Verfügung stellen. Allein 2006 sind es 600 Stellen für die Grundschulen.

Bedarfsgerecht wird durch die Organisation von Lernstudios für Kinder mit entsprechendem För-

derbedarf dafür gesorgt, dass Förderangebote, Fördermöglichkeiten und zusätzliche Personalressourcen wirkungsvoll den Kindern zugute kommen, die darauf angewiesen sind.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Eltern wählen auch in Zukunft, Frau Kollegin Schäfer, grundsätzlich für ihr Kind die Schulform der Sekundarstufe I. Wenn allerdings absehbar ist, dass ein Kind für eine Schulform evident nicht geeignet ist, wollen wir dieses Kind keinem absehbaren schulischen Misserfolg aussetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ob einem Kind offensichtlich die Eignung fehlt, wird nicht nur die Grundschule feststellen. Natürlich gibt es eine Beratung mit der weiterführenden Schule. Erst wenn die Eltern trotz Beratung bei ihrem Wunsch bleiben, gibt es den dreitägigen Prognoseunterricht.

Insofern sind wir dankbar für den Antrag, den die Fraktionen von CDU und FDP vorgelegt haben. Wir wollen die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern verbessern. Wir wollen die Qualitätsentwicklung und Profilbildung der Schulen weiterentwickeln. Wir wollen die Schulen selbstständig und eigenverantwortlicher machen. Wir werden konkrete Maßnahmen für die Herausforderungen durch die demographische Entwicklung ergreifen, zum Beispiel durch die Möglichkeit, kleine Grundschulen zu Grundschulverbünden zusammenzufassen.

Wir wollen diejenigen stärken, von denen die Wirksamkeit unserer Schulen und die Zukunftschancen unserer Kinder letztlich abhängen. Das sind die Lehrerinnen und Lehrer. Dies betrifft sowohl die Abschaffung der Drittelparität als auch die stärkere Eigenverantwortung für die Schulen.

Und wenn das mit den Gutachten so eingeleitet wird, wie das jetzt beschlossen ist, Frau Kollegin Schäfer, dann heißt das natürlich, dass das mehrgliedrige Schulsystem durchlässiger werden muss. Es ist eine ganz wichtige Änderung in der Systematik, dass nämlich jetzt ...

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist doch genau das Gegenteil von dem, was Sie sagen!)

– Nein, Entschuldigung, es ist nicht das Gegenteil. Wenn Sie gescheiterte Schüler mit entsprechenden Erfahrungen haben, ist das etwas anderes, als wenn sie die Schule verpflichten, in jedem Jahrgang festzustellen, ob die Kinder nicht in eine höhere Schule gehen können.

(Beifall von CDU und FDP – Bernhard Recker [CDU]: Das ist der Punkt!)

Es ist in der Systematik etwas völlig anderes, wenn in jedem Jahr – und nicht nur nach Klasse 10 – ein Aufstieg in die andere Schulform möglich wird. Wenn die Schule darauf verpflichtet wird, dass sie dies untersucht, dann ist das etwas anders, als Sie es bisher gemacht haben.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Es gibt einen weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage, Herr Minister.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Nein, ich möchte jetzt zum Ende kommen. – Wir schreiben diese aktive Verpflichtung der Schule fort.

Mit unserem Konzept der Schulzeitverkürzung am Gymnasium bis zum Abitur wird auch die Durchlässigkeit des Schulsystems am Ende der Klasse 10 verbessert. Hauptschüler, Realschüler, Gesamtschüler können sich bei entsprechenden Voraussetzungen anders als beim Konzept der alten Regierung für eine gymnasiale Oberstufe ihrer Wahl anmelden und in drei Jahren die allgemeine Hochschulreife erwerben. Besonders leistungsstarke Real- und Gesamtschüler können dabei wie Gymnasiasten ihr Abitur nach insgesamt zwölf Jahren ablegen.

Schülerinnen und Schülern werden damit am Ende der Sekundarstufe I entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit alle Optionen für die Fortsetzung ihres Bildungsweges und für weiterführende Schulabschlüsse ermöglicht werden. Dazu gehört im Übrigen auch das Berufskolleg. Die Möglichkeiten, dort zum Abitur zu gelangen, werden wir noch stärker in der Öffentlichkeit bekannt machen. Wir werden dafür sorgen, dass die Schulaufsicht mit fachlichem Hintergrund und konkreter Erfahrung die Schulen unterstützt. Hierbei wird künftig nicht die Aufsicht, sondern die Beratung im Vordergrund stehen.

Wir bringen die Schulen in einen fairen Wettbewerb, der Leistung fördert und unterstützt. Wir schaffen die gleichen Bedingungen für diesen Wettbewerb. Diese Debatte bietet die große Chance – und Ihre Anträge ebenso –, dass die Bürgerinnen und Bürger Alternativen vor Augen haben. Die Alternativen liegen hier auf dem Tisch. Ich bin überzeugt: Wenn die Bildung in Nordrhein-Westfalen wieder besser wird, wenn wir wieder ein starkes Land sind, dann haben sich diese Alternativen auch für die Bürger in diesem Land gelohnt.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat sich für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Link gemeldet. Sie haben das Wort.

Sören Link (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Laschet, ich gestehe ohne Weiteres zu, die Welt in der Schule war nicht hundertprozentig in Ordnung; sie hätte vor dem 22. Mai besser sein können.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Ursula Doppe-
meier [CDU]: Ach nee!)

Das gestehe ich Ihnen ohne Weiteres zu, aber ich glaube nicht, dass Sie das Ziel eines besseren oder des modernsten Schulsystems erreichen, indem Sie eine völlig falsche und völlig veraltete Richtung einschlagen, wie Sie sie jetzt mit dem neuen Schulgesetz vorgeben.

Herr Minister, ich wundere mich auch ein bisschen über Ihre Ausführungen zum Thema Schuleinzugsbezirke. Als Integrationsminister müssten Sie ein starkes Interesse daran haben, dass Migranten und Kinder von Migranten nicht ausgegrenzt werden.

(Ralf Witzel [FDP]: Deshalb schaffen wir doch die Grenzen ab!)

Durch die Abschaffung der Schuleinzugsbezirke werden Schülerinnen und Schüler ausgegrenzt. Gerade wegen der Schulbezirke mit einem hohen Migrationsanteil – Herr Witzel, das wissen Sie vielleicht nicht und kennen es möglicherweise nur aus dem Fernsehen, aber ich weiß, wovon ich rede – sollten Sie ein großes Interesse daran haben, Herr Minister Laschet, dass diese Abschaffung der Schuleinzugsbezirke nicht passiert. Ich wundere mich ein bisschen, denn als Integrationsminister haben Sie vor ein paar Wochen die Abschaffung der Schuleinzugsbezirke noch völlig kritisch gesehen. Heute dagegen verteidigen Sie sie und singen das hohe Loblied darauf. Das passt aus meiner Sicht nicht ganz zusammen.

(Minister Armin Laschet: Ich habe nichts dazu gesagt!)

Kommen wir jetzt aber zu dem von Ihnen vorgelegten Antrag: In Ihrer ganz eigenen bescheidenen Art sprechen Sie gleich in der Überschrift davon, dass NRW durch Sie das modernste Bildungssystem in ganz Deutschland erhalten wird. Mit Verlaub, meine Damen und Herren, aber Hochmut kommt vor dem Fall.

Im Moment stehen Sie mit dieser Einschätzung jedenfalls ziemlich alleine da. Im Wahlkampf gab

es viel Applaus für Ihr Gerede über den schlanken Staat und über Bürokratieabbau. Ihre Parole war „Mehr Eigenverantwortung wagen“. So weit die schwarz-gelbe Theorie.

Schauen wir uns doch mal die Praxis an. Wo ist denn der Bürokratieabbau in Ihrer Schulpolitik? Wo bleibt denn die versprochene Eigenverantwortung? – Wir haben in den letzten Wochen bereits viel zum Thema Schulgesetz im Plenum, im Ausschuss und übrigens auch in der Anhörung – nicht viele von Ihnen waren dabei, Herr Kaiser wohl – vernommen, wo es auch um dieses Thema ging. Ich finde es deswegen richtig, dass man sich heute einmal einige kleine Punkte herausgreift und ein bisschen detaillierter darauf schaut.

Bislang wurden beispielsweise die Schulleiter regelmäßig durch den Rat als Schulträger gewählt. Künftig soll diese Aufgabe den Schulkonferenzen zufallen, allerdings, Frau Pieper-von Heiden, völlig ohne Schülerbeteiligung – das haben Sie nämlich gerade verschwiegen –, denn minderjährige Schüler sind eben bei dieser Wahl in der Schulkonferenz ausgeschlossen.

(Widerspruch von Ingrid Pieper-von Heiden
[FDP])

– Natürlich ist es so! Und wenn Sie demnächst die Einschulung auf fünf Jahre vorziehen und das Abitur nach zwölf Jahren einführen, dann sind das – fünf plus zwölf kann ich auch rechnen – 17. Da werden wir nicht so richtig viele Schüler haben, die mitwählen dürfen. Sie haben davon also die Schüler ausgeschlossen, und das heißt für sie wohl gelebte Demokratie.

(Widerspruch von der FDP)

Ich frage Sie ausdrücklich: Warum und vor welchem Hintergrund wollen Sie eigentlich den Gemeinden das Recht nehmen, die Schulleitung zu besetzen? Schulen sind integraler Bestandteil des öffentlichen Lebens in einer Gemeinde. Und gerade deshalb ist es wichtig, dass es dort ein vertrauensvolles Verhältnis gibt. Sie gehen nun hin und setzen den Kommunen die Schulleiter praktisch vor die Nase und entziehen der bisherigen Vertrauensbasis den Boden.

(Widerspruch von Ingrid Pieper-von Heiden
[FDP])

Ein echtes Mitspracherecht der Schulträger ist da Fehlanzeige, und Eigenverantwortung für Kommunen sieht nach meiner Ansicht auch völlig anders aus.

Ich komme noch einmal zu den Einzugsbezirken zurück, die Sie nämlich für Grundschulen und Be-

rufskollegs abschaffen. Was ist das für ein Verständnis von mehr Eigenverantwortung, wenn Städte und Gemeinden künftig keine effektive Schulentwicklungsplanung mehr betreiben können? – Die Reaktion der Sachverständigen auf diese Pläne während der Anhörung vor einigen Tagen spricht doch auch Bände: Egal ob GEW- oder VBE-, CDU- oder SPD-geführte Kommunen, die Statements der Experten waren einhellig und eine schallende Ohrfeige für die Regierung.

Möglicherweise haben Sie von den beiden Gewerkschaften oder gerade von der GEW keinen Applaus erwartet, aber wie reagieren Sie eigentlich auf die Kritik der Kommunen, auf die Kritik von vielen CDU-Bürgermeisterinnen und -Bürgermeistern, die sehr deutlich und nachvollziehbar Ihre vorgelegten Pläne kritisieren? Wie gehen Sie mit der Schelte des Städtetages und des Städte- und Gemeindebundes um?

Herr Claus Hamacher stellt fest: 195 von 225 Gemeinden erwarten erhebliche Probleme durch die Abschaffung der Bezirke.

Selbst die Mc Kinsey Company kann nicht mehr als zarte Hoffnungen an die Aufhebung der Schuleinzugsbezirke knüpfen. Auch Sie von der CDU waren bis vor ein paar Monaten noch strikt gegen eine Auflösung der Schuleinzugsbezirke. Das haben Sie wohl alles schon vergessen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Diese Regierung hat angekündigt: Wir werden unsere Eckpunkte korrigieren, wenn nachvollziehbare Kritik an einzelnen Maßnahmen geäußert wird.

Ich bin gespannt, ob sie wenigstens dieses eine Versprechen halten werden, Herr Rüttgers. Die Kritik in der Anhörung des Schulausschusses war jedenfalls einhellig und ziemlich deutlich. Ich bin gespannt, wie Sie damit umgehen.

Ich möchte noch ein Zitat hinzufügen – ich verrate Ihnen gleich, von wem es stammt:

„Über die Abschaffung der Grundschuleinzugsbezirke sollte nicht auf Landesebene, sondern direkt vor Ort in den Städten und Kommunen entschieden werden.“

Von wem könnte das wohl stammen? – Ich verrate es Ihnen: von Frau Möllemann-Appelhoff, Vorsitzende der FPD in Münster. Und wissen Sie was: Sie hat Recht.

Betrachten wir einmal die Rechte der Eltern, die Sie nach Ihren Aussagen im Wahlkampf auch stärken wollten. Während der Anhörung gab der

Landeselternvertreter die Prognose ab, dass künftig lediglich 5 bis 10 % der Kinder außerhalb ihres Bezirks beschult würden. Wenn das stimmt, dann reden wir von einer denkbar kleinen Zielgruppe, die von ihrer neuen Eigenverantwortung profitiert. Dann frage ich allerdings: Wofür der ganze Popanz?

Wenn wir einmal unterstellen, seine Prognose wäre falsch und künftig meldeten deutlich mehr Eltern ihre Kinder an Schulen weit entfernt vom Wohnort an, dann ist zunächst wieder der Schulträger der Dumme, denn dieser wird sich mit diesem Problem herumschlagen müssen und auf der einen Seite leere Klassenräume haben und auf der anderen Seite Schulbauten neu bauen müssen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Die Lampe leuchtet auf, Ihre Redezeit ist zu Ende – schon seit einiger Zeit.

Sören Link (SPD): Das habe ich beharrlich ignoriert. Ich komme in wenigen Sekunden zum Ende. – Auf der einen Seite ist der Schulträger der Dumme, aber die Schulen in sozialen Brennpunkten sind durch Ihre Politik noch übler dran, denn die haben jetzt bereits zu kämpfen und brauchen heute schon Unterstützung. Das Letzte, was diese jetzt brauchen können, ist die Aufhebung der Schuleinzugsbezirke.

Meine Damen und Herren, bereits nach 200 Tagen schwarz-gelber Schulpolitik ist Ihre Bilanz erschreckend. Sie bauen Bürokratie nicht ab, Sie schaffen sogar neue.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Die wenigen Sekunden sind vorbei, Herr Abgeordneter. Ich bitte Sie jetzt wirklich zum Schluss zu kommen.

Sören Link (SPD): Okay. – Mit Ihren Plänen verursachen Sie sehenden Auges und ohne Not Klagen von Eltern und schaffen schulischen Unfrieden. Sie simulieren Schulpolitik und nicht mehr. Sie schaffen kein modernes Schulsystem und schon gar nicht das modernste.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie jetzt zum Schluss zu kommen.

Sören Link (SPD): Sie geben nur untaugliche Antworten von gestern. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Klaus Kaiser von der CDU-Fraktion das Wort.

Klaus Kaiser (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man wird ja skeptisch, wenn man von Herrn Link und Frau Schäfer in halbwegs positivem Zusammenhang genannt wird. Ich kann Ihnen aber versprechen, dass das für die nächsten zwei Minuten nicht so bleiben muss.

Als Johannes Rau diese Woche im WDR anlässlich seines Geburtstages zitiert wurde, wurde er gefragt: Wie versprechen Sie sich eigentlich, dass Sie als glaubwürdig gelten? Darauf hat Johannes Rau geantwortet, im O-Ton: Sagen was man tut und tun was man sagt.

Genau das ist die Herausforderung, vor der wir in der Bildungspolitik stehen, nämlich dass wir das tun, was wir vorher gesagt haben und dass wir das tun, was nötig ist, um unser Bildungssystem wieder nach vorne zu bringen.

Was ist die Philosophie für das neue Schulgesetz? – Die Handlungsmaxime ist für uns: individuelle Förderung verwirklichen und die Durchlässigkeit nach oben erhöhen. Das sind die beiden handlungsleitenden Prinzipien, um die es geht, und danach wird das Schulsystem künftig aufgestellt werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn wir das bewerten, Frau Löhrmann und Frau Beer, dann schaffen wir das modernste Schulsystem in Deutschland insgesamt.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb werden Sie feststellen, wenn Sie sich die Eckpunkte genauer ansehen – ich denke das wird sich im Referentenentwurf beziehungsweise im Gesetzentwurf der Landesregierung niederschlagen –, dass das auch Reformen im dreigliedrigen System substantieller Art beinhaltet. Das ist das Entscheidende, wie wir nach vorne gehen.

Was hat uns Rot-Grün hinterlassen? Was ist das Ergebnis von deren Schulpolitik? – Wir haben eine soziale Schieflage sondergleichen, das heißt: Bildungsbenachteiligte Gruppen haben keine Chance, vernünftige Bildungsabschlüsse zu schaffen. Zum anderen haben wir Reformbedarf, weil die Ergebnisse und die Leistungen zu schlecht sind. Pisa hat bestätigt, dass wir im Schulsystem nicht wirklich gut sind.

Die schlechten Leistungen und die soziale Schieflage stellen die Handlungsfelder dar, auf denen

wir die Mängel beseitigen müssen. Es ist erstaunlich, Frau Schäfer, mit welcher Larmoyanz Sie hier hingehen und das ankreiden. Sie haben in 30 Jahren genau das Gegenteil erreicht. Jetzt besteht die Frage darin, wie wir das künftig verändern können.

(Beifall von CDU und FDP)

Das geht nicht durch kleine Korrekturen, die Herr Link im Einzelnen schildert, sondern das geht nur über substantiell Neues.

Betrachtet man den Antrag der Grünen, der in zwei Teile geteilt ist – im ersten Teil werden Vorwürfe beziehungsweise recht platte Argumentationen gebracht –, wird dort von Schule der Vielfalt gesprochen. Das ist die charmante oder softe Umschreibung für die Zerschlagung des dreigliedrigen Schulsystems. Es ist die softe Umschreibung für die Einführung eines Einheitsschulsystems.

Wenn wir dann einmal bei Verbänden, Eltern und Schülern nachfragen, ob sie dies wollen, dann bin ich mir sehr sicher, dass die Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen die konsequente qualitative Weiterentwicklung des dreigliedrigen Schulsystems will.

Sie sprechen von der fatalen Verantwortung der Übergangsentscheidung. Es ist keine fatale Verantwortung, sondern es ist die normale Verantwortung von Lehrerinnen und Lehrern. Die haben nämlich jeden Tag Verantwortung für ihre Schülerinnen und Schüler. Wir müssen ihnen die Wahrnehmung dieser Verantwortung durch Freiräume sicherstellen.

(Beifall von der CDU)

Was Sie angehen, ist falsch. Was wir tun müssen, damit wir zu richtigen Entscheidungen kommen, ist, mit Evaluation und Kenndaten zu arbeiten. Wenn wir erkennen, dass die Übergangsquote an einer Grundschule zu gering ist, dann muss die Schule entsprechend nachsteuern. Das werden wir durch die Reform der Schulaufsicht auf die Reihe bekommen.

Wir werden also qualitativ weiterentwickeln, was Sie im zweiten Teil Ihres Antrags ansprechen, und Forderungen umsetzen. Sie haben teilweise ja richtige Paradigmen genommen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Klaus Kaiser (CDU): Ja. 20 Sekunden! Ich mache es also lange nicht so lang wie Herr Link.

(Allgemeine Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das wollen wir einmal abwarten.

Klaus Kaiser (CDU): Dabei geht es zum Beispiel um die Forderung der Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer Richtung Heterogenität. Dass wir mehr Abiturienten brauchen, ist unstrittig. Wir werden mehr Durchlässigkeit schaffen und dadurch die Anzahl der Abiturienten erhöhen. Das Wichtigste ist, dass dies auf höherem Niveau als bisher geschieht. Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Die 20 Sekunden sind um, Herr Abgeordneter. Ich bitte Sie, jetzt wirklich zum Schluss zu kommen.

Klaus Kaiser (CDU): Der letzte Satz, Herr Vesper! – Wir werden durch individuelle Förderung und Durchlässigkeit nach oben ein neues Schulsystem schaffen und dadurch die Herausforderungen, die uns ins Haus stehen, bewältigen. So werden wir in der Modernität nach vorne kommen und die Zustimmung der Bevölkerung dafür erhalten.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Sie haben länger überzogen, Herr Abgeordneter, als der Abgeordnete Link.

(Widerspruch von der CDU)

Ich sage das nur deshalb, weil Sie es anders angekündigt hatten.

Nun hat der Abgeordnete Witzel, FDP-Fraktion, das Wort.

(Zuruf von der SPD: Er hat schon überzogen!)

– Nein, er hat noch zwei Minuten und 46 Sekunden, wenn Sie es genau wissen wollen.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gute Medizin schmeckt manchmal bitter. Ein großes Risiko der verantwortungsvollen Politik von heute liegt darin, notwendige Reformen zu unterlassen und das eine oder andere, was in der Sache unverzichtbar ist, muß auch gegen einzelne Widerstände durchgesetzt werden. Das ist die Wahrheit.

Wenn hier berichtet wird, dass eine grundlegende Revision des nordrhein-westfälischen Schulrechts nicht bei 100 % der Beteiligten in jedem einzelnen Detailpunkt nur auf Zustimmung stößt, so ist das eine richtige Feststellung. Mit einer Politik der Beliebigkeit kann man es vielleicht jedem recht machen, aber kein Problem in der Sache lösen.

Fakt ist: All das, was CDU und FDP jetzt mit der Novellierung des nordrhein-westfälischen Schulgesetzes realisieren, ist von uns auch im Vorfeld der Wahl transparent – in unseren Wahlprogrammen nachlesbar – kommuniziert worden. Hier ist nichts dazugekommen, nichts geändert worden. Aber wir sind unterschiedliche Parteien. Dass wir deshalb an der einen oder anderen Stelle im Wettbewerb der Ideen auch mal miteinander ringen, bevor wir eine gemeinsame, dauerhaft tragfähige Lösung haben, ist selbstverständlich. Niemand von den heutigen Oppositionsfraktionen wird bestreiten, dass das ein möglicher Prozess ist.

Für uns ist entscheidend – deshalb kann man sich gar nicht bei jedem in gleicher Weise beliebt machen –, dass wir mehr Leistung in das System bekommen, die Qualität und auch die Chancen für alle Beteiligten erhöhen. Deshalb müssen alle mit anpacken: Schüler, Lehrer und Eltern. In einigen Bereichen verlangen wir auch mehr von den Menschen ab, als das bislang der Fall gewesen ist.

Zudem sorgen wir für Transparenz. Wir werden die Schullandschaft in den Wettbewerb schicken. Wir werden zentrale Leistungsstandards definieren und regelmäßig evaluieren. Die Daten, die wir erheben, gehen in ein zentrales Schulranking ein. Natürlich ist es nicht jedem, der sich bislang im System ausgeruht hat, recht, wenn gezeigte Leistung zukünftig dokumentiert wird. Natürlich ist es für den einen oder anderen bequem, wenn ihm von Staats wegen Schüler zugeführt werden und er sich nicht um jeden Schüler mit einem eigenen guten Angebot kümmern muss. Nur dementsprechend waren auch die Bildungsergebnisse in der Vergangenheit. Deshalb setzen wir der Politik der rot-grünen Notenillusion eine tatsächliche Leistung entgegen.

(Beifall von der FDP)

Ich gehe davon aus, dass die Intelligenz in Deutschland gleich verteilt ist. Wenn allerdings in Süddeutschland ausweislich der Pisa-Ergebnisse die guten Kompetenzen und in Nordrhein-Westfalen die schlechten Kompetenzen liegen, hier aber die meisten formal hochwertigen Abschlüsse gemacht werden, dann kann in der Bewertung etwas nicht stimmen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Witzel, kommen Sie bitte zum Schluss. Es ist für einen Präsidenten wirklich mühsam, wenn er bei jedem Redner die Beendigung der Rede anmahnen muss.

Ralf Witzel (FDP): Deshalb, Herr Präsident, komme ich zum Schluss – in dem Rahmen, in dem Sie das auch meinen Vorrednern gestattet haben: mit einer letzten Bemerkung.

(Allgemeine Heiterkeit)

Zu den Schuleingangsbezirken: Zur Wahrheit gehört auch, darauf zu verweisen, wie sich Ihr ehemaliger Fraktionsvorsitzender und heutiger Vizepräsident Edgar Moron zwei Monate vor der Landtagswahl im letzten Mai geäußert hat. Er hat einen nachlesenswerten Fachzeitschriftenartikel in der „Neuen Deutschen Schule“, „NDS“, veröffentlicht, in dem er dazu aufgerufen hat, endlich für mehr Wettbewerb im Bildungssystem zu sorgen und die Schulbezirksgrenzen aufzulösen. Er hat angekündigt, sich dafür im Fall der Wiederwahl der SPD einzusetzen. Diese Stellungnahme gehört auch mit dazu. Dass er als Experte bei der Expertenanhörung nicht mitgewirkt hat, ...

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie.

Ralf Witzel (FDP): ... ist wirklich schade. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat ums Wort gebeten. Ich weise auf § 27 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung hin, wonach die Fraktionsvorsitzenden im Anschluss an die Rede des Ministerpräsidenten die Möglichkeit haben, das Wort zu ergreifen.

Bitte, Herr Ministerpräsident.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will noch einige wenige Bemerkungen machen, um zu verdeutlichen, dass das Schulgesetz, das Kollege Laschet heute in Vertretung von Frau Kollegin Sommer dargestellt hat, für die gesamte Landesregierung von zentraler Bedeutung ist. Ich will jetzt nicht über Einzelheiten reden, aber ich glaube, dass man vielleicht einmal auf folgenden Punkt hinweisen sollte, auch nachdem ich

die Beiträge etwa von Frau Beer und von Frau Schäfer aufmerksam verfolgt habe.

Schauen Sie, Frau Beer, wenn ich das richtig im Kopf habe, dann diskutieren wir in der Bildungspolitik seit mindestens 25, wenn nicht seit 30 Jahren über eine hochstrittige Frage, nämlich die Frage, ob integrierte Schulsysteme besser sind als gegliederte Schulsysteme. Seit 30 Jahren!

Mein Problem bei der Schulpolitik ist in erster Linie, dass ich nicht glaube, dass wir uns in den nächsten 30 Jahren – zumindest nicht diejenigen, die hier heute gesprochen haben, und wahrscheinlich gilt das auch noch für ein paar andere – über diese Frage werden einigen können.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Versuchen Sie es mal!)

– Mein Problem ist, dass wir es schon mal versucht haben, uns aus diesem Gefängnis der ideologischen Debatte und der ideologischen These, dass ein integriertes Schulsystem bessere Leistungen erbringen würde als ein gegliedertes Schulsystem, zu befreien.

Frau Beer, ich habe genau diesen Punkt in diesem Parlament am 19. März 2003 schon einmal angesprochen und Ihnen damals als Oppositionsführer angeboten, dass wir uns auf ein paar Punkte verständigen, die die jetzige Situation in unserem Schulsystem im Interesse der Kinder verbessern. Ich habe vorgeschlagen, die alten Debatten zurückzustellen und konkret etwas zu tun, damit diejenigen, die jetzt da sind, bessere Chance bekommen, und nicht diejenigen, die in zehn Jahren oder später da sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Jedem ist doch eines völlig klar: Das Ergebnis eines von Ihnen geforderten totalen Systemwechsels wird es sein, dass wir zehn Jahre damit beschäftigt sind, diesen Systemwechsel zu organisieren, ohne dass die Kinder, die jetzt da sind, bessere Chancen bekommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn das richtig ist, dann kann zum jetzigen Zeitpunkt nur eine Reform richtig sein, die versucht, unter den Bedingungen des vorhandenen Schulsystems mit Hauptschulen, Gesamtschulen, Realschulen und Gymnasien zu Verbesserungen zu kommen. Es kann nicht sein, dass irgendjemand, der Verantwortung trägt, weiterhin akzeptiert, dass wir das unsozialste Schulsystem in Deutschland haben,

(Beifall von CDU und FDP)

dass wir ein System haben, in dem viele Kinder die Schule verlassen und nicht richtig rechnen, schreiben und lesen können, und in dem sich die Lehrerinnen und Lehrer allein gelassen fühlen.

Wenn dies richtig ist, dann versucht die Landesregierung mit den Eckpunkten, die natürlich diskutiert werden müssen, die auch kontrovers diskutiert werden müssen, einen Weg zu gehen, um auf der Basis des jetzigen Schulsystems zu Verbesserungen zu kommen.

Ich lasse einmal alles weg, was von Ihnen nicht in angemessener Form vorgetragen wurde, wie ich finde. Mir fällt in der Debatte auf, dass Sie auf diese Punkte nur an zwei Stellen eingehen, nämlich auf die Frage der Schulbezirke und auf die Frage des Probeunterrichts. Alles andere wird mit dem Satz beantwortet, was ihr macht, ist falsch, wir haben ein besseres System.

Ich möchte an Sie appellieren. Es gibt bestimmte rhetorische Möglichkeiten. Sie können bei jeder Rede zuerst einmal sagen: Ich bin der Meinung, das integrierte System ist viel besser. Wenn ich mich aber bei Ihnen nicht durchsetzen kann, wenn ich schon keine Mehrheit bei der Landtagswahl bekommen habe, wenn ich die nächsten vier oder fünf Jahre keine Mehrheit in diesem Lande habe, dann bin ich bereit, mit Ihnen über das zu diskutieren, was wir besser machen können. – Diesen Appell möchte ich an Sie richten.

Ich möchte gerne ein Schulsystem haben, das von den Ordnungsprinzipien „mehr Freiheit für Schulen“, „mehr individuelle Förderung“ und „mehr und verlässlicher Unterricht“ geprägt ist. Das ist das, was wir hier versuchen.

Ich kannte eigentlich nur die „Mikätzchen“. Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass es jetzt auch die „Rüttgerlinge“ geben soll. Das soll mir recht sein. Zu der Frage, wie man zu einem besseren Schulsystem kommt, gehört auch, dass der vorgesehene Unterricht auch gegeben wird.

(Beifall von der CDU)

Es gehört dazu, dass unsere Kinder beim Abitur nicht ein Jahr weniger Unterricht hatten. Deshalb bin ich stolz darauf, dass es die neue Landesregierung geschafft hat, ...

Frau Schäfer, es ist diese Art: Was haben Sie für eine Formulierung in irgendeiner Pressemitteilung gewählt? Da könnte man irgendetwas anderes hineininterpretieren. – Sie sollten sich als ehema-

lige Ministerin zu schade sein, um sich hierher zu stellen und eine solche Strategie zu fahren.

(Beifall von der CDU)

Wir haben im vergangenen Jahr 1.000 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen. Wir haben für den Zeitraum vom Schuljahresbeginn bis Dezember 2005 Geld für 1.000 neue Lehrerstellenäquivalente für Vertretungsunterricht zur Verfügung gestellt. Damals haben Sie sich hier hingestellt und wider besseres Wissen behauptet, wir würden nichts gegen den Unterrichtsausfall tun. Wir haben etwas dagegen getan.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden im Jahr 2006 weitere 1.000 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stellen. Wir werden die versprochenen 4.000 Stellen bis 2010 bereitstellen. Wir haben die von Ihnen angeordneten Kürzungen rückgängig gemacht. Die 1.500 Lehrerstellen, die die alte Landesregierung wegfallen lassen wollte, werden im nächsten Schuljahr im Schulsystem bleiben. Wir haben das verlängert.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir bauen jetzt eine Vertretungsreserve auf. Auch zu diesem Punkt erinnere ich mich, dass Sie sich hier hingestellt und gesagt haben, wir hätten nicht innerhalb von zwei Monaten nach der Wahl eine Vertretungsreserve aufgebaut. Wir werden für die Grundschulen eine Vertretungsreserve mit 900 Stellen aufgebaut.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden die Voraussetzungen für bessere Ganztagschulen schaffen. Herr Kollege Witzel hat schon davon gesprochen, weil wir mehr Geld in das System gesteckt haben. Das gilt nicht nur für den Grundschulbereich, sondern auch mit 500 neuen Stellen bei den Hauptschulen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Ersatzschulen wiederum gleich behandelt werden.

Trotz dieser Leistungen, die wir trotz einer Haushaltskonsolidierung von 2,5 % geschafft haben, ist diese Landesregierung nach Ihrer Aussage schuld. Wenn Sie weiterhin auf diesem Niveau diskutieren, dann sage ich Ihnen, in wenigen Monaten wird mit Ihnen schulpolitisch keiner mehr diskutieren.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung hat mit dem Beitrag des Herrn Ministerpräsidenten ihr

Redekontingent um gut sechs Minuten überzogen. Nun steht allen vier Fraktion auch noch einmal dieses Redekontingent zur Verfügung. Als Erste hat sich die Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Frau Löhrmann, gemeldet.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das verschafft mir ein bisschen mehr Zeit. Das freut mich sehr. Vielen Dank.

Herr Ministerpräsident, diese Mischung aus Werben und Diskussion einerseits und Attacke zur Abwehr andererseits zeigt mir einmal mehr, dass Sie immer noch zwei Rollen spielen, nämlich die des Ministerpräsidenten und die des Fraktionsvorsitzenden. Die CDU müsste doch allmählich in der Lage sein, das auseinander zu halten und selbst zu regeln.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich komme zu Ihrem werbenden Teil. Ich möchte mich zurückerinnern und Sie dabei mitnehmen. Damit kann ich auch einen Punkt von Herrn Laschet aufgreifen. Nach Pisa im Dezember 2001 mit erschreckenden Ergebnissen für die gesamte Bundesrepublik Deutschland, mit Nuancen, was die Bundesländer angeht – das möchte ich noch einmal betonen –, war Gelegenheit, in sich zu gehen, sich zu sammeln und alles zu diskutieren, um dann zu versuchen, neue Wege aufzuzeigen.

Meine Fraktion hat das unter meiner Federführung getan. Wir haben Überzeugungen über Bord geworfen, zum Beispiel was die Frage zentraler Abschlüsse angeht. Wir haben sogar noch vor der SPD beschlossen, wir sagen Ja, weil wir uns am skandinavischen System orientieren wollen.

Dafür haben wir uns aber auch erlaubt, diese Grundelemente des skandinavischen Systems, die individuelle Förderung, in den Mittelpunkt zu stellen und die Selbstständigkeit hochzuhalten, haben wir uns erlaubt, das zum Prinzip von Systemen zu machen und zu sagen: Inhalt und Form gehören zusammen. Ich habe bei Goethe gelernt, dass das zusammengehört. Also darf und muss man auch nach langen Jahren, in denen das nicht passiert ist, über Strukturen sprechen, weil Strukturen Lernen und Leistung von Kindern behindern. Das haben wir getan.

Wir haben uns erlaubt, das in unserem Wahlprogramm als Ziel mit dem Hinweis auf pragmatische Schritte zu formulieren. Dann waren leider Sie es mit Ihrer Partei – mit manchen von Ihren Leuten kann man super diskutieren, mit denen können

wir es auch hinbekommen; mit Herrn Laschet, glaube ich, könnte ich das schaffen –

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

und schlimmer noch die FDP, die die alten Schützengräben-Formulierungen wieder herausgeholt haben. Sie haben mit der Einheitsschule angefangen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bevor Sie geißeln, dass man nicht neue Wege geht, was wir ja getan haben, sollten Sie in sich gehen und darüber nachdenken, ob das nicht vielleicht ein Fehler war.

Ein Beleg, dass andere bereit waren, zeigt zum Beispiel der VBE, der Verband Bildung und Erziehung, ein durchaus konservativer Lehrerverband, in dem viele Menschen gerade aus Ihrer Partei, der CDU, Mitglied sind. Sie haben gesagt: keine alten ideologischen Debatten mehr! Uns war es ein Anliegen, dies nicht zu tun. Aber bitte öffnet nicht nur die Schulsysteme, öffnet nicht nur die Schleusen im System, sondern beseitigt die Blockaden in den Köpfen, wonach etwas, was alt ist, nicht zugelassen werden darf.

Als der Schulausschuss in Großbritannien, Schottland und Schweden war, hatte ich die große Hoffnung, dass der Geist des dortigen Schulsystems, der Kinder mitnimmt, ermutigt und zu guten, zu hervorragenden Leistungen führt, überschwappen würde.

Ich erinnere mich an nette Abende mit einigen Kollegen – ich will sie nicht nennen – aus der CDU-Fraktion.

(Unruhe und Zurufe von der CDU)

– Ja, und da hatte ich den Eindruck

(Zuruf von Michael Solf [CDU])

– Herr Solf, es ist mir sehr wichtig;

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

vielleicht darf ich das so sagen –, dass dieser Geist von Pisa und von diesem anderen Lernen bei einigen übergesprungen wäre. Dann kam ein Wahlkampf dazwischen, den Sie aus meiner Sicht in dem Fall missbraucht haben, um solche Diskussionen zu verhindern. Ich bedauere das sehr. Ich bedauere das außerordentlich, weil es mir ein großes Anliegen ist, mit Ihnen diskutieren zu können und vielleicht sogar zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe leider jetzt auch den Eindruck, dass Sie aufgrund der

Koalitionsvereinbarung mit der FDP und den Eckpunkten, die die FDP in den Vertrag hineingeschrieben hat – zum großen Teil waren diese Punkte gar nicht im CDU-Wahlprogramm enthalten –, nicht mehr weiter diskutieren können. Die Ministerin – auch diesen Eindruck haben wir sehr wohl – wäre bereit, mit uns weiter zu beraten.

Ich bedanke mich ausdrücklich, dass Sie, Herr Ministerpräsident, mir die Gelegenheit verschafft haben, das noch einmal im Kontext darzustellen. Ich würde mir wirklich wünschen: Halten Sie inne! Ziehen Sie Ihr Ding nicht einfach durch! Setzen wir uns noch einmal zusammen – im Sinne der Kinder von Nordrhein-Westfalen, im Sinne der Zukunftsfähigkeit unseres Landes, auch der ökonomischen Zukunftsfähigkeit unseres Landes. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Es war mir ein Anliegen, Sie noch reden zu hören!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat noch einmal der Abgeordnete Witzel für die FDP-Fraktion das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Anknüpfend an die letzten Beiträge: Gerade weil es so wichtig ist, aus Pisa und von anderen zu lernen, darf man Pisa nicht als Steinbruch benutzen.

Wir alle wissen, dass die entscheidende Frage für Qualitätsentwicklung die ist, welche Ressourcen man für individuelle Förderung zur Verfügung stellt und wie man auch zu einem Klima von Lernmotivation und -animation beiträgt.

Dass es international integrierte Systeme mit guten wie auch mit katastrophal schlechten Ergebnissen gibt, hängt eindeutig nicht von der Schulform ab, wie im Übrigen auch Baumert und andere ganz ausdrücklich in ihren Fachbeiträgen darstellen. Als „Pisa-Papst“ für Deutschland ist Prof. Baumert sicherlich ein wichtiger Ratgeber auch in dieser Frage.

Sie können lernen – weil Pisa kein Steinbruch ist –, dass zwei Dinge, kombiniert mit individueller Förderung, in Skandinavien ganz wichtig sind, nämlich ein glasklares Bekenntnis zur Leistung und keine Vertuschung von Leistungen. In den skandinavischen Schulen sind die Anforderungen sehr hoch. Kinder lernen dort drei, vier Fremdsprachen, bevor sie auf die Hochschule wechseln. Es gibt dort nicht nur zentrale Aufgabenstellungen bei Abschlussprüfungen, sondern auch eine zentrale Korrektur. All diese Instrumente sind dort selbst-

verständlich: die Stärkung der Kernkompetenzen – das, was wir auch zukünftig bei uns im Abitur machen.

Das heißt, wir orientieren uns an dem, was in Skandinavien vorbildlich ist, und an dem, was im gleichen kulturellen Kontext, nämlich im innerdeutschen Vergleich, die erfolgreichen Bundesländer machen, in denen diese Symboldebatten so nicht stattfinden.

Der zweite Punkt neben der Leistungsorientierung ist der Wettbewerb. Auch der ist da stark ausgeprägt. In den Ländern, die Sie genannt haben, in Großbritannien wie auch in Skandinavien, versteht niemand die bornierte deutsche Debatte über Schulbezirksgrenzen, über die Zuteilung von Schülern.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das kennen sie als Instrument nicht, weil sie der festen Überzeugung sind, dass hier Wettbewerbsprozesse zu den richtigen Ergebnissen führen.

Deshalb setzen wir auch auf mehr Selbstständigkeit von Schule. Frau Löhrmann, wir haben nur ein völlig anderes Verständnis als Sie. CDU und FDP haben hier in den letzten Jahren Anträge gestellt, Forderungen für mehr Selbstständigkeit von Schule aufgestellt. Dazu gehört zum Beispiel auch das Vertrauen – damit beantworte ich gerne die Frage von Herrn Link nach der Schulleiterstellenbesetzung – gegenüber ergebnisverantwortlichen Schulen vor Ort, für sich besser eine Entscheidung über die Besetzung von Schulleiterstellen treffen zu können, als wenn dies durch Parteibuchwirtschaft in kommunalen Gremien erfolgt. Dieses Vertrauen gehört auch dazu.

(Beifall von der FDP)

Wir haben uns Ihrem Verständnis von selbstständiger Schule widersetzt, was nämlich in der Debatte damals mit Gabriele Behler, der zuständigen Fachministerin, mit dem Aufschlag begann: Nun sind wir bald bei der notenfremen Schule.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Jede Schule kann mit großer Variationsbreite ihre Stundentafeln anpassen, umdefinieren, bestimmte Unterrichtsfächer für ein halbes Jahr direkt aussetzen. Das stimmt nicht mit unserem Verständnis von verlässlichem Unterricht überein.

Damit komme ich, Frau Präsidentin, zum Schluss. Ich wollte Ihnen noch eben einen Beleg nachliefern. Wir halten nach Wahlen das, was wir vorher versprochen haben. Dieses Versprechen möchte ich im werten Plenum nicht brechen.

Ich bin Ihnen nämlich noch die Erkenntnisse schuldig, die Edgar Moron zu diesem Thema hat, und zitiere aus der „Neuen Deutschen Schule“ vom 10. März 2005, etwas mehr als zwei Monate vor der Landtagswahl. Edgar Moron war ja in Bildungsfragen Ihr Vordenker.

Er hat zu Zeiten, als Sie alle noch Gift und Galle gespuckt haben, Zentralprüfungen gefordert. Da haben Sie gesagt: Das ist eine Minderheitenmeinung. Das gibt es mit der SPD niemals. – Ein halbes Jahr später war es dann so weit. Insofern messe ich dem schon eine Bedeutung zu, wenn der Fraktionschef das erklärt; das ist nicht irgendein Hinterbänkler.

In diesem Beitrag in der Fachzeitschrift, der auch an anderen Stellen sehr lesenswert ist, schreibt er:

„Selbstständigkeit bedeutet Konkurrenz der Schulen untereinander. Die Eltern müssen das Recht haben zu entscheiden, in welche Schule sie ihr Kind schicken. Das gilt auch für die Grundschulen.“

Ich glaube, dem ist nichts hinzuzufügen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Als nächste Rednerin hat die Kollegin Schäfer für die Fraktion der SPD das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben Ihre Ausführungen mit der Mahnung an diese Runde eingeleitet, wir mögen keine Ideologiedebatten beginnen. – Herr Ministerpräsident, ich kann mich an eine Zeit erinnern, die vor dem 22. Mai lag, in der die CDU über Land gezogen ist und die Menschen aufgescheucht hat mit einer Diskussion über Einheitsschulen, die Nordrhein-Westfalen demnächst drohen würden. Sie haben die Debatte und diese Ängste geschürt. Sie haben sie ideologiebefrachtet.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Bernhard Recker [CDU]: Wer hat sie denn angefangen?)

Sie sollten, wenn es Ihnen mit dieser Mahnung Ernst ist, einmal zu der Bertelsmann-Stiftung gehen und sich mit den Fachkundigen vor Ort über Schulstrukturfragen unterhalten. Vielleicht laden Sie auch den Chef von McKinsey Deutschland ein, Herrn Kluge, der sich auch schon einmal in

dieser Art und Weise geäußert hat. Oder vielleicht sprechen Sie einmal mit der Handwerkskammer in Baden-Württemberg, da Sie die Südländer so gerne zitieren. Hier werden Sie viele Stimmen hören, dass man sich dieser Diskussion zumindest öffnen sollte.

Ich kann mich gut daran erinnern, als wir über Pisa-E 2003, den Ländervergleich, gesprochen haben. Als ich gesagt habe: Lassen Sie uns wenigstens tabulos diskutieren!, hatte ich – klatsch! – aus Ihrer CDU-Fraktion wieder die Einheitsbrei-diskussion an der Backe. Mit anderen Worten: Sie sprechen hier Denkverbote aus. Damit blockieren Sie die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich möchte einen weiteren wichtigen Punkt aufgreifen, der klar bleiben und nicht verwischt werden sollte: Sie sprechen immer davon, 1.000 Stellen zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls geschaffen zu haben. Wer hat denn nun Recht? Der Finanzminister, der uns gegenüber in einem Brief erklärt, dass diese 1.000 Stellen notwendig seien, weil es in verschiedenen Schulformen einen Anstieg der Schülerzahlen gegeben habe, oder die Schulministerin, die behauptet, diese seien zusätzlich, und zwar zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall, geschaffen worden? Dies haben Sie noch immer nicht aufgeklärt.

Aber wir können uns die Statistiken angucken. Dann sehen wir, wie es ist. Wenn Sie über Land gehen und mit den Menschen sprechen, werden Sie hören: Bei uns ist nichts angekommen. Im Oberbergischen Kreis ist eine Stelle angekommen.

Über die Aussage „Rüttgerlinge“ werden Sie sich vielleicht auch noch einmal freuen. Mir ist nämlich bekannt geworden, dass diese 1.000 Stellen, die Sie vor der Bundestagswahl im Hauruckverfahren gegen den freien Willen der Schulen den Schulen zugewiesen haben, ...

(Lebhafte Zurufe von CDU und FDP)

– Ob Ihnen das gefällt oder nicht: Das von Ihnen gewählte Verfahren war für die Schulen nicht unbedingt das beste. Das haben Ihnen die Schulen auch mitgeteilt.

(Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Schäfer, gestatten Sie eine angemeldete Zwischenfrage des Kollegen Ellerbrock?

Ute Schäfer (SPD): Nein, das tue ich nicht. – Ich möchte gerne noch einmal ausführen, dass sich die Schulen natürlich über die zusätzlichen Kräfte gefreut haben, aber sie hätten schon gerne die Lehrer eingestellt, die sie für die Mangelfächer an ihren jeweiligen Schulen gebraucht hätten. Insofern warten Sie erst einmal ab und nehmen jetzt den Mund bitte nicht so voll.

Ich möchte noch einen Punkt erwähnen, den Herr Witzel erörtert hat: Herr Witzel, Sie sprechen von einer „bornierten Debatte“ um die Abschaffung der Schulbezirke. – Wissen Sie, wen Sie da abwatschen? – Die kommunalen Spitzenverbände, die Repräsentanten der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Denen geben Sie die Watschen, nicht uns.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Klar, dass wir uns streiten, aber Herr Rüttgers, Herr Ministerpräsident, erzählen Sie den CDU-Vertretern in Ihren Kommunen einmal, dass Herr Witzel diese Debatte als borniert bezeichnet hat. Da frage ich mich, wo die Borniertheit in diesem Hohen Hause sitzt. An der Stelle gucke ich Sie einfach mal an.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich habe die herzliche Bitte: Wenn Sie hier mit getragener Stimme darauf drängen, dass wir keine ideologiebefrachteten Diskussionen führen, dann machen Sie selbst erst einmal Ernst damit. Fangen Sie an, eine offene Diskussion in allen Fragen der Weiterentwicklung unseres Bildungssystems zuzulassen, und picken Sie sich nicht nur steinbruchartig das heraus, was in Ihre Ideologie passt, so wie Sie es jetzt tun.

Sie skizzieren Skandinavien. Sie sagen, was dort alles toll ist, aber über die Schulform in Skandinavien reden Sie nicht. Sie reden über Schleswig-Holstein und kümmern sich um die Schulbezirke dort, aber dass die Schleswig-Holsteiner die Gemeinschaftsschule entwickeln wollen, darüber reden Sie nicht. Warum machen die das? – Das hat etwas mit Demographie zu tun.

Was machen Sie im neuen Schulgesetz, Stichwort: Verbundschule? – Die Möglichkeit, die wir den Kommunen mit Verbundschulen eröffnet haben, alle Schulformen zusammenzuführen, wenn sie es möchten, reduzieren Sie wieder auf Haupt- und Realschule und auf Haupt- und Gesamtschule. Sie minimieren die Verantwortung der Kommunen an der Stelle. Schauen Sie sich in Deutschland um und ziehen endlich die richtigen Konsequenzen.

Es ist in der Tat bemerkenswert, Herr Ministerpräsident, dass Sie immer in die Debatte eingreifen müssen. Frau Beer hat eine wunderbare Rede über den Titanic-Vergleich geschrieben, aber bei der Titanic stand jemand auf der Brücke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäfer. – Als nächster Redner hat der Kollege Stahl für die Fraktion der CDU das Wort, auch noch einmal sechs Minuten. Da die Anzeige kaputt ist, kann es sein, dass ich mich dann räuspere.

Helmut Stahl (CDU): Ich brauche die sechs Minuten wahrscheinlich nicht.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bei dem Schulgesetz, das wir vorhaben, dessen Eckpunkte wir heute beraten, handelt es sich zweifelsfrei um eine große Reform in dieser Legislaturperiode. Die Menschen, die Eltern, Schülerinnen und Schüler, junge Leute warten darauf, dass hier ein Reformwerk vom Stapel läuft, das die Situation in unserem Land, an unseren Schulen verbessert, das Zukunftschancen sichert für dieses Land und die jungen Menschen, die in diesem Land eine Perspektive suchen.

Der Ministerpräsident hat etwas getan, was man nicht muss, aber was man tun kann, wenn man die innere Größe hat.

(Heiterkeit von der SPD)

Er hat Ihnen die Mitarbeit angeboten. Er hat Ihnen angeboten: Lasst uns über viele Dinge reden. – Wenn ich versuche zu gewichten, wie auf ein solches Angebot reagiert wird – es tut mir Leid –, waren das sehr, sehr kleine Münzen.

(Beifall von der CDU)

Ich kann mich nicht erinnern, dass der Ministerpräsident mit Ideologie agiert hat. Sie jedoch haben sich dann langatmig der Vergangenheit gewidmet.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Liebe Frau Löhrmann, Sie haben immer wieder darauf verwiesen, dass Sie in der Vergangenheit mit uns hätten sprechen wollen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Stahl, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Löhrmann?

Helmut Stahl (CDU): Nein. Wenn ich das abgehandelt habe, stehe ich sofort zur Verfügung.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Werden Sie das Angebot zurücknehmen?)

– Nein, ich will Sie im Gegenteil noch einmal verstärkend einladen, will aber ganz kurz zurückblicken, weil Sie immer nur auf die Vergangenheit Bezug nehmen und fast nie auf die Zukunft.

Frau Löhrmann, hätten wir mit Ihnen über die Position des Schulleiters reden können? Hätten wir mit Ihnen über Weiterentwicklung im gegliederten Schulsystem sprechen können? Ist es wirklich so schief, Frau Schäfer, wenn wir mit dem Begriff Einheitsschule agiert haben? Haben Sie nicht die Einheitslehrerausbildung forciert? Haben Sie nicht die Einheitsaufsicht forciert? Haben Sie uns nicht ein Schulgesetz vorgelegt und in Kraft gesetzt, das ganz darauf angelegt war – eine leichte Übung –, die Differenziertheit der Schulformen aufzuheben und die Schulen zu einer Einheitsschule zusammenzufassen?

Wir erklären: Das wollen wir nicht. Wir haben vor der Wahl erklärt: Das wollen wir nicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben vor der Wahl erklärt: Wir wollen starke Schulen. Wir wollen gegliederte Schulen. Wir wollen unser Land nach vorne bringen. – Genau das tun wir jetzt.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von Ute Schäfer [SPD] und Hannelore Kraft [SPD])

Wir tun das, was wir den Leuten angekündigt haben.

Meine Empfehlung – ganz ruhig – ist die: Erkennen Sie bitte an, dass in den vergangenen sechs Monaten eine Menge geschehen ist. Es gab zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer. Wir sind dabei, den Schulen, den Kommunen die Freiheit zu geben, die sie brauchen, damit sich Schulen vor Ort entfalten können. – Wenn Sie weiter Ihre Schlachten von gestern schlagen wollen, verehrte Damen von der Opposition, müssen Sie das tun. Das ist Ihr Job.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben nicht zugehört!)

Bleiben Sie in Ihren alten Spuren! Das ist für uns eine gute Voraussetzung, die Wahlen in 2010 zu gewinnen, weil die Leute es leid sind, mit Ihnen in den alten Spuren weiterzulaufen. Wir bringen das Land nach vorne. Wenn Sie mitmachen wollen, sind Sie herzlich dazu eingeladen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Stahl. – Für die FDP-Fraktion liegt noch eine Wortmeldung der Kollegin Pieper-von Heiden vor.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Ministerpräsident hat es auf den Punkt gebracht: Wir dürfen keine Zeit damit verlieren zu diskutieren, wie das Schulsystem irgendwann einmal aussehen könnte.

Zu Ihrer Erinnerung: Die eine Schule für alle in Skandinavien, die Sie haben möchten, hat in jeder einzelnen Jahrgangsstufe sechs unterschiedliche Befähigungsgruppen. Wir haben im gegliederten Schulwesen drei Schulformen plus Gesamtschule.

Was zeigt uns das? – Das zeigt uns doch wohl, dass wir stärker und besser differenzieren müssen, als wir das bisher getan haben, und nicht weniger.

Unter Ihrer Verantwortung ist es den Lehrern der unterschiedlichen Schulformen schon nicht gelungen, individuell zu fördern, obwohl die Lerngruppen homogener waren, als wenn man alle Schüler aller Schulformen zusammenbringen würde. Stellen Sie sich vor, Sie würden das ändern und hätten die Heterogenität auf einen Schlag verdreifacht, ohne Vorbereitung der Lehrer, ohne qualifizierte Fortbildung, um damit individuelle Förderung zu erzielen!

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie kürzen bei der Fortbildung!)

Damit führen Sie diese Diskussion doch ad absurdum.

Zu diesem Punkt ist alles gesagt. Wir sind zuversichtlich, dass die Qualität unserer nordrhein-westfälischen Schulen nach vorne gebracht wird. Im Moment meinen Sie vielleicht, Oberwasser in den Diskussionen mit den Verbänden zu haben. Aber in drei, vier Monaten, wie es der Ministerpräsident gesagt hat, wird keiner mehr über Ihre Vorschläge zur Verbesserung des Schulsystems reden. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. – Als nächste Rednerin hat Kollegin Löhrmann für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht auch schneller als in zwei Minuten. – Ich möchte am Ende dieser

Debatte wissen, welches Gesprächsangebot vorliegt.

Herr Ministerpräsident, Sie haben mir ein Gesprächsangebot gemacht, das ich als offenes Gesprächsangebot interpretiere. Der Fraktionsvorsitzende der CDU hat mir ein Gesprächsangebot unterbreitet, das ich als konditioniert betrachte: Es würde nur über das gesprochen, was er definiert hat.

Ich möchte von Ihnen wissen – das wäre sehr hilfreich –: Ist es ein offenes Gesprächsangebot, an dessen Ende auch andere Eckpunkte stehen könnten, oder sind die Eckpunkte die Gesprächsgrundlage? Das würde ich gerne wissen, ehe ich überlege, ob ich Ihr Gesprächsangebot annehme. Das würde ich im Prinzip gerne tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt, die **Anträge Drucksachen 14/1024 und 14/1031** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend –, den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**, den **Haushalts- und Finanzausschuss**, den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturen** sowie an den **Hauptausschuss** zur Mitberatung zu **überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, der möge bitte mit der Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung mit Zustimmung aller Fraktionen angenommen.

Wir kommen zu:

4 Elternrechte bewahren

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1016

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der Kollegin Hendricks das Wort. Bitte.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Abschaffung der Grundschulbezirke hat nicht die Förderung von Kindern als Hintergrund, sondern es geht um knallharten Wettbewerb. Die Abschaffung der Grundschulbezirke will

hier eigentlich nur die FDP. Die Frage ist also, wer hier Regierungsarbeit gestaltet.

Bei der Abschaffung des Elternwillens durch die Einführung der verbindlichen Grundschulgutachten geht es nicht um das Wohl der Kinder, sondern es geht um ein hoch fragwürdiges Selektionsprinzip, das Ihren ideologischen Grundprinzipien entspricht.

Bleiben wir doch einmal bei den Grundschulbezirken, weil es so schön ist und weil es die Schizophrenie Ihres politischen Handelns aufzeigt. Frau Sommer hat im letzten Jahr Folgendes sinngemäß gesagt: Wenn Eltern die Grundschule frei wählen können, erhalten wir – die Regierung – Anhaltspunkte darüber, wo gute beziehungsweise wo keine gute Arbeit geleistet wird und welche Grundschule möglicherweise geschlossen werden kann oder nicht.

Sie gestehen damit den Eltern das Recht zu, mit den Füßen über Schulstandorte zu entscheiden, und unterminieren damit verantwortliche kommunale Schulplanung, die in Zeiten rückläufiger Schülerzahlen mehr denn je nötig ist.

Gleichzeitig, meine Damen und Herren, planen Sie mit der Novellierung des Schulgesetzes eine Entmündigung der Eltern bei der Wahl der weiterführenden Schule. Das wollen die Eltern übrigens gar nicht, und das haben sie in diesem Hause auch schon angekündigt. Eltern in diesem Lande wollen es nicht. Insofern verhalten Sie sich mit Ihrem politischen Handeln konträr zu dem, was Eltern in diesem Land wollen.

Für die Sekundarstufe I räumen Sie den Eltern noch nicht einmal das Recht ein, die Schulform zu wählen, obwohl sie in der Primarstufe sogar über die einzelnen Schulstandorte entscheiden können.

Ich habe mich in meiner langjährigen Arbeit als Elternvertreterin immer dafür eingesetzt, dass Eltern die Wahl der Schule für ihre Kinder selber treffen können. In den 90er-Jahren ist dann auch das Verfahren, das „vielleicht geeignet“ vorsah, geändert und letztendlich aufgehoben worden, und Eltern konnten entscheiden. Das hat nicht dazu geführt, dass das Schulwahlverhalten völlig anders geworden ist; insofern bitte ich Sie, in die Historie hineinzugehen.

Diese Entmündigung von Eltern, die Sie nun vorhaben, wollen Sie kompensieren, indem Sie Eltern stärker in den Bildungs- und Erziehungsprozess der Schule integrieren wollen. Was wollen Sie eigentlich: Eltern in die Verantwortung neh-

men oder sie aus der Verantwortung herauskatalysieren?

Sie nehmen den Eltern das Recht, an entscheidender Stelle über den Bildungsweg ihrer Kinder zu bestimmen, obwohl Eltern den stärksten Einfluss auf den Schulerfolg ihrer Kinder haben, wie wir aus der Pisa-Studie wissen.

Ihnen, meine Damen und Herren, geht es gar nicht um das Wohl der Kinder. Sie wollen vielmehr die Stützung des dreigliedrigen Systems. Sie wollen die Stützung der Hauptschule. Wir hingegen sind der Auffassung, dass es darum geht, den Eltern das Recht zu belassen. Es darf keine Aushöhlung des Elternrechts geben.

Frau Pieper-von Heiden, Sie haben eben Folgendes so schön gesagt: Verantwortung tragen heißt, auch etwas zu sagen zu haben. – Wenn Eltern die Verantwortung für ihre Kinder tragen, dann sollten sie auch zu sagen haben, welche Schule die Kinder anschließend besuchen.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben 39 Jahre darauf gewartet, dass Sie Ihre ideologischen Vorstellungen endlich in politisches Handeln umsetzen können. Ich meine nicht die FDP. Schließlich gab es auch eine sozialliberale Koalition, und insofern ist die FDP teilweise für die Schulpolitik dieses Landes mit verantwortlich. Leider ist die Politik, die Sie heute vorlegen, nicht zukunftsweisend, sondern – wie wir aus Pisa wissen – rückwärts gewandt.

Nach der Grundschule kommt das große Sortieren – hier auf das Gymnasium, da auf die Hauptschule und da auf die Realschule. Die Übergangsauslese, die Sie auf diese Art und Weise durchsetzen wollen, führt nicht etwa dazu, dass stärker individuell gefördert wird. Denn wenn Sie dieses Ziel verfolgen würden, dann würden Sie einen Rechtsanspruch auf individuelle Förderung ins Schulgesetz aufnehmen. Sie reden sehr viel davon, aber einen Rechtsanspruch können wir im Schulgesetz bisher nicht finden.

Die Bevormundung, die Sie auf diese Art und Weise planen, wollen die Menschen in Nordrhein-Westfalen gar nicht.

Lassen Sie uns noch einmal die Zahlen betrachten. 10 % aller Kinder besuchen die falsche Schule; das hat Frau Sommer gesagt. Im Umkehrschluss heißt das doch, dass 90 % die richtige Schule besuchen. Das ist – wie ich finde – ein gar nicht so schlechtes Ergebnis. Warum erfolgt also dieser Aktionismus, warum erfolgt dieser Dirigismus, mit dem Sie Eltern in ihren Rechten beschneiden wollen?

Bleiben wir bei den Zahlen. 10 % besuchen die falsche Schule. Hingegen sind 44 % der Übergangsgutachten nach wissenschaftlichen Erkenntnissen falsch. Mit anderen Worten: Die Eltern sind als Findungsinstanz gar nicht so schlecht – oder sollte ich lieber „deutlich besser als die Gutachten“ sagen? – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Hendricks. – Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Solf das Wort.

Michael Solf (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift des SPD-Antrags lautet „Elternrechte bewahren“. Dabei geht es aber doch um etwas noch Wichtigeres. Es geht darum, den besten Weg zu finden, damit möglichst viele Kinder die für ihre persönliche Entwicklung richtige Schulform finden. Es geht also um die Rechte der Kinder. Es geht um das Recht jedes einzelnen Kindes.

Weil es um Kinder geht, eignet sich dieses Thema auch nicht für wohlfeile Scharmützel. Schon im Interesse der Kinder empfehle ich eine ganz ruhige Analyse.

Diese beginnt erstens, Herr Staatssekretär, mit der Akzeptanz dessen, was ist. Wir haben ein gegliedertes Schulsystem. So wollen es die CDU und die FDP und ausweislich des „Düsseldorfer Signals“ auch die SPD. Der Übergang von der Grundschule in dieses gegliederte Schulsystem muss also bestmöglich organisiert werden. Wer sich hier kümmert, betreibt keine Selektion, Frau Hendricks – um dieses Wort zu nennen, das empörenderweise manchmal in bewusst böser Absicht gebraucht wird. Er sortiert nicht Kinder wie Äpfel und Birnen. Nein, er handelt verantwortungsvoll.

Und nun zur zweiten Tatsache. Wie und wann auch immer wir diesen Übergang für unsere Kinder gestalten: Fehler sind stets möglich. Deshalb ist es unsere Pflicht, die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulformen erheblich zu verbessern. Nur so haben wir ein Korrektiv. Ich habe dies immer wieder gefordert. Die neue Landesregierung hat jetzt gehandelt.

Ferner muss die Diagnosekompetenz der Grundschule gestärkt werden. Aber gerade dazu gab und gibt es fast keine Fortbildungsangebote vom Landesinstitut für Schule in Soest oder von den Bezirksregierungen. Es ist ja auch kennzeichnend, dass es in NRW unter der SPD-Regierung

keine Längsschnittstudie über Schullaufbahnen von der Grundschule bis zum Abitur gegeben hat. Sie von der SPD haben es eben nicht so mit ergebnisoffenen, empirischen Bildungsforschungen, weil die ja die heile Welt Ihres Denkens in geschlossenen Kreisen infrage stellen könnten. Lesen Sie doch einmal bitte, was zum Beispiel Prof. Dollase zum Wert der empirischen Bildungsforschung schreibt.

Aber – das ist die dritte Tatsache, die wir zu akzeptieren haben – es wird auch immer Fälle geben, in denen der Übergang an die weiterführende Schule nicht im Konsens gelingen will. Dabei geht es – deshalb ist das Gebrüll der SPD über die angebliche Zertrümmerung von Elternrechten einfach unredlich – um relativ wenige Fälle. Nehmen wir doch die Zahlen aus Baden-Württemberg. Dort waren sich im letzten Schuljahr in 85 % der Fälle Eltern und Lehrer von Anfang an einig. Auch hier wird es natürlich Fehler gegeben haben, aber man war sich einig. Bei den restlichen 15 % bestand Gesprächsbedarf – bei einer Hälfte, weil die Eltern ihre Kinder auf Haupt- oder Realschule schicken wollten, die Lehrer aber Realschule oder Gymnasium für das jeweilige Kind für besser hielten.

Liebe grüne Kolleginnen – es ist ja jetzt nur noch eine anwesend, aber ich sage es bewusst –, wir tun damit für die Emanzipation der muslimischen Mädchen mehr, als Rot-Grün in all den Jahren getan hat.

Bei der anderen Hälfte warnten die Lehrerinnen und Lehrer die Eltern vor einer Überforderung der Kinder in der gewünschten Schulform. Nachdem verbindliche Gespräche einschließlich kleiner Tests geführt waren – manchmal überzeugten die Eltern die Lehrer, manchmal die Lehrer die Eltern –, waren noch nicht einmal 5 % der Eltern mit der gefundenen Lösung nicht zufrieden. Nur in solchen Fällen soll nach unserer Meinung ein mehrtägiger Prognoseunterricht erfolgen, den Sie leider schon im Vorhinein als Leistungsstress für kleine Kinder diffamieren. Sie sind damit unfair und ungerecht.

(Beifall von CDU und FDP)

Unsere Lösung heißt: In diesen wenigen Fällen sollen erfahrene Lehrpersonen entscheiden, ob die Eignung für die gewünschte Schulform offensichtlich ausgeschlossen ist oder nicht. Bei diesem Weg der Entscheidung gibt es allenfalls eine Fehlerquelle, die Fehleinschätzung. Bei den Eltern gibt es leider mehrere. Zur Fehleinschätzung treten die Liebe, die manchmal leider blind macht, und in dem einen oder anderen Fall – das sind die traurigsten – auch das Prestigedenken, das das

Kind in einer vermeintlich besseren Schule sehen will.

Wir glauben, dass die Lehrerinnen und Lehrer eine größere Chance haben, diesen Kindern, auch wenn es nur relativ wenige sind, gerecht zu werden als deren Eltern. Die Empfehlung der Lehrer wiegt ja auch am Ende der Erprobungsstufe stärker als der Wille der Eltern. Denn – das ist die vierte Tatsache, der wir ins Auge sehen sollten – die Liebe der Eltern, so wunderschön und so wichtig sie ist, ist leider noch keine genügend stabile Grundlage für diese Entscheidungen. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Solf. – Nun hat als nächste Rednerin die Kollegin Beer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eltern kennen ihre Kinder am besten und nicht die Schule. – Die Schulministerin hat das hier an dieser Stelle gerne bemüht im Hinblick auf den Zugang zur Grundschule. Das in diesem Satz ausgedrückte Prinzip hat aber offensichtlich nur da Gültigkeit, wo es Ihnen von der schwarz-gelben Koalition gerade in den Kram passt. Sie wollen Ihren zwanghaften Begabungsreflex den Kindern in NRW überstülpen und Ihre Schulformschubladen füllen.

(Zuruf von Michael Solf [CDU])

– Herr Solf, dann erklären Sie mir bitte einmal, warum der Elternwille gilt, wenn die Eltern ihre Kinder aus irgendwelchen Bedenken nicht ins Gymnasium schicken wollen, aber der Elternwille nicht gilt, wenn Eltern ihr Kind in eine Schulform schicken wollen, die die von Ihnen geplante Kommission nicht empfiehlt. Das ist doch wirklich heuchlerisch. Offensichtlich haben Sie ganz andere Motive.

Sie wollen den Eltern die Verantwortung bei der Schulformwahl aus der Hand nehmen und sie beim Entscheidungsrecht entmündigen. Elternbeteiligung in der Schule sollte eigentlich gestärkt werden. Sie sollten für mehr Transparenz in der Schulentwicklung sorgen und Eltern mehr in die Qualitätsentwicklung einbeziehen. Das ist auch das Votum der Landeselternschaft der Grundschulen.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, Sie machen sich einen schönen schlanke Fuß, indem Sie in unverschämter Weise zur

Elternbeschimpfung greifen und sagen, man müsse Kinder vor ihren Eltern schützen, anstatt Ihre Hausaufgaben in der Entwicklung des Bildungssystems zu machen, Chancengleichheit zu schaffen und Leistungschancen für alle Kinder zu sichern.

Sie schieben den Eltern den schwarzen Peter des Scheiterns am Schulsystem zu, anstatt daran zu arbeiten, dass sich die Philosophie im Schulsystem grundlegend verändert. Ich schreibe Ihnen das gerne noch einmal ins Stammbuch: Es darf nicht die Prämisse gelten, das Kind muss zum System passen, sondern das System muss alles tun, um dem Kind zum Bildungserfolg zu verhelfen. Sie verhindern durch Ihre Schulstrukturrestauration sehr deutlich die Entwicklung von Lehrerprofessionalität und stärken gerade die Lehrer und Lehrerinnen, die immer noch nach dem Prinzip den Unterricht gestalten: Ich könnte so guten Unterricht machen, wenn ich nur die richtigen Kinder hätte.

Eltern haben das Prinzip durchschaut, dass mit den unterschiedlichen Bildungsgängen unterschiedliche Berufs- und Lebenschancen verbunden sind. Aber gerade Eltern aus benachteiligten und benachteiligenden Lebenslagen trauen sich nicht, sich falschen Grundschulempfehlungen von Lehrkräften zu widersetzen. Dass die zu einem hohen Prozentsatz falsch sind, das belegen unter anderem die Iglu-Studie, die Erkenntnisse aus der Pisa-Studie und besonders eindrucksvoll auch die Hamburger Lernausgangslagenuntersuchung. Dort werden auch die Mechanismen deutlich, die Kindern aus schwierigen sozialen Ausgangslagen höhere Hürden aufbauen, um gute Zensuren zu erringen, während Kindern aus bildungsnahen und sozial besser gestellten Haushalten gute Zensuren auch für im Vergleich geringere Leistungen ausgestellt werden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Beer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Solf?

Sigrid Beer (GRÜNE): Ja, gerne. Bitte.

Michael Solf (CDU): Frau Beer, ist Ihnen denn bewusst, dass sich so, wie es in unserem Land zurzeit läuft, in jedem Jahr bei ca. 14.000 Kindern und Jugendlichen zeigt, dass sie offensichtlich doch die falsche Wahl getroffen haben?

Zweitens. Ist Ihnen bewusst, dass die Scholastik-Studie dargelegt hat, dass man nach der vierten Grundschulklasse mit einer relativ hohen Trefferquote sagen kann, in welcher zukünftigen Schul-

form Kinder am besten aufgehoben sein werden? – Danke.

Sigrid Beer (GRÜNE): Gerade aus Ihren Hinweisen ist sehr deutlich erkennbar, dass wir im Augenblick nur ein Instrument haben, das nicht belastbar ist, nämlich genau die Grundschulempfehlungen, wie sie da sind. Ich habe eben über die Fehlerquoten und darüber gesprochen, dass die Experten uns empfehlen, diese Entscheidung nicht in so frühem Lebensalter zu vollziehen. Es ist also ganz deutlich, dass diese Entscheidung in ein späteres Lebensalter zu verschieben ist. Das sind die Ergebnisse, die auch international bestätigt werden und die uns in Bezug auf den Reformbedarf gerade an dieser Stelle im System mahnen.

Deshalb führt die Landeselternschaft Grundschulen auch vollkommen zu Recht aus, dass die Übergangsempfehlungen der Grundschulkkräfte in großem Umfang nicht dem Leistungsvermögen der Kinder entsprechen und dass selbst mit hohem Aufwand – das sagt uns auch die Wissenschaft in diesem Zusammenhang – kaum Verbesserungen an der Prognosequalität zu erwarten sind.

Was ansteht, ist, wie ich gerade schon ausgeführt habe, die Entscheidung über Bildungskarrieren konsequent in spätere Jahrgänge zu verschieben. Sie kommen nicht an der Entwicklung des längeren gemeinsamen Lernens, der konsequenten individuellen Förderung und des Lernens voneinander und in Gemeinschaft vorbei; denn wir müssen auch dringend den notwendigen sozialen Zusammenhalt in dieser Gesellschaft unterstützen.

Herr Solf, noch ein kleines Schmankerl am Rande dazu: In Bayern, dem Musterland der Zwangsrestriktionen in Bezug auf den Besuch des Gymnasiums mit massiver Zensureingangsklausel, verlässt immer noch knapp ein Viertel der Schüler und Schülerinnen das Gymnasium. In NRW, wo die Eltern im Augenblick das letzte Wort haben, müssen eklatant weniger Schüler und Schülerinnen deshalb die Schulform wechseln.

Unser Ziel ist es, von den falschen Schulformvorstellungen wegzukommen und Lehrerprofessionalität zu stärken. Es geht darum, Kinder nicht in „richtig“ und „falsch“ einzuteilen und die Eltern gleichzeitig zu entmündigen, sondern die Eltern in der Erziehungs- und Bildungskompetenz und in der Unterstützung auf dem Bildungsweg ihrer Kinder zu stärken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist genau der Punkt, an dem wir ansetzen müssen. Wir dürfen an dieser Stelle nicht Eltern aus der Verantwortung herausnehmen und ihnen Restriktionen aufbauen, sondern müssen Eltern in Verantwortung hineinnehmen. Wir müssen die Bildungswege offen halten und dürfen nicht die Zukunft von Kindern im Alter von neun Jahren von dieser Entscheidung abhängig machen. Sie wissen ganz genau, dass wir Schulformwege haben, die im Leben doppelt benachteiligen und in Sackgassen führen, was Berufs- und Lebenschancen angeht. Das haben Sie dann zu verantworten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Als nächste Rednerin hat die Kollegin Pieper-von Heiden für die Fraktion der FDP das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Frau Hendricks, auf Sie passt wirklich der Satz: Sage mir dein politisches Ziel, und ich liefere dir die Argumentation dazu.

(Beifall von der FDP)

Auf diese Art und Weise wollen Sie wirklich nur das Schulgesetz torpedieren und sich nicht an Sachargumenten entlang bewegen.

Bei der Novellierung des Schulgesetzes haben wir die Beratung von Eltern und die Stärkung der Schulmitwirkungsrechte zum Wohle ihres Kindes fest im Blick. Sie werden künftig frühzeitig durch schriftliche Vorlagen der Schule zu Tagesordnungspunkten der Mitwirkungsorgane informiert, sodass sie sich sachkundig in Entscheidungsprozesse einbringen können. Ebenso wählen sie gemeinsam mit Lehrern und Schülern im höchsten Entscheidungsgremium einer Schule, der Schulkonferenz, ihren Schulleiter selbst.

Darüber hinaus soll Eltern aber auch eine bessere und sachgerechtere Unterstützung als bisher bei der Wahl der weiterführenden Schule für ihr Kind zuteil werden. Das Schulgutachten erhält deshalb eine größere Verbindlichkeit.

Sofern Eltern dann allerdings von der Empfehlung der Grundschule abweichen wollen, wird künftig anders als bisher weitere Expertise herangezogen. Zunächst findet ein Beratungsgespräch sowohl mit der abgebenden Grundschule als auch mit der gewünschten weiterführenden Schule statt. Sollte es dabei zu keiner Einigung mit den Eltern kommen, dann – und nur dann – schließt sich ein dreitägiger Prognoseunterricht mit bis da-

hin unbeteiligten Lehrern an, der Leistungsstand und Lernpotenzial des Kindes in den Fokus nimmt. Erst wenn diese Prognose die Eignung des Kindes für die gewünschte Schulform offenkundig ausschließt, erfährt das Elternwahlrecht seine Grenzen, und zwar zum Wohle des Kindes.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Pieper-von Heiden, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hendricks?

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Sie wird ja nicht auf meine Zeit angerechnet, oder?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Nein.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Dann ja.

Renate Hendricks (SPD): Frau Pieper-von Heiden, Sie haben ausgeführt, dass Sie die Eltern an den Punkten schützen wollen, wo es sich um kollektives Recht handelt. Bei dem Recht, bei dem es sich sozusagen um das individuelle Recht handelt, sehe ich diese Stärkung nicht. Ich würde gerne wissen, warum Sie das jetzt in einen Tagesordnungspunkt hineinpacken. Denn das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Ich sehe es als individuelles Elternrecht an, eine fachgerechte Beratung zu erhalten, was die Wahl der weiterführenden Schule für ihr Kind anbetrifft. Ich gehe nämlich davon aus, dass Eltern nicht in jedem Fall die Kenntnis darüber mitbringen, wie die Anforderungen einer weiterführenden Schulform sein könnten, dass Lehrer – das darf ich wohl voraussetzen – aber selbstverständlich Kenntnis darüber haben.

Ich möchte jetzt gerne fortfahren. – Erst dann, wenn diese Prognose die Eignung des Kindes infrage stellt und ausschließt, erfährt dieses Elternwahlrecht also seine Grenzen, wirklich erst dann – und zwar zum Wohle des Kindes, um eine dauerhafte Überforderung und ein absehbares Scheitern und damit einhergehende Demütigungen für das Kind zu vermeiden.

(Beifall von der FDP)

Dennoch: Nichts ist unumkehrbar. Anders als bisher prüfen in den weiterführenden Schulen die in einer Klasse unterrichtenden Lehrer künftig am Ende eines jedes Schuljahres, ob einem Kind aufgrund guter Schulleistungen und Entwicklungssprüngen die Empfehlung zum Wechsel in eine höhere Schulform gegeben werden kann. Das hatten wir bisher nicht.

All dies ist um Lichtjahre besser als das, was Sie jahrelang praktiziert haben, meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Sie haben die Zeitrressourcen der Grundschullehrkräfte belegt, um ein Grundschulgutachten zwar erstellen zu lassen, um aber anschließend die dort eingeflossene Lehrerarbeit zu missachten und dieses Gutachten einfach in der Schublade verschwinden zu lassen. So war es doch. Nun haben wir jährlich rund 15.000 Rücküberweisungen von überforderten Schülern zumeist an die Hauptschulen.

Sie haben sich immer gescheut, einen Weg auch konsequent weiter zu gehen. Wir, FDP und CDU, handeln dagegen konsequent, übrigens auch in umgekehrter Richtung. Da sollten Sie genau zuhören. Wir wollen, dass Eltern leistungsstarker Grundschulkinder auch dann davon überzeugt werden, ihr Kind beispielsweise an der Realschule oder am Gymnasium anzumelden, wenn sie sich ungeachtet der guten Leistungen ihrer Kinder traditionell an die Hauptschule gebunden fühlen. Davon gibt es nicht wenige in diesem Land. Das müssen wir auch verändern. Auch gute Schüler gehören in die für sie passende Schullaufbahn. Das ist eben nicht immer die Hauptschule, wie von vielen Eltern gewählt.

Eines wird beim Vorgehen der neuen Landesregierung doch völlig klar, meine sehr geehrten Damen und Herren. Niemals zuvor war unser Schulsystem so durchlässig. Niemals nahm es in einer solchen Weise Rücksicht auf die unterschiedlichen Fähigkeiten und Leistungen von Schülern, wie es nach Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes zum nächsten Schuljahr der Fall sein wird. Warten Sie es ab.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper-von Heiden. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Laschet das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben der Öffentlichkeit die Eckpunkte dieser Reformen vorgestellt. Ich meine, dass wir das nicht in dieser Schwarzweißform diskutieren sollten, wie das zum Teil gemacht wird.

Der Ausgangspunkt sind 15.000 Kinder und Jugendliche – der Kollege Solf hat es erwähnt –, die Jahr für Jahr auf weiterführenden Schulen scheitern. Deshalb muss sich – das ist die feste Überzeugung der Landesregierung – an der derzeitigen Situation etwas ändern. Die Frage ist: Wie macht man das am besten?

Hinter dieser hohen Zahl steht mehr als schulischer Misserfolg. Jedes Kind, das eine Schule verlassen muss und auf eine andere Schule geht, fühlt sich zunächst ständig überfordert und leidet auch seelisch unter dieser ständigen Überforderung. Zudem belastet diese viel zu hohe Zahl solcher Fälle von Abstufungen ebenfalls die aufnehmenden Schulen. Insbesondere die Hauptschulen haben dadurch erhebliche Probleme. Die Motivierung dieser meist schulmüden Schulwechsler ist mehr als schwierig.

Um diesen Problemen entgegenzuwirken, aber auch um Kindern in einer ihren Begabungen gerechten Schulform bessere Entfaltungsmöglichkeiten zu geben, wollen wir, wie in der Koalitionsvereinbarung angekündigt, die Grundschulempfehlung verbindlicher machen. Sie entscheidet ja nicht alles am Ende. Wir wollen sie verbindlicher machen, als sie das heute ist.

Das Verfahren, insbesondere die künftige Ausgestaltung des Grundschulgutachtens, wird im Einzelnen in der Ausbildungsordnung für die Grundschule geregelt werden.

Wir werden das Übergangsverfahren so gestalten, dass die Befürchtungen der Opposition eben nicht eintreten. Für die Landesregierung ist der Elternwille ein hohes Gut. Auch in Zukunft werden grundsätzlich die Eltern darüber entscheiden, welche weiterführende Schule ihr Kind besuchen soll.

Wenn die Eltern allerdings nach Beratung mit der abgebenden sowie der aufnehmenden Schule vom Grundschulgutachten abweichen wollen, soll dieser dreitägige Prognoseunterricht zur Feststellung der Eignung durchgeführt werden. Das ist eben keine Aufnahmeprüfung. Da es sich um Unterricht handelt, der in pädagogischer Verantwortung von Lehrerinnen und Lehrern durchgeführt wird, ist diese Situation einem neunjährigen Kind nach in der Regel 3 ½ Jahren Schule durchaus vertraut. Es sind abgebende Lehrer und aufnehmende Lehrer, ganz unterschiedliche Menschen, die dieses Kind dann im Prognoseunterricht kennen lernen.

Wir trauen den Lehrerinnen und Lehrern zu, dass sie diese dem Kind gerecht werdende Kompetenz haben. Wenn Sie aber das bisherige Verfahren für besser halten, dann zeigt sich darin auch ein Misstrauen gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Beer?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Minister Laschet, würden Sie bitte noch einmal erläutern, wie Sie damit umgehen, wenn das Kind nach Empfehlung der Grundschullehrkräfte und nach Prognoseunterricht gymnasialgeeignet ist, aber die Eltern das nicht wollen. Werden dem Kind dann trotzdem diese Chancen eröffnet?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Es wird kein Kind zwangsweise ins Gymnasium gesteckt.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Aber umgekehrt zwangsweise in die Hauptschule?)

– Wie Sie wissen, vertrete ich nur die Schulministerin. Es wird, glaube ich, nicht festgelegt, dass das Kind zwangsweise ins Gymnasium muss. Es geht aber doch auch nicht darum, ob das Kind zwangsweise in eine bestimmte Schulform kommt. Es gibt eine abgebende Schule und eine aufnehmende Schule, und es gibt Stellungnahmen dazu. Es werden doch nur ganz wenige Fälle sein, bei denen es vielleicht wirklich strittig ist und bei denen die Eltern darauf bestehen – entgegen dem Willen der Grundschule und entgegen dem Willen der aufnehmenden Schule –, dass ihr Kind so außergewöhnlich begabt ist, dass es doch auf eine bestimmte Schulform gehen soll.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, mir liegen noch Zwischenfragen der Kollegin Hendricks und des Kollegen Solf vor. Die Beantwortung der Fragen wird nicht auf Ihre Redezeit angerechnet. Gestatten Sie diese beiden Zwischenfragen?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja, bitte.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Hendricks, bitte.

Renate Hendricks (SPD): Herr Minister Laschet, nachdem die verbindlichen Gutachten in den 90er-Jahren in Nordrhein-Westfalen aufgehoben worden sind, haben die Lehrer in Nordrhein-Westfalen sich dafür ausgesprochen, diese Regelung beizubehalten. Wie bewerten Sie, dass die Lehrer sich dafür aussprechen, diese Regelung beizubehalten, und jetzt nicht mit fliegenden Fahnen auf Ihr neues Programm umschwenken?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Liebe Frau Kollegin, ich kann mich nicht daran erinnern, dass es eine Volksabstimmung unter 165.000 Lehrern gegeben hat, um festzustellen, was die Lehrer sagen. Es mag Experten gegeben haben, die das gesagt haben. Es mögen auch Lehrerverbände gesagt haben. Wir sind aber heute auf einem anderen Sachstand und erkennen, dass eine höhere Verbindlichkeit richtig ist. Das Passstück dazu wird ja mit beschlossen, nämlich die klarere Durchlässigkeit in den nachfolgenden Jahren von einer Schulform zur anderen. Wir wollen jetzt auch zur Pflicht machen, dass die Lehrer dieses untersuchen müssen, wenn die Kinder begabter sind.

(Beifall von der FDP)

Ich glaube, dass so mehr Durchlässigkeit erzeugt wird als bisher.

(Beifall von CDU und FDP)

Nebenbei: Sie verteufeln das hier als neoliberale, von der FDP aufgedrückte, rückwärts gerichtete Schulpolitik. Wenn Sie mir sagen, dass das bis 1996 in diesem Land gegolten hat, dann muss ich entgegnen, dass damals Sie und die Grünen regiert haben und es anscheinend über Jahrzehnte kein Problem war, dass man eine höhere Verbindlichkeitsrate hatte.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir gehen zu dem Kern zurück, den Sie einmal abgeschafft haben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Solf, die ich schon angekündigt hatte?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte, Herr Solf.

Michael Solf (CDU): Herr Minister, erlauben Sie mir, Ihnen insoweit zu helfen, als ich sage, dass es in Baden-Württemberg mehrere hundert Fälle pro Jahrgang gegeben hat, bei denen erst durch die Empfehlung der Lehrer die Eltern – es waren Migranten – darauf hingewiesen wurden,

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist keine Frage!)

dass ein Gymnasium für diese Kinder gut ist, und sich aufgrund dieser Empfehlung in allen Fällen die Eltern

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist doch keine Frage! – Minister Karl-Josef Laumann: Aber eine wichtige Aufklärung! Es war eine der Sache dienliche Auskunft!)

dazu haben bringen lassen, das Kind auf das Gymnasium zu schicken.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist keine Frage! – Minister Karl-Josef Laumann: Sicher war das eine Frage!)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich beantworte die Frage mit Ja und erlaube Ihnen, mir geholfen zu haben. Danke.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Wir haben in der grundsätzlichen Schulgesetzdebatte das Ganze schon einmal erörtert. Ich darf auf Herrn Prof. Bos vom Institut für Schulentwicklungsforschung an der Universität Dortmund verweisen, der betont hat, dass in der Regel die Rede nur von Eltern, die ihr Kind gegen die Empfehlung der Schule auf dem Gymnasium anmelden wollen, ist. Häufig erleben wir allerdings auch, dass Eltern aus Scheu und Unkenntnis ihren Kindern trotz Eignung den Besuch einer Realschule oder eines Gymnasiums vorenthalten.

Frau Kollegin Beer, es gibt keinen Zwang dazu, aber es gibt die Eröffnung von neuen Möglichkeiten. Das schreibt Herr Prof. Bos nicht in einem unbedingt der Union nahe stehenden Organ, nämlich in der „taz“. Ich glaube, dass in der „taz“ und in vielen anderen Kreisen die Debatte wesentlich weiter ist, als Grüne und SPD es heute gezeigt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit kommen wir zum Schluss der Beratung und zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrates, den **Antrag Drucksache 14/1016** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** zu **überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dann dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Findet das die Zustimmung dieses Hauses? – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Somit ist einstimmig die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates angenommen.

Wir kommen zu:

5 Antrag auf Behandlung einer Volksinitiative gemäß Artikel 67a Landesverfassung NRW

Drucksache 14/612

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 14/1034

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen Biesenbach für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte.

Peter Biesenbach^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute in wenigen Wochen zum zweiten Mal mit einer Volksinitiative, die zum Anliegen hat, die Öffnung der Videotheken an Sonn- und Feiertagen zu erreichen. Es gebührt ihr, dass wir uns ein zweites Mal damit beschäftigen; denn sie ist die erste erfolgreiche Volksinitiative in diesem Lande.

Wir haben, was meine Fraktion angeht, dieses Thema und dieses Anliegen ernst genommen, haben es erneut intensiv diskutiert und kommen – die Beschlussvorlage hat die Spannung bereits vorweggenommen – zu einem Ergebnis, das möglicherweise die Volksinitiative nicht zufrieden stellt, denn der Beschlussvorschlag des Hauptausschusses nach der gestrigen Sitzung lautet: Der Landtag lehnt das Anliegen der Volksinitiative ab.

Wir verkennen dabei nicht den Wettbewerbsdruck, dem sich Videotheken ausgesetzt sehen. Ich habe dies bereits bei meiner Rede am 30. November in diesem Plenum vorgetragen.

Im Einzelfall mag dieses Anliegen verständlich sein. Wenn wir es nur auf die Frage Videotheken fokussieren, dann gäbe es nur schwer Gründe, Nein zu sagen, und es wäre vielleicht auch nicht schädlich. Doch wir haben sehr viele Begehren nach Einzelfallbetrachtung vorliegen. Allein diese Vielzahl von Überlegungen und Wünschen macht es erforderlich, das Thema ein wenig grundsätzlicher zu betrachten. Die grundsätzliche Betrachtung heißt immer: Wie sieht unsere Markordnung aus?

Wir sagen, dass die soziale Marktwirtschaft nicht nur ein ökonomisches Organisationsprinzip ist, sondern auch und gerade eine wertorientierte Ordnung. Sie lebt von ethischen Grundsätzen, die sie selbst nicht schaffen kann. Märkte sind unentbehrlich – da sind wir uns einig –, aber im Markt erschöpft sich nicht das Wesen einer freiheitlichen und sozial gebundenen Gesellschaftsverfassung.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Die Welt der Wirtschaft muss aus sittlichen Reserven schöpfen, mit denen sie steht oder fällt.

In einer Zeit, in der Tendenzen sichtbar werden, die darauf abzielen, soziale Normen zu verändern, die angeblich Fortschrittsprozesse behindern, muss die Politik der sozialen Marktwirtschaft die Menschlichkeit und Übersichtlichkeit der Lebensverhältnisse bewahren.

Wir bekennen uns ausdrücklich dazu, dass die kleineren Lebenskreise in Familie und Lebensgemeinschaften, in Nachbarschaften, Stadtteilen, Gemeinden, Kirchen, Vereinen und Initiativen auch in unserer Wissensgesellschaft in Zukunft eine unentbehrliche Funktion haben werden. Eine Gesellschaft darf sich nicht ausschließlich als Konsum- und Erlebnisgemeinschaft verstehen.

Die Antwort, wie wir diese Frage künftig regeln wollen, haben wir bereits im Koalitionsvertrag zwischen FDP und CDU gegeben. Darin steht:

„Unmittelbar nach der Übertragung der Gesetzgebungskompetenz auf die Länder werden wir die Ladenöffnungszeiten an Werktagen vollständig freigeben.“

Was die Sonntage angeht, so haben wir in den Koalitionsvertrag geschrieben:

„Zu weitergehenden Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen bekräftigen die Koalitionsparteien ihre unterschiedlichen Auffassungen.“

Nichts anderes tun wir. Unser Wertebild heißt: Freigaben an den Werktagen. Das wollen wir. Und im Umkehrschluss heißt das: Die Sonntage bleiben geschützt. Diese Diskussion haben wir aufgenommen, fortgesetzt und mit Leben erfüllt.

Jetzt sage ich einmal etwas, was nicht Beschlusslage der Fraktion ist: Ich rege an, dass wir uns dann, wenn wir dieses Vorhaben nach der Übertragung der Gesetzeskompetenz auf die Länder umsetzen, vielleicht auch einmal damit beschäftigen, wie wir dann den Sonntag regeln.

(Minister Karl-Josef Laumann: Richtig!)

Vielleicht gibt es dann die Notwendigkeit, auch einmal zu fragen: Wenn wir an den Werktagen alles freigeben, müssen wir dann nicht auch einmal die Ausnahmen betrachten, die wir für die Sonntage zugelassen haben? Das ist eine Anregung; so weit sind wir noch nicht. Aber ich kann mir vorstellen, dass wir diesen Punkt wirklich einmal behandeln.

(Zustimmung von Johannes Remmel [GRÜNE])

– Herr Remmel, wenn Sie uns in guten Anliegen unterstützen, freue ich mich darüber natürlich.

Jetzt kommen wir zu einem anderen Punkt, der gestern im Hauptausschuss bei mir Schmunzeln ausgelöst hat. Jetzt meine ich wieder diejenigen, die gerade geklatscht haben. Als wir deutlich machten, dass wir nichts anderes tun, als wir angekündigt haben, wurde von Mitgliedern der Oppositionsparteien deutlich zu machen versucht, dass die Koalition auseinander fällt.

(Lachen von Christian Lindner [FDP])

Nein, meine Damen und Herren, keine Sorge! Diese Koalition hat nur eine andere Art des Umgangs mit den Fragen,

(Beifall von CDU und FDP)

bei denen wir unterschiedlicher Meinung sind.

Wir haben in den Zeiten, als Rot-Grün hier eine Koalitionsregierung bildete, erlebt, wie wir oft monatelange mit Streitigkeiten unter den beiden Koalitionsparteien gequält wurden. Ich will nur einmal beispielhaft ein Zitat vom Juni 2003 bringen. Da sagt Herr Groschek im WDR: Es liegen Welten zwischen den beiden Partnern. – Und Frau Höhn antwortet: Wir wollen diese rot-grüne Koalition. Wenn der Partner das nicht will, dann kann man nichts machen. – Diesen Prozess haben wir alle intensiv miterlebt. Er war überall nachzulesen. Wir haben ihn wirklich erlitten, und er war auch nicht zum Vorteil des Landes.

Da hat die Koalition der Erneuerung gesagt: Machen wir es anders! Wir wollen Transparenz unserer Politik, und diese Transparenz haben wir in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben. Wir tun nichts anderes als in allen anderen Feldern auch: Wir erfüllen unseren Koalitionsvertrag. Und heute ist es ein Punkt, bei dem wir auf die unterschiedlichen Auffassungen hinweisen. Das ist also etwas ganz Normales.

Ich denke, das verdient Anerkennung. Wir tun es, wie wir gesagt haben, in aller Offenheit. Wir wollen diese Koalition, und es liegen keine Welten zwischen uns, sondern enge Bahnen, auf denen wir versuchen werden, eine andere Politik in diesem Lande zu betreiben.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Für die Fraktion der SPD hat nun der Kollege Kuschke das Wort.

Wolfram Kuschke (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einige

wenige Anmerkungen in der heutigen Debatte machen.

Mit der ersten kann ich an das anknüpfen, was Kollege Biesenbach zum Institut, zur Einrichtung der Volksinitiative insgesamt, gesagt hat. Ja, wir wollten dieses Institut. Wir wollten die plebiszitären Elemente, die damit verbunden waren und sind.

Ich darf Sie allerdings in einem Punkte korrigieren – und ich werde es nachher an zwei anderen Stellen ebenfalls tun müssen –: Die erste erfolgreiche Volksinitiative ist es nicht. Auch wenn Sie ungern daran erinnert werden: Die erste gab es zum Jugendfördergesetz. Wenn uns das in einigen Wochen noch einmal beschäftigen wird, können wir gemeinsam nachlesen, wie wir uns dazu geäußert haben.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Noch einmal zurück zu dieser Initiative: Respekt vor den Anstrengungen, die im Rahmen dieser Initiative unternommen worden sind. Das bedeutet auch – ich denke, da sind wir dann wieder einer Meinung –, dass sich alle vier Fraktionen schon Mühe mit dem Anliegen der Initiative gegeben und es vernünftig und ordentlich geprüft haben.

Die zweite Anmerkung betrifft den parlamentarischen Beratungsgang, einschließlich der Anhörung, die wir hier in diesem Saal sogar durchgeführt haben. Ich will gleich hinzufügen: Diese Anhörung hat für uns als SPD-Fraktion im Vergleich zu der Meinungsbildung, die wir in der Fraktion schon herbeigeführt hatten, zu keinem anderen Ergebnis geführt.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Wir haben aber auch, Herr Kollege Brockes, in die Abwägung das, was Sie insbesondere eingebracht haben, nämlich die Frage, wie es um Ausbildungsplätze und wie es Arbeitsplätze steht, durchaus einbezogen. Aber ich habe auch damals schon in Ihre Richtung gesagt: Es ist Aufgabe dieses Parlamentes, über einen Rahmen nachzudenken. Es ist Aufgabe dieses Parlamentes, in eine Abwägung einzutreten. Es ist jedoch nicht Aufgabe des Parlamentes, einen Aspekt der Argumente, die dafür oder dagegen sprechen, besonders zu gewichten und diesen zu überhöhen. So verstehe ich unsere Arbeit, und so verstehe ich auch unsere Möglichkeiten.

Bei der Abwägung hat im Übrigen eines auch noch eine Rolle gespielt, nämlich die Frage der Vorwegnahme einer möglichen zukünftigen technischen Entwicklung. Wir gehen in der Tat – das machen Hinweise von Expertinnen und Experten

deutlich – davon aus, dass dieses klassische System der Entleihe, wo der Kunde und die Kundin das Lokal oder den Automaten aufsucht – das ist ja noch ein besonderes Thema –, etwas sein wird, was relativ schnell der Vergangenheit angehören wird. Wenn wir nämlich an anderer Stelle im Hauptausschuss, dem für Medien zuständigen Ausschuss, oder hier im Parlament über solche medienpolitischen Themen und Fragestellungen diskutieren – wir werden das in der nächsten Ausschusssitzung wohl wieder tun –, dann diskutieren wir oftmals sehr intensiv darüber, wie die zukünftigen technischen Neuerungen aussehen werden.

Dritte Anmerkung: Wenn ich sage, wir seien zu keinen neuen Erkenntnissen gekommen, will ich eine Einschränkung machen, die sich auf den Komplex Automatenausleihe und das Thema Jugendschutz bezieht. Das ist keine Aufgabe, der sich das Parlament zukünftig wird annehmen müssen, sondern alle vier Fraktionen haben übereinstimmend festgestellt, dass es eine Frage des Vollzugs ist, also der Kontrolle, ob die Aufsicht, ob der Jugendschutz und vieles andere bei dieser Vertriebsform über Automaten eigentlich ausreichend gewährleistet sind. Ich denke, das muss uns heute nicht intensiv weiter beschäftigen.

Bei meiner vierten Anmerkung komme ich zu den eigentlichen Gründen, die uns zur Ablehnung gebracht haben. Im Wesentlichen will ich hier vier Teilpunkte nennen.

Erstens meine ich etwas, was auch Herr Kollege Biesenbach angesprochen hat, nämlich die Frage des einheitlichen Vorgehens bei Sonn- und Feiertagsregelungen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf die Stellungnahme von Herrn Crone-Erdmann, der für die Industrie- und Handelskammern Position bezogen hat, verweisen, der gesagt hat – ich möchte für uns unterstreichen, dass allein dieses Argument ausreichen würde, sich der Initiative zu verweigern –: Wir können es nicht mehr zulassen, dass wir es bei der Regelung des Sonntags mit einem Schweizer Käse zu tun haben, der mittlerweile mehr aus Löchern als aus Käse besteht.

Ich möchte auch gleich hinzufügen, denn es gehört zu der Komplettheit einer solchen Diskussion, ohne dort ein neues Fass aufzumachen, dass die Dinge, die in Richtung Fußballweltmeisterschaft angedacht sind, ein weiteres Loch in diesem Schweizer Käse sind – unbeschadet der Frage, ob das sinnvoll ist oder nicht.

Ich will, Herr Kollege Biesenbach, ein bisschen Wasser in Ihren Wein schütten. Ich glaube nicht, dass Ihr Koalitionspartner eine andere Auffassung

zu der Frage der Sonntagsregelung für Videotheken hätte, wenn Sie noch stärker nach dem Motto argumentieren würden: Wir geben werktags alles frei, also lasst doch die Hände weg vom Sonntag! Denn das ist eine Situation, die jetzt schon für die Videotheken vorhanden ist.

Schon jetzt wäre es der FDP möglich, aufgrund unserer gemeinsamen Argumentation zu sagen: Wir schließen uns der Auffassung der beiden großen Fraktionen in diesem Hause an. Ich bitte um Verständnis, dass ich jetzt schon einmal vorwegnehme, was Sie gleich sagen werden. An Ihrer Position wird sich ja nichts verändert haben.

Zweitens, meine Damen und Herren, greife ich ein Argument auf, das von beiden christlichen Kirchen in der Anhörung genannt worden ist, die wirklich sehr beeindruckend und überzeugend dafür geworben haben – ich darf sinngemäß aus dem Protokoll der Anhörung zitieren –: Lassen Sie uns doch den Sonntag als Taktgeber und Regulativ zwischen Arbeitszeit und freier Zeit weiter haben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage uns wirklich: Wie wertvoll ist dieses Regulativ für uns? Wollen wir nicht, auch wenn wir wissen – ich komme jetzt leider zum Thema Ausnahmen zurück –, dass wir an der einen oder anderen Stelle schon Ausnahmen haben und auch weiterhin haben müssen, wenn ich zum Beispiel an den Bereich der Krankenhäuser und des Gesundheitssystems und viele andere denke, vom Grundsatz her ein solches Regulativ weiterhin haben?

Und das hieße nicht, wie die FDP behauptet, dass wir uns hier ordnungspolitisch im Rahmen eines Sündenfalls bewegen und den Menschen Vorschriften darüber machen, wie sie ihre Freizeit zu gestalten haben und wie sie sie nicht zu gestalten haben, sondern es wäre lediglich ein Rahmen, der eine Chance dafür bietet, dass Menschen Freizeit gemeinsam gestalten, dass Menschen die Chance haben, Freizeit innerhalb von Familie, Freunden und Bekannten zu gestalten, dass sie die Chance haben für Muße, für Entspannung und für gemeinsame Aktivitäten.

Drittens. Auch hier greife ich ein Argument aus der Anhörung auf: In der Tat ist diese Frage und diese Auseinandersetzung – ich möchte es nicht überhöhen, aber an dieser Stelle sage ich es trotzdem – keine, die Deutschland ausschließlich anbelangt, sondern ich glaube, dass es sich um die Frage handelt: Wie gehen wir mit einer europäischen kulturellen Errungenschaft um, die der Sonntag darstellt?

Es ist für Generationen vor uns keine Selbstverständlichkeit gewesen, eine Pause innerhalb der Arbeitszeit zu haben. Arbeitszeit bedeutete früher für viele Generationen, ununterbrochen sieben Tage zu arbeiten. Es ist ein entscheidender Einbruch gewesen, dass nicht nur durch die Arbeiterbewegung, sondern durch viele innerhalb der Geschichte, insbesondere auch die beiden großen christlichen Kirchen, dafür gesorgt worden ist, dass wir die Chance erhalten haben, eine Unterbrechung der Arbeit in diesem Rhythmus vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, meines Erachtens stellt sich auch die Frage: Worüber reden wir eigentlich konkret, wenn wir über ein europäisches Modell reden in Abgrenzung zu dem, was wir innerhalb der USA vorfinden? – Ich meine das nicht in einem plumpen Antiamerikanismus, sondern wirklich unter der Fragestellung: Was macht denn dieses europäische Modell aus, von dem so viel gesprochen wird, auch innerhalb der Europäischen Kommission und innerhalb des Europäischen Parlaments in Brüssel? Ist das nicht auch eine Frage, wie wir mit dem Komplex Arbeitszeit umgehen, die dieses Modell ausmacht?

Viertens. Aus unserer Sicht ist dies nicht weniger ernst und wichtig zu nehmen: Natürlich geht es für uns auch um die Frage der Berücksichtigung des Ritus der beiden großen christlichen Kirchen. Aber das ist, denke ich, ein Punkt, bei dem wir eine hohe Übereinstimmung haben.

Den fünften Punkt meiner Anmerkungen kann ich Ihnen bei aller Sympathie, Herr Kollege Biesenbach, für die gemeinsame Haltung, die wir letztendlich einnehmen, nicht ganz ersparen.

Sie haben den Konflikt, den es in der Regierungskoalition gibt – Herr Minister Wolf, ich schaue auch in Ihre Richtung –, so ein bisschen versucht herunterzuspielen nach dem Motto: Es sei doch geradezu progressiv für eine Koalition, dass der Dissens deutlich und transparent gemacht wird und auch in der Koalitionsvereinbarung steht. Da muss ich Ihnen leider sagen – Kollege Keymis schmunzelt schon mitfühlend –, dass das auch nicht ganz neu ist, denn die erste rot-grüne Koalition meinte 1995 auch, es sei etwas Dolles, wenn man Konflikte und nicht gelöste Fragen auch als solche in der Koalitionsvereinbarung kenntlich machte.

Der Braunkohleabbau hat natürlich eine andere Dimension als die Frage der Videothekenöffnungszeiten. Bei aller Akzeptanz ist das eine andere Dimension als diese Fragestellung.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Melden Sie sich doch zu Wort, dann können wir Sie besser akustisch verstehen und in einen Dialog eintreten. – Kollege Laumann, das gilt für Sie nicht, denn Sie hören ja aufmerksam zu.

Sich an der Stelle sozusagen herauszustehlen, indem man sagt: Na gut, wir haben uns nicht einigen können, aber wir haben das doch ganz toll festgeschrieben und öffentlich gemacht, das hilft nicht weiter. Das hilft, Herr Kollege Stahl, bei einem Punkt nicht weiter: Es ist Ihr Ministerpräsident, ...

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

– Nein, Herr Laumann, jetzt rede ich mit demjenigen, der der christlichen Arbeitnehmerbewegung verbunden ist und vielen anderen Dingen mehr.

Es ist Ihr Ministerpräsident, der – bei dem Wirtschaftsempfang stand es in seinem Redemanuskript; er hat es dann ja nicht gesprochen – vor dem Marsch in eine neoliberale Gesellschaft gewarnt hat. Wissen Sie, unsere Anforderung ist es, dies schon an konkreten Taten und Situationen festzumachen. Wie will er denn definieren, was seine Werte ausmacht, was christliche Werte ausmacht, was christdemokratische Werte ausmacht, Werte dieser Regierungskoalition, wenn dies bei dem ersten Testfall, der nun kommt und wo das möglich wäre, nicht gelingt?

Sie sind in dieser Frage als Koalition zerstritten. Ich bin gespannt, wie Sie versuchen werden, das als CDU-Fraktion – der Ministerpräsident zusammen mit den christdemokratischen Mitstreiterinnen und Mitstreitern – in der Regierungskoalition gegenüber der FDP-Fraktion an anderen Stellen deutlich zu machen.

Herr Stahl, Sie können da abwinken. Wir wissen aus guten, intensiven Gesprächen, dass Sie im Augenblick bei beiden christlichen Kirchen keine besonders gute Position haben, was Ihre Verlässlichkeit bei christlich überlieferten Werten anbelangt. Das wird leider Gottes auch an dieser Stelle deutlich.

Wir lehnen diese Volksinitiative aus den Gründen, die ich vorhin genannt habe, ab, werden uns dem Begehren nicht anschließen. Wir freuen uns, dass wir uns letztlich – das will ich persönlich sagen – in guter Gemeinschaft mit der CDU-Fraktion befinden. Vielleicht kann es sogar gelingen, das an anderer Stelle, wenn es um Wertorientierungen geht, noch etwas deutlicher zu machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kuschke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Worum es heute geht, will ich noch einmal klarstellen. Dass wir heute gemeinsam eine Entscheidung treffen, die wir so schon einmal getroffen haben, wissen wir. Die Volksinitiative für die Sonntagsöffnung der Videotheken, die vom zuständigen Interessenverband initiiert wurde, verdient gleichwohl unser aller Respekt, meine ich. Immerhin haben rund 120.000 Kundinnen und Kunden in den rund 600 Videotheken in Nordrhein-Westfalen diese Initiative unterstützt.

Dennoch – das sage ich gerne auch noch einmal –: Wir entscheiden hier heute für 18 Millionen Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, und zwar über die Frage, ob wir das Sonn- und Feiertagsgesetz für eine Sonntagsöffnung von Videotheken ändern.

Dass wir uns hier im Landtag mit dieser Frage noch einmal beschäftigen, ist der Erfolg dieser Initiative. Dass drei Fraktionen fast vollständig die geforderte Gesetzesänderung nach Anhörung und sehr differenzierter Debatte heute wiederholt ablehnen, ist kein Misserfolg dieser Initiative.

Was sich allerdings hier im Parlament zu diesem Punkt abspielt – darauf hat der Kollege Kuschke gerade schon in seiner Schlussbetrachtung hingewiesen –, bedarf auch aus unserer Sicht einer genaueren Betrachtung. Immerhin stimmen CDU und FDP, die in Nordrhein-Westfalen noch eine Koalition bilden, zu einem Punkt heute erstmals unterschiedlich ab. Wir erleben also 200 Tage Schwarz-Gelb und zum ersten Mal wechselnde Mehrheiten – und dies nicht bei einer Frage, die wirklich Gewissensgründe berührt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die heute anstehende Entscheidung ist eine Abwägungsentscheidung, keine Frage nur des Gewissens. Wenn das so ist, dann erleben wir heute – das spreche ich ganz nüchtern und ruhig aus – einen Bruch der Koalition.

(Lachen von der FDP)

Von Rissen im schwarz-gelben Gebälk ist ja schon seit einiger Zeit öffentlich die Rede.

(Ralf Witzel [FDP]: Absurd, Herr Keymis!)

Im Koalitionsvertrag vom 20. Juni 2005 – hören Sie gut zu, den haben Sie nämlich miteinander verabschiedet; auf den 20. Juni komme ich gleich

noch einmal, das ist nämlich ein historisches Datum – heißt es auf Seite 63 unter Punkt „V. Kooperation der Koalitionspartner“ unter „1. Landtag“ – ich zitiere –:

„Beide Partner werden im Landtag und in den Gremien ein einheitliches Votum abgeben. Das gilt auch für die Fragen, die nicht Gegenstand der Koalitionsvereinbarung sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen.“

So weit Ihre gemeinsame Vereinbarung! – Wir Grünen wissen übrigens, was solch eine Vereinbarung an politischer Kraft kosten kann. Wir wissen aus zehnjähriger Regierungserfahrung aber auch, dass man sich an solche Vereinbarungen dringend halten muss.

(Zurufe von Dr. Gerhard Papke [FDP] und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Hören Sie lieber noch zu, bevor Sie dazwischenrufen! Das gilt auch für Herrn Weisbrich; Sie sind da sicher weise genug. – Wir haben in diesen zehn Jahren hier im Plenum nur ein einziges Mal nicht mit unserem Koalitionspartner gestimmt, und zwar am 20. Juni – Sie sehen, das Datum ist historisch –, es war das Jahr 2001. Zur Debatte stand die Frage, wie wir in Nordrhein-Westfalen mit der Gentechnik umgehen wollten. Das allerdings, Kolleginnen und Kollegen, ist eine echte Gewissensfrage.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Hier haben wir Abgeordnete nach einer der nachdenklichsten Debatten, die in diesem Hause je stattgefunden haben, ausdrücklich nicht nach politischen Abwägungsgesichtspunkten, sondern einzig nach unserem Gewissen entschieden.

Nun passiert in der noch jungen schwarz-gelben Koalition ein solcher Vorgang an einem solchen – gelinde gesagt – nicht vergleichbaren Punkt: Gelb stimmt anders als Schwarz, weil die Sonntagsöffnung von Videotheken innerhalb der Koalition nicht kompromissfähig war. Es ist eigentlich nicht zu glauben, aber es ist wahr.

Übrigens ist bisher auch folgende Frage nicht beantwortet: Wie haben Sie eigentlich im Kabinett dazu entschieden? Auch geteilt: in gelbe Sonntagsvideokundenfreiheitsanhänger und in schwarze Sonntagsruheanhänger?

(Ralf Witzel [FDP]: Haben Sie inhaltlich nichts zu sagen?)

Wir sehen gespannt auf die nächsten Entscheidungen der Koalition der Erneuerung, wo es doch um viel mehr gehen könnte, liebe Kolleginnen und

Kollegen. Was wird denn aus den Schulbezirksgrenzen? Wo bleibt der Elternwille? Wie beschließen Sie gemeinsam die beabsichtigte Änderung der Gemeindeordnung bezüglich der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Unternehmen, wo die CDU, wie ich schon lesen konnte, zur Vernunft zurückkehren will?

Warum, verehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP – allen voran der Obervideothekenfreund Innenminister Ingo Wolf, der ja als einer der Ersten, wie wir gelernt haben, diese Volksinitiative unterschrieb und dankbar auch gleich selbst die ersten FDP-Wahlplakate in seiner Stammvideothek aufhängte –, haben Sie nicht mit dieser Entscheidungsvehemenz gekämpft, als es um die Umsetzung einer Polizeistrukturereform ging,

(Beifall von den GRÜNEN)

die diesen Namen auch verdient? Sie sind abstimmungstechnisch dem Reförmchen beigetreten, welches CDU-Landräte gegen den erklärten Willen der FDP – wenn ich das alles richtig gelesen habe – durchsetzten.

(Ralf Witzel [FDP]: Kommen Sie zum Inhalt dieses Tagesordnungspunktes! – Rudolf Henke [CDU]: Ihre ganze Rede geht am Thema vorbei!)

Was wir heute hier erleben – dafür sind Sie ja bekannt –, sind echte Abstimmungshelden, mutige Abgeordnete, die ihre Unabhängigkeit wirklich unter Beweis stellen,

(Beifall von den GRÜNEN)

vielleicht sogar noch nach dem dreisten Motto: Ablehnung, wenn Zustimmung gesichert.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege Keymis, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Papke?

Oliver Keymis (GRÜNE): Gerne.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Danke, Frau Präsidentin! Herr Kollege Keymis, ich unterbreche Ihre philosophischen Betrachtungen eher ungern. Aber wären Sie so nett, dem Hause die Meinung Ihrer Fraktion zum aktuellen Tagesordnungspunkt mitzuteilen,

(Beifall von FDP und CDU)

bevor Ihre Redezeit gleich um ist?

(Wolfram Kuschke [SPD]: Jawohl, Herr Major! Stillgestanden!)

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank, für diese Frage, Herr Papke. Ich werde Ihnen selbstverständlich die Meinung der Fraktion kundtun. Das tue ich übrigens jetzt schon seit einigen Minuten, und zwar genau zu dem Sachverhalt, den wir heute vorliegen haben. Wir haben über die Volksinitiative und über die Frage zu entscheiden, wie wir mit dem Vorschlag umgehen. Ich habe – wie ich meine, ganz in Ihrem Sinne – darauf hingewiesen, wie wir uns heute verhalten.

Also: Was wir heute erleben, sind mutige Abgeordnete, Helden, die unter Beweis stellen, dass sie ganz unabhängig entscheiden. Glückwunsch!

Herr Papke, Sie haben vereinbart: Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen. Sie haben auch vereinbart, dass Sie gemeinsam entscheiden. Dies tun Sie heute nicht. Ich sage Ihnen, das ist unberechenbar. Sie bieten einen Hort an Belibigkeiten. Ich sage Ihnen auch – das ist der entscheidende Satz –: Diese schwarz-gelbe Koalition zerlegt sich abstimmungstechnisch zum ersten Mal im Januar 2006 und will im Mai 2010 wieder gewählt werden.

Ich bin den Kolleginnen der SPD-Fraktion und den Kollegen der CDU-Fraktion ebenso dankbar wie den Kollegen meiner Fraktion, dass wir in dieser durchaus wichtigen Frage eine gemeinsame Position zum Schutze der Sonntagsruhe eingenommen haben. Videotheken können von Montag bis Samstag quasi rund um die Uhr beste Geschäfte machen. Sie können attraktive Wochenendangebote schnüren und verleihen. Sie können einen Automatenverleih organisieren und dabei selbstverständlich den Jugendschutz gewährleisten, indem sie die Automaten familienfreundlich und jugendschutzkonform bestücken. Herr Lindner, ich höre Sie schon wieder jammern, dass ginge nicht.

Übrigens wurde das immer wieder als Argument für die Sonntagsöffnung angeführt, dass man besonders Familien- und Kinderfilme sowie das freundliche Seniorenangebot verleihen wolle. Wenn dem so ist und hier, wie sonst natürlich auch, keinerlei Sex- und Porno- oder gar Gewaltorgienstreifen gefragt sind, dann dürfte dem Jugendschutz an Automaten nichts im Wege stehen. Die restlichen sechs Tage in der Woche achten ohnehin die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Videotheken darauf, dass alles nach Recht und Gesetz läuft.

Die Kirchen, die Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Akteure haben immer wieder dar-

auf verwiesen, dass wir im durchökonomisierten Leben Deutschlands den Sonntag weiterhin als weitgehend geschützten Ruhetag brauchen. Von meinen Vorrednern ist darauf hingewiesen worden. Übrigens verweisen auch Psychologen und Ärzte darauf, dass unser Leben eine gewisse Rhythmisierung mit Aktivphasen und Ruhephasen braucht. Der Sonntag ist ein solcher Tag und soll es nach unserem gemeinsamen Willen – mit Ausnahme der FDP-Fraktion – auch in Nordrhein-Westfalen weitgehend bleiben.

Die Mehrheit der Menschen hat dafür übrigens ein gutes Gefühl. Sie haben sicher die Sendung „Westpol“ im WDR gesehen. Dort ist bereits zweimal per TED gefragt worden, was die Leute von Sonntagsruhe und Sonn- und Feiertagsgesetzen halten. Die Menschen haben zu jeweils über 80 % in den beiden Befragungen gesagt, sie wollten den Sonntag so beibehalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich meine, es waren um die 70.000 Anrufe. Wir kommen also fast an die Unterschriftenlisten heran. Es geschah allerdings spontan sonntags abends. Die Umfrage ist deshalb nicht repräsentativ.

Übrigen diskutiert man im bayerischen Landtag derzeit heftig über die Frage, ob die Autowaschstraßen nicht eigentlich auch sonntags geöffnet werden können. Das kommt mir bekannt vor. Es gibt aber drei wichtige Unterschiede zwischen Bayern und NRW. Erstens: Diesen Antrag haben wir bereits mit großer Mehrheit abgelehnt. Zweitens: Die CSU regiert allein. Drittens: Der Papst stammt aus Bayern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es bleibt also die Hoffnung, dass uns mit Bayern auch künftig mindestens eines verbindet: Videotheken und Autowaschstraßen bleiben sonntags einfach geschlossen. Das Leben geht noch schöner weiter. – Ich danke für die ungeteilte Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Keymis. – Für die FDP spricht nun Herr Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In neun Bundesländern ist die Öffnung von Videotheken an Sonn- und Feiertagen erlaubt. Darunter sind Länder mit CDU/FDP-Regierung, mit SPD/FDP-Regierung und große Koalitionen. Ich hätte dieser

Auflistung gerne auch eine Regierung mit Beteiligung der Grünen hinzugefügt, aber so etwas gibt es ja nicht mehr.

(Zurufe: Oh!)

Der geschätzte Prälat Vogt vom Katholischen Büro antwortete in der Sachverständigenanhörung auf die Frage, welche Auswirkungen die in neun Ländern mögliche Sonntagsöffnung nach seinen Erkenntnissen und den Erfahrungen der Kirchen auf das gesellschaftliche Leben und die Sonntagsruhe hat, wie folgt: „Ehrlich gesagt: Wir kennen eigentlich keine.“

Wir wissen ebenfalls, dass es in diesen Ländern keine Folgeforderungen weiterer Gewerbetreibender gegeben hat, Herr Biesenbach. Ihre Befürchtung, dass solche zusätzlichen Anforderungen an uns gestellt werden würden, ist durch diese Erfahrungen nicht gedeckt. Es gibt diesen Dammbuch nicht.

Deswegen geht es heute in Wahrheit um einen Grundsatzstreit, ob der Staat Zensor des Freizeitverhaltens der Menschen sein soll oder nicht. Wir als Freie Demokraten sagen: Wenn sich jemand am Sonntag spontan für das Entleihen eines Videos, einer DVD oder eines Computerspiels entscheiden will, dann soll er das tun. Dabei stellen wir nicht die Sonntagsruhe in Frage. Wir stellen uns aber gegen jeden volkserzieherischen Anspruch. Wir wollen nicht, dass der Staat Zensor des Freizeitverhaltens der Menschen ist. Wir wollen nicht, dass er ihnen vorschreibt, wie sie ihren freien Sonntag verleben wollen. Der Sonntag gehört nicht dem Staat, nicht der Kirche, nicht den Gewerkschaften und nicht der Gesellschaft, sondern der Sonntag gehört jedem einzelnen selbst.

(Beifall von der FDP)

Wo der einzelne Muße und Entspannung findet, wollen wir ihm selbst überlassen.

Meine Damen und Herren, unsere Position wird außerhalb meiner Fraktion geteilt. Das führt zu bemerkenswerten Stellungnahmen. So sagte der geschätzte Vizepräsident Moron zu den Initiatoren der Volksinitiative bei der Anhörung:

„Spielotheken sind meines Wissens an Sonn- und Feiertagen geöffnet. Die Videotheken sind geschlossen. In dieser Gesellschaft wird ja vieles umgangen. Für mich stellt sich die Frage, warum Sie sich eigentlich nicht zusammentun.“

Was für ein Wink mit dem Zaunpfahl! Das Gesetz nicht ändern, aber trotzdem sonntags öffnen. Was für eine Position! Wenn wir von Links- auf Rechtsverkehr umstellen wollen, dann können wir uns

auch nicht auf dem Wege des Kompromisses einigen und künftig auf dem Grünstreifen fahren. Wir brauchen, was das Sonn- und Feiertagsgesetz angeht, endlich eine Regelung, die Klarheit schafft und den Schweizer Käse, der aus mehr Löchern als aus Käse besteht, klar reguliert.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Wir wollen nur Käse! Das ist es!)

Einen Grundsatzstreit gerade bei der Sonntagsöffnung der Videotheken auszufechten, wird der Sache nicht gerecht.

(Beifall von der FDP)

Im Vergleich zu den Beratungen im Jahr 2002 hat sich bei der aktuellen Befassung des Landtags mit dem Thema auch ein neuer Aspekt ergeben. Herr Keymis hatte bereits avisiert, dass wir diesen Punkt noch zum Thema machen. Das ist die Existenz der Automatenvideotheken, von denen es in Nordrhein-Westfalen inzwischen bereits 100 gibt.

Die sogenannten Sachverständigen bei der Anhörung mussten größtenteils einräumen, dass ihnen dieser Sachverhalt unbekannt war. In diesen Automatenvideotheken kann man auch am Sonntag Medien mit einer Chipkarte oder anderen elektronischen Identifikationsverfahren entleihen. Eine Kontrolle von Angesicht zu Angesicht findet dort nicht mehr statt.

Deshalb kann der kleine minderjährige Bruder mit der Chipkarte des großen Bruders dort am Sonntag auch jugendgefährdende Medien beziehen. Herr Keymis, unterbinden kann man dieses Unterlaufen des Jugendschutzes nur, wenn Sie vor jeder Automatenvideothek zukünftig einen Beamten des Jugendamtes stellen oder – das würde Ihnen eher entsprechen – wenn wir einen Automatenvideotheken-Sortimentsgesetz hier verabschieden und den Vertrieb von jugendgefährdenden Medien direkt ganz untersagen. Das wäre vielleicht eine Lösung in Ihrem Sinne.

Die beste Lösung aus unserer Sicht ist aber, den scharfen Verdrängungswettbewerb zwischen Videoautomaten und Videotheken mit Personal zu entschärfen. Denn vor allem in den Ländern ohne Sonntagsöffnung breiten sich diese aus. In München, wo die Videotheken am Sonntag nicht öffnen dürfen, stehen schon 70 Automaten, im größeren Berlin mit Sonntagsöffnung dagegen weniger als 20.

Meine Damen und Herren, weil hier auch von Herrn Kuschke und von Herrn Keymis über die Frage des unterschiedlichen Abstimmungsverhaltens von Union und FDP gesprochen worden ist: Daran ist nichts Sensationelles, auch wenn Sie

das hier zum Streit, ja gar zum Riss überdimensionieren wollen. Ich verstehe Ihre Motive, auch wenn sie nicht edel sind. Aber es gibt diesen Riss zwischen den Regierungsfractionen nicht.

Vielmehr haben wir bereits anlässlich der Koalitionsverhandlungen bestätigt, dass es hierzu eine unterschiedliche Auffassung wie in einem einzigen weiteren Bereich, nämlich in der Frage der Gentechnik, gibt. Deshalb ist es üblich – so haben wir das partnerschaftlich vereinbart –, dass wir im Plenum auch unseren unterschiedlichen Positionen Geltung verschaffen wollen.

Ich füge hinzu: Auch wenn wir eine andere Haltung in dieser Frage haben, respektieren wir, dass die CDU bei der Abwägung christlich-religiöser Grundüberzeugungen mit einem liberalen Gesellschaftsverständnis und pragmatischen Argumenten gegenwärtig zu einem anderen Ergebnis kommt als wir.

Herr Kuschke, dass Sie allen Ernstes versuchen, die Frage der Sonntagsöffnung der Videotheken mit der Befürchtung in Zusammenhang zu stellen, es gäbe jetzt bald einen Gang in einen neoliberalen Staat, das sagt mehr über Sie und Ihr Staatsverständnis aus als über die Pläne dieser Koalition.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Remmel?

Christian Lindner (FDP): Nein, leider nicht, weil ich Herrn Brockes noch ein bisschen Zeit überlassen möchte.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Das können Sie gleich machen, wir haben ja noch eine zweite Runde.

Ich will abschließend sagen – ich habe nur eine Minute, Herr Brockes hat noch einen wichtigen Aspekt –: Was unterscheidet Schwarz-Gelb und Rot-Grün? – Wir beide, Union und FDP, wollen und werden unsere Identitäten bewahren und trotzdem respektvoll und partnerschaftlich gemeinsam das Land erneuern. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Kollege Lindner. Bevor ich Herrn Minister Dr. Wolf das Wort gebe, möchte ich einige besondere Gäste auf unserer Tribüne begrüßen, und zwar sind Kolleginnen und Kollegen des Landtags

Baden-Württemberg bei uns zu Gast. Herzlich Willkommen in unserem Parlament!

(Allgemeiner Beifall)

Außerdem ist noch ein Kinderprinzen-Paar mit Gefolge auf der Besuchertribüne. Auch die begrüße ich sehr herzlich bei uns im nordrhein-westfälischen Landtag.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird nun vertreten durch Herrn Minister Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der verfassungsrechtlich garantierte Schutz der Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung, wie der uneingeschränkt in das Grundgesetz übernommene Artikel 139 der Weimarer Reichsverfassung lautet, ist zweifellos ein hohes Gut unserer Gesellschaft und hat tiefe kulturelle und religiöse Wurzeln.

Ich möchte daher auch aus Sicht der Landesregierung zunächst festhalten, dass wir uns alle darüber einig sind, diesen Kerngehalt des Sonn- und Feiertagesgesetzes zu bewahren. Insofern, Herr Kollege Kuschke, verbiete ich mir eine solche Anmaßung, wie Sie sie vorgenommen haben, entscheiden zu wollen, wer im Land der bessere Christ sei und wer nicht. Das haben Sie nicht zu entscheiden, sondern es ist die Entscheidung jedes Einzelnen.

(Beifall von der FDP)

Sie haben dazu intensiv vorgetragen. Ich kann Ihnen nur sagen: Das soll jeder mit sich selber abmachen.

Was die Frage von Herrn Keymis anbetrifft, der sich genau wie Herr Kuschke große Sorgen um die Abstimmungsergebnisse im Kabinett und dann sicherlich auch gleich im Parlament gemacht hat, so kann ich Sie beruhigen: Wechselnde Mehrheiten im klassischen Sinne kann es nur geben, wenn es eine andere Entscheidung gibt. Die Entscheidungen haben sich nicht geändert, die Mehrheiten haben sich auch nicht geändert gegenüber dem letzten Mal. Von daher können Sie ganz ruhig sein.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Schlanker Fuß!)

Da Sie mich auch in Person angesprochen haben, möchte ich Ihnen aus meiner Sicht gerne mitgeben, dass Sie sehr fein unterscheiden sollten, ob – in Ihrer Sprache salopp formuliert – jemand Videofreund oder Freund der Freiheit ist. Ich bekenne

mich als Freund der Freiheit. Insofern habe ich auch nichts zurückzunehmen von dem, was vorher gewesen ist.

Was die Unterstützung von Initiativen anbetrifft, habe ich die düstere Erkenntnis, dass in früheren Zeiten die Grünen sehr viel zweifelhafte Gruppierungen unterstützt haben, anders als wir in diesem Fall mit der Video-Initiative.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kuschke, des Herrn Keymis und des Herrn Remmel?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ja, wir haben ja Zeit.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kuschke, bitte.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Minister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich es mir verbitte, von Ihnen für einen Beitrag zensiert zu werden, den ich gar nicht gehalten habe?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Kuschke, wir können gerne das Protokoll hinterher nachlesen. Ich habe sehr wohl Ihre Ausführungen über das Christsein in Erinnerung. Ich sage Ihnen noch einmal: Wer da die richtige Auffassung hat, entscheiden nicht Sie. Wer in dem Zusammenhang christlich oder nicht christlich ist, das hat nicht Ihre Billigung zu finden, sondern es geht ausschließlich um eine Einschätzung. Jeder Einzelne hat hier seine Botschaft. Jeder Einzelne hat auch seine Überzeugung, wie er zur Religion steht.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Aber es tut ihm weh!)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Minister Wolf, würden Sie bitte dem Parlament erklären, was Sie an der Volksinitiative zweifelhaft fanden?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Möglicherweise haben Sie nicht zugehört. Ich habe gesagt, dass Sie zweifelhafte Institutionen unterstützt haben und wir an dieser Stelle eine sehr lobenswerte Initiative unterstützt haben.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Remmel. – Erlauben Sie noch?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Nein, ich werde jetzt weiter vortragen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Eben hatten Sie das doch erlaubt!)

Sind Sie wieder empörungspolitischer Sprecher, Herr Remmel?

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Minister, bitte, Sie haben das Wort.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Er hat eben Ja gesagt, jetzt Nein!)

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Allerdings haben die Beratungen zur Volksinitiative über die Öffnung von Videotheken an Sonn- und Feiertagen auch deutlich gezeigt, dass Grenzen und Umfang des besonderen Sonn- und Feiertagsschutzes durchaus unterschiedlich betrachtet werden können. Vor allem vor dem Hintergrund der Befassung in diesem Haus – zuletzt im Jahr 2002 – mit der Frage der Sonn- und Feiertagsöffnung von Videotheken ist festzustellen, dass die Aussprachen in der Sachverständigenanhörung – das hat Herr Lindner auch angedeutet – im Rahmen der Anhörung des federführenden Hauptausschusses am 8. Dezember letzten Jahres die bisherigen Diskussionen nicht nur vertieft, sondern auch um zusätzliche Aspekte bereichert haben.

Dabei ist deutlich geworden, dass die Entscheidung über die Öffnung oder Nichtöffnung von Videotheken an Sonn- und Feiertagen im Spannungsfeld einer Vielzahl verschiedenster, zum Teil konträrer Gesichtspunkte steht, die es zu berücksichtigen und abzuwägen gilt. Die Anhörung der Sachverständigen im Hauptausschuss hat hierzu einige interessante Hinweise gegeben. Dies gilt ganz unabhängig davon, wie der Hauptausschuss in seiner eigens für die Beratung über die Behandlung der Volksinitiative einberufenen Sitzung am gestrigen Tage votiert hat.

Einzelne Aspekte sind dabei im Vergleich zu den Beratungen im Jahr 2002 erst im Rahmen der jetzigen Diskussion in den Blickpunkt getreten. So war für die intensive parlamentarische Auseinandersetzung die im Vergleich zum Jahr 2002 festzustellende strukturelle Veränderung auf dem Videothekenmarkt mit ein Grund. Auch diese Marktentwicklung bedarf bei der Beurteilung einer Sonn- und Feiertagsöffnung von Videotheken der Berücksichtigung.

So sind heute an zahlreichen Orten im Land Nordrhein-Westfalen Automatenvideotheken vorzufinden, die vor Jahren noch ohne eine marktrelevan-

te Bedeutung waren. Anders als bei Videotheken mit Personal erfordert der Ausleihvorgang keinen Personaleinsatz. Zwar verfügen auch Automatenvideotheken über einen Geschäftsraum, in dem die Videos ausgeliehen werden können, jedoch erfolgt der Zutritt zu diesem Raum und damit zum Verleihautomaten, an dem der eigentliche Ausleihvorgang durchgeführt wird, ausschließlich unter Verwendung von technischen Einrichtungen wie Chipkarte und Pin und insofern ausschließlich mit technischen Möglichkeiten der Kontrolle. Die Daten hierfür hat der Kunde bei seiner vorherigen Anmeldung als Benutzer abgegeben und im Gegenzug Chipkarte und Pin erhalten. Dann besteht genau das Problem, das uns Herr Lindner gerade vorgetragen hat.

Da bei diesen Automatenvideotheken die Arbeiten nicht von Personen, sondern durch den Einsatz technischer Mittel erledigt werden, verstößt die Öffnung einer Automatenvideothek an Sonn- und Feiertagen nicht gegen das Verbot der öffentlich bemerkbaren Arbeiten an diesen Tagen. Weder von der Seite des Kunden noch von der Seite des Videothekenbetreibers stellt der Ausleihvorgang durch den Verleihautomaten eine dem Feiertag widersprechende Arbeit dar.

Für den Kunden handelt es sich vielmehr um eine Form der Freizeitgestaltung. Freizeitlichen Aktivitäten steht das Sonn- und Feiertagsgesetz grundsätzlich nicht entgegen. Neben den religiösen Zielen dient der Schutz der Sonn- und Feiertage auch dazu, dem Arbeitnehmer einen Tag zur Verfügung zu stellen, an dem er sich vom Alltag erholen und seine Persönlichkeit entfalten kann.

(Hannelore Kraft [SPD]: Hört, hört!)

Dies umfasst unter anderem auch die Freizeitgestaltung durch den Konsum von Unterhaltungsmedien wie Videos sowie dem dazugehörigen notwendigen Ausleihvorgang. Mit dem Mittel des Feiertagsrechts ist eine Sonn- und Feiertagsöffnung somit nicht zu unterbinden.

Wie die Sachverständigenanhörung gezeigt hat, besteht insoweit durchaus die Gefahr, dass ein Verbot der Sonn- und Feiertagsöffnung von Videotheken durch den Einsatz von Automatenvideotheken faktisch unterlaufen wird. Insbesondere diese Möglichkeit, eine Umgehung des Verbots, könnte zu einer verstärkten Ausbreitung von Automatenvideotheken führen; denn gerade die Möglichkeit der Öffnung an Sonn- und Feiertagen stellt für diese Videothekenform einen nicht zu unterschätzenden Wettbewerbsvorteil dar. Eine Entwicklung hin zu einer weiteren Ausbreitung von Au-

tomatenvideotheken würde aber dem Schutzzweck geradezu widersprechen.

Die Anhörung im Hauptausschuss hat auch deutlich gemacht, dass bei einer Diskussion über die Sonn- und Feiertagsöffnung nicht allein die Fragen des Schutzes der Sonn- und Feiertage und der verschiedenen Formen von Videotheken von Bedeutung sind. Hierzu bedürfen auch Fragen wie die Sicherstellung eines effektiven Jugendschutzes einer Berücksichtigung.

Die Sachverständigenanhörung hat zu einer eingehenden Auseinandersetzung mit dieser Fragestellung geführt. Sie hat deutlich gezeigt, dass die Sachverständigen bei einer Überwachung allein durch technische Einrichtungen, wie zum Beispiel die Installation von Überwachungskameras und der angesprochenen Chipkarten und Pin, im Vergleich zu der Überwachung durch das Personal einer Videothek die Möglichkeit einer Beeinträchtigung des Jugendschutzes sehen. Hierbei gilt es auch in Erwägung zu ziehen, dass der Bundesgerichtshof die technischen Möglichkeiten bei Ausschöpfung als ausreichenden Jugendschutz angesehen hat und bei Beeinträchtigung des Jugendschutzes von Verstößen gegen geltendes Recht ausgeht.

Es ist aber in jedem Fall das Verdienst der Volksinitiative und der hierdurch veranlassten parlamentarischen Beratungen, uns allen die vielfältigen Fragestellungen in diesem Zusammenhang nochmals bewusst gemacht zu haben. Das geltende Sonn- und Feiertagsgesetz ist, wie der praktische Umgang damit zeigt, aufgrund seiner Systematik eine für alle Betroffenen schwer verständliche Rechtsquelle. Dies wiederum birgt die Gefahr, dass die praktischen Probleme bei der Anwendung des Gesetzes faktisch zu einer Aushöhlung des Schutzzwecks führen können, was sich durch zahlreiche Beispiele belegen ließe. Das Thema „Käse und Löcher“ ist schon hinreichend bemüht worden.

Ohne meine Ausführungen vom 30. November 2005 in diesem Punkt wiederholen zu wollen: Eine Stärkung des Sonn- und Feiertagsschutzes kann auch durch Deregulierung und Vereinfachung des geltenden Gesetzes erreicht werden, wenn den zuständigen Behörden ein transparentes Instrument gegeben wird, um eine Sonn- und Feiertagsruhe durchzusetzen. Die Ergebnisse der Anhörung werden wir in unsere Überlegungen einbeziehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Wolfram Kuschke [SPD]: Nein! Sie müssen heute sagen, was Sie denken!)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister. – Als Nächster spricht nun Herr Brockes von der FDP-Fraktion.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Keymis, ich fand es eine Frechheit, wie Sie eben mit der Volksinitiative umgegangen sind, indem Sie die ganze Zeit kein bisschen auf das Anliegen eingegangen sind.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Es ist eine Frechheit, wie der Minister mit dem Parlament umgeht!)

Sie haben sich keine Minute mit den Argumenten der Volksinitiative beschäftigt. Das halte ich für ein Unding.

(Beifall von der FDP)

Ich habe leider nicht mehr viel Redezeit, deshalb möchte ich an dieser Stelle nur noch einmal betonen, dass für uns als FDP die Arbeitsplätze sehr wichtig sind. Die Volksinitiative hat zugesagt, 600 neue Arbeitsplätze und 96 zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Deshalb gilt auch hier für unsere Fraktion ganz klar: Vorfahrt für Arbeit.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, erlauben Sie Zwischenfragen von Herrn Rimmel und Herrn Keymis?

Dietmar Brockes (FDP): Leider nicht, da die Zeit gleich abgelaufen ist. Vielleicht haben Sie noch Redezeit, Herr Kollege.

Des Weiteren halte ich es für eine Ungerechtigkeit, wenn auf der einen Seite in unserem Land bereits rund 1.300 Pfarrbüchereien existieren, die in der Hauptsache sonntags öffnen und nicht nur Bücher, sondern beispielsweise auch DVDs und Videos anbieten, während dies denjenigen, die damit ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen, nicht gewährt wird.

Heute ist schon häufig vom christlichen Glauben gesprochen worden. Als gläubiger und praktizierender Christ kann ich heute guten Gewissens für die Volksinitiative stimmen und möchte dazu ein kurzes Zitat aus der Heiligen Schrift bringen:

„An einem Sabbat ging er“

– Jesus –

„durch die Kornfelder, und unterwegs rissen seine Jünger Ähren ab.

Da sagten die Pharisäer zu ihm: ‚Sieh dir an, was sie tun! Das ist doch am Sabbat verboten.‘

Darauf antwortete Jesus: ... „Der Sabbat ist für den Menschen da, nicht der Mensch für den Sabbat.“

(Beifall von der FDP)

Daran können wir alle sehen, dass auch in der Heiligen Schrift sehr viel liberales Gedankengut enthalten ist.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Liebe Damen und Herren von der Volksinitiative, Sie haben begonnen, dicke Bretter zu bohren. Wir haben Sie dabei unterstützt. Wir sind leider zusammen noch nicht durchgekommen. Aber wir werden weiter bohren. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön. – Herr Kollege Kuschke hat sich noch einmal gemeldet.

Wolfram Kuschke (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege, wir werden vorschlagen, beim nächsten Kirchenfrühstück diese Exegese zur Diskussion zu stellen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Heiterkeit von der SPD)

Ich habe eine einzige Frage an den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Beschlussempfehlung Drucksache 14/1034 lautet:

„Der Landtag lehnt das Anliegen der Volksinitiative ab und empfiehlt nicht, gemäß Artikel 65 der Landesverfassung einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen.“

Die vier Fraktionen dieses Hohe Hauses mussten sich bis zum heutigen Tag darüber klar werden, wie sie mit der Volksinitiative umgehen. Unsere Erwartung ist, Herr Innenminister, dass Sie heute für die Landesregierung auch sagen, wie Sie damit umgehen wollen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben viel erzählt, sind aber auf den eigentlichen parlamentarischen Beratungsgegenstand nicht eingegangen. Wir erwarten, dass Sie das noch heute hier erklären.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Kuschke. – Herr Remmel hat noch einmal das Wort.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Ich würde gerne den Minister verlassen!)

– Das geht nicht – Sie sind jetzt auf der Rednerliste –, es sei denn, der Herr Minister ist damit einverstanden.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sonst ziehe ich zurück!)

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Wenn Herr Remmel nicht in der Lage ist, werde ich gerne für ihn in die Bresche springen.

(Beifall von der FDP)

Lieber Herr Kuschke, ich bin natürlich gerne bereit, Ihnen das zu erklären. Es ist doch völlig klar, dass wir heute, was die Koalitionsfraktionen anbetrifft, eine unterschiedliche Abstimmung haben werden. Das ist hinreichend diskutiert worden.

Mein Vortrag bezog sich allerdings nicht nur auf die Frage, die jetzt unmittelbar ansteht, sondern ich habe das verknüpft mit dem Hinweis darauf, dass wir uns, was die Frage des Sonn- und Feiertagsgesetzes anbetrifft, auch in der nächsten Zeit darum kümmern wollen, um klarere Vorschriften zu bekommen, die es insbesondere den Kommunen ermöglichen, die Schwierigkeiten beispielsweise bei Karfreitagsveranstaltungen auch auszuräumen.

Das heißt, wir werden jetzt so abstimmen, wie das von den verschiedenen Fraktionssprechern schon deutlich gemacht worden ist. Es ist doch gar keine Frage, dass hier in der Sache ein Dissens vorliegt. Das haben wir auch freimütig eingeräumt. Das ist seit dem Koalitionsvertrag klar. Wir werden also gleich in die Abstimmung gehen.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Was ist mit der Beantwortung der Frage des Kollegen Kuschke?)

Präsidentin Regina van Dinther: Nun wäre Herr Remmel dran. Bitte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich möchte nach der Geschäftsordnung bitten, dass der Ministerpräsident uns die Haltung der Landesregierung erklärt,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

weil der Minister offensichtlich nicht in der Lage ist, die Haltung der Landesregierung zu erläutern. Deshalb beantrage ich, den Ministerpräsidenten zu bitten, uns hier die Haltung der Landesregierung zu erklären. In der Geschäftsordnung heißt das: die Landesregierung zitieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Rimmel, - über diesen Geschäftsordnungsantrag müssen wir abstimmen lassen. Der Herr Ministerpräsident ist nicht anwesend. Ich weiß auch nicht, ob er verfügbar ist, ob er benachrichtigt werden kann.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wo ist er denn? – Zurufe von den GRÜNEN: Abstimmen!)

Dann lasse ich über diesen **Geschäftsordnungsantrag** abstimmen. Wer stimmt dem Geschäftsordnungsantrag, den Herr Rimmel gestellt hat, zu? – Gegenstimmen? – Das ist vermutlich gleich stark, sodass ich sagen kann, der Antrag ist mit Mehrheit der Regierungsfractionen **abgelehnt**.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN – Unruhe)

– Es sind Lücken in beiden Lagern – von hier oben kann man das sehen –, die gleich groß sind, sodass die Mehrheit der Regierungsfractionen gegeben sein muss.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Deutlich nicht!)

Das ist auch Meinung des Präsidiums, und damit ist meine Feststellung getroffen. Das heißt, wir können in der Beratung fortfahren. Herr Biesenbach hat das Wort.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein! – Zuruf von der SPD: Zur Geschäftsordnung!)

– Zur Geschäftsordnung? – Bitte.

Hannelore Kraft (SPD): Wir bezweifeln nach wie vor die Mehrheitsverhältnisse und bitten um Auszählung.

Präsidentin Regina van Dinter: Das Präsidium hat das von mir festgestellte Abstimmungsergebnis einstimmig bestätigt. Denn von hier oben sind in beiden Lagern gleich große Lücken klar erkennbar. Damit zieht die Mehrheit von 15 Stimmen der Regierungsfractionen.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die linke Seite der Regierungsbank mit Abgeordneten ist leer!)

Das Präsidium hat es einheitlich so gesehen. Frau Kraft, Sie haben nun leider keine Möglichkeit mehr, dagegen vorzugehen.

Ich erteile jetzt Herrn Biesenbach das Wort, der nun laut Rednerliste dran ist.

Peter Biesenbach^{*)} (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Als wir gestern im Hauptausschuss anfangen, dieses Thema zu diskutieren, hatten wir alle vielleicht die Hoffnung, dass wir heute eine dem Thema angemessene Debatte führen würden. Denn schließlich können die Initiatoren der Initiative das von uns erwarten.

Was wir aber gerade in den letzten Minuten erleben und was ich auch in den Reden – beispielsweise in der von Herrn Keymis – gehört habe, ist nichts als ein Kasperletheater, das Sie permanent aufzuführen versuchen.

(Beifall von CDU und FDP)

Es entbehrt jeglicher Grundlage, hier in irgendeiner Form die Regierung zu zitieren. Wir haben es hier mit einem Anliegen dieses Parlaments zu tun.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Herr Rimmel, über die Volksinitiative ist hier zu entscheiden, und da können Sie noch so laut rufen.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Wir haben ein Recht darauf, zu erfahren, was die Regierung dazu sagt!)

Sie probieren allerdings – das ist das Schöne –, uns deutlich zu machen, dass wir es hier mit dem ersten Bruch in der Koalition zu tun hätten. Wie albern! Wenn Sie diese Debatte nach einem Monat geführt hätten, Herr Horstmann, hätten Sie dieselbe Situation vorgefunden, und in zwei Jahren wäre es ebenfalls dieselbe Situation. Denn wir haben es im Koalitionsvertrag festgeschrieben, aber Sie verstehen noch nicht, dass die Kultur eine andere geworden ist.

Wir haben gesagt, dass wir eine transparente Politik machen, und wir haben zu Beginn diese unterschiedliche Meinung angekündigt. Trotzdem sind beide Koalitionsparteien dieses Bündnis eingegangen.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Biesenbach, erlauben Sie Zwischenfragen von Frau Löhrmann, von Herrn Keymis und von Herrn Priggen?

Peter Biesenbach^{*)} (CDU): Nein, Frau Präsidentin. Ich erlaube keine Zwischenfragen, weil sie

keinem anderen Zweck dienen würden, als dieses – ich benutze dieses Wort bewusst – Kasperletheater fortzusetzen. Ich hingegen möchte etwas ganz anderes.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben versucht, deutlich zu machen, wie gefährdet diese Koalition sei. Noch einmal: Wir tun nichts anderes als das, was wir vorher angekündigt haben. Sie machen mir aber die Freude, ein paar Situationen aus der Diskussion zum SPD-Papier „Bündnis für Erneuerung – Aufbruch für NRW“ zitieren zu können.

Ich lese Ihnen einige Zitate aus dem Zeitraum Anfang Mai bis Ende Juni 2003 vor, die wir aus WDR-Redaktionsberichten hatten. Diese machen deutlich, wie Ihr Klima war.

Ich fange an. Es begann mit Herrn Groschek, der ganz simpel sagte:

Bemerkenswert ist jedoch, dass sich die Rede der damaligen Umweltministerin Bärbel Höhn mehr mit der Situation der Hamster beschäftigte als mit den wirklichen Problemen des Landes.

(Ralf Witzel [FDP]: Da hatte er doch Recht!)

– Natürlich hatte er Recht.

Die Antwort von Frau Höhn:

„Wir sind klar entschieden, das Regierungsbündnis weiterzuführen. Fest steht, dass die SPD nicht weiß, was sie will.“

Einen Augenblick später hieß es von Frau Höhn:

„Wir wollen diese rot-grüne Koalition. ... Wenn der Partner das nicht will, dann kann man nichts machen.“

Und Herr Groschek stellte fest:

„... es liegen Welten zwischen den beiden Parteien.“

Das habe ich gerade schon einmal zitiert. – Die Reaktion des damaligen Ministerpräsidenten Peer Steinbrück:

„Ich halte es für sehr ratsam, dass weder der eine noch der andere Partner irgendein Ultimatum stellt ...“

(Ralf Jäger [SPD]: Wozu lesen Sie das vor?)

Das, meine Damen und Herren, Herr Jäger, war die Situation, die wir jahrelang hier erlitten haben und die dem Land kräftig schadete. Wie wohlthuend anders ist der Umgang der jetzigen Koalitionsparteien miteinander.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzer [SPD]: Das war kein einvernehmlicher Applaus!)

Wir haben in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, wo wir unterschiedlicher Meinung sind. Wir haben des Weiteren vereinbart – und daran halten wir uns –: Wenn wir in anderen Dingen unterschiedlicher Meinung sind, werden wir uns hier so lange nicht damit beschäftigen, bis wir es geklärt haben.

Sie werden leider erleiden müssen, dass wir bis zum Ende dieser Legislaturperiode hier mit dieser Mehrheit unsere Politik durchsetzen, und diese wird dem Land gut tun. Insofern bin ich ganz zuversichtlich, was die nächste Landtagswahl angeht.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Biesenbach. – Wir kommen zum Schluss der Beratung. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** des Hauptausschusses **Drucksache 14/1034**, das Anliegen der Volksinitiative abzulehnen und zugleich festzustellen, dass damit die Volksinitiative abschließend behandelt ist. Wer diese Empfehlung annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Das ist die FDP-Fraktion.

(Zurufe: Enthaltungen!)

Damit ist die Empfehlung des Hauptausschusses mit großer Mehrheit im Haus **angenommen**.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Die Enthaltungen, Frau Präsidentin!)

– Frau Nell-Paul hat sich enthalten.

Ich frage noch einmal nach Enthaltungen. – Eine Enthaltung.

Damit ist das Abstimmungsergebnis festgestellt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

6 „Rauchwarnmelder-Bonus“ in der Gebäudeversicherung

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1026

(Unruhe)

Ich weise darauf hin, dass es dazu einen **Entschließungsantrag** in **Drucksache 14/1081** von der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gibt.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Becker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte schön, Herr Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei dem Thema, mit dem wir uns jetzt zu beschäftigen haben, ist zunächst einmal festzustellen, dass es ein sehr ernstes ist, weil es immer wieder zu Bränden kommt, bei denen Menschen ums Leben kommen. Mir ist wichtig, das vorneweg zu schicken.

In der Sache ist es gleichwohl so, dass es eigentlich auch um die Frage geht, wie man dieses Problem angeht. Deswegen hat unsere Fraktion einen Antrag dazu gestellt.

(Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, der Redner hat das Wort. Ich bitte Sie, aufmerksam zuzuhören.

Horst Becker (GRÜNE): Ich will ganz deutlich sagen: Es geht hier heute darum, eine Maßnahme zu finden, die praktikabel ist und hinterher in der Umsetzung dazu führt, dass Menschenleben nicht mehr so gefährdet sind.

Dazu, meine Damen und Herren, hat der Innenminister einen Vorstoß gemacht, indem er behauptet hat, die Rauchmelder müssten in die Landesbauordnung aufgenommen werden.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Meine Damen und Herren, das ist ein Vorstoß, der sich im ersten Moment vielleicht praktikabel anhört, es aber in Wahrheit nicht ist. Er hat nämlich ganz erhebliche Nachteile.

Er setzt im Bereich der Kontrolle eine erhebliche Bürokratie in Gang, die dazu führt, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen das Vorhandensein der Rauchmelder entweder kontrollieren müssen oder sich im Zweifelsfall bei einem Schaden vorhalten lassen müssen, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen nicht kontrolliert zu haben.

Darüber hinaus wäre die Landesbauordnung auch nur einschlägig für Neubauten und nicht für Altbauten. Dabei liegt das größte Problem im Wohnungsbestand. In NRW gibt es 8,3 Millionen Woh-

nungen, wovon der größte Teil zum Altbestand gehört.

Meine Damen und Herren, die Kampagne „Rauchmelder retten Leben“, vom damaligen Bauminister Dr. Vesper seinerzeit ins Leben gerufen, hat ganz maßgeblich dazu beigetragen, dass in Nordrhein-Westfalen in immer mehr Wohnungen Rauchmelder eingerichtet worden sind und die Preise für Rauchmelder von durchschnittlich 40 € auf unter 10 € gesunken sind. Das ist der richtige Weg.

Aber man könnte das Fortkommen auf diesem Weg beschleunigen, wenn mit der Versicherungswirtschaft über ein Bonus/Malus-System verhandelt würde mit der Folge, dass durch eine Absenkung der Versicherungsprämie Anreize geschaffen würden für diejenigen, die die Altbestände mit Rauchmeldern nachrüsten.

Meine Damen und Herren, wer die Debatte verfolgt hat, stellt fest, dass nicht nur das Thema Volksinitiative innerhalb dieser Koalition und innerhalb des Kabinetts strittig ist. Unter anderem konnte man die Schlagzeile „Qualm im Kabinett“ lesen. Es wurde über Rauchmelder und darüber berichtet, dass der Geisterfahrer Innenminister Wolf nach Vorstößen zum Wenden auf der Autobahn und

(Beifall von den GRÜNEN)

Vorstößen zu „RWE-Leitungen in die Erde“ nun einen Vorstoß gemacht hat, der eigentlich überhaupt nicht in sein Ressort fällt. Wer diese Artikel liest und die gesamte Szene beobachtet, der gewinnt den Eindruck: Wenn im Kabinettsaal Rauchmelder installiert wären, dann würden diese bei dem Qualm, der dort produziert wird, ununterbrochen Alarm schlagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Herr Wolf, Sie sind damit angetreten, dass Sie Bürokratie abbauen wollen. Sie treten jedoch als bürokratischer Querschläger auf, weil Sie permanent versuchen, in fremden Revieren zu wildern. Anstatt Ihre Hausaufgaben bei der Polizeireform und bei der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen zu machen, wozu permanent Ankündigungen kommen, aber bis heute keine Vorschläge auf dem Tisch liegen, wildern Sie immer nur in fremden Revieren, und zwar ohne Sachverstand und Vernunft.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in diesem Fall ist es etwas anders als bei dem Antrag zur Volksinitiative. Hier hat die Koalition mit viel Mühe versucht,

die Kurve zu bekommen. Sie weist Herrn Wolf in die Schranken und schreibt im Grunde genommen mit leicht veränderten Worten unseren Antrag ab. Auch Sie fordern Öffentlichkeitsarbeit, also das, was Minister Vesper angefangen hat, fordern eine Fortsetzung dieser erfolgreichen Kampagne und Gespräche mit den Feuerversicherungen.

Sie haben nur nicht die Größe gehabt, zuzugestehen: Der Weg, den die Grünen gewiesen haben, ist richtig, und der Weg, den der Koalitionspartner FDP gewiesen hat, ist falsch, da dessen Überlegungen wie immer bürokratisch, übereilt, zu kurz gesprungen und nicht durchdacht sind. Herr Wolf, Sie haben Ihr Klassenziel an dieser Stelle erneut verfehlt.

Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen und ein Stück weit das Spektakel zu lassen, einfach einen quasi abgeschriebenen Antrag dagegensetzen. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Becker. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Bernd Schulte das Wort. Bitte schön, Herr Schulte.

Bernd Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die politische Diskussion zum Ende des letzten und zu Beginn des neuen Jahres war sehr stark von Fragen des Verbraucherschutzes und des Benutzerschutzes bestimmt. Beides sind politische Zwillingbegriffe mit derzeit hoher Aktualität.

Zum Benutzerschutz – Thema der letzten Wochen – zählen im Zusammenhang mit dem Halleneinsturz von Bad Reichenhall die Sicherheit von Sporthallen, die Sicherheit von Brücken und Stadien und nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem tragischen Brandereignis in Köln die Installation von Rauchmeldern in Wohngebäuden.

Nordrhein-Westfalen verfügt im Bereich des Benutzerschutzes über hohe Standards, die im Verhältnis zu anderen Bundesländern und anderen EU-Staaten einerseits oft als wettbewerbshemmend und wettbewerbsverzerrend dargestellt werden. Andererseits werden unsere Standards vor dem Hintergrund tragischer Ereignisse als Risikofaktoren und nachbesserungsbedürftig betrachtet.

Jeder Einzelfall wie der Wohnraumbrand in Köln ist tragisch, und jedes Opfer ist ein Opfer zu viel. Dennoch möchte ich ausdrücklich davor warnen,

jeden Einzelfall zum Anlass für eine umfassende gesetzliche Reglementierung zu nehmen.

Bereits in der letzten Legislaturperiode des Landtags wurde über die Forderung diskutiert, die Installation von Rauchmeldern in Wohngebäuden in der Landesbauordnung zwingend festzuschreiben. Nach gründlicher Überlegung hat man davon richtigerweise abgesehen, weil die Landesbauordnung ein streng zu administrierendes Bauordnungsgesetz ist, das nicht nur den deklaratorischen Charakter eines schwarzen Brettes oder einer Pinnwand hat. Eine in der Landesbauordnung verankerte Rauchmelderpflicht müsste von den unteren Bauaufsichtsbehörden nachhaltig kontrolliert und Verstöße dagegen müssten geahndet werden. Das erfordert erhöhten Bürokratie- und Personalaufwand, der den betroffenen Kommunen nicht zugemutet werden kann und den sie nicht leisten können.

Eine der Leitlinien des Handelns dieser Regierungskoalition ist die Zielsetzung, Regelungspolitik durch Ordnungspolitik abzulösen. Im Rahmen der Ordnungspolitik sind die verantwortete Freiheit und die private Initiative wesentliche Elemente.

Deswegen werden wir eine neue Kampagne entwickeln, die auf eine deutliche Steigerung der Zahl installierter Rauchwarnmelder in Privathaushalten hinzielt. Wir zählen dabei auf die Unterstützung aller Akteure in der Wohnungs- und Versicherungswirtschaft. Nicht gesetzlicher Zwang, sondern Überzeugung und Motivation sind der richtige Weg zum Schutz und zur Sicherheit von Menschen vor Brand in ihren Wohnungen.

Wir sind damit einverstanden, beide Anträge, den Antrag der Grünen-Fraktion und den Entschließungsantrag der Koalition, an den zuständigen Ausschuss zu überweisen. Es steht bereits jetzt fest, dass wir eine Anhörung zum Thema Gebäudeschutz durchführen werden. Im Rahmen des Gesamtkomplexes Gebäudeschutz wird auch die Rauchmelderpflicht auf freiwilliger Basis einen entsprechenden Stellenwert einnehmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Schulte. – Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Ruff-Händelkes das Wort.

Monika Ruff-Händelkes (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Alle Maßnahmen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit in unserem Land sind zu begrüßen. Das ist erst einmal

der wichtigste Satz für uns. – Jetzt komme ich zu den zwei Anträgen, die gestellt worden sind.

Dies gilt natürlich auch für die Initiativen der Grünen-Fraktion, weil auch sie eine bessere Verbreitung von Rauchwarnmeldern will und einen Vorschlag macht.

Wenn ich mir dann aber den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP ansehe, stelle ich fest, dass sich hier seit drei Jahren nichts getan hat. Vor drei Jahren gab es fast genau um dieselbe Zeit eine Diskussion. Wir wissen alle, dass die Versicherungswirtschaft sich inzwischen nicht bewegt hat, das heißt, kein Bonussystem eingeführt hat. Das bedauern wir sehr. Wir wissen natürlich auch, dass unser Minister Wittke mit einer Versicherung gesprochen hat.

Meine Damen und Herren, diesen Trend zu Zurückhaltung bei Innovationen in Wirtschaft, Industrie und Dienstleistungen werden wir künftig wohl oder übel öfters wahrnehmen. Das hat damit zu tun, dass in diesem Lande eine marktliberale Politik vorherrscht. Innovatives Handeln aus eigenem Antrieb bringt kurzfristig gesehen eben nicht den gewünschten betriebswirtschaftlichen Ertrag. Aus diesem Grunde werden innovative Lösungen oft erst dann angeboten, wenn ein gesetzlicher Zwang besteht. Das beste Beispiel sind die Abgasfilter in Industrie und der Automobilbranche, meine Damen und Herren.

Ich möchte gerne ein heute Morgen gefallenes Stichwort erwähnen. Die vom Ministerpräsidenten angeregte ordnungspolitische Erneuerung in diesem Land ist heute mehrfach genannt worden. Dazu gehören Selbstbestimmung und Selbstverantwortung.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Abgeordnete, darf ich Sie kurz unterbrechen? Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Becker, der gerade auf dem Platz der Frau Abgeordneten Asch sitzt?

Monika Ruff-Händelkes (SPD): Ja, gerne.

(Horst Becker [GRÜNE]: Ich habe mich nicht gemeldet!)

Vizepräsident Edgar Moron: Aha. – Dann können Sie mit Ihren Ausführungen fortfahren, Frau Abgeordnete. Bitte schön.

Monika Ruff-Händelkes (SPD): Eben habe ich von Selbstbestimmung und Selbstverantwortung gesprochen. Das ist für uns die Verantwortung für alle in der Gesellschaft. Dies kann und darf nicht

der Auslegung überlassen werden. Mit der freiwilligen Selbstverpflichtung ist es nämlich so eine Sache. Wenn Sie sich einmal den Verhaltenskodex bei Wohnungsveräußerungen anschauen, sehen Sie, dass dort nichts passiert ist. Wir wissen, dass es zumeist bei einer Absichtserklärung bleibt. Und das reicht uns nicht.

Es gibt aber auch Mut machende Initiativen. Jeder von Ihnen, der Auto fährt, weiß, dass er eine geringere Versicherungsprämie bezahlt – und das geht sicher auch in Richtung der Grünen –, wenn er in einer Garage statt auf der Straße parkt.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion möchte Folgendes – eben ist das bei Herrn Schulte übrigens auch schon einmal angeklungen –: Wir werden dieses wichtige Thema Rauchwarnmelder zusammen mit anderen Themen des Verbraucherschutzes bezogen auf die Bausicherheit beziehungsweise den gesamten Baubereich, zum Beispiel auch die Einführung eines Bau-TÜVs, durch eine Expertenanhörung aufarbeiten. Wir denken, dass wir durch diese Anhörung neue Erkenntnisse bekommen. Denn eines ist doch ganz klar, meine Damen und Herren: Zwischen der Ideologie der Deregulierung und dem Glauben an die Allmacht des Staates wird es andere Möglichkeiten geben.

Wir stimmen der Überweisung an den Fachausschuss zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Ruff-Händelkes. – Für die FDP-Fraktion gebe ich Herrn Rasche das Wort.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Rauchwarnmelder weckt viele Emotionen; denn es geht um das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Natürlich erinnern wir uns an die tragischen Todesfälle an Heiligabend in Köln-Mülheim.

Rauchwarnmelder können Leben retten; darüber sind wir uns sicherlich fraktionsübergreifend einig. Ebenso herrscht Einigkeit darüber, dass eine weite Verbreitung von Rauchwarnmeldern eine gute Vorsorge für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf Brandgefahren darstellt. Wir sind uns auch darüber einig, dass die Öffentlichkeitskampagne „Rauchmelder retten Leben“ der ehemaligen Landesregierung und einer Reihe von Kooperationspartnern einen wichtigen Beitrag zur

Markteinführung von Rauchwarnmeldern in Nordrhein-Westfalen geleistet hat.

Trotz dieser Kampagne besteht nach wie vor Handlungsbedarf zum Schutz von Leib und Leben. Deshalb haben wir, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion, einen eigenen Entschließungsantrag eingebracht. Unser Ziel ist eine deutliche Steigerung der Zahl tatsächlich installierter Rauchwarnmelder in den Privathaushalten, also eine ausreichende Ausstattung mit funktionierenden Rauchwarnmeldern.

Deswegen wollen wir aufbauend auf der Kampagne „Rauchmelder retten Leben“ eine weitere Kampagne starten. Dabei sollten den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen auch Informationen über den Kauf von geeigneten Rauchwarnmeldern gegeben werden.

Die Berliner Feuerwehr hält beispielsweise für Interessenten nützliche Tipps und Hinweise zum Kauf von Rauchwarnmeldern bereit. Beim Kauf der Geräte sollte darauf geachtet werden, dass sie das GS- und das CE-Zeichen tragen und von einer anerkannten Stelle wie der VdS Schadenverhütung geprüft und gekennzeichnet wurden. Zurzeit ist übrigens eine europäische Regelung zur Beschaffenheit von Heimrauchmeldern in Vorbereitung.

Meine Damen und Herren, im Vordergrund sollte der freiwillige Einbau von Rauchwarnmeldern in Wohnungen stehen. Ob eine zusätzliche unbürokratische gesetzliche Verpflichtung begründet werden muss, bedarf weiterer Prüfung im Lichte der zukünftigen Ausstattungsichte. Uns darf es doch hier in diesem Haus nicht darum gehen, ob es eine gesetzliche Regelung gibt oder nicht. Das Ziel ist doch die Ausstattungsichte. Wir sollten uns in einigen Monaten beziehungsweise in einigen Jahren anschauen, wie sich das Ganze entwickelt hat. Dann müssen wir eventuell unsere Handlungsweise überprüfen.

Deshalb ist für uns Liberale die Diskussion über eine gesetzliche Pflicht zum Einbau von Rauchmeldern noch nicht abgeschlossen. Die FDP wird diese Diskussion mit Blick auf die Ausstattungsichte fortführen und möchte zudem – und das ist im Moment entscheidend – eine aufbauende weitere Kampagne starten. Sich ausschließlich auf einen Rauchwarnmelderbonus im Rahmen der Gebäudeversicherung festzulegen, wie es die Grünen in ihrem Antrag formulieren, reicht uns bei Weitem nicht aus.

In den Bundesländern Hessen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Saarland und Hamburg besteht eine in der Landesbauordnung festge-

schriebene Heimrauchmelderpflicht. Damit entsprechen diese Länder den Forderungen der verschiedenen Feuerwehrverbände. Viele von uns befürchten, dass damit auch viel Bürokratie entsteht. Auch das können wir uns doch in den anderen Ländern anschauen.

Die Regelungen in Hessen und Schleswig-Holstein beziehen sich übrigens sogar auf die Bestandsbauten, während sie sich in den anderen oben genannten Ländern auf die Neubauten beziehen.

Die Nachrüstpflicht mit Rauchwarnmeldern in allen Wohnungen soll in Schleswig-Holstein bis 2009 und in Hessen bis 2014 sogar abgeschlossen sein.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns intensiv Gedanken darüber machen, wie wir unkompliziert, unbürokratisch, aber auch verantwortungsvoll gegenüber unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern den Ausstattungsgrad mit Rauchmeldern in Wohnungen wesentlich steigern können. Das ist unser gemeinsames Ziel. Das müssen wir in den Vordergrund stellen.

In den Fachausschüssen werden wir noch ausreichend Gelegenheit zur Diskussion darüber haben. Natürlich stimmt die FDP der Überweisung des Antrags in die Fachausschüsse zu.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rasche. – Herr Minister Wittke, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Uns liegt heute ausnahmsweise einmal ein Antrag der Bündnisgrünen vor, der weitgehend von der Landesregierung unterstützt wird.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Wieso ausnahmsweise?)

– Weil die Qualität Ihrer Anträge ansonsten zu wünschen übrig lässt, Herr Keymis, aber diesmal relativ gut ist.

(Zurufe von der SPD)

Weil die Landesregierung aber sowieso schon das tut, was die Grünen fordern, ist dieser Antrag auch ausgesprochen überflüssig. Über den Nutzen von Rauchwarnmeldern in Wohnungen besteht große Einigkeit. Rauchmelder erkennen Brände bereits in der Entstehungsphase und warnen Menschen durch einen lauten Warnton, so dass sie noch fliehen, die Feuerwehr alarmieren

oder möglicherweise sogar den Brand selbst löschen können.

Das Bauministerium hat deshalb bereits 1998 gemeinsam mit dem Innenministerium eine Kampagne „Rauchmelder retten Leben“ in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern wie Baumärkten, Fachgeschäften, Industrieverbänden und Herstellerverbänden, Versicherern, Medien und Vertretern der Feuerwehren ins Leben gerufen, um die lebensrettende Bedeutung von Rauchmeldern im privaten Bereich zu verdeutlichen und Rauchmelder als wichtige Lebensretter in Gebäuden bekannt zu machen.

Die Kampagne war in der Tat erfolgreich. Die Verkaufszahlen für Rauchwarnmelder sind danach erheblich – auch bei uns in Nordrhein-Westfalen – angestiegen. Eine Broschüre des Innenministeriums, die Anfang 2005 mit Hinweisen zur Vermeidung von Bränden und zum Verhalten im Brandfall für die Verbreitung von Rauchmeldern warb, fand große öffentliche Resonanz.

Allerdings kommt es, obwohl die meisten Menschen in NRW inzwischen Rauchmelder kennen und über ihren Nutzen Bescheid wissen, immer wieder zu tragischen Unfällen, wie in Köln – wie bereits erwähnt – an Heilig Abend letzten Jahres. Das Wissen über das, was gut wäre, führt eben nicht immer zur Umsetzung – ein Phänomen, das wir alle kennen.

Nach solchen tragischen Unglücksfällen wie in Köln kommt es deshalb regelmäßig zur Diskussion darüber, ob man eine gesetzliche Rauchmelderpflicht einführen sollte oder nicht.

In diesem Zusammenhang zeigt ein Blick in die Statistik, dass in Ländern mit gesetzlicher Rauchwarnmelderpflicht, wie beispielsweise in den Vereinigten Staaten oder in Großbritannien, die durchschnittliche jährliche Zahl der Brandtoten höher liegt als bei uns in Deutschland ohne die allgemeine Pflicht, Brandmelder einzubauen. In den Vereinigten Staaten sind es 19 Brand- und Rauchopfer auf 1 Million Einwohner bezogen, in England sind es 13, in Deutschland noch 10.

Eines erscheint mir dabei sicher. Wir können das Ziel der Reduzierung von Personenschäden bei Wohnungsbränden nur erreichen, wenn wir eine möglichst große Anzahl von Wohnungen und Häusern in Nordrhein-Westfalen tatsächlich mit funktionsfähigen Rauchmeldern ausstatten.

Liebe Frau Kollegin Ruff-Händelkes, es ist nicht wahr, was Sie hier gerade gesagt haben, dass die Anzahl der installierten Rauchmelder nicht angestiegen ist. Anders als von Ihnen dargestellt ist

der Ausstattungsgrad von Wohnungen mit Rauchmeldern in den letzten Jahren stark angestiegen. Das Ergebnis eines Forschungsauftrags aus dem vergangenen Jahr, aus dem Jahr 2005, zeigt, dass in 29 % der Haushalte in Deutschland bereits Rauchwarnmelder eingebaut sind.

Im Übrigen gibt es signifikant keine Unterschiede zwischen Ländern mit gesetzlicher Vorschrift und Ländern ohne gesetzliche Vorschrift. Bisher ging man nur von etwa 7 bis 10 % aus. Die Landesregierung ist jedoch bestrebt, diesen Ausstattungsgrad noch weiter zu erhöhen. Die Öffentlichkeitsarbeit soll erheblich intensiviert und auf ein qualitativ anderes Niveau gehoben werden. Dazu wurde im Bauministerium bereits eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein Bündel öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen erarbeiten und umsetzen wird.

Ziel ist jetzt nicht mehr, in erster Linie die Bekanntheit von Rauchmeldern zu steigern, denn Rauchmelder sind in Nordrhein-Westfalen weitgehend bekannt und überall leicht und günstig erhältlich. Wir wollen jetzt den Grad der in Privathaushalten tatsächlich eingesetzten Rauchwarnmelder deutlich steigern.

Dabei kann eventuell auch die Gebäudeversicherungswirtschaft unterstützend mitwirken. Auch dazu sind bereits erste Gespräche mit Gebäudeversicherern in meinem Ministerium geführt worden.

In weiteren Gesprächen wird zu klären sein, inwieweit durch Prämienvergünstigungen für mit Rauchmeldern ausgestattete Wohngebäude ein zusätzlicher Anreiz zur verstärkten Installation der Melder geschaffen werden kann.

Das Bau- und das Innenministerium werden gemeinsam in der nächsten Zeit aktiv für Rauchmelder werben, die Öffentlichkeitsarbeit massiv verstärken und den Dialog weiter fortsetzen. Damit wollen wir eine ausreichende Ausstattung von Privathaushalten mit funktionierenden Rauchwarnmeldern erreichen.

Ob dazu eine gegebenenfalls unbürokratische gesetzliche Verpflichtung begründet werden muss, bedarf sicherlich weiterer Prüfung im Lichte der zukünftigen Ausstattungsichte bei uns in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Meine Damen und Herren, der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/1026** und des **Entschließungsantrags Drucksache 14/1081** an den Aus-

schuss für Bauen und Verkehr – federführend – sowie an den **Innenausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung wird dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

7 Kulturelle Bildung in den Schulen stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/878

Hierzu gibt es außerdem den **Entschließungsantrag Drucksache 14/1077** der Fraktion der SPD.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Abgeordneten Solf das Wort. Bitte schön.

Michael Solf (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen. Dieses afrikanische Sprichwort ist eine Binsenwahrheit und gerät doch täglich mehr in Vergessenheit.

Natürlich sind es zunächst die Eltern, die durch ihre Erziehung ihrem Kind den Weg in ein erfülltes Leben öffnen müssen. Als zweites kommt die Schule, wo die Anlagen des jungen Menschen weiterentwickelt werden, wo die Grundlagen eines allgemein verbindlichen Kanons von Fertigkeiten und Bildung gelegt werden.

Aber man braucht mehr – eben das ganze Dorf: die Freunde der Familie, die Nachbarschaft, den Verein, die Kirche, die Öffentlichkeit ganz allgemein. Hier findet der junge Mensch Anregungen, hier findet er Herausforderungen, hier findet er Beispiele und hier findet er auch seine Grenzen. So ist die Theorie.

Aber leider sieht die Praxis in unseren Tagen anders aus. Viele Elternhäuser versagen bei der Erziehung und auch die Gesellschaft als Ganzes – das Dorf – entzieht sich ihrer Verantwortung. Sie kommt als Jahrmarkt der Beliebigkeiten daher, alles geht, alles ist erlaubt, Orientierung und Wegmarken werden keine gegeben – der junge Mensch bleibt allein.

Dadurch wächst der Druck auf die Schule. Sie soll die Defizite ausgleichen. Dabei hat sie es schwer genug, ihre eigentlichen Aufgaben zu erfüllen.

(Zuruf von der SPD: Jetzt auch noch Lorient-Stunden!)

Die Unruhe, die an den Schulen herrscht, ist nicht zuletzt dieser Überlastung geschuldet. Und doch gibt es keine Alternative. Schon im Interesse der Kinder und Jugendlichen muss die Schule die neuen Bürden schultern.

In diesen Zusammenhang stelle ich unseren Antrag „Kulturelle Bildung in den Schulen stärken“ und gebe mich durchaus der Hoffnung hin, dass der hastig nachgereichte Entschließungsantrag der SPD auf einem ähnlich festen gedanklichen Fundament ruht.

Was wir wollen, hat mit Kunst- und Musikunterricht nur mittelbar etwas zu tun, denn Musik und Kunst sollen wie bisher an den Schulen unterrichtet werden. Das muss sich in den Lehrplänen und in der Lehrerversorgung spiegeln.

Es geht uns auch nicht um den traditionellen Theater- und Konzertbesuch, der den jeweiligen Unterricht weiterhin ergänzen mag.

Wir wollen etwas anderes. Wir wollen die unterschiedlichen Kunstformen in all ihrer manchmal vorhandenen Sperrigkeit für die Erziehung und für die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen nutzbar machen. Das, was wir vorhaben, soll Unterricht in anderer Form sein, soll aber den Unterricht nicht ersetzen, sondern soll ihn ergänzen und den Kindern und Jugendlichen neue Dimensionen erschließen.

Viele von Ihnen kennen, um ein berühmtes Beispiel zu nennen, Royston Muldoons großartige Projekte, zuletzt in Marl zu bewundern. Sie kennen den Film „Rhythm is it“. Dort wird klar, dass das Ergebnis nicht das Wesentliche eines künstlerischen Projektes ist. Das Wesentliche ist die Weiterentwicklung der Persönlichkeit der jungen Leute, die an diesem Projekt teilnehmen. Kunst ist nicht irgendeine beliebige vorführbare Nettigkeit; sie ist harte Arbeit, erfordert Disziplin und zwingt zur Kooperation. Das klingt wie Einschränkung, in Wirklichkeit aber bringt es mehr, nämlich eine neue Stufe der Selbstverwirklichung.

Es gibt zahlreiche Ansätze in unserem Land, an die sich anknüpfen lässt. Ich verweise auf die Projektlisten der regionalen Kulturpolitik und der beiden Kultursekretariate. Unser Antrag wertet diese Angebote auf und zeigt Wege, wie sie in einem größeren Umfang als bisher in den Schulen nutzbar gemacht werden können.

Solche Kunstprojekte nützen nicht nur den Schulen und den jungen Menschen, sie nützen letztlich auch der Kunst, denn sie zeigen einer immer

kunstfeindlicher werdenden Öffentlichkeit, dass Kunst nicht nur die Sahne ist, die man dem gebackenen Kuchen unserer Gesellschaft je nach Geld und Geschmack beifügen kann; sie belegen vielmehr, dass die Kunst die Hefe ist, ohne die eine lebenswerte Gesellschaft gar nicht werden kann. Es wäre deshalb gut für alle, wenn es uns gelänge, ein wenig von dieser Hefe schon in den Schulen anzusetzen. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Solf. – Für die zweite antragstellende Fraktion spricht Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kulturelle Bildung ist wesentliches Fundament für die Persönlichkeitsentwicklung des Einzelnen. Es gibt kaum einen besseren Weg, jungen Menschen wichtige Schlüsselqualifikationen und Schlüsselkompetenzen wie Kreativität, Teamfähigkeit, Flexibilität, Leistungsbereitschaft und Toleranz zu vermitteln als über Kultur. Nur wer Kunst und Kultur aktiv wie passiv in seinem Leben erfahren hat, wird Zeit seines Lebens Akteur oder Genießer oder beides der kulturellen Vielfalt unseres Landes Nordrhein-Westfalen sein können.

In den Zeiten von Pisa und Iglu hat sich die FDP insbesondere dafür eingesetzt und wird sie sich dafür einsetzen, dass die musisch-kulturelle Grundbildung unserer Kinder und Jugendlichen nicht auf der Strecke bleibt. Sie kann entscheidend dazu beitragen, die mehr und mehr in einer durch nüchterne Daten, Zahlen und Fakten geprägten Welt lebenden jungen Menschen tatsächlich neugierig und fit dafür zu machen, den Schritt in die kreative, kommunikative, phantasievolle, erlebnisreiche Welt der Kultur zu wagen.

An dieser Stelle darf ich daran erinnern, dass unter der rot-grünen Landesregierung gerade künstlerische Fächer massiv unter dem Unterrichtsausfall und Fachlehrermangel gelitten haben. Wir erinnern daran, dass zeitweise 80 % des Musikunterrichts an Grundschulen fachfremd unterrichtet wurden. Auch an den weiterführenden Schulen gab es bei den künstlerischen Fächern nahezu keine Kontinuität mehr. Wir haben das an verschiedenen Stellen, auch über alle Fraktionen hinweg, bedauert.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gemeinsam mit der CDU werden wir künstlerischen und kulturellen Fächern wieder mehr Bedeutung beimessen und auch neue

Schwerpunkte in diesem Bereich setzen. Das unterscheidet uns.

Die Stärkung der kulturellen Bildung sollte sich zum Beispiel nicht auf vermehrte Angebote an Ganztagschulen sowie auf die Primar- und Sekundarstufe I beschränken. Wir wollen auch klassen- und jahrgangsübergreifende Aktivitäten. Arbeitsgruppen zu Musik, Theater, Tanz und bildender Kunst sind ebenfalls wünschenswert.

Zur Verankerung der künstlerisch-kulturellen Bildung in allen Schulen setzen wir uns für eine gute Vernetzung und Zusammenarbeit auch zwischen den mit der Thematik befassten Ministerien ein. Das sollte nicht nur auf der ministerialen Ebene bleiben, sondern wir wollen auch die kommunale Ebene, die allgemeinbildenden Schulen und Kindergärten, die vorschulischen Bildungseinrichtungen insgesamt, die Musik- und Jugendkunstschulen sowie natürlich die Künstlerinnen und Künstler höchstselbst einbeziehen.

Ich freue mich, dass der Entschließungsantrag, den die Kolleginnen und Kollegen von der SPD heute gestellt haben, ebenfalls in diese Richtung geht. Das lässt mich hoffen, dass wir in den Beratungen im Kulturausschuss sowie im Ausschuss für Schule und Weiterbildung ergebnisorientierte Diskussionen haben werden. Ich freue mich darauf im Ausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Nell-Paul das Wort.

Claudia Nell-Paul¹⁾ (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Solf hat mich bei seiner Rede ein bisschen erstaunt. Sie erinnerte mich manchmal ein wenig an die 50er-Jahre-Anweisungen „Wie erziehe ich mein Kind?“. Aber lassen wir das einmal weg und kommen zum Antrag.

Dieser Antrag der Koalitionsfraktionen ist eine Initiative, die man eigentlich nicht ablehnen kann; ich sage das ganz offen. Er ist sehr allgemein gehalten, was sowieso die Zustimmung einfacher macht. Er betrifft aber auch ein Thema, bei dem wir im Kulturausschuss wohl einen breiten Konsens finden werden. Insoweit hätten wir ihn auch durchwinken können.

Wir haben dennoch einen Entschließungsantrag dazu gestellt, weil wir einige Nuancen deutlich

machen wollen, worum es uns geht; darauf werde ich gleich noch im Einzelnen kurz eingehen.

Wir haben uns über den Antrag der Koalitionsfraktionen auch deshalb gefreut, weil die CDU und die FDP jetzt offensichtlich die kulturelle Bildung in Schulen als einen Schwerpunkt entdeckt haben; denn wir glauben im Gegensatz zu dem, was Frau Freimuth eben gesagt hat, dass das auch eine Fortsetzung begonnener Arbeit der alten Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen ist. Meiner Meinung nach muss das Thema kulturelle Bildung wegen der Einrichtung offener Ganztagschulen unter einem ganz neuen Blickwinkel gesehen werden. Wir haben durch die Öffnung der Ganztagschulen eine Zusammenarbeit zwischen Kulturschaffenden, Musikschulen, Kunsthochschulen und anderen Sparten der kulturellen und künstlerischen Betätigung sowie der Schule initiiert, die Grundlage und Ansatzpunkt auch für die zukünftige Beratung und für den weiteren Weg sein kann, den wir bei diesem Thema gehen wollen. Insoweit setzen Sie endlich und Gott sei Dank das fort, was von uns begonnen worden ist. Insofern werden Sie uns auch an Ihrer Seite finden.

In unserem Entschließungsantrag machen wir noch einmal deutlich, dass wir ein Stück weiter gehen wollen: Es geht eben nicht nur um Schule als den zentralen Ort, sondern auch um die Frage kultureller Bildung in Kindergärten, in Jugendfreizeiteinrichtungen und in der Weiterbildung. Das ist ein etwas breiterer Ansatz als nur die Verengung auf das Thema Schule.

Das Zweite ist: Wir wollen noch einen besonderen Akzent setzen. Wir sehen in der kulturellen Bildung nämlich einen ganz deutlichen integrativen Ansatz, das heißt Gestaltungs- und Ausdrucksformen auch für diejenigen, die möglicherweise in dieser Gesellschaft etwas größere Probleme haben oder auch mit einem Migrationshintergrund unter uns leben. Hier könnte kulturelle Bildung auch dazu beitragen, Grenzen zu überwinden.

Wir meinen ebenso, dass es bei der kulturellen Bildung nicht nur um die Frage der Ausbildung in Künsten geht; darum geht es auch. Es ist die berühmte Jauch-Frage: Wer war Goethe? Wir erwarten natürlich, dass sich Kinder und Jugendliche im Bereich Musik auskennen und wissen, wer Beethoven war und was er für eine Musik komponiert hat, und dass sie vielleicht einen Picasso von einem Kandinsky unterscheiden können. Wir sehen es aber nicht nur unter diesem Aspekt. Ich glaube, es wäre eine Verengung, kulturelle Bildung unter einem bildungsbürgerlichen Ansatz zu sehen.

Wir meinen, kulturelle Bildung ist auch persönlichkeitsbildend. Das heißt, Kinder und Jugendliche sollten auch an das herangeführt werden, was wir mit dem Begriff „selber machen“ bezeichnen. Und das betrifft eben auch in ihrem Antrag genannte Einrichtungen wie zum Beispiel Musikschulen, kreative Schreibwerkstätten, die es in unserem Land schon gibt, Jugendkunstschulen und Ähnliches. Sie könnten da unterstützen oder müssten in eine Kooperation mit Schule, Kindergarten und Jugendfreizeiteinrichtungen kommen.

Zum Schluss will ich aber noch einen Aspekt deutlich machen: Das alles geht nur, wenn wir auch bereit sind, Geld zur Verfügung zu stellen. Es kann nicht sein, dass wir den Fokus auf den schulischen Bereich legen, gleichzeitig aber von der Landesregierung disponible Gelder gerade im Schulbereich gestrichen werden. Ich glaube also, es ist neben erforderlichen Lehrerstellen auch notwendig, disponible Mittel zu haben, um in diesem Bereich neue andere Ansätze tragen zu lassen.

Gleiches gilt auch, was das Umfeld angeht. Es ist kontraproduktiv, wenn Lehrerinnen und Lehrer den Eindruck haben, die Schulministerin wünscht nicht, dass Kinder und Jugendliche auch nach draußen gehen, dass „Unterricht ausfällt“ – in Anführungszeichen –, damit sie Theater, Museen etc. besuchen können. Wir mussten in den letzten Tagen in der Presse leider lesen, dass sich viele Kultureinrichtungen darüber beklagen, dass Schulbesuche nicht mehr stattfinden.

Ich muss langsam mit meiner Rede zum Ende kommen. Ich glaube, dass es eine fruchtbare Diskussion im Kulturausschuss zu dem Thema geben wird, und bin darauf gespannt. Wir stimmen der Überweisung zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Nell-Paul. – Jetzt spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein guter Antrag soll auch so genannt werden. Wir können der Überweisung problemlos zustimmen. Man kann im Prinzip davon ausgehen, dass wir womöglich auch dem Antrag irgendwann zustimmen werden.

(Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

– Freuen Sie sich nicht zu früh. – Aber wir werden natürlich die EntschlieÙung, die die Kollegen von der SPD eingebracht haben, mit berücksichtigen.

Mir ist aufgefallen, dass die Begründung der CDU sehr grundsätzlich und weittragend ist. Es ist alles richtig, was Sie dort niedergeschrieben haben; das sind alles Feststellungen, die wir seit Jahren zu diesem Thema gemeinsam im Ausschuss postulieren.

Die SPD hat dies noch überboten: Ihr EntschlieÙungsantrag, der im Antragstext selbst wesentlich kürzer ist, ist in der Begründung fast doppelt so lang. Wunderbare Sätze! Auch dazu gibt es völlige Übereinstimmung in den wesentlichen Fragen, die zum Thema kulturelle Bildung in den Schulen zu nennen sind.

Entscheidend dafür, dass beide Fraktionen in der Lage waren, so unheimlich wichtige und richtige Sätze noch einmal so schön zusammenzufassen, ist natürlich, dass in den fünf Jahren zuvor in diesem Bereich – sich von Jahr zu Jahr steigend – immer mehr gemacht wurde.

Ich möchte dies nicht im Einzelnen aufzählen, habe allerdings die Liste allein der in Nordrhein-Westfalen ansässigen Einrichtungen mitgebracht, die sich mit diesem Thema befassen. Das sind gut vier Seiten in kleiner Schrift voll geschrieben mit Institutionen und Einrichtungen vom Zentrum für Kulturforschung über den Verband der Schulmusiker, den Verband Deutscher Musikschulen – Landesverband –, die Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung – Sitz in Remscheid –, die Kultursekretariate in Wuppertal und Gütersloh bis hin zur Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit usw. usf., also eine Vielzahl von Einrichtungen, die in den letzten Jahren von den beiden dafür zuständigen Ministern, nämlich von Frau Ministerin Schäfer und vom ehemaligen Kulturminister Herrn Vesper wesentlich in diese Arbeit einbezogen wurden.

Hier setzt also nicht etwas völlig Neues ein, Herr Kollege Solf, sondern hier geht es – hoffentlich vernünftig – weiter. Es wäre gut, wenn Sie das so fortsetzten, wie es in den vergangenen Jahren angefangen wurde. Ich erinnere mich allein an fünf hoch spannende Foren noch Anfang 2005, in denen diese Fragen vorne und hinten, lang und breit, hin und her und von oben nach unten diskutiert wurden. Wir Grüne haben im Wesentlichen all diese Aktivitäten unseres Ministers ausdrücklich gefordert und mit unterstützt. Deswegen möchte ich hier nur noch auf zwei Punkte eingehen:

Der eine Punkt ist, dass Kinder und Jugendliche eben nicht zu Künstlern herangezogen werden

sollten; Kollegin Nell-Paul hat richtigerweise darauf hingewiesen. Der andere Punkt ist, dass es uns dabei nicht darum gehen kann, dies alles jetzt tun, damit alle Kinder und Jugendlichen später ins Theater gehen. Das hielte ich auch nicht für den richtigen Ansatz; das hat allerdings auch niemand gesagt. Da sind wir uns also völlig einig. Es geht vielmehr darum, Sensibilität zu stärken und die Nachwachsenden im Grunde genommen gesellschaftsfähig zu machen.

Dass eine Gesellschaft, die sozusagen von der Kultur lebt, die die Kultur als Lebenselixier begreift, auch eine starke, gemeinschaftlich solidarisch denkende Gemeinschaft ist, wissen wir alle, da wir die Erfahrung in den europäischen Ländern machen – noch. Deshalb glaube ich, dass dieses alles grundsätzlich richtig und gut ist. Wir werden uns im Detail im Ausschuss mit diesen Fragen auseinander setzen.

Richtig ist allerdings der Hinweis auf das Geld. Es gab die Ankündigung, rund 120 Millionen € für diesen Bereich sukzessive in den nächsten Jahren zur Verfügung zu stellen. Ein Drittel davon sollte auf die Mühlen der Kultur fließen, wie es irgendwo so schön formuliert war. Wollen wir hoffen, dass es so kommt, weil dies die Voraussetzung für ein Gelingen ist.

Ich habe mit Interesse gelesen, dass die Ehefrau des Ministerpräsidenten Schirmherrin von Mus-E geworden ist; gerade gestern ging es durch die Presse. Das ist auch erfreulich, weil damit ein Zeichen nach außen gesetzt wird, dass diese Institution auch wirklich von allen getragen wird.

Eine Kritik muss ich mir allerdings erlauben. Das hat damit zu tun, wie wir mit diesen Themen hier umgehen. Uns ist hier im Parlament mehrfach erklärt worden, wir hätten einen Kultur-Ministerpräsidenten. Wir wollen hoffen, dass es so ist; denn erlebt haben wir ihn in diesem Zusammenhang noch nicht – auch heute nicht. Wir werden nun zu dem Thema, wenn ich es richtig gelesen habe, gerne mit Herrn Minister Laschet Vorlieb nehmen. Das ist gar keine Frage, denn auch er kann klug dazu sprechen. Aber er ist im Grunde damit nicht oder nur am Rande befasst.

Dies macht deutlich, dass dieses Thema insgesamt, was die politische Verankerung in der neuen Regierung betrifft – aus meiner Sicht jedenfalls –, nicht in der Weise widerspiegelt ist, wie wir das in der Vergangenheit hatten. Wir hatten einen Kulturminister, und ich kann mich an keine Debatte über ein kulturelles Thema erinnern, in der er nicht auch gesprochen hat.

Es ist ein sehr wichtiges Thema. Sie haben das völlig zu recht unterstrichen, Herr Solf, und wir unterstreichen das auch, ebenso wie die Kollegen von der FDP und Frau Nell-Paul von der SPD. Aber es kommt auch darauf an, dass uns die Regierung zeigt, dass sie dieses Thema, das wir hier so harmonisch beraten und nach vorne bringen wollen, wirklich annimmt. Dafür werden Sie, Herr Laschet, jetzt sicherlich den Beweis antreten. Ich würde mir – ich sage es offen – dies auch vom MP wünschen.

Ich gehe davon aus, dass wir hier alle gemeinsam von dieser Stelle aus Herrn Grosse-Brockhoff gute Besserung wünschen. Er ist heute nicht da, weil er krank ist, und ich denke, ich spreche diese Wünsche in unser aller Namen aus. – Noch fünf Sekunden, Herr Präsident. – Ich bedanke mich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Das mit den fünf Sekunden stimmt. Vielen Dank, Herr Abgeordneter Keymis. – Herr Minister Laschet, Sie haben das Wort für die Landesregierung. Bitte schön.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich das gerade richtig verstanden habe: dass wir nichts von Kultur verstehen oder so etwas Ähnliches.

Jedenfalls wird die Kultur in mehreren Ressorts der Landesregierung behandelt. Wir haben in mehreren Ressorts ganz bewusst auch kulturelle Aktivitäten angesiedelt. Insofern freue ich mich, dass ich heute für die Schulministerin, die aus bekannten Gründen nicht da ist, zu dem Antrag der beiden Regierungsfraktionen Stellung nehmen kann.

Die Landesregierung ist für diesen Antrag sehr dankbar, denn die Förderung der künstlerisch-kulturellen Bildung liegt uns am Herzen. Wir sind zuversichtlich, dass wir in den nächsten Jahren hier einige neue Akzente setzen und vor allem vor Ort tragfähige Strukturen zur Unterstützung von Schulen, Institutionen und Organisationen der kulturellen Bildung sowie von Künstlerinnen und Künstlern aufbauen können.

Künstlerisch-kulturelle Bildung ist alles andere als bloßes Beiwerk einer guten Schule. Sie gehört zum Kern des Bildungs- und Erziehungsauftrages unserer Schulen. Kulturelle Bildung hat es dabei nicht nötig, sich mit ihren Wirkungen für Unterrichtung und Lernerfolg zu rechtfertigen. Sie hat einen unverzichtbaren Eigenwert. Deshalb halten wir

gerne fest, dass ihre Wirkungen nachweisbar und nachgewiesen sind.

Ich erinnere insbesondere an die Ergebnisse der Studie von Prof. Bastians zu den Wirkungen der Musik auf die kognitive, soziale und emotionale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Sie weckt, fördert und stärkt die kreativ-produktiven Kräfte der Kinder und lässt sie neue Welten, Perspektiven und Horizonte entdecken.

Aber sie leistet noch mehr: Kulturelle Bildung schult systematisch und nachhaltig die Wahrnehmungsfähigkeit von Kindern, sie trägt bei zur Entdeckung von Geschichte, Umwelt und Technik. Kulturelle Bildung gibt Orientierung in einer von Bild, Ton und Informationsüberflutung gezeichneten Welt. Und sie trainiert Verlässlichkeit und Durchhaltevermögen, Teamarbeit und Dialogfähigkeit, ganz nebenbei auch die Sprachkompetenz aller beteiligten Kinder.

Es wurde vorhin schon erwähnt: Auch unter integrativen Gesichtspunkten ist das ein ganz wichtiger Akzent. Unser Ministerium fördert beispielsweise Sprachcamps in den Ferien, wo Kinder von Zuwanderern ein Theaterstück aufführen. In diese Kulturarbeit werden die Mütter ganz bewusst einbezogen, weil wir oft feststellen, dass die Sprachkompetenz der Kinder nach zwei Wochen Herbstferien oder Sommerferien, in denen sie die Sprache nicht gesprochen haben, gelitten hat. Insofern ist die Kultur auch da ein ganz wichtiges Mittel.

Kulturelle Bildung präsentiert sich mit ihren Produkten in Schulen, Museen, Jugendkunstschulen, Musikschulen, im örtlichen Theater oder Tanzhaus. Künstlerinnen und Künstler, Autorinnen und Autoren sind willkommene Gäste in den Schulen, so wie Schulen gern gesehene Gäste an den außerschulischen Lernorten der kulturellen Bildung sind. Der Unterricht an außerschulischen Lernorten ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer guten Schule und wird von der Landesregierung daher nachhaltig unterstützt.

Dies ist die Position der Schulministerin. Ich glaube, damit begegnet sie den vielen immer mal geäußerten Bedenken, das würde alles unter Unterrichtsausfall subsumiert. Nein, das ist Unterricht an anderen Lernorten, und er hat seinen eigenen Wert.

(Beifall von der CDU)

Den Erfolg kultureller Bildung erfahren wir an unseren Kindern. Wir erleben dies, wenn sie aus eigenem Antrieb bei der Sache bleiben wollen, den Wunsch haben, die Orte der kulturellen Bildung immer wieder zu besuchen, auch mit Eltern und

Freunden am Wochenende, oder in der Schule darauf drängen, das begonnene Projekt fortzuführen.

Die Schulministerin möchte gemeinsam mit mehreren anderen Ressorts, vor allem mit dem schon erwähnten Kulturstatssekretär, dem Generationenministerium und dem Innovationsministerium, dafür sorgen, dass kulturelle Bildung in allen Schulen eine Selbstverständlichkeit wird. Langfristig wirksame Angebote sollen in Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern sowie Kultureinrichtungen entwickelt werden. Dabei bieten Ganztagschulen und Ganztagsangebote ganz besondere Voraussetzungen; denn Ganztagsangebote und Ganztagschulen sorgen für Verlässlichkeit und Kontinuität, weil die Mittel für dauerhafte Partnerschaften zwischen Schulen und Einrichtungen der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung stehen.

Sosehr viele in diesem Haus – auch ich selbst – bedauert haben, dass die Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan im Jahre 2006 nicht über 75 Millionen € hinaus steigen können, so haben wir doch die Prioritäten innerhalb des Kinder- und Jugendförderplans so gesetzt, dass die Mittel für kulturelle Jugendarbeit, deren Wert wir sehr schätzen, erhöht werden.

Ich bin zuversichtlich, dass ein beträchtlicher Anteil der von der Landesregierung zusätzlich für den Ganztags zur Verfügung gestellten Mittel von den Schulen für die kulturelle Bildung genutzt wird.

Kulturelle Bildung braucht aber auch Unterstützung vor Ort. Wir werden die erforderlichen Modelle dazu entwickeln: zum Aufbau von Unterstützungsstrukturen auf kommunaler Ebene, die die Schulen, die Institutionen und Organisationen der kulturellen Bildung und die interessierten Künstlerinnen und Künstler zusammenbringen und für die notwendige Qualifizierung aller Beteiligten sorgen.

Kultur hat in dieser Landesregierung einen stärkeren Stellenwert als in der letzten. Die Mittel für den Kulturretat werden verdoppelt. Auch das gehört zu den Wahlversprechen, die wir Stück für Stück einlösen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Laschet.

Meine Damen und Herren, der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/878** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP einschließlich des **Entschließungsantrags**

Drucksache 14/1077 der Fraktion der SPD an den **Kulturausschuss** – federführend – und an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** zur Mitberatung. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Kulturausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

8 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften über die Organisation der Polizei

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/929

erste Lesung

Zur Einbringung dieses Gesetzentwurfes erteile ich dem Herrn Innenminister Dr. Wolf das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf setzt die Landesregierung die notwendige Neuausrichtung der Polizei unseres Landes fort. Das Ziel ist die Stärkung der inneren Sicherheit durch eine effizient eingesetzte Polizei. „Mehr fahnden statt verwalten“ ist unser Motto.

Dazu haben wir in der Koalitionsvereinbarung klare Maßnahmen vereinbart. Diese werden konsequent umgesetzt. Wichtig dabei ist: Wir stärken die Polizei da, wo die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sie brauchen, nämlich vor Ort.

Wir wollen und werden die durch unsere Maßnahmen zu erreichenden Synergien nutzen, um mehr operative Kräfte für den Dienst auf der Straße zu gewinnen. Dabei werden wir den berechtigten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Sicherheit gerecht.

Unser Ziel ist es, die Polizei auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren und damit fit zu machen für die Zukunft. Wir konzentrieren uns dazu auf drei Bereiche und setzen die Maßnahmen so weit wie möglich parallel um: Wir bauen unnötige Bürokratie ab durch Veränderungen bei der äußeren Organisation der Polizei, durch Binnenmodernisierung der Polizeibehörden und Intensivierung der

klassischen Polizeiarbeit und durch Abbau unnötiger Verwaltungsarbeit.

Veränderungen sind also kein Selbstzweck, sondern dienen der Verbesserung der objektiven Sicherheit und der Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die geerbte desaströse Haushaltslage des Landes ist allen bekannt. Zusätzliche Stellen für die Polizei sind unrealistisch. Es sind noch über 1.200 kw-Vermerke bei der Polizei zu erbringen. Diese sind Folge der Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit durch Rot und Grün in der letzten Legislaturperiode, wobei allerdings das ursprüngliche Stundenkontingent erhalten bleibt. Dieses Faktum sollten auch diejenigen in der Opposition nicht leugnen, die in Presseverlautbarungen so tun, als ob sie mit dieser Entwicklung nichts zu tun hätten.

Wir stellen uns dieser Herausforderung. Wie erreichen wir nun unser Ziel? Zum einen durch Modifizierung bei der äußeren Organisation der Polizei! Im Koalitionsvertrag haben wir – als Teil der Verwaltungsstrukturreform – dazu klar und unmissverständlich vereinbart, die Polizei aus den Bezirksregierungen als Aufsichtsbehörden herauszulösen und verbleibende Aufgaben auf die Polizeibehörden zu verlagern. Dies betrifft die Dezernate 25 und 26 und damit auch die Autobahnpolizei als operativen Teil.

Der Gesetzentwurf sieht in einem ersten Schritt vor, die Autobahnpolizei aus den Bezirksregierungen herauszulösen und an die fünf Polizeipräsidien Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster anzugliedern. Diese nehmen bereits jetzt ein herausgehobenes Aufgabenspektrum wahr. Sie sind zum Beispiel zuständig bei herausragenden Einsatzlagen wie Geiselnahmen und Entführungen.

Dazu verfügen Sie über Spezialeinheiten wie etwa die Spezialeinsatzkommandos, die mobilen Einsatzkommandos, die Verhandlungsgruppen und die ständigen Stäbe. Bei dieser Anbindung bleibt im Übrigen die regionale Verankerung erhalten, so dass der ganz überwiegende Teil der Autobahnpolizisten im Hinblick auf ihren Behördenstandort gar nicht tangiert wird.

Durch die Verlagerung der Autobahnpolizei zu den fünf großen Präsidien werden die erforderliche Zusammenarbeit bei der Einsatzbewältigung und der Kriminalitätsbekämpfung gestärkt, die Verkehrssicherheitsarbeit optimiert und die Personalentwicklung der Beschäftigten deutlich ver-

bessert. Gerade diesem Bereich messe ich besondere Bedeutung bei, da auch die aktuelle Mitarbeiterbefragung bei den Angehörigen der Autobahnpolizei dort besondere Unzufriedenheit und damit dringenden Handlungsbedarf erkennen lässt.

Vergleichbare Überlegungen gelten auch bei der Zusammenführung der Wasserschutzpolizei mit dem PP Duisburg sowie dem PP Mülheim mit dem PP Essen und dem PP Leverkusen mit dem PP Köln. Die hierzu notwendige Änderung der Rechtsverordnung haben wir ebenfalls zum Gegenstand des Gesetzes gemacht. Wir haben ein Gesamtpaket geschnürt.

Die Reduzierung von Overhead-Personal und Verwaltungskapazitäten dient ausschließlich dem Ziel, operative Kräfte für die Kernaufgaben der Polizei zu gewinnen. Das Fachwissen und die Spezialisierung der Kolleginnen und Kollegen sowohl der Autobahnpolizei als auch der Wasserschutzpolizei bleiben dabei unverändert erhalten. Dies gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen in Mülheim und Leverkusen.

Im Klartext: Es wird in diesem Zusammenhang keine Wache geschlossen und kein Streifenwagen oder Streifenboot weniger eingesetzt. Im Gegenteil. Wir wollen Personal für das Kerngeschäft gewinnen. Mehr Polizei auf der Straße, bei der Strafanzeigenbearbeitung und beim Bezirksdienst vor Ort ist das Ziel. Durch diese Maßnahmen erwarten wir Synergien, und zwar mindestens 145 Personalgewinne für den operativen Bereich. Ich betone nochmals: Wir brauchen jede Stelle für die Kernaufgaben unserer Polizei.

Bei der Umsetzung der Vorhaben berücksichtigen wir selbstverständlich anstehende Großereignisse wie die WM 2006. Die Änderungen sollen daher erst zum 1. Januar 2007 in Kraft treten. Damit haben die Behörden genügend Zeit, um die notwendigen organisatorischen, personellen und technischen Maßnahmen zur Umsetzung zu treffen. In der letzten Woche haben wir mit den beteiligten Behörden gesprochen und sie über den aktuellen Stand des Verfahrens informiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir verbessern aber auch die Binnenstruktur der Polizeibehörden. Dazu habe ich im August letzten Jahres alle Behördenleiterinnen und Behördenleiter aufgefordert, mir Vorschläge zur Binnenmodernisierung ihrer Behörde vorzulegen. Diese Vorschläge sind Ende Oktober eingegangen und in einem dialogischen Verfahren mit den Beteiligten fortentwickelt worden. Noch im Dezember habe ich dazu die ersten Entscheidungen getroffen.

Über diese ist der Innenausschuss bereits schriftlich informiert. Ich gehe davon aus, dass ich noch in diesem Monat über weitergehende Vorschläge abschließend entscheiden kann, die dem Polizeihauptpersonalrat zur Anhörung vorlagen.

Dazu gehört auch ein weiterer Modellversuch mit voraussichtlich vier Landratsbehörden. Die Ergebnisse sind bereits sehr erfreulich. Der Prozess ist aber noch nicht abgeschlossen. Er wird konsequent fortgeführt, um weitere Personalgewinne zu erreichen. Das Ziel dabei ist klar. Ich will die organisatorische Eigenverantwortung der Behörden vor Ort stärken. Diese wissen am besten, wie sie auf die besonderen Herausforderungen zielgerichtet und mit möglichst schonendem Ressourceneinsatz reagieren müssen. Diese Freiheit will ich den Behörden geben, ohne die notwendige behördenübergreifende Zusammenarbeit zu beeinträchtigen. „Leine lassen, ohne die Zügel aus der Hand zu geben“ ist hier mein Motto.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der dritte Reformbaustein ist die Intensivierung der klassischen Polizeiarbeit durch den Abbau von unnötigen Verwaltungsarbeiten bei der Polizei. Wir haben in den jetzt sieben Monaten der Regierungsverantwortung Führung und Steuerung neu ausgerichtet. Dazu wurden unter anderem bereits im Juli die Workshops zur Mitarbeiterbefragung aufgehoben, im September die landesweiten Zielvereinbarungsverfahren abgeschafft und im November die kleinteilige produktbezogene Arbeitszeiterfassung eingestellt. Zudem sind wir dabei, die Kennzahlen im operativen Bereich massiv zu reduzieren. Dadurch können sich die Kollegen der Polizei wieder stärker ihren Kernaufgaben widmen. Sie müssen ihre Arbeitszeit nun nicht mehr minutiös erfassen. Und sie müssen nur noch wenige Kennzahlen erheben.

Mit diesen Maßnahmen in den genannten drei Bereichen haben wir einen Anfang gemacht. Wir erreichen mittelfristig Synergieeffekte beim Personal im vierstelligen Bereich. Damit sind wir in der Lage, die Sicherheit in unserem Lande trotz der Finanzmisere auf hohem Niveau zu gewährleisten.

Sie sehen: Diese Landesregierung handelt entschlossen. Was entscheidungsreif ist, wird schnell entschieden. Alles ist in unser koalitionsäres Gesamtkonzept eingebunden.

Meine Damen und Herren von der Opposition, weil Sie unser Konzept nicht wollen, fahren Sie eine Verhinderungsstrategie und wollen alles beim Alten lassen. Das ist mit dieser Koalition der Erneuerung nicht zu machen. Unser Ziel ist klar: Wir wollen bis zum Ende dieser Legislaturperiode

weniger Bürokratie und schlankere Strukturen. Mit dem bislang Erreichten geben wir uns aber natürlich noch nicht zufrieden. Ich erwarte weitere Synergieeffekte durch freiwillige Kooperationen der Behörden z. B. bei der Fortbildung, bei der Technik und in der Verwaltung. Dazu habe ich die Behörden um weitere Vorschläge gebeten.

Auch im Hinblick auf weitere Organisationsänderungen werde ich konsequent Schritt für Schritt vorgehen. Der Koalitionsvertrag ist dabei weiterhin der Maßstab. Wir sind dabei, die Konzeption für die Verlagerung der bei den Bezirksregierungen verbliebenen Aufgaben parallel zu den Beratungen dieses Gesetzes zu erarbeiten. Das Ganze ist ein auf mehrere Jahre angelegter Veränderungsprozess hin zu einer möglichst effizient aufgestellten Polizei in Nordrhein-Westfalen, hin zu einer Stärkung der Kernaufgaben und zu mehr Bürgernähe.

Dieser Reformprozess wird stringent fortgeführt. Das klare Signal heißt: Nordrhein-Westfalen bewegt und verändert sich, und zwar zum Vorteil seiner Bürgerinnen und Bürger. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Innenminister, für die Einbringung des Gesetzentwurfs. – Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Dr. Rudolph das Wort.

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem Gesetzentwurf heißt es: Die Polizei soll noch effizienter und noch bürgernäher werden. – Wenn man den Gesetzentwurf gelesen und die Rede des Innenministers zur Einbringung dieses Gesetzentwurfs gehört hat, ist das nichts anderes als eine leere Behauptung.

Wenn wir von den Sprechblasen des Wahlkampfes und diesen Bürokratieabbau-Phrasen wegkommen und genauer hineinschauen, was das heißt, dann fällt schon der erste Widerspruch auf: In Ihrem Gesetzentwurf ist die Rede davon, dass Sie 145 Funktionen mit Ihrer etwas unkoordinierten Operation Bürokratieabbau freisetzen wollen. In Ihrer Einbringung reden Sie von 145 Stellen. Offensichtlich ist das nicht das Gleiche. Deswegen bitte ich Sie um Erläuterung, ob es sich eigentlich um 145 Funktionen handelt, die Sie erreichen wollen, oder um 145 Stellen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Wenn man in die Materie näher einsteigt, stellt man fest, dass, wenn wir über Polizeireform, Neuordnung von Polizeiführung und Polizeiverwaltung sprechen, jenseits der Sprechblasen, die Sie immer benutzen, überhaupt nicht klar ist, wo eigentlich Ihre qualitativen Maßstäbe für diese Neuordnung und Reform liegen. Dazu hätten wir gerne Aussagen. Das macht es uns auch so schwer, mitzudiskutieren. Wir finden keine richtig sachlich strategische Ebene mit Ihnen, weil Sie entweder in den Wolken schweben oder operatives Chaos anrichten.

Das heißt, wenn wir ernsthaft über dieses Thema reden wollen, müssen wir uns verständigen: Wie müssen Qualität und Professionalität der Polizeiarbeit verbessert werden? Wie schafft man Prozesseffizienz? Wie ist die Wirtschaftlichkeit darzustellen? Was ist der Umsetzungsaufwand von bestimmten Aktivitäten, die wir vielleicht auch gemeinsam machen wollen? Gibt es eigentlich eine ausgewogene Leistungsfähigkeit der Polizeibehörden, oder wird die Schere immer größer?

Und was ist mit der Mitarbeiterakzeptanz? Was diese angeht – das haben wir bei den Heiligen Drei Königen und beim Neujahrsempfang der CDU gesehen –: Die Mitarbeiterakzeptanz ist offensichtlich durch Ihre Maßnahmen nicht gesichert. Denn es ist schon ein Rekord an Demonstrationsschnelligkeit von Polizeibeamten. Die haben auch schon gegen uns demonstriert; das wissen Sie. Sie waren ja dabei, an vorderster Stelle, um uns da zu beschimpfen, und mussten fast vom Rednerpult weggedrängt werden.

Es ist schon ein neuer Rekord, dass eine CDU-geführte Landesregierung als Erstes Demonstrationen der Polizisten bekommt. Um Ihnen das aus sozialdemokratischer Sicht zu erläutern: Das wäre so, als würde der Vertrauenskörper der IG Metall in den nordrhein-westfälischen Stahlwerken demonstrieren, wenn eine sozialdemokratisch geführte Regierung gerade mal sechs Monate im Amt ist.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das Problem haben Sie ja nicht!)

– Das muss Ihnen doch einmal zu denken geben, wie das eigentlich kommt. Dann lernen Sie vielleicht auch: Es reicht nicht aus, nur zu reden und zu handeln. Sie müssen auf die Menschen hören. Sie können eine Reform nur dann erfolgreich machen, wenn Sie die Menschen mitnehmen. Bei der Polizei gelingt Ihnen das offensichtlich nicht.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Offensichtlich ist es auch Ihnen nicht gelungen! Sie sind doch gerade abgewählt worden, gerade nach Hause geschickt worden!)

– Sie tun ja gerade alles dafür, dass wir wiederkommen, Herr Kollege Papke. Sie haben mir gezeigt, welche ungeahnten Möglichkeiten ich in der Oppositionsarbeit finde.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie haben Sorgen!)

Zusammen mit der Polizei gegen eine Landesregierung zu demonstrieren, habe ich in meinem ganzen Leben noch nicht gemacht. Das ist eine Umstellung für mich.

Sie fangen bei der Polizeireform mit der Autobahnpolizei an. Auch das erscheint mir nicht logisch. Denn wir haben doch gelernt, dass die Autobahnpolizei der spezialisierte Bereich der Polizei ist, der mit dem geringsten Verwaltungsaufwand zu tun hat. Da beginnen Sie. Das ist unlogisch.

Logisch ist – das haben Sie ja ein bisschen offen gedeckt –: Sie beginnen mit dem Herausbrechen der Autobahnpolizei aus den Bezirksregierungen das große Ausschachten der Regierungspräsidien, das große Ausschachten der Bezirksregierungen. Wenn Sie die ausschachten und abschaffen, dann müssen Sie uns auch einmal erklären, wie man mit einem zweistufigen Aufbau Behörden führen will, wenn es davon immer noch über 40 gibt. Auch das ist nicht logisch.

Zur Wasserschutzpolizei sage ich: Es ist registriert worden, dass die mit teuren Steuermitteln renovierte Leitstelle der Wasserschutzpolizei in Duisburg klammheimlich vonseiten der Landesregierung eingeweiht worden ist. Während sonst für jede 10.000 € ein Minister etwas einweiht, haben wir hier registriert: Das war in diesem Fall nicht so. Und das hatte auch seinen guten Grund. Sie hätten bei der Einweihung nämlich gar nicht erklären können, warum Sie eine mit teurem Geld modernisierte Leitwache aufrüsten, die Sie anschließend vielleicht gar nicht mehr brauchen, wenn Sie die Wasserschutzpolizei ins PP Duisburg geben.

Der nächste Punkt – das ist meiner Meinung nach das stärkere Stück – betrifft die Frage, wie man mit der Struktur von Polizeipräsidien umgeht. Da sind wir beim Thema Angliederung von Polizeipräsidien an andere Polizeipräsidien. Ich habe immer gedacht: Organisationspolitik hat vor allen Dingen einem Grundsatz zu folgen. Das Prinzip lautet: von der Aufgabe, die zu bewältigen ist, zur Organisation.

Dieses Prinzip gilt nicht, wenn Sie Leverkusen an Köln hängen oder Mülheim woanders dranhängen, demnächst vielleicht Krefeld oder auch Recklinghausen an Gelsenkirchen beziehungsweise Gelsenkirchen an Recklinghausen. Da gilt nicht das Prinzip „von der Aufgabe zur Organisation“, sondern da gilt das Prinzip „vom Pensionsalter des Polizeipräsidenten zur Organisation“.

(Beifall von der SPD)

Sie machen hier eine Polizeireform nach Gelegenheiten. Die Polizeipräsidenten, die einen älteren Präsidenten oder eine ältere Präsidentin haben, die müssen um ihren Fortbestand bangen. Herr Minister, das ist alles andere als eine qualitativ hoch stehende Verwaltungsreform.

Ich komme zum Schluss. Sie haben Ihre angeblichen Leistungen und das breit dargestellt, was Sie der Polizei zugute kommen lassen wollen: In der Landespolitik gibt es kaum einen Bereich, in denen die Versprechen der Koalitionsparteien so rasch und rücksichtslos gebrochen wurden wie beim Thema innere Sicherheit und Polizei. Das ist wirklich atemberaubend.

(Beifall von der SPD)

Sie haben auf der Demonstration, auf der Sie geredet haben, noch die sozialdemokratische Landesregierung beschimpft – Sie und Herr Rüttgers –, wir würden den Beamten Sonderopfer bei der Kürzung des Weihnachtsgeldes abverlangen. Und was machen Sie? Ein noch größeres Sonderopfer, Sie gehen noch einmal runter! Sie haben das vergessen.

Sie haben versprochen: Bei allem Sparen ist die innere Sicherheit vor der Klammer. Sie räumen jetzt Stück für Stück ein: Bei der Polizei wird gespart, gekürzt und werden Stellen abgebaut. 1,5 % müssen Sie in der Verwaltung erbringen.

Sehr geehrter Herr Minister, wenn Sie in der Verwaltung Stellen abbauen, werden Sie demnächst Polizeibeamte, die eigentlich fahnden sollen, wieder über Verwaltungsaufgaben sitzen haben, weil Sie das ohne Aufgabenkritik machen. Mit anderen Worten: Sie kehren Ihr Prinzip „Fahnden statt Verwalten“ um, weil Sie als schwacher Innenminister zugelassen haben, dass Sie auch mit 1,5 % Stellenkürzungen betroffen sind.

Deswegen – damit komme ich zum Schluss – wird Ihrer Regierung in diesem Politikbereich der Spruch anhängen: Die Regierung Rüttgers sagt gerade in punkto innere Sicherheit und Polizei nicht, was sie tut, und sie tut nicht, was sie sagt. Manchmal glaube ich, Sie wissen nicht, was Sie

tun, und Sie sagen nicht, was Sie machen. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Lohn, CDU-Fraktion, das Wort.

Werner Lohn (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich direkt das letzte Wort von Herrn Dr. Rudolph aufgreifen. Sie haben gesagt, die neue Regierung tut nicht, was sie sagt. Sie haben in Ihrer Regierungszeit viel gesagt, aber nichts getan. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Das Thema Polizeireform wird seit Jahren diskutiert. Es wird überwiegend kontrovers diskutiert – und das nicht nur hier im Landtag. Umgesetzt wurde in der letzten und in der vorausgegangenen Legislaturperiode relativ wenig

(Minister Dr. Ingo Wolf: Nichts!)

bis gar nichts. Heute bringt die neue Landesregierung einen Gesetzentwurf ein, mit dem erstmals konkrete Schritte zur Verbesserung und Verschlinkung der Polizeibehördenstruktur umgesetzt werden sollen. Das unterscheidet die heutige Aussprache ganz wesentlich von den vielen Aussprachen der Vergangenheit, in denen es bloß um Diskussionen ging, aber nicht um Taten.

Der Innenminister a. D., Herr Dr. Behrens, hat noch vor einem Jahr – genau am 26. Januar – unter der Überschrift „Wort gehalten“ betont, dass er es nicht geschafft hat oder nicht gewollt habe, in der alten Wahlperiode einen Vorschlag zur Änderung der Polizeistrukturen vorzulegen. Was das mit „Wort gehalten“ zu tun hat, verstehe ich bis heute nicht. Obwohl landauf, landab bekannt ist und war, dass nach den verkorksten Reformen der 90er-Jahre dringender Handlungsbedarf im Bereich der Polizei besteht, ist keine einzige Reformdiskussion der alten Regierung in die Nähe der Umsetzung gelangt.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wir machen es halt gründlich!)

– Übrig geblieben aus Ihrer Regierungszeit, Frau Düker – da haben Sie auch mitgewirkt – ist der Bericht der Scheu-Kommission.

(Monika Düker [GRÜNE]: Gründlich vor schnell!)

Dieser Bericht der Scheu-Kommission enthält wichtige Fakten zur richtigen Beurteilung der La-

ge; das ist unumstritten. Es ist bekannt, dass er die Forderung nach 16 Großpräsidien enthält. Weniger bekannt ist, was bisher auch weniger in der öffentlichen Diskussion berücksichtigt wurde, eine Aussage, die Scheu zum Ende der rot-grünen Regierungszeit formuliert hat. Er schreibt:

Die Realisierung umfassender Reformen ist nicht gelungen und weit hinter den Reformabsichten der 90er-Jahre zurückgeblieben.

Das ist das Fazit von Scheu bezüglich Ihrer Reformtätigkeit.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das war alles auf den Weg gebracht!)

Ich finde, das ist von ziemlich neutraler Stelle ein wahrlich vernichtendes Urteil zu rot-grüner Reformpolitik im Bereich der Polizei.

(Ralf Jäger [SPD]: Was machen Sie denn jetzt? Jetzt fangen Sie mal an! – Dr. Karsten Rudolph [SPD]: Das war gestern, jetzt ist heute!)

Die neue Landesregierung aus CDU und FDP – das konnten Sie eben schon den Ausführungen des Ministers entnehmen – setzt das Motto „Mehr fahnden statt verwalten“ tatkräftig um – und das nicht erst nach fünf oder zehn Jahren, sondern nach gut einem halben Jahr.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das ist doch nur eine Überschrift!)

– Warten Sie ab. Sie bekommen gleich noch Gelegenheit, Frau Düker. – Der Reformstillstand von Rot-Grün – ich erinnere mich an die Worte von Dr. Rudolph am 13. Juli, als er hier die Befürchtung äußerte, bei der Polizei würde der Reformstillstand von Rot-Grün fortgeführt – ist durch die neue Regierung in kürzester Zeit beendet worden.

(Dr. Karsten Rudolph [SPD]: Da haben Sie mich bestimmt missverstanden!)

Dadurch, dass die neue Regierung jetzt diesen Gesetzentwurf vorlegt, werden zügig und zusätzlich die ersten 145 Stellen für den bürgernahen Einsatz der Polizei auf der Straße und in den Kommissariaten freigesetzt. Diese Stellen sind dringend nötig, denn erinnern Sie sich: Durch den Personalabbau der Vorgängerregierung – allein von 1998 bis heute gut 3.000 Stellen – und viel zu geringe Einstellungszahlen ist die Personaldecke im operativen Dienst der Polizei beängstigend dünn geworden. Teilweise mussten sogar die Mindeststärken in den Dienststellen herabgesetzt werden. Im Gegenzug wurden Führungs- und

Verwaltungsbereiche gleichzeitig unverhältnismäßig aufgebläht.

Kommen wir zu den Realitäten, Sie fordern es: Gern hätten wir das durch Erhöhung der Einstellungszahlen geändert, doch Ihre Hinterlassenschaft von 110 Milliarden € Schulden und 5 Milliarden € Zinszahlungen jedes Jahr nimmt uns jeden Handlungsspielraum. Die nötigen Einstellungen bei der Polizei können mangels Masse, mangels Geldes, leider Gottes nicht vorgenommen werden. Dafür sind in erster Linie Sie verantwortlich.

Darüber hinaus kritisieren Sie den Personalabbau bei der Polizei; 1,5 % der Stellen im Bereich der Verwaltung sollen abgebaut werden. Da müssten wir eigentlich einer Meinung sein, denn die Verwaltungstätigkeit der Polizei kann gefahrlos reduziert werden. Wichtig ist, dass der operative Bereich gestärkt wird.

Aber Sie vergessen, dass wir 1.400 kw-Stellen von Ihnen übernommen haben. Sie, die alte Landesregierung, war es, die beschlossen hat, im Jahr 2006 1.400 Stellen bei der Polizei zu streichen. Leider sehen wir keine Möglichkeit, von diesen eingerechneten Stellenstreichungen Abstand zu nehmen, weil der Handlungsspielraum – wie gesagt – fehlt. Wenn wir trotzdem den bürgernahen Dienst der Polizei stärken wollen – Sie können sicher sein, das werden CDU und FDP schaffen –, dann geht das nur mit Synergieeffekten, die durch Organisationsänderungen herbeigeführt werden müssen. Genau das wird jetzt vorgeschlagen.

Immer dann, wenn es konkret wird – ich finde, der Vorschlag ist sehr konkret, der Minister hat die Inhalte dargestellt, es geht im Wesentlichen um die Angliederung von zwei kleineren Präsidien an größere Nachbarbehörden, die Angliederung des Wasserschutzpolizeipräsidiums an Duisburg und die Herauslösung der Polizeiautobahnabteilungen aus den Bezirksregierungen –, ist es ganz normal, dass die Vorschläge und Absichten so konkret und sichtbar werden, dass sich die Betroffenen zu Wort melden. Das ist normal, und das ist auch gut so.

Deswegen werden wir als neue Regierungsfractionen und auch wir als CDU-Fraktion im Gesetzgebungsverfahren und auch bei der Umsetzung ab dem 1. Januar 2007 darauf achten, dass erstens Spezialisierungen, zweitens die Professionalität und drittens die Bürgernähe der betroffenen Polizeibereiche nicht nur nicht geschwächt, sondern möglichst noch gesteigert werden.

Dass Sie, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Opposition, heute dagegen protestieren, gehört anscheinend zum Ritual. Eigentlich müssten Sie, genauso wie wir als CDU, diesen notwendigen Reformen grundsätzlich zustimmen können. Denn – wenn Sie sich an Scheu erinnern – einiges von dem wurde in ähnlicher Form auch von Scheu vorgeschlagen, was von Ihnen vehement verteidigt und vorgetragen wurde.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich den Bogen etwas weiter spannen. Organisationsänderungen sind – egal in welcher Verwaltung – nie leicht. Bei der Polizei fallen sie besonders schwer, auch was die Mitarbeiterakzeptanz angeht, weil die Polizei bis heute unter Ihren Reformversuchen und -vorhaben leidet.

(Ralf Jäger [SPD]: An den demonstrierenden Polizisten sind wir schuld?!)

– Das können Sie dann machen, wenn Sie wollen, Herr Jäger.

Vielleicht noch ein Bonbon für Herrn Dr. Rudolph, von dem ich weiß, dass er Historiker ist. Mit der Frage von Organisationsänderungen hat man sich auch schon früher beschäftigt. Ich darf zitieren:

„Wir übten mit aller Macht, aber immer, wenn wir begannen, zusammengeschweißt zu werden, wurden wir umorganisiert. Ich habe später gelernt, dass wir oft versuchten, neuen Verhältnissen durch Umorganisation zu begegnen. Das ist eine phantastische Methode. Sie erzeugt die Illusion des Fortschritts, wobei sie gleichzeitig Verwirrung schafft, die Effektivität vermindert und demoralisierend wirkt.“

Das hat Gajus Petronius, ein römischer Offizier aus Köln, circa 100 nach Christus gesagt. Dieses Zitat, Herr Dr. Rudolph – das können Sie nicht wissen –, wurde nach den missratenen Organisationen der 90er-Jahre in den Rundlauf der Polizei Nordrhein-Westfalens gegeben.

Ich fordere Sie alle auf: Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass wir diesen alten römischen Offizier Lügen strafen und eine Reform der Polizei auf den Weg bringen, die zum Wohle der Bürger, zum Wohle der Mitarbeiter und zum Wohl des ganzen Landes ist. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Für die Fraktion der Grünen hat Frau Abgeordnete Düker das Wort. Bitte schön.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Lohn, zu Ihrem Zitat am Schluss: Ich glaube, Herr Dr. Rudolph ist eher Spezialist in neuerer Geschichte und nicht so sehr in alter Geschichte. – Wie wir alle wissen, ächzte das Römische Reich besonders unter der Last des Beamtenapparats. Vielleicht hätten wir heute noch ein Römisches Reich, wenn die das damals auf die Reihe gekriegt hätten, ihre aufgeblähte Bürokratie und ihren Beamtenapparat zu reformieren. Viele Historiker sagen, das ist auch ein Grund für den Untergang des Römischen Reiches.

Genau das hatten wir vor, Herr Lohn, und genau das machen Sie nicht. Denn wenn Sie sagen, bei uns gab es einen Reformstau, den Sie auflösen, haben Sie irgendwie eine Fehlwahrnehmung. Wir haben Reformen eingeleitet. Wir haben in der letzten Legislaturperiode hier in diesem Landtag mit Zustimmung von FDP, SPD und Grünen die Landesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf, an klaren Eckpunkten orientiert, in den Landtag einzubringen. Während der letzten Legislaturperiode hat diese Landesregierung, hat das Innenministerium angefangen zu arbeiten, um diese Reform auf den Weg zu bringen, die Sie jetzt als Erstes gestoppt haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben also nicht den Reformstau aufgelöst, sondern das Gesamtkonzept, was wir vorhatten, erst einmal gestoppt. Um die ersten 222 Tage des Innenministers zu beschreiben, ist eigentlich nur die Überschrift sinnvoll „Chaos statt Konzept, Flickschusterei statt Gesamtreform“. Der nun vorliegende Gesetzentwurf dokumentiert doch nur die Hilflosigkeit dieser Regierung, gegen die Interessen der CDU, gegen die Interessen der Landräte ein vernünftiges Gesamtkonzept für die Polizei auf den Tisch zu legen. Das ist die Dokumentation der Hilflosigkeit, Herr Minister, zum Schaden für unsere innere Sicherheit.

Schauen wir uns die einzelnen Bereiche an, die Sie sich vorgenommen haben!

Bezirksregierungsebene: Richtig, wir haben damals gesagt, bei einer Gesamtreform können wir von einer Dreiteilung bei den Polizeistrukturen zu einer Zweiteilung kommen, und die Ebene der Bezirksregierung kann für die Polizei wegfallen – unter der Voraussetzung ausreichend großer, leistungstarker Behörden auf der unteren Ebene.

Da dürfen Sie nicht ran, weil die Landräte Ihnen das verboten haben; da gilt so eine Art Artenschutzabkommen mit der CDU, sodass Sie jetzt sagen: Na ja, die Bezirksregierung ist ja staatlich;

wir schreiben in den Koalitionsvertrag, die kann wegfallen; das finden wir richtig.

Was tun Sie aber jetzt? Sie gliedern aus den Bezirksregierungen nur die Autobahnpolizei aus. Was ist mit den Dezernaten 25 und 26? Warum verlagern Sie diese nicht? Sie tun es nicht, weil Sie es nicht können. Ihre Fachleute im Haus sagen Ihnen, dass die Führungsspanne viel zu groß ist, um diese Aufgaben ins Innenministerium zu verlagern. Das heißt, wir haben ein bisschen Bezirksregierung weniger. Die Autobahnpolizei wird ausgegliedert. Theoretisch sehe ich das genauso, dass die Autobahnpolizei nicht zwangsläufig zur Bezirksregierung gehören muss.

Wenn wir aber wirklich schlankere, effizientere Strukturen wollen, müssen wir für die gesamte Bezirksregierungsebene überlegen, wie wir von der Drei- zu einer Zweiteilung kommen. Jetzt machen Sie irgendwie Halbe-Halbe, und ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, wo da die Synergieeffekte sein sollen. Denn gerade der Anteil der Innendienststellen ist bei der Autobahnpolizei nachgewiesenermaßen – für Köln habe ich eine Berechnung vorliegen: 9,4 % – im Vergleich zu anderen Kreispolizeibehörden gering.

Warum nehmen Sie sich nicht die Bereiche vor, in denen wirklich die Synergieeffekte stecken, in denen der Overhead am größten ist? In den Landratsbehörden geht der Anteil zum Teil bis 25 % hoch. Da liegen die Synergieeffekte und nicht in dem Bereich, den Sie sich vornehmen. Sie gehen den Weg des geringsten Widerstands und nicht den Weg des Konzepts.

Nehmen wir uns den nächsten Bereich vor: das Thema „große und kleine Behörden“. In Ihrer Presseerklärung vom 13. Dezember sagen Sie richtigerweise: „Eine größere Polizeibehörde könne zudem ihre Aufgaben mit eigenen Kräften besser und schneller bewältigen als eine kleine.“

Richtig, aber warum tun Sie es dann nicht? Warum schaffen Sie diese leistungsfähigen Behörden nicht? Sie nehmen sich Köln vor – die größte Behörde im Land. Köln hat 1 Million Einwohner, und die Behörde hat 3.500 Beschäftigte. Dann packen Sie auf die größte Behörde, die wir haben, noch eine drauf. Ein paar Kilometer entfernt ist Olpe mit weniger als 200 Mitarbeitern für 140.000 Einwohner zuständig, wo gar nichts passiert. Was sind es denn nun: große oder kleine Behörden?

Der Widerspruch wurde auch offenkundig, als der Ministerpräsident – ich war sehr erstaunt, dass er dort war – beim Bundeskongress des Beamtenbundes in Köln in seiner Rede zu den beabsichtigten Strukturveränderungen in der Verwaltung sag-

te: Bei der Polizei setzen wir auf Bürgernähe. Das heißt, wir brauchen kleine Behörden, denn diese stehen für Bürgernähe. – Das sagte der Ministerpräsident.

Also, wollen Sie kleine oder große Behörden, Herr Wolf? – Beides geht nun einmal nicht. Wenn das eine gelten soll, dann müssen Sie sich durchsetzen. Offensichtlich gibt es dazu auch innerhalb der Regierung völlig unterschiedliche Ansätze.

Ich frage mich, Herr Minister, was als Nächstes kommt. Was diese Reform der kleinen Schritte, diese Salamiaktik – hier noch ein bisschen, da noch ein bisschen – auslöst, ist doch eigentlich nur eine große Verunsicherung im Land. Ich glaube, noch keine Landesregierung hat innerhalb so kurzer Zeit so viel Verunsicherung – diese spüre ich in vielen Gesprächen – und solch eine Desorientierung bei den Polizeibeamtinnen und -beamten verursacht. Keine Regierung zuvor hat diese Struktur so durcheinander gebracht und so verunsichert, wie Sie es in diesen 200 Tagen geschafft haben.

Hinzu kommt Ihre etwas konzeptlose Herangehensweise, was die Binnenstruktur angeht. Wir bekommen eine Information in den Innenausschuss: Der Minister hat – man höre und staune – fünf neue Modellbehörden gefunden; Sie haben es in Ihrer Rede auch angeführt. – Diese sollen ähnlich wie die schon bestehenden Modellbehörden Aachen und Köln neue Binnenstrukturen ausprobieren.

Wozu haben wir das mit den beiden Behörden gemacht? – Wir haben uns Aachen wegen des dazugehörigen kreisangehörigen Raums und Köln als klassische Großstadtbehörde ausgesucht, um neue Binnenstrukturmodelle zu erproben. Warum werten wir das nicht aus und sagen, was gut beziehungsweise schlecht war? Dann könnte man diese Binnenstruktur auf alle Behörden übertragen.

Nein, Sie schaffen parallel dazu fünf neue Modellbehörden. Sie machen überall ein bisschen und hier und da noch ein Modell. So entsteht in der Polizei ein Flickenteppich von unterschiedlichsten Behörden, die unterschiedlichste Aufgaben, unterschiedlichste Strukturen und unterschiedlichste Größen haben. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir in der Polizei brauchen, nämlich möglichst gleich große Organisationseinheiten mit gleichem Aufgabenzuschnitt, die dann synergetisch arbeiten können.

Wir werden auf jeden Fall auf eine Anhörung drängen, um genau diese Fragen differenziert zu lösen. Ich kann für meine Fraktion sagen, dass wir

diese Politik der Flickschusterei nicht mitmachen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Engel, FDP-Fraktion, das Wort.

Horst Engel^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal an die Vertreter der Opposition wenden. Herr Dr. Rudolph, Frau Düker, kann es sein, dass Sie den Hintergrund, vor dem wir hier heute diskutieren und das Polizeiorganisationsgesetz ändern wollen, völlig aus den Augen verloren haben? Kann das sein?

Wir haben im Jahr 2002 bei steigender Kriminalitätsrate – wir haben 20 Jahre betrachtet – mit 1.533.000 Straftaten den Höchststand verzeichnet; das haben wir hier diskutiert. Dann haben wir uns gefragt, woran das liegen kann. Bei der Analyse sind wir auf Ihre Reform von 1993/1994 gestoßen. Sie haben da 56 Behörden gemacht – 29 Landräte, 21 Polizeipräsidenten plus Einrichtungen.

Dann haben Sie noch einen draufgesetzt. Denn Sie haben neben diesen Behörden auch noch 183 Polizeiinspektionen geschaffen, quasi als verkleinertes Abbild dieser 56 Behörden. Wir würden sie heute als Spiegelreferate wie in der Staatskanzlei bezeichnen.

Jede einzelne Behörde hatte eine eigene Abteilung Verwaltung, und diese 183 PIs hatten ebenfalls einen kleinen Anteil an der Verwaltungs- und Führungsbürokratie.

(Ralf Jäger [SPD]: Waren die auch im ländlichen Raum?)

– Das war auch im ländlichen Raum so. Heute haben wir rund 120 PIs, und es werden täglich weniger, weil man ohne Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes schon erkannt hat, dass das so nicht geht.

(Ralf Jäger [SPD]: Was machen Sie jetzt?)

Als wir diesen Plenarantrag im Oktober 2003 hier beraten haben, hatte ich den Eindruck, dass bei Ihnen der Grundsatz „Mehr verwalten, weniger fahnden“ galt. Genau das drehen wir um.

(Ralf Jäger [SPD]: Deshalb haben Sie auch zugestimmt!)

Wir haben Sie hier plenar aufgefordert, als Sie die Instrumente der Macht in der Hand hatten: Ma-

chen Sie aus dem Konzept unseres Plenarantrages – man muss die Reihenfolge beachten – eine Initiative! – Ihre Antwort war: Wir richten eine Kommission ein.

Danach hatten wir eine Landtagswahl. Ich sage es Ihnen: Auch wegen der hohen Kriminalitäts- und schlechten Aufklärungsquoten und Ihrer Reaktion, erst eine Kommission einrichten zu wollen, sind Sie abgewählt worden.

(Ralf Jäger [SPD]: Ach so!)

Ein weiterer Wegpunkt, der die Polizeiorganisation an der Stelle markiert, ist der Koalitionsvertrag. Schauen Sie hinein! Schauen Sie in unseren Plenarantrag von 2003, Herr Dr. Rudolph und Frau Düker. Da sind die Antworten enthalten. Da steht, was wir machen. Wir kommen zu einer aufgabenorientierten Aufstellung – das zu Ihrer Frage, Herr Rudolph, nach dem Organisationskonzept.

Wir werden weniger Behörden haben. Wir haben Ihnen doch vorgeworfen, dass dieses Land mehr Kreispolizeibehörden als alle 15 Bundesländer insgesamt hat, und das vor dem Hintergrund einer Kriminalitätsrate asymmetrischer Bedrohung, internationaler Kriminalität usw.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Engel, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Düker zu?

Horst Engel^{*)} (FDP): Bitte.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Herr Kollege Engel, Sie haben eben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir zurzeit mehr Kreispolizeibehörden als alle anderen Bundesländer zusammen haben. Ist Ihnen bewusst, dass Sie mit diesem Polizeiorganisationsgesetz – falls Sie es so umsetzen – immer noch mehr Kreisbehörden in Nordrhein-Westfalen als alle anderen Bundesländer zusammen haben? Haben Sie einmal nachgezählt?

Horst Engel^{*)} (FDP): Das ist völlig richtig. Es gibt in Nordrhein-Westfalen immer noch mehr Kreispolizeibehörden als in allen anderen 15 Bundesländern zusammen. Herr Dr. Wolf hat aber klar gesagt, dass das ein Organisationsprozess über mehrere Jahre ist. Das kann man nicht von jetzt auf gleich ändern. Sie waren 39 Jahre lang in der Regierung und haben in den Jahren 1993 und 1994 genau diese Organisation gemacht, die 2.000 Mann auf die Straße bringen sollte, was Sie jedoch nicht geschafft haben.

(Monika Düker [GRÜNE]: Natürlich haben wir das geschafft!)

Sie hatten auch nicht die Kraft, die Vorschläge der Scheu-Kommission umzusetzen. Wir haben am 11. Januar 2005 im Plenum darüber diskutiert. In dieser Debatte haben wir genau diese Argumente geliefert, leider vergeblich. Jetzt setzen wir das um. Diese Regierung gibt nun Gas.

Es handelt sich, Herr Dr. Rudolph, überhaupt nicht um das Ausschlichten einer Bezirksregierung. Die Autobahnpolizei als operativer Teil hat in einer Aufsichtsbehörde, in einer Mittelinstanz nichts zu suchen. Man kann das anders machen, aber von der reinen Organisationslehre her nicht. Dort wird jetzt eine Veränderung stattfinden. Da lagen wir auch gar nicht auseinander.

Ihre Frage nach den Dezernaten 25 und 26, die aufgelöst werden sollen, wird auch völlig klar beantwortet. Diese Regierung ist – Frau Düker hat nachgezählt – 222 Tage im Amt. Das ist ein Riesentempo!

Was die Demonstrationen angeht – die GdP, DPoIG und BdK haben an verschiedenen Tagen demonstriert –, sollten Sie nicht die Ursache überhören. Die Ursache hatte nichts mit den Organisationsveränderungen zu tun. Diesbezüglich wird uns gesagt, dass sie zwar an der einen oder anderen Stelle eine andere Auffassung haben, aber sie gehen mit. Die Ursache ist etwas anderes gewesen,

(Zuruf von der SPD: Konzeptlosigkeit!)

nämlich das Weihnachtsgeld. Wir haben versucht, den Innenminister mit diesen Organisationsveränderungen so stark aufzustellen, damit wir die Stellenäquivalente aus dem Haushalt des Innenministeriums bringen können, um den anderen Teil zu erhalten. Das war unser Ziel. Nun gibt es jedoch eine Koalitionsregierung, was bedeutet, dass man sich im Kabinett zusammenraufen muss. Das wissen Sie viel besser als wir; Sie haben ja viel mehr Erfahrung. Da kann man das Wünschbare nicht immer realisieren. Es kommt also nur das Machbare heraus. Das ist der erste Schritt. Die Wasserschutzpolizei und die Polizeipräsidien Leverkusen und Mülheim gehören dazu.

Auch das ist für Leverkusen keine totale Neuigkeit. Die Scheu-Kommission hatte dort ein bergisches Präsidium vorgesehen, was sicherlich Charme hätte. Mülheim wurde von allen als Direktion in Essen gesehen. Auch da gibt es also keine große Aufgeregtheit. Wir fangen jetzt mit der Autobahn an, wir machen das mit den Polizeipräsidien Leverkusen und Mülheim und dann kommen die nächsten Schritte.

Ich lade Sie ein, Frau Düker, sich mit uns an die Spitze einer Bewegung zu setzen, die aus dem Satz – es wird gesagt, dieser Spruch oder Slogan sei nur warme Luft – „Mehr fahnden, weniger verwalten“ Realität macht. Das muss es sein. Das können Sie auf alle anderen Politikfelder, für die das Land verantwortlich ist, übertragen, zum Beispiel „Weniger Verwaltung, mehr Forschung“. Wir sind überreguliert. Wir haben 3.000 Stellen ausgerechnet. Die Scheu-Kommission hat 2.100 Stellen plus 300 Stellen in der Verwaltung ausgerechnet. Wenn Sie das mit den Vollkosten, weil dieser Apparat technisch so ausgestattet sein muss, in Höhe von 80.000 € multiplizieren, dann reden wir, wenn wir von 3.000 Stellen ausgehen, von fast einer halben Milliarden Euro für Polizeiverwaltung. Das kann sich kein Mensch erlauben. Dieses Geld gehört zu einem sehr großen Teil in den operativen Bereich. Da müssen das Geld und die Stellen ankommen. Das müssen auch Beamtinnen und Beamte sein. Dann werden wir in der Lage sein, die Kriminalitätsbekämpfung in den Griff zu bekommen und bessere Aufklärungsquoten zu erreichen. Das ist das Motiv. Die Gründe dafür habe ich genannt. Ich freue mich auf die Diskussion bei der Expertenanhörung und im Fachausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ich möchte einige Antworten geben, aber zunächst eines klarstellen: Wenn sich zehn Jahre lang in einer rot-grünen Landesregierung nichts getan hat und wir schaffen es innerhalb von wenigen Monaten, etwas vorzulegen, was die Reform voranbringt, dann kann sich das sicherlich sehen lassen.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Der Bürokratieabbau, der von Herrn Rudolph nachgefragt wurde, liegt, von semantischen Übungen abgesehen, in – so habe ich es formuliert – Personalgewinnen für den operativen Bereich. Dahinter stehen Menschen, Stellen. Das heißt, es geht konkret darum, dass jemand, der bisher stärker im bürokratischen Bereich eingesetzt wird, für die Arbeit in Ermittlungskommissariaten, im Wach- und Wechseldienst oder in Bezirksdiensten freigesetzt wird. Da braucht man nichts zu filibustern.

Was die Bürokratie angeht, Frau Kollegin Düker, habe ich gemerkt, dass es ein diametral unterschiedliches Verständnis von Freiheit gibt. Wir geben mehr Freiheit für Organisationen. Genau

das ist die Botschaft, über die wir heute – ich habe das noch gut im Ohr – auch bei dem Thema Schule diskutiert haben. Wir diskutieren dieses Thema auch bei dem Thema Hochschulen. Ich finde, dass wir bei der Frage der Organisation den unmittelbar Beteiligten viel mehr zutrauen müssen. Wichtig ist – das habe ich in meiner Rede auch gesagt; möglicherweise haben Sie das nicht gehört –, dass die Vergleichbarkeit der Behörden selbstverständlich gewahrt bleiben muss. Das bedeutet jedoch nicht, dass alle den gleichen Aufbau haben müssen. Es funktioniert trotzdem. Es war noch nie alles gleich. Eine kleine Landratsbehörde hatte eine Inspektion und eine Großstadtbehörde hat sehr viele Inspektionen. Das hat es immer schon gegeben. Deswegen liegt darin kein großer Neuigkeitswert.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, die vereinbarte Redezeit der Landesregierung ist zu Ende.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ich werde, mit Ihrem Einverständnis, Herr Präsident, noch einige Fragen beantworten.

Herr Rudolph, wenn ich hier großes Wortgeklingel aufgesetzt hätte, Prozesseffizienz, Wirtschaftlichkeit, Umsetzungsaufwand, dann hätten Sie sicherlich einen anderen Kritikpunkt gefunden. Es ist doch völlig klar, dass das, was wir machen – das habe ich deutlich gesagt –, kein Selbstzweck ist, sondern genau den Zielen dient, die Sie beschrieben haben. Wir wollen die Polizei effizienter aufstellen.

Dass dabei die Mitarbeiterakzeptanz unterschiedlich ausgeprägt ist, das ist auch klar. Deswegen ist es unsere gemeinsame Aufgabe, deutlich zu machen, dass von diesen Reformanstrengungen, die wir jetzt unternehmen, in aller Regel nur ein relativ kleiner Teil betroffen sein wird, während der Großteil der Kolleginnen und Kollegen in der Polizei weiter dort eingesetzt ist, wo er auch vorher gewesen ist. Von daher sollten wir gemeinsam daran arbeiten, dass sich das auch entsprechend deutlich übersetzt.

Hier ist ferner die Diskussion über die Autobahnpolizei aufgekommen. Es ist doch völlig klar, dass das ein erster Schritt ist. Ich habe ja deutlich gesagt, dass wir parallel daran arbeiten, auch die restlichen Aufgaben – Dezernat 25 und 26 – aus der Bezirksregierung herauszulösen. Nur ist es doch wie folgt – das ist von meinen Vorrednern von FDP und CDU gerade auch sehr klar gesagt worden –: Der schnelle Schritt ist bei der operati-

ven Einheit möglich. Darum gehen wir auch diesen schnellen Schritt.

Die weiteren Fragen, die angerissen worden sind, beziehen sich auf die übrigen Präsidien. Frau Düker, „Großbehörde“ ist immer relativ. Ich lade Sie gerne ein, sich einmal die Mitarbeiterzahlen in Frankfurt, Stuttgart, Berlin und Hamburg anzuschauen. Dann werden Sie sehen, dass es in Köln gar kein Problem gibt, was die Größe der jetzigen Behörde anbetrifft – und auch nicht mit dem, was aufgrund des Personalzuwachses dabei herauskommen soll.

Sehr verwunderlich ist allerdings – das hat Herr Kollege Engel ja schon dargestellt –, dass ein Einstieg in die Verringerung der Anzahl der Behörden bei Ihnen jetzt schon als Menetekel an die Wand geschrieben wird. Wenn man einen ganz anderen, radikalen Ansatz hatte, kann man normalerweise eigentlich doch nur begrüßen, dass sich etwas bewegt. Sie hatten doch bis zum Mai letzten Jahres hinreichend Zeit. Sie haben sich über Jahre hinweg um die aus Ihrer Sicht notwendigen Reformen herumgedrückt. Sie hätten sie ja beschließen können.

Das Gleiche gilt auch – da will ich gar nicht ausweichen, Frau Düker – bei der Frage der Landräte als Kreispolizeibehörden. Wenn Ihnen das alles immer zehn Jahre lang ein solcher Dorn im Auge war: Warum, um Himmels willen, haben Sie nichts geändert?

(Monika Düker [GRÜNE]: Ich war nur fünf Jahre hier!)

– Sie sind als Vertreterin dieser Partei im Parlament – genauso, wie Sie das bei uns machen – immer dafür zuständig, was in den letzten Jahren Ihrer Regierungszeit geschehen ist.

An dieser Stelle kann ich nur sagen: Wir haben einen Koalitionsvertrag, der strikt eingehalten wird. Er besagt – Frau Düker, wenn Sie mir freundlicherweise Ihr Ohr leihen –,

(Monika Düker [GRÜNE]: Ich schreibe sogar mit!)

dass es einen erkennbaren Unterschied gibt – das wird aus der Vereinbarung deutlich – zwischen der Polizei in einer Großstadtsituation und der Polizei im ländlichen Raum, wo das Thema Fläche selbstverständlich in ganz anderer Weise eine Rolle spielt. Insofern ist natürlich auch vereinbart worden, dass die dortige Personalunion der Landräte als gleichzeitiger Chef der Kreispolizeibehörde so beibehalten werden soll. Es ist eben so: Nachdem eine Wahl stattgefunden hat, finden

sich zwei Parteien zusammen und verabreden etwas. Dann halten sie das einfach ein.

(Ralf Jäger [SPD]: Ob es Sinn macht oder nicht!)

So einfach ist das – genauso, wie wir es vorhin an anderer Stelle hatten.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, Sie haben die Redezeit jetzt um fünf Minuten überzogen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie langsam zum Schluss kommen könnten.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Ich beabsichtige, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, noch länger zu sprechen, wenn ich das darf, Herr Präsident. Die Fragen waren ja so zahlreich, und ich möchte meiner Informationspflicht auch nachkommen.

Es ist auch von den Stellenkürzungen gesprochen worden. Frau Düker, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie die Informationen aus Ihrer Pressemitteilung nicht noch einmal verarbeitet haben. Es ist doch völlig klar, dass der Großteil dieser Stellenkürzungen auf Arbeitszeitverlängerung beruht. Das ist von Ihnen beschlossen; das ist von Ihnen zu verantworten.

Wir haben – auch da will ich nicht ausweichen, Herr Rudolph, wenn Sie den Diskurs mit mir wünschen; sonst kann ich es auch abkürzen ...

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie haben vorhin die ganze Zeit Akten gelesen, Herr Minister!)

– Ich höre alles und rede nicht dazwischen. Das ist der Unterschied. Sie haben gerade miteinander gesprochen, Frau Kraft.

(Ralf Jäger [SPD]: Und wenn wir hier Skat spielen! Das geht Sie gar nichts an! – Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Na, na, na! Schauen Sie einmal in die Geschäftsordnung!)

– Mein Lieber, Sie können von mir aus Skat spielen, soviel Sie wollen. Wenn ich Herrn Rudolph bitte, meine Antwort entgegenzunehmen, dann wäre ich sehr dankbar, wenn er mir zuhört. Wenn Sie sich dazu entschließen, mir nicht zuzuhören, kann ich meine Ausführungen natürlich auch abkürzen. Dazu bin ich sehr gerne bereit.

(Demonstrativer Beifall von SPD und GRÜNEN)

Jetzt hören Sie ja wieder zu. – Jedenfalls sind die 1,5 %, die im Verwaltungsbereich eingespart werden, nichts, aber auch gar nichts, was den opera-

tiven Teil der Polizei tangiert. Wir sprechen an dieser Stelle über Themen wie ZPD und Ähnliches. Nur dort sprechen wir von entsprechenden Kürzungen im Verwaltungsbereich, aber nicht im operativen Bereich.

Unsere Aufgabe ist es, durch die jetzige Reform gerade für den operativen Bereich so viele Kräfte zur Verfügung zu stellen, dass wir die Sicherheit in diesem Land weiterhin und möglichst noch besser gewährleisten können. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, Herr Minister Wolf hat die mit der Landesregierung vereinbarte Redezeit um sieben Minuten überzogen. Das ist jetzt das dritte Mal, dass so etwas im Rahmen dieser einen Plenarsitzung vorgekommen ist. Daher wäre ich grundsätzlich dankbar, wenn das künftig vielleicht etwas deutlicher angekündigt würde. Schließlich wurden die Redezeiten ja vorher vereinbart.

Jedenfalls können die übrigen Fraktionen die entsprechende Redezeit jetzt selbstverständlich auch noch in Anspruch nehmen. Sie müssen es aber nicht, will ich zu dieser späten Stunde gleich dazusagen. – Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Kraft, SPD-Fraktion, das Wort.

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Nicht so angespannt, Frau Kraft! Nicht so verkrampt!)

Hannelore Kraft (SPD): Ich bin überhaupt nicht angespannt. Ich bin ganz ruhig. Ich weiß nicht, was Ihnen da an mir auffällt. Ich spreche Ihnen aber auch ab, dass Sie sich in mich hineinversetzen können.

Herr Innenminister, als Mülheimer Abgeordnete möchte ich jetzt gerne einmal zu Ihrem ... Ich kann es ja gar nicht Reformkonzept nennen; denn es ist überhaupt kein Konzept. Ein Konzept bedingt ja, dass man irgendeine Idee davon hat, was man als großes Ganzes will. Ich kann also gar nicht Reformkonzept sagen. Ich sage daher: zu Ihren Maßnahmen, über die hier diskutiert wird. Über diese Maßnahmen würde ich gerne einmal mit Ihnen reden, und zwar auch als Mülheimer Abgeordnete – vielleicht beispielhaft für Leverkusen – unter dem Aspekt, was denn jetzt da passiert ist.

Ich schicke voraus: Nach dem Gutachten der Scheu-Kommission habe ich mich politisch auf die Seite gestellt, die sagt, es macht Sinn, Mülheim und Essen in bestimmten Bereichen zusammenzulegen. Ich habe es geschafft, die Stimmungsla-

ge vor Ort dadurch positiv zu beeinflussen, dass der damalige Innenminister Behrens unverzüglich nach Vorlage des Gutachtens der Scheu-Kommission nach Mülheim gekommen ist und dort den Beamtinnen und Beamten Rede und Antwort gestanden und deutlich gemacht und die klare Zusage gegeben hat, dass Mülheim den Status einer Direktion behält, was beinhaltet, dass sichergestellt wäre, dass die Mülheimer Interessen dort auch auf Dauer gewahrt werden können.

Wir waren mitten im Wahlkampf, und unser ehemaliger Abgeordnetenkollege und mein Gegenkandidat Herr Schlebusch – dem einen oder anderen noch bekannt – hat sich weit aus dem Fenster gelegt und versucht, damit Stimmen zu holen. Frau Steffens ist auch bei uns im Wahlkreis. Wir haben schöne Podiumsdiskussionen gehabt. Herr Schlebusch hat gesagt – daran darf ich die CDU-Kolleginnen und -Kollegen erinnern –, die CDU würde dem nie zustimmen. Es bleibt alles so wie es ist.

Ich habe ihm damals schon gesagt: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Solltet ihr gewinnen, wird es auch zu entsprechenden Maßnahmen kommen.

Wie sieht die Situation jetzt aus? Es gibt keinen Direktionsstatus. Den kann es auch nicht geben, weil der ja nur bei Scheu vorgesehen war. Das ist auch alles in Ordnung.

Für mich ist aber erkennbar, dass Mülheim nach Essen einverleibt wird. Ich will es wirklich einmal so krass ausdrücken. Das Gleiche trifft auf Leverkusen und andere zu.

Das Wichtige für mich – das, was für mich der politische Skandal ist, Herr Innenminister – besteht darin, dass es zufällig Mülheim trifft. Es trifft nämlich zufällig Mülheim, weil unsere Polizeipräsidentin in diesem Jahr in Pension gegangen wäre. Deren Amtszeit ist jetzt noch einmal verlängert worden.

(Hendrik Wüst [CDU]: Wollen Sie sich bewerben?)

– Nein, das möchte ich gar nicht werden.

Dies ist zufällig eingetreten. Das hat weder Sinn und Verstand noch hat es ein Konzept gegeben. Nein, da wird jetzt eine Stelle frei. Dann vollzieht man das an dieser Stelle. Das ist kein Strukturkonzept, sondern das sind Strukturveränderungen nach dem Zufallsprinzip. Das ist das, was ich bei diesem Thema an den Pranger stelle.

(Beifall von der SPD)

Dann gab es auch keine Informationen weder der Oberbürgermeisterin noch der noch amtierenden Polizeipräsidentin. Da gab es jetzt ein Gespräch. In dem Gespräch wurde ihr dann mitgeteilt – so ist meine Informationslage –, dass man über die Details besser jetzt noch nicht rede, sondern erst einmal das Parlament entscheiden lasse. Das heißt, wir entscheiden hier aus Mülheimer Sicht über die Katze im Sack.

Ich fordere Sie auf, Herr Innenminister: Legen Sie hier dar, wie denn ein solches Konzept aussehen wird! Ich sage das noch einmal deutlich: Ich bin überhaupt nicht dagegen. Ich will nur wissen: Welche Kompetenzen bleiben denn in Mülheim? Wie viele Leute gehen denn nach Essen? Bleiben die Wachen alle erhalten? Bleiben genauso viele Polizisten bei mir auf der Straße? Wir haben ein sehr hohes Sicherheitsniveau. Wir haben die besten Kennzahlen im ganzen Land, wenn ich richtig informiert bin. Ich möchte gern, dass das so bleibt. Wie wird das sichergestellt, wenn wir sozusagen von Essen einverleibt werden?

Ich unterstelle da niemandem irgendetwas. Ich bin nur der Auffassung, wenn wir hier als Abgeordnete eine Entscheidung treffen, dann müssen diese Fakten vorher auf dem Tisch liegen. Dann muss klar sein in einem Organigramm, was verlagert wird und was nicht. Das ist meine Aufforderung an Sie.

(Beifall von der SPD)

So, wie Sie hier Innenpolitik betreiben, ist das ein Sicherheitsrisiko und führt zu einer Verunsicherung der Menschen vor Ort und auch der Beamtinnen und Beamten bei uns in der Polizei. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Der Abgeordnete Lohn hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Werner Lohn (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Anfang die Bemerkung: Ich möchte, wenn es eben geht, von meinem Zeitanpruch nicht vollständig Gebrauch machen.

Frau Düker, Sie haben eben voller Inbrunst betont, dass die alte Regierung große Reformleistungen vorzuweisen habe.

(Monika Düker [GRÜNE]: Sie hat sie eingeleitet!)

– Eingeleitet? Ja, das hört sich schon ganz anders an. Einleiten kann man viel.

(Monika Düker [GRÜNE]: Sie haben es gestoppt!)

Aber die Ergebnisse zählen. Sie haben es innerhalb von zehn Jahren nicht geschafft, ein Ergebnis zur äußeren Behördenstruktur zu präsentieren. Sie haben damit auch nicht einen Ansatz gewählt, ein Problem zu lösen. Das müssen Sie hier beurteilen.

Sie maßen sich heute an, der neuen Regierung vorzuschreiben, was gemacht werden soll und was nicht gemacht werden soll. Zehn Jahre nichts zu tun und dann eine große Klappe zu haben, das geht nicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann wird davon gesprochen, dass hier eine Organisationsreform nach Gelegenheit gemacht werden soll.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja!)

– Sie sagen, ja. Ich sage: Wenn man Gelegenheiten nicht nutzt, hat man die richtige Zeit verpennt, und Sie haben die Zeit verpennt. Das ist eindeutig so.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Ich verstehe Sie nicht, Frau Kraft. Sie müssen langsamer und lauter sprechen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Kraft?

Werner Lohn (CDU): Sie hat sich gerade schon so verausgabt. Sie kann gleich am Ende meiner Rede noch eine Frage stellen.

(Zurufe von der SPD)

Um zum Sachlichen zurückzukommen: Wir haben bei der Polizei einen eklatanten Personalmangel. Dieser Personalmangel kann nicht durch Neueinstellungen beseitigt werden, weil uns das Geld fehlt. Der Personalmangel kann nur behoben werden, indem wir Stellen freischaufeln, die bisher in Bereichen verwandt werden, die dem nicht operativen Teil zugerechnet werden.

Wenn sich die Gelegenheit ergibt, innerhalb von einem Jahr – die Wirksamkeit kommt ja erst zum 1. Januar 2007 – 145 Stellen freizuschaufeln und diese Beamtinnen und Beamten im operativen Dienst bürgernah einzusetzen, dann rechnen Sie das einmal nach: Bei einer Einstellungsquote von

480 Beamten und Beamtinnen pro Jahr schaffen wir jetzt 145 zusätzliche freie Stellen. Das kommt einer Erhöhung des Einstellungsniveaus um ca. 30 % gleich.

(Zuruf von Dr. Karsten Rudolph [SPD])

– Wir müssen uns nicht um 2 % streiten, Herr Rudolph. Ob das Funktionen oder Stellen sind, das mag vielleicht einen Unterschied von 20 Stellen ausmachen.

(Ralf Jäger [SPD]: Das ist ein marginaler Unterschied!)

Auf jeden Fall haben wir eine Erhöhung von annähernd 30 %, wenn wir das mit den Einstellungszahlen vergleichen. Das ist der einzige Weg, wie wir aus der Personalmisere bei der Polizei, die wir von Ihnen geerbt haben, herauskommen können. Wenn wir dann Gelegenheiten verstreichen lassen, die sich ergeben, wäre das unverantwortlich.

Ich kann Ihnen nur mit auf den Weg geben: Erinnern Sie sich an das, was Sie bei der Bewertung der Vorschläge der Scheu-Kommission gesagt haben. Dann müssten Sie zu dem Ergebnis kommen, dass vieles von dem, was das Innenministerium jetzt vorgeschlagen hat, mit Ihnen in vielen Bereichen auf einer Wellenlänge liegt.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, es gibt einen weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage, und zwar vom Abgeordneten Rudolph.

Werner Lohn (CDU): Der kann sich gleich noch einmal zu Wort melden.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Heißt das jetzt ja oder nein?

Werner Lohn (CDU): Jetzt nein. – Wenn Sie sich daran erinnern, was Sie vor einem Jahr gesagt haben, dann müssten Sie feststellen, dass es eine ganze Menge an Schnittmengen gibt zwischen dem, was die SPD vertreten hat, was die FDP vertreten hat und was heute das Ministerium vertritt. Da macht es doch gar keinen Sinn, jetzt hier einen Kampf zu inszenieren, nur um als Opposition hier Randle zu machen und Widersprüche aufzuzeigen, obwohl es eigentlich bei Ihnen und bei der Regierung gar keine gibt.

Wir haben uns in den Koalitionsverhandlungen auf Aussagen geeinigt, die wir heute durchziehen werden. Das gehört zu verantwortlicher Regierungsarbeit. Wir verhalten uns nicht so wie Sie.

Ich fordere Sie auf: Gestalten Sie den Prozess aktiv und vor allen Dingen zielorientiert mit und nutzen Sie mit uns gemeinsam die Gelegenheiten, die sich bieten. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächste Rednerin hat Frau Düker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst eine Replik, Herr Lohn, zu den Reformen, die wir angeblich nicht auf die Reihe bekommen haben.

Für uns heißt Reform nicht schnell, sondern gut. Sie wissen genau, dass, wenn man solch eine umfassende Reform für das Land vorbereitet, es auch Ziel sein muss, möglichst viele – nicht alle, das wird man nie schaffen – mitzunehmen. Wir wollten diese Reform über die Kommissionsarbeit auf solide Füße stellen. Ehemalige Oberkreisdirektoren und auch Vertreter des ländlichen Raums waren daran beteiligt, damit wir möglichst viele Menschen in diesem Land mitnehmen.

Sie wissen genau, dass die Grundbeschlüsse, die wir gefasst haben, hatten in diesem Landtag eine große Mehrheit. Die Beschlüsse waren gefasst, wir hatten eine breite Basis und es sind keine Demonstranten auf die Straße gegangen und haben gegen diese Beschlüsse demonstriert. Das erreichen Sie jetzt mit Ihrer Hauruck-Nummer, die Sie den Leuten vor den Latz knallen.

Herr Minister, Sie sagen: Mehr Effizienz durch Reform. Und: Es ist kein Selbstzweck. Richtig. Aber warum nehmen Sie sich ausgerechnet die effizientesten Strukturen in der Polizei vor, wie zum Beispiel die Autobahnpolizei, die einen extrem niedrigen Overhead-Bereich hat.

Oder warum die Leitstellendiskussion? Wir wissen nach den Berechnungen aus dem Scheu-Gutachten, dass enorme Effizienzpotenziale in der Zusammenlegung von Leitstellen liegen. Aber doch nur bei den Leitstellen, wo tatsächlich das Einsatzaufkommen relativ niedrig ist. Sehen wir uns das einmal am Beispiel Köln an: Köln liegt mit 15 Einsätzen pro Stunde pro Einsatzbearbeiter an der Spitze in NRW. Was die Autobahnpolizei angeht, liegt die Bezirksregierung Köln mit neun Einsätzen pro Stunde pro Bearbeiter relativ hoch. Was passiert, wenn Sie die zusammenlegen? Wo ist die Synergie? Die Synergieeffekte bei der Leitstellenzusammenlegung – das wissen wir alle – liegen im ländlichen Raum. Das heißt, die Effizienzpotenziale, die vorhanden sind, wie wir wis-

sen, erbringen Sie nicht, weil ganz klar politisches Kalkül im Hintergrund steht. So weit zu Ihrer Effizienzsteigerung.

Sie haben gesagt – das fand ich interessant –: Was wir hier machen, ist ein Einstieg. Gut, das ist jetzt noch nicht alles. Der Koalitionsvertrag bindet uns ein bisschen.

Herr Minister, Sie haben uns mit im Boot, wenn Sie sagen, wie es ausgeht. Sagen Sie doch, wie es weitergeht. Wenn das der Einstieg ist, sagen Sie dem Parlament doch, welches die nächsten Schritte sind. Wenn Sie sagen, die nächsten Schritte sind der ländliche Raum und die Strukturen – Herr Engel, Sie haben es angesprochen –, dann legen Sie dem Parlament doch dar, was Sie als nächstes vorhaben. In dem Moment, in dem Sie sagen, wie es weitergeht, sage ich Ihnen meine konstruktive Mitarbeit zu. Das aber verschweigen Sie.

Herr Lohn, wenn der Minister sagt, als nächstes kämen die Landratsbehörden dran, dann würde ich mir dazu gerne Ihren Kommentar anhören.

Zu den Einsparungen. Sie haben gesagt: 1,5 % Einsparungen nur im Verwaltungsbereich, und alles andere war Rot-Grün. Herr Minister, die Polizisten sind nicht gegen Sie auf die Straße gegangen wegen 1,5 % im Verwaltungsbereich, was im Übrigen das Gegenteil von mehr fahnden statt verwalten ist, denn diese Verwaltungsarbeit muss von irgendjemandem gemacht werden. Es fallen nicht die Aufgaben, sondern die Stellen weg.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dann haben Sie nachher auf den Verwaltungsstellen wieder den Polizisten sitzen. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie angekündigt haben.

Die Polizisten, mit denen wir gesprochen haben, sind nicht wegen der 1,5 % auf die Straße gegangen; sie sind deswegen auf die Straße gegangen, weil sie Ihnen nicht Einsparungen im Wahlkampf versprochen haben, sondern Sie haben ihnen versprochen: Wenn wir an die Regierung kommen, verdoppeln wir den Einstellungskorridor von 500 auf 1.000. Genau dieses Wahlversprechen haben Sie gebrochen. Im Gegenteil: Sie setzen noch eins drauf und kürzen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Deswegen sind die Polizisten sauer und gehen auf die Straße, nicht wegen der 1,5 %, die im Übrigen von vorne bis hinten das Gegenteil davon sind, was Sie angekündigt haben.

Nach wie vor komme ich bei der Diskussion zu dem Ergebnis, dass diese Verwaltungsreform, die von Ihnen für die Polizei vorgelegt worden ist, mehr schadet als nützt. Legen Sie ein Gesamtkonzept vor, sagen Sie, wie es weitergeht – es mag durchaus über einen längeren Zeitraum sein –, dann können wir vernünftig miteinander diskutieren. Mit diesen Maßnahmen werden Sie uns jedenfalls nicht auf Ihrer Seite haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Für die Landesregierung hat noch einmal Minister Wolf ums Wort gebeten.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig, Frau Kollegin Kraft, dass die Ausführungen einer solchen Reform im Einzelnen natürlich einige Fragen aufwerfen, deren Beantwortung wir in Gesprächen jedoch schon durchaus vorbereitet haben.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle zu, dass wir uns bei den vorbereitenden Gesprächen ... Sie wissen, dass wir mit den Berufsvertretungen gesprochen haben. Wir wollen in den entsprechenden zu integrierenden Behörden sicherstellen, dass die Polizeipräsenz vor Ort erhalten bleibt. Das ist völlig klar. Es besteht dazu gar kein Dissens.

Das, was Sie früher selbst wollten, nämlich, dass bei Zusammenfassung unter einem Dach die Polizeipräsenz für den betroffenen Bereich trotzdem erhalten bleibt, ist genau unser Ziel. Sie können sicher sein, dass Sie mich da auf Ihrer Seite haben.

Natürlich muss es regionale Ansprechpartner geben. Das ist völlig klar. Natürlich wird es weiterhin – das ist wichtig – für die Bürgerinnen und Bürger Polizeifahrzeuge geben, die den Mülheimer Beritt bestreifen. Es wird natürlich dort den Wach- und Wechseldienst geben. Das ist völlig klar. Es wird dort weiterhin Ermittlungsbeamte geben.

Ich habe mir immer alles sehr gut mitgeschrieben, was Sie als Aktenstudium bezeichnen, damit ich Ihnen antworten kann. Gehen Sie davon aus, dass Sie in dem Bereich eine Reform bekommen, die zu Vorteilen führt, die keine Nachteile bringen wird.

Genauso haben Sie es sich vorgestellt, als Sie einmal über eine Reform nachgedacht haben, bei der ja im Ergebnis, nämlich bei den Veränderungen in der Führungsstruktur, genau das Gleiche passiert wäre. Wir reden über eine andere Anbin-

dung. Das ist der entscheidende Punkt, den wir vorhaben.

Frau Düker, Sie haben über effiziente Strukturen gesprochen. – Natürlich ist das Ganze – das habe ich auch beschrieben – nicht auf das zu verengen, was wir zu einem Zeitpunkt X abstimmen sollen. Natürlich ist die Frage der Zusammenarbeit von Leitstellen wichtig. Das habe ich gesagt. Es gehen weitere Aufträge an die Behördenleiter, sich dort gemeinsam besser und deutlicher aufzustellen.

Eines allerdings war, glaube ich, nun auch schon wieder ein bisschen rabulistisch: Den Einstieg, den ich vorhin gemeint habe, der zum Beispiel auch die Frage der weiteren Regelung bezüglich der Dezernate 25 und 26 bei den Bezirksregierungen betrifft, mit der Vorgabe unseres Koalitionsvertrages zu verwechseln und damit eine Diskussion zwischen Herrn Lohn und mir zu befördern, das wird Ihnen nicht gelingen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das wäre doch mal interessant!)

Das ist nicht das Ziel. Wir stehen an dieser Stelle zum Koalitionsvertrag und werden das möglich machen, was an Effizienzreserven auf dieser Basis zu heben ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, nun hat sich noch einmal Herr Abgeordneter Jäger, SPD-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Ralf Jäger^{*)} (SPD): Meine Damen und Herren! Herr Präsident, wenn ich es richtig gerechnet habe, müsste ich noch weitere neun Minuten zur Verfügung haben.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Ich habe aber eben schon gesagt, Herr Abgeordneter: Sie müssen Sie nicht ausschöpfen, Sie können.

Ralf Jäger^{*)} (SPD): Ja, danke Herr Präsident. Ich denke darüber noch einmal nach.

Herr Wolf, Sie haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeigesetzes eingebracht, den Sie überschrieben haben mit: Wir wollen mehr fahren statt verwalten und mehr operative Kräfte auf die Straße. Es soll ein Beitrag zu mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen sein. Und das sei die Reform der Polizeiorganisation in Nordrhein-Westfalen.

Durch einige meiner Vorredner ist heute hier klar geworden: Das, was Sie vorlegen, als Reform zu

bezeichnen, ist, diplomatisch formuliert, schon ein wenig übertrieben, Herr Wolf. Ich würde sogar sagen, das ist nicht einmal ein Reförmchen. Das sind einige wenige Maßnahmen, die eher einer operativen Hektik entspringen, als dass sie einem Konzept und einem Ziel entsprechen.

Dass Sie, Herr Wolf, inzwischen neun Minuten mehr als ursprünglich an Zeit vereinbart benötigt haben, um uns die wenigen Punkte hier im Parlament zu erklären, zeigt nur, wie sehr Sie persönlich, wie sehr Ihre Partei die Frage beschäftigt: Wie gehen wir mit der veränderten Kriminalität und mit der Organisationsstruktur der Polizei in Nordrhein-Westfalen überhaupt um? Sie müssen sich winden, um uns hier zu erläutern, dass Sie tatsächlich nur so wenige Maßnahmen in Angriff nehmen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Was ist seit dem 22. Mai in diesem Lande mit der Polizei passiert? – Das Erste, was Sie in einer Situation, wo es darum geht, Kräfte zu bündeln, um die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen zu verbessern, gemacht haben, ist, zwei Reiterstaffeln einzuführen unter dem Motto: Weniger verwalten, mehr fahren. – Da werden sich wohl jetzt die Pferde beim „Fahren“ beteiligen dürfen! Das ist eine Maßnahme, die allenfalls repräsentativen, aber keinen polizeitaktischen Charakter hat.

Sie gehen hin und verunsichern den ganzen Polizeiapparat hochgradig, indem Sie nämlich erstens sagen: Liebe Polizeibeamte, Rot-Grün ist ganz böse mit euch umgegangen. Und wenn wir kommen, dann werden wir die Hand über euch halten. Diese Polizei wird unangetastet bleiben.

Zweitens erklären Sie – das haben wir ja bei den Demonstrationen gehört, und das macht die Beamtinnen und Beamten auch zu Recht so wütend –: Wir kürzen auch hier 1,5 % der Stellen. – Das wird sich natürlich auf die Präsenz der Polizisten und Polizistinnen auswirken, die vor Ort Wach- und Wechseldienst haben und zusätzlich mit den Verwaltungsaufgaben belastet werden, die Sie im Overheadbereich abbauen werden.

Was tun Sie weiterhin? – Sie organisieren hoch spezialisierte Behörden wie die Wasserschutzpolizei und die Autobahnpolizei so um, dass sie einer allgemeinen Polizeidirektion zugeordnet werden, und erklären, da gäbe es Synergieeffekte. Diese beziffern Sie mit einer gewissen Zahl, aber fügen hinzu, erläutern wie sie sich zusammensetzt, könnten Sie leider nicht. Es sind Synergien, deren Eintreten im Übrigen hochgradig zu bezweifeln ist.

Sie schließen Polizeipräsidien nach dem Motto: Der nächst Ältere ist dran, wobei Sie dann natürlich etwas tun, wofür ich Sie eigentlich schon fast ein wenig bewundere, Herr Wolf, denn Ihre Koalitionskollegen von der CDU erkennen nicht, welches Spiel dahinter steckt. Sie schließen Polizeipräsidien da, wo der Präsident in Ruhestand geht und vergrößern die Polizeidirektionen damit auf ein Maß, das es für Ihre CDU-Kollegen von Mal zu Mal sehr viel schwieriger macht zu begründen, warum denn die Landräte mit ihren kleinen Polizeidirektionen mit vielleicht 800 Mitarbeitern sakrosankt bleiben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Diese Taktik, Herr Wolf, muss ich sagen, ist wirklich gut. Bedauerlicherweise haben Ihre Koalitionskollegen sie offensichtlich noch nicht durchschaut.

Aber klar ist auch eines: So, wie Sie vorgehen, nämlich das Ganze nicht wirklich unter Effizienzgesichtspunkten zu betrachten, sondern eher darauf hin, wie man das, was in einem Koalitionsvertrag missraten hineinformuliert ist, parteitaktisch im Rahmen von einzelnen Maßnahmen gegen sich sperrende, störrische CDU-Abgeordnete durchzusetzen kann, gerät das eigentliche Ziel, das wir alle gemeinsam wollen, nämlich eine effiziente Polizei, zu einem Spiel mit der Sicherheit der Menschen in diesem Land. Dadurch wird die Polizei nicht besser, sondern eher schlechter.

Warum wir das machen müssen – da möchte ich Herrn Engel entgegenen – und warum wir jetzt eine andere Polizeiorganisation brauchen als in den 90er-Jahren, liegt darin begründet, dass jede Zeit ihre eigenen Antworten auf die Herausforderungen geben muss. Die Kriminalität des Jahres 2006 ist eine andere als die des Jahres 1990. Die allgemeine Straßenkriminalität, Einbrüche, all dies, was früher für Kriminalität prägend war, ist zurückgegangen. Neue Formen wie Internetbetrug und Ähnliches sind entstanden.

Das erfordert Antworten, die Sie nicht geben können. Von Reform kann nicht die Rede sein. Es ist ein Reförmchen, wenn überhaupt, nach dem Zufallsprinzip. Es ist ohne Struktur, ohne Ziel, es ist völlig konfus. Und ich fürchte, meine Damen und Herren, mit dem Spielchen, das Sie hier treiben, werden Sie letztlich als schwarz-gelbe Landesregierung zum Sicherheitsrisiko in diesem Land.

Also, meine Aufforderung ist: Nehmen Sie dieses Papier, das Sie einen Gesetzentwurf und eine Reform nennen, zurück! Das, was an Lösungen not-

wendig ist, liegt offen auf der Hand. Machen Sie Ihre Hausaufgaben! – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Jäger. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir zum Schluss der Beratung kommen.

Ich lasse abstimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/929** an den **Innenausschuss**. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist die Überweisungsempfehlung mit Zustimmung aller Fraktionen angenommen.

Wir kommen zu:

9 Kleinstaaterei beim Flughafenausbau in NRW stoppen – Subventionslöcher schließen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1029

Entgegen den Ausweisungen im Neudruck der Tagesordnung ist mit allen Fraktionen vereinbart worden, diesen Tagesordnungspunkt heute ohne Debatte zu behandeln. Somit ist auch keine Beratung hier im Plenum vorgesehen.

Wir können deshalb sofort zur Abstimmung über die vom Ältestenrat empfohlene **Überweisung des Antrags Drucksache 14/1029** an den **Ausschuss für Bauen und Verkehr** – federführend –, den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** kommen. Die Beratung im Plenum soll dann nach Vorlage einer Beschlussempfehlung durch den federführenden Ausschuss erfolgen. Wer möchte dieser Überweisung zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist die Überweisungsempfehlung einvernehmlich angenommen.

Ich rufe auf:

10 Erfolgsmodell „Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)“ fortsetzen und weiterentwickeln!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1027

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Beratung und bitte den Kollegen Priggen, für die

antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort zu nehmen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin, das will ich gerne tun! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt seit dem 7. Dezember 2005 ein Bericht der Europäischen Kommission, auf den viele gespannt gewartet haben, vor. Das ist der Bericht „Kommission 2005 Nr. 627. Zum Gegenstand hat er die Umsetzung der EU-Richtlinie 2001/77 EG zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Elektrizitätsbinnenmarkt.

Auf diesen Bericht haben wir mit Spannung gewartet, weil es in Europa zwei unterschiedliche Fördersysteme gibt: das in Deutschland angewandte System nach dem Einspeiseprinzip und das in anderen Ländern gängige System nach Quoten.

Die Kommission hat zu unserer Freude festgestellt, dass das in der Bundesrepublik Deutschland genutzte System gegenüber dem Quotensystem das deutlich bessere und kostengünstigere ist.

Mittlerweile haben 16 der 26 europäischen Länder das Einspeiseprinzip übernommen, darunter Portugal, Spanien, Frankreich, Tschechien, Österreich, Slowakei, Ungarn, die baltischen Staaten und Dänemark, während Großbritannien, Italien und Schweden eher nach dem Quotensystem verfahren. Es freut uns, dass unser System nach und nach, ausgehend von der Bundesrepublik Deutschland, übernommen wurde.

Und es freut uns auch, dass das gesetzestech-nisch darin angelegte Prinzip Druck erzeugt, technische Fortschritte zu erzielen. Denn die Einspeisevergütung zu festen Sätzen unterliegt jährlichen Degressionen. Ich möchte noch einmal betonen: Für den Bereich der Photovoltaik gilt eine jährliche Absenkung von 5 %. Das heißt, dass Firmen, die diese Technik anbieten, in drei oder vier Jahren 15 beziehungsweise 20 % günstiger sein müssen. Das macht das System innovationsfreudiger und dynamischer im Vergleich zum Quotenmodell

Die Europäische Union hat beide Modelle nebeneinander ausprobieren lassen und kommt jetzt in diesem Bericht zu doch sehr eindeutigen Ergebnissen. Das ist für uns erfreulich, weil die Bundesrepublik Deutschland Initiator des Modells gewesen ist. Natürlich haben wir in einer gewissen Auseinandersetzung besonders mit den großen Stromerzeugern gestanden, die das Quotenmodell bevorzugt hätten, weil es ihnen bessere

Chancen gegenüber mittelständischen Anbietern von Energietechnik einräumt.

Die Tatsache, dass dieses Modell günstiger ist, kann durch eine Aussage des Berichts belegt werden: In der Bundesrepublik kostet Windstrom etwa 8 Cent, in England nach dem Quotenmodell 10 Cent. Daraus folgt: Der Windstrom in England ist gegenüber dem Windstrom in der Bundesrepublik 25 % teurer. Das zeigt, dass dieses System nicht nur technisch innovationsfreudiger, sondern auch preiswerter ist. Das ist aus unserer Sicht ein sehr vernünftiges Ergebnis.

Ein wichtiger Punkt unseres Antrags, den wir in den Fachausschüssen beraten wollen, ist, dass die Landesregierung – darauf warten wir ja schon lange – und die sie tragenden Fraktionen tatsächlich endlich einmal mit einem Konzept herauskommen, wie sie erneuerbare Energien in Nordrhein-Westfalen weiter entwickeln wollen.

Wir wissen um Differenzpunkte, aber ich glaube, dass es auch noch Gemeinsamkeiten gibt. Uns interessieren einfach die Vorstellungen und das, was Landesregierung und Koalitionsfraktionen in die Debatte einbringen wollen.

Meiner Meinung nach bewegen wir uns mittlerweile auf eine gemeinsame Ausrichtung dahin gehend zu, dass die Wirkungsart des EEG eine vernünftige ist und man sich dann über Einzelheiten auseinander setzen wird. Aber es wäre natürlich spannend, von der Regierung zu erfahren, was denn ihre nächsten Schritte dort sein werden.

Ich freue mich auf die Beratung im Fachausschuss und bitte Sie, der Überweisung zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Als nächster Redner hat der Kollege Fehring für die Fraktion der CDU das Wort.

Hubertus Fehring (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben in der jüngsten Vergangenheit das Thema erneuerbare Energien hier mehrfach behandelt. Die Argumente der Antragsteller werden auch nicht dadurch besser, Herr Priggen, dass der Kommissionsbericht zum Stand der Umsetzung der EU-Richtlinie das deutsche EEG nun gut bewertet hat.

Wir sind mit Ihnen, Herr Priggen, allerdings bezüglich der erneuerbaren Energien gar nicht grundsätzlich anderer Meinung, sondern möchten

das EEG realistisch weiter entwickeln beziehungsweise Fehlentwicklungen korrigieren.

Ich erinnere Sie daran, dass eine CDU/FDP-geführte Bundesregierung 1990 das erste Einspeisevergütungsgesetz und somit die wirtschaftliche Grundlage vor allem für die Windkraftanlagen gelegt hat.

Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, vergessen dies allzu gerne. Ihr ständiger Vorstoß insbesondere bei der Bevorzugung der Windkraftanlagen entspricht nicht mehr den gesellschaftlichen Bedürfnissen.

Sie haben in der Vergangenheit die Interessen der Bewohner des ländlichen Raumes ignoriert. Sie haben durch Ihre sehr großzügige Genehmigungspraxis den Nährboden für die schwindende Akzeptanz selbst geschaffen. Bitte kommen Sie jetzt nicht mit Umfrageergebnissen. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Münster oder Düsseldorf oder Dortmund haben natürlich kein Problem mit der Verspargelung in den Kreisen Paderborn und Höxter und in anderen Landstrichen.

(Beifall von der CDU)

Ist Ihnen überhaupt bewusst, welcher volkswirtschaftliche Schaden dadurch entstanden ist, dass Windkraftanlagen an wenig geeigneten Standorten – davon haben wir leider etliche – lediglich Abschreibungsobjekte sind?

Wer profitiert denn von solchen Anlagen? Sie, Frau Löhrmann und Herr Priggen, sollten einmal den weniger betuchten Steuerzahlern erklären, für wen sich die Windkraftanlagen gut rechnen. Da Ihre Klientel bekanntermaßen zu den Besserdienenden im Land gehört, kann ich Ihre Haltung ja sogar nachvollziehen.

Sie haben es zugelassen, dass die sogenannten kleinen Leute über ihre Stromrechnung unrentable Windkraftanlagen finanzieren müssen und der Standort Deutschland mit zusätzlichen Energiekosten belastet worden ist.

Wir möchten – entgegen Ihren Einwänden – nicht die erneuerbaren Energien zurückfahren, sondern die wenig effizienten Anlagen. Hierzu zählen leider insbesondere Windkraftanlagen. Wer beim Wind von Nachhaltigkeit redet, lebt offenbar in einer Scheinwelt. Schauen Sie sich doch die Volllaststunden der 2.300 Windräder in NRW an, die weniger als 2 % des NRW-Stroms erzeugen. Was nutzen uns Photovoltaikanlagen im sonnenarmen Nordeuropa?

Die Opposition – hier wende ich mich im Besonderen an die weniger ideologiebehafteten Kollegen von der SPD – sollte mit uns gemeinsam Wege beschreiten, die Nachhaltigkeit und Effizienz versprechen. Hier sehe ich wirkliche Chancen in der Erdwärmenutzung und der Biomassenutzung. Leider haben Sie dieses Feld – abgesehen von der Hafö, einer wirklichen Erfolgsgeschichte – in der Vergangenheit nicht bestellt. Der Erdwärme galt Ihr Augenmerk wegen der nun einmal notwendigen Elektrizität zum Betreiben der Pumpen ebenfalls nicht.

Angesichts der Endlichkeit der fossilen Energien, der von Ihnen nicht gewünschten Kernenergie und der noch nicht praxistauglichen Wasserstoffnutzung benötigen wir in verstärktem Maße die erneuerbaren Energien, die wirklich stetig und ständig – ich wiederhole: stetig und ständig – zur Verfügung stehen. Dies ist bei der Windkraft erwiesenermaßen nicht der Fall. Nehmen Sie dieses doch bitte endlich einmal zur Kenntnis!

Diese Landesregierung und vor allem die wirtschaftlich Beteiligten sind aktiv dabei, die Nutzung der Biomasse auszubauen. Die in land- und forstwirtschaftlichen Produkten gespeicherte Energie steht ganzjährig und zu jeder Zeit zur Verfügung. Wir können sie zur Gewinnung von Elektrizität oder Wärme, als Antriebsenergie in flüssiger oder in Gasform nutzen. Ich verweise hier auf die jüngste Studie „Biogas hat Zukunft“ des Wuppertal-Instituts.

Die von den Antragstellern mal wieder geforderten Konzepte etc. halte ich für unnötig und entbehrlich. Anlagenbauer, Landwirte und die Verbraucher der erneuerbaren Energien beweisen seit Jahren, dass sie mit den bestehenden Steuer- und Fördermaßnahmen leben können. Die weiter steigenden Kosten für die fossilen Energieträger werden mittel- bis langfristig dazu führen, dass Energie aus Biomasse auch ohne zusätzliche Finanzhilfen wettbewerbsfähig sein wird. Wichtig wird sein, dass wir genügend Biomasse bereitstellen können.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Hubertus Fehring (CDU): Letzter Satz! – Meine Damen und Herren, die effizienten erneuerbaren Energien haben für uns einen hohen Stellenwert und sind ein wichtiger, ständig steigender Beitrag zu unserem breiten Energiemix. Die weitere ungerechtfertigte Überförderung der Windkraftanlagen lehnen wir ab. Wir sehen keine Notwendigkeit, die

im Koalitionsvertrag vereinbarte Bundesratsinitiative zu unterlassen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Fehring. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Kollege Stinka das Wort.

André Stinka^{*)} (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein chinesisches Sprichwort lautet: Wenn der Wind stark weht, bauen die einen Mauern und die anderen Segelschiffe. – Wer hier im Parlament die Mauern baut, können wir ganz leicht feststellen. Die Rede des Kollegen Fehring gerade hat gezeigt, wer hier permanent Mauern baut und noch nie ein Konzept vorgelegt hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz setzt genau dort an, nämlich in die richtige Richtung zu gehen. Es setzt auf die verstärkte Nutzung von regenerativen Energieformen, die uns langfristig unabhängig von fossilen Brennstoffen machen, die wir zu einem großen Teil ja auch noch teuer importieren müssen. Eine Fortsetzung und Weiterentwicklung dieses von der rot-grünen Bundesregierung nach vorne getriebenen Gesetzes ist sinnvoll und richtig. Dies gilt auch für den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wir begrüßen ihn ausdrücklich.

Richtigerweise wird im ersten Abschnitt des Antragstextes auf die Erfolge des EEG hingewiesen. Kosteneffizienz – ich wiederhole: Kosteneffizienz – und die Ziele des Umweltschutzes werden in vorbildlicher Weise unter einen Hut gebracht. Ansonsten hätten sich nämlich 20 andere Nationen in Europa, die dieses Gesetz alle übernommen haben, völlig vergaloppiert.

(Beifall von der SPD)

Der Anteil regenerativer Energien wie Wasser-, Wind- und Sonnenenergie am deutschen Stromverbrauch hat mittlerweile 10 % erreicht. Das Ziel – 12,5 % im Jahr 2010 und 20 % im Jahr 2020 – erscheint ehrgeizig, ist aber erreichbar.

Auch die Einsparung an CO₂-Emissionen – das vermisste ich in Ihren Ausführungen permanent – durch den Einsatz von regenerativen Energien spricht für die Nutzung von Wind- und Wasserkraft in unseren Breiten.

Das EEG hat außerordentlich positive Wirkungen in der Energiepolitik, im Umweltschutz und auf

dem Arbeitsmarkt – auch wenn Sie das bezweifeln. Es bietet einen verlässlichen Rechtsrahmen für Investitionen. Das unterscheidet es von den Regelungen beispielsweise in England. Dort gibt es eine andere Regelung, auf die Herr Priggen hingewiesen hat. Dort gibt es keine mittelständische Energieindustrie und auch keine vernünftige Förderung.

Das DIW spricht aktuell von 120.000 Arbeitsplätzen und von 50.000 Menschen, die in der Windkraftindustrie beschäftigt sind. Ich weiß, von der FDP wird gleich wieder alles angezweifelt.

Die Erfolge des EEG sind nicht von der Hand zu weisen. Für unseren nordrhein-westfälischen Energiebeitrag sollten weiterhin vier zentrale Faktoren grundlegend bleiben. Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit sind, gepaart mit Innovationsfähigkeit, Grundlagen der sozialdemokratischen Energiepolitik.

Wir wissen, dass Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Gesetz zu novellieren. Ein Einfach-weiter-So geht eben nicht.

Von Energieeffizienz ist gestern beispielsweise überhaupt nicht die Rede gewesen. Herr Weißbrich, Sie haben gestern episch lang einen neuen Reaktor beschrieben, ohne ein einziges Mal das Wort Energieeffizienz in den Mund zu nehmen. Wir wissen aber, dass sie wichtig und für die Zukunft notwendig ist.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein wichtiges Hilfsmittel. Wie gesagt, es wird international als ausgesprochen effektiv angesehen und ist gleichzeitig ein Förderinstrument. Hiermit werden energiepolitische Ziele auf Landesebene vernünftig weiterentwickelt und fortgesetzt.

Von der im Koalitionsvertrag der Landes-CDU und Landes-FDP stehenden Initiative zur Novellierung des EEG, deren Ziel eine sogenannte Windkraftüberförderung ist, möchte ich deshalb abraten. Die große Bedeutung der Windkraft im Energiemix und die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind nicht zu unterschätzen. Wir konnten gestern auf Seite 19 der „Süddeutschen Zeitung“ lesen, dass das Marktvolumen an Windkraftanlagen um 23 % gestiegen ist. Frau Thoben hat auch auf den Export hingewiesen.

Von daher ist die Novellierung des EEG mit den genannten Zielen, wie sie CDU und FDP anstreben, mit negativen Folgen für das Wachstum verbunden.

Glücklicherweise gibt es aber auch in konservativen Parteien eine Menge Leute, die sich Gedanken darüber machen, wie es weitergehen soll.

Herr Fehring hat vorhin von der Landwirtschaft gesprochen. Ich zitiere Herrn Sonnleitner, Präsident des Bauernverbandes, der nicht gerade der Sozialdemokratie nahe steht. Er sagte am 20. Mai 2005 Folgendes: Wir fordern auch von einer schwarz-gelben Regierung, die Entwicklung zu einem EEG, zu einem zukunftsorientierten Energiemix nicht abzuwürgen und das EEG fortzusetzen.

Herrn Töpfer kann ich aufgrund der Zeit nicht mehr zitieren. Aber ich denke, Sie können die Dinge nachlesen. Vor diesem Hintergrund werden wir die Initiative unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Kollege Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Priggen, über den Bereich Windkraft und die unterschiedlichen Auffassungen sollten wir uns hier nicht mehr austauschen. Das haben wir inhaltlich genug getan.

Hintergrund Ihres Antrages ist, dass Sie das Erneuerbare-Energien-Gesetz sehr positiv sehen. Für meine Kollegen aus der FDP kann ich sagen: Wir tun dies nicht. Über die Begründung hatten wir uns bereits ausgetauscht.

Mir liegt eine Pressemitteilung von heute vor. Danach hat SPD-Umweltminister Gabriel in Berlin eine Studie zum Ausbau erneuerbarer Energien vorgestellt. Diese Studie ist vom Institut für technische Thermodynamik und dem Zentrum für Sonnenenergie und Wasserstoffforschung Baden-Württemberg sowie vom Wuppertal-Institut erarbeitet worden.

Mich haben die Ergebnisse, wie Gabriel sie darstellt, überhaupt nicht gewundert. Danach sind die additiven Energien preiswert. Alles ist eine prima Sache. Minister Gabriel sagt dazu:

„Der kräftige Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wird dabei zu vertretbaren Kosten realisierbar sein.“

Die Aussage mag für sich genommen richtig sein. Für mich ist sie das in absoluten Werten zwar nicht, aber wohl in seiner Relation. Er spricht von „vertretbar“. Voraussetzung für diese Steigerung ist die Beibehaltung des EEG.

Wenn ich die Gelddruckmaschine behalte, dann sind erneuerbare Energien also unheimlich preis-

wert und zu vertretbaren Kosten zu haben. Das zahlt schließlich jemand anderes. Hier kommt eine gewisse Denke heraus, die wir nicht teilen.

Herr Kollege Stinka, der Kohle nahe stehend, dem Begriff der Alimentation nahe wohnend, hat auch eine andere Auffassung. Ich kann nur darauf verweisen, was Frau Thoben gestern ausgeführt hat. 50 % des Haushalts des Wirtschaftsministeriums werden bei einer Million Arbeitslosen für 38.000 Arbeitsplätze verwendet. Das möchte ich nicht weiter vertiefen. Das lassen wir einfach einmal so stehen.

(Beifall von der FDP)

Wir müssen noch einmal weitersehen. Herr Priggen, wir beide haben ein Problem. Wir haben beide eine sehr kritische Auffassung zur heimischen Produktion von Kohle. Wir haben beide eine sehr kritische Auffassung dazu. Das ist einer der wenigen Punkte, an dem wir eine fast identische Zielrichtung haben.

Die Fachleute kommen dazu, dass das EEG letztendlich Kosten in Höhe von 3,5 Milliarden € verursachen wird. Das ist etwa die Höhe der Steinkohlensubvention. Wenn ich jetzt Effizienzkriterien anlegen würde, dann hätte ich für 3,5 Milliarden € in der Steinkohlenproduktion eine hohe Menge sicher verfügbarer Stromproduktion. Ich habe bei den erneuerbaren Energien und insbesondere im Bereich der Windenergie nur einen Bruchteil davon.

Wenn ich in unserer gemeinsamen Logik vom Auslaufen des Bergbaus bzw. der Steinkohle bleibe, muss ich feststellen: Das kann so nicht richtig sein.

Für meine Kolleginnen und Kollegen von der FDP kann ich eindeutig erklären: Wir sagen Ja zur Forschung und Entwicklung sowie zur degressiven Anschubfinanzierung auch bei additiven Energien. Aber dann muss auch Schluss sein. Dann muss sich das am Markt rechnen. Wir sagen in unserem Energiekonzept, auch die erneuerbaren Energien haben einen hohen Stellenwert. Es muss sich aber auf Dauer rechnen. Alles andere können wir nicht so stehen lassen.

Jetzt nehme ich mir noch einmal Ihren Antrag vor. Ich habe diese Kommissionsstudie nicht selbst gelesen. Ich habe nur nachgefragt. Mir wurde gesagt, die von Ihnen dargestellte Kosteneffizienz würde sich daraus so nicht ergeben. Aber ich lasse das auch einmal dahingestellt.

Wir können doch nicht ausblenden – das aber hat Herr Kollege Stinka gerade in einer selektiven Wahrnehmung der Realität hervorragend bewäl-

tigt –, dass sogar Institute wie die Hans-Böckler-Stiftung, die nicht unbedingt der FDP nahe stehen, sondern einer anderen geistigen Grundhaltung angehören, bei Windenergien und additiven Energien erhebliche Arbeitsplatzverluste vorher-sagen. Eine weitere Gutachterkommission, nämlich der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsminister, damals Clement – auch kein urliberales Gestein und nicht Mitglied der FDP –, kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass dies alles ein Irrweg ist. Das müssen wir doch zur Kenntnis nehmen. Ich sage das noch einmal ganz klar, weil wieder gefragt wird, wie wir das machen sollen.

Gestern hat übrigens das „Handelsblatt“ über ein Energieforum in Berlin berichtet. Dort sind unter anderem die Studien, die Sie, Herr Priggen, angeführt haben, diskutiert worden. Mir wurde berichtet, dass der Moderator Schmidt dem Ihnen bekannten Vorstandsmitglied der Aachener Stadtwerke Attig die Frage gestellt hat, was nach seiner Auffassung der Unterschied zwischen Effektivität – er hatte zuvor geäußert, das EEG sei unheimlich effektiv im Hinblick auf übergreifende Darstellungen, Arbeitsplätze usw. – und Effizienz sei.

Dazu muss man sagen: Das monokausale Denken, auf Effektivität gerichtet, muss dem weit übergreifenden Gesichtspunkt des effizienten Mitteleinsatzes, für den wir als FDP gerade stehen, weichen. Auch darauf hatte Herr Attig keine Antwort.

Wir diskutieren das natürlich in den Ausschüssen. Ich kann mich Ihrem Antrag aber so nicht nähern. – Danke schön.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Nun hat für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es die Absicht des Antragstellers war, mit diesem Antrag die Landesregierung in Verlegenheit zu bringen

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie zu einem Bekenntnis zu erneuerbaren Energien zu bringen!)

– diese Bekenntnisse haben ihren Platz woanders, Frau Löhrmann –, dann war dieses Vorhaben bereits im Ansatz zum Scheitern verurteilt.

Es stimmt, dass es eine Mitteilung der Kommission der EU über die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen vom Dezember 2005 gibt. Man muss den Bericht der Kommission und

dessen Ergebnisse aber wesentlich differenzierter betrachten, als das in Ihrem Antrag zum Ausdruck kommt.

So handelt es sich bei dem Bericht der Kommission um einen Erfahrungsbericht, der die in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhandenen unterschiedlichen Instrumente zur Förderung erneuerbarer Energien beschreibt und bewertet; das ist wahr. Dabei wird das deutsche Fördersystem, die Einspeisevergütung für regenerativ erzeugten Strom nach dem EEG, auch in Bezug auf die Windkraft tatsächlich als äußerst wirksam charakterisiert. Gleichzeitig – das vergessen Sie allerdings zu erwähnen – wird jedoch auf die Gefahr der Überförderung hingewiesen, wie sie nach Einschätzung der Kommission grundsätzlich bei Einspeisesystemen besteht.

Insofern ist Ihre Schlussfolgerung schlicht falsch, nach dem Bericht sei klar, dass es in Deutschland keine Überförderung der Windkraft gebe und eine Bundesratsinitiative zu deren Beseitigung obsolet geworden sei, wie es in Ihrem Antrag heißt.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, insbesondere der darin formulierte Beschlussvorschlag, ist mit dem Bericht der EU-Kommission nicht begründbar. Der Kommissionsbericht gibt deshalb auch grundsätzlich keinen Anlass, von der in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenen Gesetzesinitiative abzusehen. Die Landesregierung wird ihr Interesse, die Überförderung zu beenden, zusätzlich auch im Rahmen des vorgesehenen Monitoring-Verfahrens zum EEG einbringen, das bis 2007 abgeschlossen sein wird. Wir werden gemeinsam mit den übrigen Bundesländern darauf zu achten haben, dass dieser Zeitplan eingehalten wird.

Die Forderung nach einem Konzept zur Förderung aller erneuerbaren Energien läuft deshalb ins Leere, weil die Landesregierung über ein ausgefeiltes Instrumentarium nicht nur zur Förderung der generativen Energien, sondern auch für Energieeinsparungen und zur Verbesserung der Energieeffizienz verfügt.

Die Landesregierung setzt auf eine Förderung erneuerbarer Energien vor allem unter industriepolitischen und außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten und zur Sicherstellung einer sicheren wirtschaftlichen und nachhaltigen Energieversorgung.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Priggen?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Nein, Herr Priggen. Ich kann mir vorstellen, was Sie fragen wollen, und glaube, das kommt jetzt.

Die Landesregierung wird noch im Frühjahr – nicht 2007, sondern 2006 – ein umfassendes NRW-Konzept erneuerbare Energien vorlegen. Ihr Antrag, meine Damen und Herren, führt deshalb nicht weiter. Wenn man ihm folgte, bestünde die Gefahr, Schwachstellen bei der Förderung der erneuerbaren Energien nicht aufzudecken; denn die gibt es.

Das EEG lässt den wichtigen Wärmemarkt außer Betracht und ist auch kein Ansatz zur Lösung der viel zu starken Importabhängigkeit bei den Treibstoffen. Und nach wie vor ist offen, wie die Lücke bei der Stromversorgung, die durch die Stilllegung der Kernkraftwerke entsteht, geschlossen werden soll. Keine Lösung zeichnet sich auch für die zunehmende Klimabelastung durch den Flugverkehr ab. Dies sind Fragen, Herr Priggen, deren Lösung der Schweiß des edlen Werts ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt, den **Antrag Drucksache 14/1027** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Sind Sie mit dieser Überweisungsempfehlung einverstanden? – Das ist erkennbar der Fall. Mit Zustimmung aller Fraktionen ist somit die Überweisungsempfehlung angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zum letzten Punkt der heutigen Tagesordnung:

11 Flüssiggas als Chance für mehr Versorgungssicherheit und Wettbewerb im Gasmarkt

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1028

Eine Beratung ist heute nicht vorgesehen. Die Beratung soll erst nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen.

Wir kommen also zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 14/1028** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Ich frage Sie, ob Sie mit dieser Überweisungsempfehlung einverstanden sind und Zustimmung signalisieren. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diese Überweisungsempfehlung ist somit von allen vier Fraktionen angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, 1. Februar 2006, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend und eine gute Heimreise.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:37 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.